


VE
RI
TAS



DEUTSCHLAND,

KÖNIG FRIEDRICH WILHELM IV

UND DIE

BERLINER MÄRZREVOLUTION

VON

FELIX RACHFAHL.

HALLE A. S.
MAX NIEMEYER.
1901.



Inhaltsverzeichnis.

Vorbemerkungen.

Der Geschichte der Berliner Märztage von 1848 hat sich in den letzten Jahren sowohl das wissenschaftliche als auch das allgemeine Interesse in erhöhtem Grade zugewendet. Im Jahre 1889 erschien der erste Band des grofsen Werkes von Sybel über die Begründung des Deutschen Reiches; in ihm ist auch eine Darstellung der Ereignisse des Jahres 1848 enthalten. Noch in demselben Jahre hat Sybel die Schilderung, die er hier von der Berliner Märzrevolution gab, in einer Spezialuntersuchung[1] erweitert und quellenmäfsig zu begründen versucht. Eine Hauptquelle für Sybels Darstellung und insbesondere für seine Angaben über die Haltung des Königs am 18. und 19. März ist die gleichfalls 1889 erfolgte Publikation von Otto Perthes „Beiträge zur Geschichte der Märztage 1848".[2] Sie umfafst Auszüge aus einem hinterlassenen Manuskripte von Clemens Theodor Perthes „Politische Aufzeichnungen über das Jahr 1848", dessen einzelne Partien teils unmittelbar nach den Ereignissen, teils einige Jahre später zu Papier gebracht worden sind. „Seine Quellen bildeten", wie Otto Perthes in den einleitenden Bemerkungen sagt, „die direkten Mitteilungen seiner Freunde, welche die Märztage in der Umgebung des Königs durchlebt, und von denen Einzelne handelnd in den Gang der Ereignisse

1) H. v. Sybel, Aus den Berliner Märztagen 1848. Historische Zeitschrift 63, 423ff., jetzt wiederholt in seinen „Vorträgen und Abhandlungen". Historische Bibliothek III, 236ff.

2) Preufsische Jahrbücher, Bd. 63 S. 527ff.

eingegriffen hatten. Es sind dies vor allem: der spätere Kriegsminister von Roon, damals militärischer Begleiter des Prinzen Friedrich Karl; Graf Albert Pourtalès, der spätere Gesandte in Paris; Graf von der Goltz, später Oberst der Königshusaren in Bonn; General Fischer und Graf Oriola. Einige Mitteilungen stammen ferner von dem damaligen Prinzen Friedrich Wilhelm, von Bunsen, von den Generalen Dobeneck und Griesheim. Fast neben jeder einzelnen Notiz findet sich der Name des Gewährsmannes aufgezeichnet. Roons Mitteilungen datieren vom 4., 8. und 10. April 1848, die des Grafen Pourtalès aus dem März und September desselben Jahres, die der anderen aus den Jahren 1850 und 1853.[1] Als Otto Perthes im Begriffe stand, das Manuskript seines Vaters bekannt zu machen, wurden ihm verschiedene Schriftstücke und Aufzeichnungen Bodelschwinghs zugestellt, die er ebenfalls dem Drucke übergab. Neben dieser Veröffentlichung von Perthes stützte sich Sybel vornehmlich auf die Denkwürdigkeiten des Generals von Natzmer[2], sowie auf Auszüge, die sich der Berliner Stadtrat Nobiling aus einem Manuskripte des Generals von Prittwitz über die Berliner Märzrevolution gemacht hatte.[3]

1) Bei der Wichtigkeit der Perthes'schen Mitteilungen, bei dem Quellenwerte, den man ihnen beigemessen hat, gebe ich die Ausführung von Otto Perthes über die Provenienz der Nachrichten seines Vaters oben wörtlich wieder. Perthes bemerkt übrigens, sein Vater habe als Zeitpunkt der Veröffentlichung des ganzen Manuskripts das Jahr 1880 bestimmt; er selbst habe es jedoch nicht für opportun erachtet, vor der Hand mehr als Auszüge daraus bekannt zu machen, und wolle die Veröffentlichung des „wesentlichsten Teiles" der Aufzeichnungen des Vaters einer späteren Zeit vorbehalten. Es ist zu wünschen, daſs die vollständige Publikation des Manuskriptes bald erfolgt, damit man sich ein endgültiges und sicheres Urteil über seine Bedeutung zu bilden vermag. Es gilt vorderhand, jede Notiz im einzelnen auf ihren Wert zu prüfen.

2) „Unter den Hohenzollern. Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generals Oldwig von Natzmer." Herausgegeben von Gneomar Ernst von Natzmer. Bd. III. Gotha 1888. S. 176 ff.

3) Im Jahre 1854 lieſs Prittwitz dieses Manuskript drucken; die ganze Auflage wurde aber, ehe sie zur Ausgabe gelangte, eingestampft;

Abschliefsend war die Sybelsche Darstellung keineswegs, — schon deshalb nicht, weil in dem Jahrzehnte nach ihrem Erscheinen eine Reihe neuer und wichtiger Quellen in die Öffentlichkeit gelangte. Es handelt sich dabei nicht nur um Erzählungen über die Vorgänge und Kämpfe auf den Strafsen, sondern auch um Berichte über das Verhalten des Königs und seiner nächsten Umgebung. An erster Stelle sind da zu nennen die Denkwürdigkeiten des Generals Leopold von Gerlach[1]; sie sind neuerdings ergänzt worden durch die in der jüngsten Biographie König Friedrich Wilhelms IV.[2] aus den Gerlachschen Papieren mitgeteilten Relationen des Prinzen von Preufsen (nämlich den Auszug aus einem Briefe des Prinzen Wilhelm an die Kaiserin von Rufsland), sowie des Grafen von Königsmark, des Adjutanten des Prinzen von Preufsen.[3] Schon bekannte Briefe und Aktenstücke des Ministers v. Bodelschwingh über die Ereignisse des März 1848 sind kürzlich in einer Schrift seines Neffen Diest[4] zusammengefafst worden; damit verbindet der Herausgeber schätzenswerte Erinnerungen an Aussprüche und Handlungen Bodelschwinghs in den kritischen Tagen jenes Monats. Die nach dem Erscheinen von Sybels Buche publizierten Quellen haben das Bedürfnis nach einer neuen umfassenden Darstellung der Berliner Revolution erweckt.

---

vergl. Sybel in der Historischen Bibliothek. III. S. 237. Einen Ersatz dafür bietet die unzweifelhaft von Prittwitz inspirierte, 1850 anonym erschienene Schrift des Obersten v. Schulz: „Die Berliner Märztage vom militärischen Standpunkte aus geschildert.“ (Vgl. ebd. S. 244 Anm. 3.)

1) Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold von Gerlachs, herausgegeben von seiner Tochter. Bd. I. Berlin 1891.

2) Hermann v. Petersdorff, „König Friedrich Wilhelm der Vierte“. Stuttgart 1900. S. 231 ff.

3) So ist offenbar der bei Petersdorff (S. 233) gedruckte Zusatz Gerlachs („so weit der Pr. v. Preufsen. Nun von der Hand des Gr. Königsmk.“) zu verstehen, dafs nämlich an diesem Punkte der Bericht des Prinzen von Preufsen aufhört und der des Grafen Königsmark einsetzt.

4) Gustav v. Diest, Meine Erlebnisse im Jahre 1848 und die Stellung des Staatsministers von Bodelschwingh vor und nach dem 18. März 1848. Berlin 1898.

1*

Der Tübinger Historiker Wilhelm Busch hat die Lösung dieser Aufgabe unternommen.[1] In der Grundauffassung mit Sybel übereinstimmend, hat Busch das unbestreitbare Verdienst, eine Reihe von Vorgängen und Vorfällen durch quellenkritische Untersuchung festgestellt und dadurch den Boden hie und da vom dichtesten Gestrüpp zweifelhafter Traditionen gereinigt zu haben. Eine andere Frage freilich ist es, ob sich das scharfe Urteil Sybels über die Haltung Friedrich Wilhelms IV., dem sich Busch anschliefst, in seinem vollem Umfange aufrecht erhalten läfst. Es kommt dabei zunächst das Auftreten des Königs am 18. und 19. März 1848 in Betracht; dieser Punkt aber läfst sich nicht trennen von dem Probleme der Gesamtbeurteilung Friedrich Wilhelms IV. und seiner Politik, sondern steht damit in engstem Zusammenhange. Wiewohl gerade in der neuesten Zeit hervorragende Geschichtsschreiber über die Regierungsthätigkeit Friedrich Wilhelms IV. bis zum Jahre 1848 (mit diesem Zeitraume haben wir uns hier zu beschäftigen) vielfachen und heftigen Tadel ausgesprochen haben, so scheint es doch, als ob wir zu der milderen und mehr anerkennenden Auffassung zurückkehren müfsten, wie sie von Ranke in seinem 1878 in der allgemeinen deutschen Biographie gedruckten Artikel „Friedrich Wilhelm IV., König von Preufsen" begründet worden ist.[2] In seinen Essais über Friedrich Wilhelm IV., zumal in seinen Ausführungen über die Denkwürdigkeiten Gerlachs, hat Ottokar Lorenz[3] gegen die ungerechten und harten Vorwürfe, die gegen den König in traditioneller Gewöhnung erhoben worden sind, auf das entschiedenste protestiert, und neuerdings hat Max Lenz[4] mit Recht betont, dafs für die Stellung Friedrich Wilhelms IV. zur Revolution nicht sowohl seine persönlichen Eigenschaften, als vielmehr politische Gesichtspunkte, vor allem

1) W. Busch, Die Berliner Märztage von 1848. Hist. Bibl. Bd. VII. München u. Leipzig 1899.

2) Jetzt in den „Sämtlichen Werken". Bd. 51/52. S. 403 ff.

3) O. Lorenz, „Staatsmänner und Geschichtsschreiber des 19. Jahrh." Berlin 1896. III. Friedrich Wilhelm IV. S. 128 ff.

4) M. Lenz: „1848". Preufs. Jahrb. 91 S. 532 ff.

die Beziehungen zu den großen Mächten Europas, in Betracht kommen. Diesen Gedanken aufnehmend, hat H. Oncken einen wertvollen Beitrag zum tieferen Verständnisse der Berliner Märzrevolution geliefert.[1]

Die vorliegende Schrift hat die Bestimmung, die Geschichte der Berliner Märzrevolution vornehmlich vom quellenkritischen Standpunkte zu untersuchen, sowie zum Verständnisse der ganzen Entwicklung beizutragen, in der sie sich als ein Moment von ganz besonderer Wichtigkeit unseren Augen darbietet: denn das Einzelne läfst sich vollständig nur dann begreifen, wenn man es als ein Glied in der grofsen Kette des Geschehens ansieht. Der bessern Erkenntnis des Zusammenhanges halber schicken wir daher der den Hauptteil unserer Schrift bildenden quellenkritischen Studie über die Ereignisse des 18. und 19. März eine Skizze des Standes der deutschen Frage in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, sowie der deutschen und der Verfassungspolitik König Friedrich Wilhelms IV. in diesem Zeitraume voran. Es kann dabei nicht unsere Absicht sein, neues Material herbeizuziehen, sondern wir müssen uns darauf beschränken, durch kritische Betrachtung und Durchdringung des vorhandenen Stoffes[2] die Grundlage zu gewinnen, die erforderlich ist, um uns ein sicheres Urteil über die Politik des Königs zu bilden, insofern sie dann auf den Gang der Ereignisse im März des Jahres 1848 von Einflufs geworden ist. Indem wir die festen Ergebnisse, die durch die bisherige Forschung gewonnen sind, hervorheben und in unsere Darstellung übernehmen, wollen wir

1) Hermann Oncken, „Zur Genesis der preufsischen Revolution von 1848“. In den Forsch. zur Brandenb. und Preufs. Geschichte. XIII. S. 123 ff. (Eine ausführliche und höchst inhaltsreiche Besprechung der oben genannten Schrift von W. Busch.)

2) Unter den neueren Erscheinungen auf diesem Gebiete ist insbesondere eine Abhandlung von R. Koser („Friedrich Wilhelm IV. am Vorabend der Märzrevolution“ in der Hist. Zeitschr. 83. S. 43 ff.) zu nennen. Sie bringt aus den Akten des Berliner Staatsarchives höchst wertvolle Nachrichten über die deutsche Politik Friedrich Wilhelms IV. vor dem Ausbruche der Märzrevolution.

uns bemühen, die noch zweifelhaften Punkte aufzuhellen. Es wäre ein leichtes, den Verlauf der Märztage in Berlin in kurz gedrängter Übersicht zu erzählen. Aber mit einer skizzenhaften Zusammenfassung von Resultaten wäre, wie es uns scheint, für die wissenschaftliche Erkenntnis wenig erreicht. Nicht darauf kommt es an, neue Behauptungen aufzustellen; es gilt vielmehr, ihre Richtigkeit zu erweisen. Dies aber ist nicht möglich, ohne dem Leser das Detail quellenkritischer Untersuchungen vorzuführen, ohne die zahlreichen Kontroversen, auf die der Forscher hier Schritt für Schritt stöfst, genau zu erörtern und die Entscheidung sorgfältig zu motivieren, zu der wir uns schliefslich genötigt sehen. Unsere Ausführungen haben dadurch freilich einen Umfang erhalten, der allzu beträchtlich erscheinen könnte; ein Allzuviel der Gründlichkeit und Umständlichkeit in der Beweisführung dünkte uns indes in Anbetracht des unsichern Bodens, auf dem wir uns bei dieser Untersuchung bewegen, als das kleinere Übel. Handelt es sich doch darum, eine der wichtigsten und folgenschwersten Begebenheiten der neueren preufsischen Geschichte vom Beiwerke falscher und entstellender Überlieferung zu reinigen, so dafs uns die Vorgänge wieder in ihrer ursprünglichen Gestalt entgegentreten, sowie die historisch-politische Bedeutung aufzudecken, die ihnen in Wahrheit zu eigen ist.

ERSTER HAUPTTEIL.

DEUTSCHLAND

UND

FRIEDRICH WILHELM IV.

BIS ZUM 18. MÄRZ 1848.

Erstes Kapitel.

Österreich, Preufsen und die deutsche Frage.

Zwei Momente sind es, die die deutsche Geschichte in dem Zeitraume zwischen den Kriegen gegen den ersten und gegen den dritten Napoleon charakterisieren: die nationale Bewegung und die Verfassungsbewegung. Die französische Zwingherrschaft und die Freiheitskriege bedeuten für Deutschland die Geburtsstunde dieser neuen Entwicklung. Damals wurde das Leben in Staat und Gesellschaft von den Resten der aus dem Mittelalter überkommenen feudalen Institutionen gereinigt. Die naturrechtlichen Prinzipien der individuellen Freiheit und Gleichheit dienten dieser Reform als Mafsstab und Ideal. In ihrem Gefolge hielten die mit ihnen durch den gemeinsamen Ursprung auf dem Boden der naturrechtlichen Doktrin auf das engste verwandten, ihrem innersten Wesen nach mit ihnen unzertrennlich verbundenen Postulate der staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichheit ihren Einzug. Noch regten sie sich freilich erst schüchtern, und es ward ihnen von oben mehr Verheifsung als Erfüllung zu teil. Vor allem galt es aber damals, das Nationalgefühl zu erwecken und zu kräftigen, um an ihm einen wirksamen Bundesgenossen wider den fremden Eroberer zu erwerben; alles drängte darauf hin, das Nationalgefühl zur eigentlichen Grundlage des Staatswesens, zu seinem festesten Fermente zu erheben. In einer doppelten Gestalt offenbarte sich das wieder erwachende nationale Bewufstsein. Des kalten Rationalismus und der weltbürgerlichen Tendenzen des 18. Jahrhunderts überdrüssig, flüchtete sich der nationale Sinn aus der trüben Gegenwart in die Glanzzeit der deutschen

Herstellung eines deutschen Einheitsstaates bedeutete für Österreich, wenn anders es daran teil haben wollte, die Zerreifsung der eigenen Staatseinheit. Denn selbstverständlich konnte es nur mit seinen deutschen oder wenigstens vorwiegend deutschen Provinzen dem neuen deutschen Gesamtstaate beitreten. Das aber zog die innere Auflösung des Donaureiches mindestens in zwei Hälften, die Sprengung des Staatsverbandes und damit eine Gefährdung seiner europäischen Machtstellung nach sich. Einen politischen Selbstmord dieser Art durfte man dem Kaiserstaate schlechterdings nicht zumuten. Das Vorbild der Deutschen mufste weiterhin die anderen in der Monarchie enthaltenen Völkerschaften, Italiener, Slaven und Ungarn, zur Nachfolge anreizen: welche Zersplitterung und innere Auflösung mufste nicht daraus erwachsen! Es war endlich vorauszusehen, dafs sich in den Gebieten mit gemischter Bevölkerung, wie etwa in Böhmen, das nichtdeutsche Volkselement einer Einverleibung in das künftige deutsche Einheitsreich auf das entschiedenste widersetzen würde. Wenn überhaupt jemals ein deutscher Einheitsstaat[1] zu stande kam, so war er (das stand von vornherein fest) nur als ein Kleindeutschland möglich, d. h. unter Ausschliefsung Österreichs.

Konnte man hier eine solche Ausschliefsung ruhig über sich ergehen lassen? Sie bedeutete für Österreich einmal den Verlust der Vorherrschaft in Deutschland, auf der seine europäische Grofsmachtstellung zum guten Teile beruhte, nicht minder auch eine ernstliche Bedrohung seines Charakters als eines deutschen Staates. Denn wenn Österreich der Verbindung mit dem übrigen Deutschland, wie sie ihm durch die Verfassung des Staatenbundes garantiert ward, beraubt wurde, so liefs sich schwerlich noch in dem ganzen Umfange der Monarchie die bevorzugte Stellung des numerisch um so viel schwächeren

1) Wir sehen hier also ab von der Möglichkeit einer Lösung der deutschen Frage im Sinne des Dualismus, die zunächst noch nicht erwogen wurde und auch ihrem Wesen nach von der populären Bewegung nicht angestrebt werden konnte.

deutschen Elementes behaupten. Man wird nicht bestreiten können, dafs es der historischen Wahrheit durchaus entsprach, wenn Metternich im Sommer 1847 dem preufsischen Gesandten in Wien auseinandersetzte: „Österreich ist ein Reich, das unter seiner Herrschaft Völker von verschiedener Nationalität umfafst, aber als Reich hat es nur eine Nationalität. Österreich ist deutsch, deutsch durch seine Geschichte, durch den Kern seiner Provinzen, durch seine Civilisation."[1] Und demselben Gedanken gab derjenige Staatsmann Ausdruck, der später das Werk der Ausschliefsung Österreichs aus Deutschland zu stande brachte, indem er in einer parlamentarischen Rede im Dezember 1850 ausführte: „Es ist eine seltsame Bescheidenheit, dafs man sich nicht entschliefsen kann, Österreich für eine deutsche Macht zu halten. Ich kann in nichts anderem den Grund hiervon suchen, als dafs Österreich das Glück hat, fremde Volksstämme zu beherrschen, die in alter Zeit durch deutsche Waffen unterworfen wurden. Ich kann aber daraus nicht schliefsen, dafs, weil die Slowaken und Ruthenen unter der Herrschaft Österreichs stehen, diese die Repräsentanten des Staates und die Deutschen eine blofse beiläufige Zugabe des slavischen Österreichs seien; sondern ich erkenne in Österreich den Repräsentanten und Erben einer alten deutschen Macht, die oft und glorreich das deutsche Schwert geführt hat".[2]

So war es in der That: die Rücksicht auf die Erhaltung seiner europäischen Grofsmachtstellung und des deutschen Grundcharakters des eigenen Staatswesens erforderten für Österreich unbedingte Zurückhaltung gegenüber der deutschen Einheitsbewegung. Man mag, wie temparamentvolle, national gesinnte Historiker es gethan haben, von „bösem Willen der Hofburg" oder von einer „Todfeindschaft Österreichs gegen den nationalen Gedanken" sprechen; man darf aber nicht verkennen, dafs der österreichische Staat als solcher eine andere Politik nicht treiben konnte, wenn er sich nicht selbst in seiner historischen Eigen-

1) Angeführt bei Treitschke, „Deutsche Geschichte". Bd. V. S. 696.

2) Böhm, Fürst Bismarck als Redner, I. 201.

art vernichten wollte, und dafs für jedes Staatswesen Behauptung seines Selbst und seiner Macht immer das oberste Gebot bleiben werden. Und aus ganz ebendenselben Gründen erhoben sich für Österreich schwere Bedenken, ob und inwieweit es der Verfassungsbewegung entgegenzukommen vermöchte. Denn es war vorauszusehen, wie es ja auch thatsächlich gekommen ist, dafs ein österreichisches Reichsparlament unvermeidlich eine Stätte des Kampfes für die nationalen Leidenschaften, der Hauptschauplatz der Angriffe gegen den deutschen Charakter des Reiches werden würde, dafs hier auf Grund der parlamentarischen Befugnisse die extremsten Prätentionen weitgehender nationaler Autonomie der einzelnen Landschaften geltend gemacht würden, und dafs daran die Einheit des Staatswesens Schiffbruch leiden könnte. Die Folge davon aber war wiederum nicht nur eine Gefährdung der deutschen Grundlage des Reiches, sondern auch seiner politischen Aktionsfähigkeit, d. h. seiner europäischen Grofsmachtstellung. Über Provinziallandtage, die im wesentlichen mit den Funktionen kommunaler Autonomie ausgestattet waren, schien man kaum hinauszugehen zu dürfen, wenn man nicht nationale Verwirrung und unabsehbares Unheil heraufbeschwören wollte.

Österreich hatte somit bei Nachgiebigkeit gegen die nationale und die Verfassungs-Bewegung nur zu verlieren: wie war es nun in dieser Hinsicht mit Preufsen bestellt? Zunächst befand sich Preufsen den nationalen Tendenzen gegenüber in einer weit günstigeren Lage, als der habsburgische Donaustaat. Zwar hatte Preufsen dereinst nicht minder, als Österreich, nach einer Erhöhung seiner Machtstellung auf Kosten slavischen Gebietes gestrebt, — zu einer Zeit, da das Nationalitätsprinzip noch keine so eminent politische Rolle spielte. Im Jahre 1806 hatte ein gutes Drittel der preufsischen Monarchie aus polnischem Lande bestanden. Im Frieden von Tilsit war Preufsen von diesem Ballaste befreit worden, und bei der allgemeinen Restauration nach dem Falle Napoleons bewirkten der Ehrgeiz und die polnischen Aspirationen des Zaren, dafs Preufsen den weitaus gröfseren Teil seines früheren polnischen Besitzstandes

nicht zurückerhielt, sondern dafür durch deutsches Gebiet entschädigt wurde. Die nationale Zusammensetzung seiner Bevölkerung bot also für Preufsen kein wesentliches Hindernis, sich der deutschen Bewegung anzuschliefsen, oder gar an ihre Spitze zu treten. Während Österreich in diesem Falle nur verlieren konnte, konnte Preufsen sogar gewinnen. Denn in dem neuen deutschen Gesamtstaate, der ja von vornherein nur unter Ausschlufs Österreichs möglich war, konnte Preufsen als der dann allein übrig bleibenden deutschen Grofsmacht (allerdings unter einer Bedingung, von der wir alsbald sprechen werden) die Vorherrschaft zufallen; oder um es anders auszudrücken: die Konstituierung eines deutschen Einheitsstaates gewährte für Preufsen die Möglichkeit, seine europäische Machtstellung zu erhöhen, indem ihm dadurch die Kräfte des übrigen Deutschlands nach aufsen hin zur Verfügung gestellt wurden. In Österreich war man fest davon überzeugt, dafs der deutsche Einheitsstaat gleichbedeutend mit der Verdrängung Österreichs durch Preufsen in der Vorherrschaft über Deutschland sei; man sah in ihm nichts anderes, als eine Form der Verwirklichung der Eroberungsgelüste des Preufsentums. Man durchschaute hier sehr wohl den inneren Zusammenhang, der zwischen der Einheits- und der Verfassungsbewegung bestand, und erkannte, dafs es sich bei beiden im wesentlichen um eine Ideenbewegung handele. In diesem Sinne schrieb Schwarzenberg nach dem Scheitern der Radowitzschen Unionspläne an Leopold von Gerlach: „Gott bewahre uns vor deutschen Professoren-Inspirationen; es ist hohe Zeit, aus dem dicken Nebel heraus und in eine respirable Luft zu kommen."[1] Damals hatte Preufsen bereits den Versuch gewagt, sich an die Spitze dieser Ideenbewegung zu stellen, und hatte damit nicht durchzudringen vermocht. König Friedrich Wilhelm IV. von Preufsen ist der erste deutsche Herrscher, der den deutschen Bundesstaat unter Ausschlufs Österreichs und unter Preufsens Führung auf verfassungsmäfsiger Basis ins Leben zu rufen getrachtet hat. Wenn

1) Gerlach. I. 570.

man die Bedingungen erörtern will, die für das Eintreten Preufsens in die deutsche Bewegung in Betracht kamen, so mufs man vor allem des Königs Stellung zu den politischen Tendenzen seiner Zeit bestimmen.

Am 7. Juni 1840 bestieg Friedrich Wilhelm IV. den Thron seiner Ahnen. Sowohl in der deutschen, wie auch in der Verfassungs-Frage hatte sich sein Vater schroff abwehrend verhalten; er hatte sich je länger, um so mehr auf dem Standpunkte des patriarchalen Absolutismus und des starren Altpreufsentums befestigt. Im Gegensatze zu ihm brachte sein Sohn sowohl der Einheits- als auch der Verfassungsbewegung gewisse Sympathien entgegen. Diese Sympathien waren freilich frei von jeder Beimischung mit den modernen, aus dem Aufklärungszeitalter überkommenen politischen Ideen; sie wurzelten vielmehr im Boden der Romantik. Die „heilige Losung Teutschland . . . . durchbohrte sein Gemüt mit den Schauern der Begeisterung“. „Man ahnte in Preufsen“, so führte Radowitz aus[1], „dafs die politische Voraussicht sowohl als auch ein höheres Pflichtgebot darauf hinweise, das deutsche Gemeinwesen aus seinem Schlummer zu erwecken. Die Thronbesteigung König Friedrich Wilhelms IV. ist der Abschnitt, von welchem an Preufsen der Lösung dieser Aufgabe seine Bestrebungen zuwandte. Der König wurde hierzu ebensosehr durch eine richtige Einsicht in die Gefahren der Zukunft, als durch alles bestimmt, was ihm von seinen Jugendjahren her heilig und teuer gewesen war. Er hatte die ganze Begeisterung der nationalen Erhebung des grofsen Jahres mitempfunden, ihre Wirkungen auf dem Schlachtfelde mit Augen geschaut, und seine mit Bildern deutscher Herrlichkeit genährte Seele konnte nur mit nagendem Kummer wahrnehmen, wie gleich nach der Besiegung des äufseren Feindes der selbstsüchtige Trieb der einen, die stumpfe Gleichgültigkeit der anderen das reine

1) Radowitz, „Frankfurt am Main“. Gesammelte Schriften. II. 32. Vgl. A. v. Reumont, „Aus König Friedrich Wilhelms IV. gesunden und kranken Tagen“. Leipzig 1885. S. 61 ff.

Licht des nationalen Lebens zu ersticken trachtete, so dafs es zur verheerenden Flamme wurde.“ Die „verheerende Flamme“, deren Ausbreitung er fürchtete, sie war nichts anderes als die immer mächtiger um sich greifende Idee der nationalen Souveränität des deutschen Volkes, jene Verbindung wiedererwachten Nationalbewufstseins mit der westeuropäischen Lehre von der Volkssouveränität. Damit kommen wir zu des Königs Stellung zur Verfassungsbewegung.

Ebenso entfernt wie vom starren Altpreufsentum seines Vaters, war der neue König von dessen unbedingtem Absolutismus. Sein Herz war erfüllt von dem Gedanken der „teutschen Freiheit“, wie er sie meinte. Nimmermehr aber glaubte er, der in sich das stolze Gefühl des Gottesgnadentums trug, sich der in Westeuropa ausgebildeten konstitutionellen Doktrin unterwerfen zu dürfen. Zwei Momente gab es, die ihm das westeuropäische Verfassungssystem unannehmbar erscheinen liefsen: einmal die diesem zu Grunde liegenden Postulate der staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichheit, seine rein individualistische Basis, der zufolge der Anteil der Einzelnen am Staatswesen einfach nach dem mechanischen und abstrakten Schema eines allgemeinen und gleichen Staatsbürgertums bemessen wurde, sodann die konstitutionelle Doktrin im engeren Sinne, d. h. die Theorie von der Volkssouveränität. Denn diese Theorie war ja, wie Leopold von Gerlach, der gleich dem Könige ebensosehr nach „Freiheit“ dürstete, wie er den Konstitutionalismus verabscheute, einmal treffend bemerkte, „nichts anderes, als der sehr praktische Satz, der König müsse der Majorität der Kammer unbedingt gehorchen“[1]: die sogenannte konstitutionelle Doktrin gipfelte in der im parlamentarischen System ihre praktische Anwendung findenden Lehre von der Volkssouveränität. Der aber wollte sich der König nicht beugen; sie bedeutete in seinen Augen nicht nur den Untergang der althergebrachten königlichen Autorität, sondern auch des altpreufsischen Staatswesens mit allen seinen charakteristischen Eigentümlichkeiten,

1) Gerlach I, S. 153.

denen es sein Emporsteigen zu verdanken hatte. Ein konstitutioneller Kriegsminister, durch den als Mittelglied das Heer unter die Herrschaft des Parlaments geraten würde, so dafs dem Parlamente die oberste Entscheidung in den Angelegenheiten der Armee zufiele, war in seinen Augen ein Unding, eine brüske Verleugnung der glorreichen altpreufsischen Tradition.[1] Die „teutsche Freiheit," die ihm als Ideal vorschwebte, stand keineswegs, wie die konstitutionelle Doktrin, im Gegensatze zur Krone, sondern war, wie es ihm dünkte, mit dieser ihrem Wesen nach unzertrennlich verbunden, ihre natürliche und notwendige Ergänzung; auch hier stand er, wie bei seinen deutschen Plänen, auf dem Boden der Romantik.

Eine Verfassung wollte Friedrich Wilhelm IV. seinem Staate wohl schenken, aber nimmermehr eine Verfassung, die auf dem Grunde der politischen Ideen des Aufklärungszeitalters beruhte. So griff er denn bei seinen Verfassungsprojekten in die Vergangenheit zurück; das alte, wie er meinte, spezifisch-deutsche Ständewesen wollte er benutzen, um durch seine den Zeitbedürfnissen entsprechende Fortbildung eine neue und ganz eigenartige Form des deutschen Verfassungslebens zu begründen: „Man hegte die Einbildung, etwas ganz Eigentümliches schaffen zu können, was man deutsch und historisch nennen will, und meinte alles vermeiden zu müssen, was an die politischen Erzeugnisse des Auslandes erinnern könnte."[2] In zweifacher Hinsicht entsprach diese Art von Landesvertretung den Wünschen und dem Staatsideale des Königs. Ihr Fundament war nicht die ihm verhafste rein individualistische Auffassung der Staatsgesellschaft, sondern das alte deutsche genossenschaftlich-ständische Prinzip; hier hatte auch, wie er wähnte, die ihm nicht minder unerträgliche konstitutionelle Doktrin im engeren Sinne keinen Raum. Seine Grundansicht, „dafs der ihm als Ideal vorschwebende Staat nicht gemacht, nicht durch

1) Vgl. Ranke, „Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen." Sämtliche Werke Bd. 49. 50. S. 415 u 470f.

2) Varnhagen von Ense, Tagebücher IV. 23.

willkürliche That, nicht durch Gesetze und Kodifikationen ins Leben gerufen werden könne"[1], sondern eine organische Ordnung sein müsse, getragen von Recht, Freiheit und Glauben, die das Königtum als die von Gott gewollte Obrigkeit zu walten, zu schirmen und von allem fremden und schädlichen Beiwerke frei zu halten habe: sie war nicht nur ein Protest gegen die mechanische Erklärung des Staates durch die naturrechtliche Doktrin, sondern auch eine romantische Verklärung des alten Ständestaates. Wenn er Gott zum Zeugen anrief, dafs kein geschriebenes Blatt Papier die alte heilige Treue ersetzen solle, so schwebte ihm wohl dabei die Erinnerung an die parlamentarische Verfassung Englands vor; wir aber denken dabei unwillkürlich an jene alten Ständestaaten, in denen es zwar eine aus mehrfachen Privilegien und auf dem Herkommen erwachsene Verfassung, aber keine Verfassungsurkunde gab, und zu denen ja auch im letzten Grunde das alte parlamentarische England gehörte. Er wufste freilich nicht, dafs sich auch in den alten Ständestaaten Verfassungskämpfe zwischen Landesherrschaft und Landständen auf Tod und Leben abgespielt hatten, dafs im 16. Jahrhundert die Doktrin von der Volkssouveränität in ständischer Färbung vorgetragen, dafs unter Berufung auf eine Ständesouveränität, die man auf dem Grunde einer durch die Stände absorbierten Volkssouveränität konstruiert hatte, in den Staaten Westeuropas im Zeitalter der religiösen Kämpfe Herrscher ein- und abgesetzt, ermordet und verurteilt worden waren.

Es ist gesagt worden: aus den letzten Konsequenzen der Staatsanschauung Friedrich Wilhelms IV., insofern als diese dazu führten, anstatt von der frischen That von der organischen, mit eigener Kraft wirkenden Entwicklung alles Gelingen zu erwarten, sei der Mangel an positiven Ergebnissen während der ersten Regierungsjahre des Königs hinsichtlich der Verfassungsfrage zu erklären. Dem gegenüber darf man doch nicht die grofsen äufseren und inneren Schwierigkeiten aufser acht lassen,

1) Vgl. F. Meinecke in der hist. Zeitschr. 70. S. 65.

die sich einer Verfassungsreform sogar nach den Intentionen des Königs in den Weg stellten. Der Zar war wenig von den ständischen Projekten seines Schwagers erbaut. Er sah darin (und nicht ohne guten Grund) eine Entwicklung, die den preufsischen Staat notwendig in das Lager des Konstitutionalismus führen müsse, und am allermeisten fürchtete Nikolaus, es könne gelingen, diesen in Preufsen einzubürgern, ohne dafs die Ruhe und Sicherheit der öffentlichen Zustände gestört würde. „Auf der einen Seite“, so führte der über die russischen Verhältnisse gut orientierte Gerlach treffend aus[1], „ist der Kaiser von dem Konstitutionalismus imponiert und möchte denselben, wie alles, was das Ausland hat, in Rufsland nachgeahmt sehen; auf der anderen Seite sieht er ein, dafs jeder Versuch dieser Art für sein Land lebensgefährlich ist, daher der Ärger, — ein Ärger, der wächst, wenn es sich herausstellt, dafs man hier damit fertig wird, weil alsdann es erst recht plausibel für die liberalen Russen wird, dafs er bei ihnen könnte eingeführt werden.“ Mit derselben Besorgnis betrachtete Österreich die Reformideen des Königs, und Metternich machte die äufsersten Anstrengungen, um Friedrich Wilhelm zur Abkehr von ihnen zu bewegen. Wie verzweifelt seine Position dabei war, und wie sehr er selbst von ihrer Unhaltbarkeit überzeugt war, dafür spricht der Umstand, dafs er zu den haltlosesten Argumenten seine Zuflucht nahm. Konnte er im Ernste glauben, dafs es auf den König Eindruck machen würde, wenn er ihm schrieb, Preufsen verlöre durch die Konstitution seine Stellung in Deutschland und setze die Österreichs ebenfalls aufs Spiel?[2] Mit den Warnungen Rufslands und Österreichs verband sich der Widerstand der streng absolutistisch gesinnten Kreise in Preufsen selbst, vor allem des Thronfolgers, des Prinzen von Preufsen, der im Hinblicke auf die Zukunft seines Sohnes gegen jede Verringerung der Krongewalt entschieden Verwahrung einlegte. Es ist soweit gekommen, dafs sich der Prinz von

1) Gerlach I 610.
2) Gerlach I 102. (Ende 1844).

Preufsen dem Bruder gegenüber auf ein vom Vater den Agnaten testamentarisch gewährtes Recht berief, in ständischen Angelegenheiten mit zu sprechen, und dafs der König ein Gutachten von Savigny einfordern mufste, um diesen Einspruch abzuweisen. Erst den Bemühungen des Ministers Bodelschwingh, der es, wiewohl im Herzen konstitutionell gesinnt, trotzdem für seine Pflicht erachtete, die ständischen Intentionen seines Monarchen mit Eifer und Nachdruck zu vertreten, gelang es, den Prinzen zu bestimmen, dafs er von seiner Opposition Abstand nahm.[1]

Der Widerspruch im Lande war zu beseitigen, und was den „gewaltigen Rumor" anbelangte, den das ständische Projekt in Petersburg und Wien erregte, so rechnete der König darauf, dafs man sich hier „nach einiger Zeit beruhigen würde".[2] Alle diese Klippen konnten umschifft werden; aber waren die inneren Schwierigkeiten zu überwinden, die der Verfassungsplan des Königs, wie er nun einmal beschaffen war, in sich selber barg? Friedrich Wilhelm IV. ging von der Voraussetzung aus, dafs Ständethum und Volkssouveränität einander ausschlössen, dafs nur von dieser her dem Königtume der Verlust seiner Autorität im Staatswesen drohe. Aber eben diese Ansicht war nichts weiter als eine der historischen Wirklichkeit widersprechende romantische Verklärung des alten Ständestaates, und hierin lag der Grundirrthum des Königs. Er meinte, dafs bei einer auf dem genossenschaftlich - ständischen Prinzipe fundierten Landesvertretung die Gefahr der Erreichung einer Superiorität über die Krone ausgeschlossen sei, und bedachte nicht, dafs im England des 18. Jahrhunderts, dem klassischen Lande des parlamentarischen Systems, das Unterhaus weit davon entfernt war, den Charakter einer Volksvertretung im modernen liberal-demokratischen Sinne zu tragen, sondern dafs ihm weit eher noch der einer ständischen Versammlung anhaftete. Es ward

1) Vgl. dazu Treitschke V. 606ff. und E. Marcks, Kaiser Wilhelm I. Aufl. III. S. 58ff.

2) Ranke, Aus dem Briefwechsel usw. S. 422. Gerlach I. 602 und passim.

hier freilich bereits eine Abschwächung und Verwischung des ständischen Wesens dadurch herbeigeführt, dafs der im Unterhause herrschende Stand der ländlichen Gentry nicht ein durch das Geburtsprinzip nach unten fest abgeschlossener Stand war, sondern dafs er sich vielmehr als eine soziale Klasse darstellte, deren Ferment die gleiche wirtschaftliche Stellung, nämlich ländlicher Grundbesitz in gröfserem Umfange, war. Immerhin war selbst in dieser Hinsicht eine Ähnlichkeit zwischen dem englischen Parlamente und den kontinentalen Ständeversammlungen unverkennbar. Denn in diesen hatten ja die Ritterschaften, d. h. bei manchen Abweichungen im einzelnen doch im wesentlichen der Stand der gröfseren ländlichen Grundbesitzer, stets das Übergewicht behauptet. So ist es zu erklären, wenn zur Zeit der ersten Anfänge der Verfassungsbewegung in Deutschland mit und neben dem ständischen Prinzipe auch die Forderung des Grundbesitzes als die Basis der neu zu bildenden „Nationalrepräsentation" vorgetragen wurde; auch bei Friedrich Wilhelm IV. treten diese Vorstellungen in enger Verbindung mit einander auf. Nun ist es klar, dafs der „Konstitutionalismus" in der Bedeutung, wie Friedrich Wilhelm IV. dieses Wort verstand, mit einer ständisch-organisierten oder sich auf dem Grundbesitze aufbauenden Landesvertretung durchaus vereinbar war. Denn es kam dabei lediglich auf das Mafs der Befugnisse an, die dieser entweder von vornherein gewährt wurden, oder die sie sich schliefslich zu erkämpfen im stande sein würde. Somit hatte Varnhagen ganz recht, wenn er erklärte, dafs der Unterschied zwischen der Konstitution, wie sie in Frankreich und Süddeutschland bestand, und den Ständen, wie sie Friedrich Wilhelm IV. anstrebte, „in praktischer Bedeutung doch ganz unerheblich werde", nicht minder der Zar und der Prinz von Preufsen, wenn sie hinter den ständischen Plänen des Herrschers das Schreckgebilde des Konstitutionalismus zu erblicken glaubten.

Friedrich Wilhelm IV. merkte diese Gefahr, die in der Natur seines Projektes begründet war, wohl selber, wenn er

sich auch nicht klar und deutlich über sie Rechenschaft zu geben wufste. Durch eine kunstvolle und äufserst komplizierte Organisation der ständischen Gewalt wollte er das preufsische Staatswesen vor dem Schicksale bewahren, durch sein Verfassungsprojekt auf die schiefe Bahn des westeuropäischen Systems konstitutioneller Beschränkung des Königtums gedrängt zu werden. Er wollte seine acht Provinziallandtage zu einer zentralständischen Versammlung vereinigen; die wollte er befragen bei der Erhöhung der finanziellen Lasten des Landes; sie sollte aber bei der Gesetzgebung keine beschliefsende, sondern nur eine beratende Stimme haben. Vor allem aber sollte ihr die Befugnis regelmäfsigen Zusammentrittes vorenthalten werden; denn gerade in der Gewährung von Periodizität erblickte der Herrscher vornehmlich eine feste und dauernde Beschränkung der monarchischen Vollgewalt. Um gleichwohl den populären Wünschen in dieser Hinsicht einigermafsen entgegenzukommen, versprach Friedrich Wilhelm, Ausschüsse aus den acht Provinziallandtagen, je 12 Mitglieder aus jeglichem von ihnen, im ganzen also 96 an der Zahl, in periodischer Wiederkehr, nämlich einmal im Zeitraume von vier Jahren, um sich zu versammeln: von ihnen wollte er sich bei der Gesetzgebung berathen und ihnen den Staatshaushalt zur Kenntnisnahme vorlegen lassen. Im Rahmen einer also kunstvoll verschränkten und kompliziert gestalteten ständischen Verfassung wollte Friedrich Wilhelm IV. das Prinzip der „deutschen Freiheit“ zur Ausführung bringen, ohne doch zugleich dem Volke „das Mitregieren von Repräsentanten“ einzuräumen. Ihren Höhepunkt fanden seine Verfassungspläne im Vereinigten Landtage von 1847; er erreichte allerdings damit nichts weiter, als dafs die konstitutionell-liberalen Ideen hier mit dröhnendem Pathos vor dem ganzen Lande verkündigt wurden. Mit Kälte und Missmut wurden seine Gewährungen aufgenommen. Man wollte eben nicht eine auf dem genossenschaftlich-ständischen Prinzipe, sondern auf der Basis des Individualismus beruhende Landesvertretung: man wollte, wie das Schlagwort lautete, keine Stände, sondern eine wahre Volksrepräsentation;

man wollte weiterhin eine dauernde verfassungsmäſsige Beschränkung der Krongewalt. „Die Menschen haben sich nun einmal gewöhnt", so bemerkte Ranke in einer für den König bestimmten Denkschrift vom Oktober 1848[1], „das Leben des Staates nur in konstitutionellen Formen zu denken. Auf dem Vereinigten Landtage, der auf eine abweichende Tendenz angelegt war, haben wir doch gesehen, daſs nicht allein die Gegner der königlichen Prärogative, sondern ihre Verfechter selbst gleichsam unwillkürlich in diese Bahn gerieten ... Preuſsen muſs den Gedanken der Konstitution realisieren. Das konstitutionelle Wesen muſs nur ohne Vorliebe und Haſs angesehen werden, als eine Form, in welcher die jetzigen Menschen nun einmal leben wollen; — man muſs die Verfassung so einrichten, daſs man dabei bestehen kann."

Das eben war das Problem, vor das sich die preuſsische Politik gestellt sah: Die unter dem Drange der Zeitverhältnisse unumgänglich notwendig gewordene Verfassung so einzurichten, daſs man „dabei bestehen" konnte, und daſs doch zugleich, insoweit es sich damit vertrug, die allgemeinen Wünsche befriedigt wurden. Wenn man die Schwierigkeiten erwägt, die sich der Lösung dieser Aufgabe zufolge ihrer Natur und weiterhin durch äuſseren Widerstand entgegenstellten, so wird man sich kaum dazu entschlieſsen können, über des Königs langsam zögerndes und tastend vorsichtiges Vorgehen in der Verfassungsfrage kurzerhand den Stab zu brechen. War es dem Könige möglich, sich einfach den populären Tendenzen zu fügen? Krankten auch seine eigenen Lösungsversuche am Grundübel einer romantischen Überschätzung seines ständischen Staatsideales, so wird man doch nicht verkennen dürfen, daſs hier ein gewisses Experimentieren geboten war, wenn man sich nicht kopfüber in den Strudel der Volkssouveränität und der konstitutionellen Doktrin hineinstürzen wollte, und davor den preuſsischen Staat zu behüten, um nicht sein Selbst zu vernichten, war die wohl verstandene Pflicht der Krone. Durch-

1) Ranke, Politische Denkschriften. Sämtl. Werke 49/50. S. 592ff.

aus nicht ist es der Fall, dafs dem Könige von irgendwem ein gangbarerer Weg, eine bessere und praktischere Lösung gezeigt wurde, so dafs man sagen könnte, er habe sein Herz gegen einsichtigen Ratschlag verstockt. Erst nach langem Kampfe und in beständigem Ringen vermochten die politischen Tendenzen, die hier einander kämpfend gegenüber traten, zu einem Zustande des Gleichgewichtes und vorläufigen Waffenstillstandes zu gelangen: so lange dafür in den objektiven Verhältnissen nicht die Bedingungen gegeben sind, vermag der Einzelne, wie mächtig er auch immer ist, und wie hoch man auch immer den Wert und den Einflufs der Persönlichkeit anschlagen mag, im wesentlichen nichts weiter, als der Entwicklung eine Direktive in bestimmter Richtung zu geben, von der er glaubt, dafs sie zum Ziele führen werde. An gutem Willen und redlichem Bemühen hat es Friedrich Wilhelm IV. auch in der Verfassungsfrage nicht gefehlt: das mufs anerkannt werden, obgleich es ihm nicht gelang, die rechte Lösung des Problems zu finden.

Eine befriedigende Lösung des Verfassungsproblems aber war für den preufsischen Staat von um so gröfserer Wichtigkeit, ja sogar geradezu eine politische Notwendigkeit, als von ihr zugleich die Möglichkeit der Lösung der deutschen Frage im Einklange mit dem Interesse sowohl der deutschen Nation als auch des preufsischen Staatswesens selbst abhing. Wenn Österreich den nationalen und konstitutionellen Tendenzen Zugeständnisse machte, so konnte das, wie wir auseinandersetzten, nicht ohne ein grofses Risiko geschehen. Nicht ganz so einfach lag die Sache für das preufsische Königtum. Gewifs drohten auch ihm Verluste. Wenn es sich mit konstitutionellen Garantieen umgab, so erlitte es Einbufse an seiner bisher unbeschränkten Vollgewalt im eigenen Lande; es wurde aber andererseits bündnisfähig für die populäre Einheitsbewegung; es konnte Hand in Hand mit ihr daran gehen, den deutschen Einheitsstaat aufzurichten, und da dieser gleichbedeutend mit der Ausschliefsung Österreichs aus Deutschland war, unter Verdrängung Österreichs die Vormachtstellung in

Deutschland gewinnen: der im Innern zu befürchtende Verlust konnte durch den in Deutschland also möglichen Machtzuwachs mehr als ausgeglichen werden. Die Voraussetzung dafür war allerdings, dafs Preufsen in dem neuen Einheitsstaate sein Wesen, seine historisch-politische Individualität bewahrte; man darf sogar behaupten, dafs das auch im Interesse des künftigen deutschen Gesamtstaates erforderlich war. Wenn sich Preufsen der konstitutionellen Bewegung rückhaltslos hingab, geriet es in die Gefahr, seinem alten Charakter untreu zu werden; ganz ebenso standen die Dinge, wenn es sich von der nationalen Strömung des Zeitalters einfach treiben liefs. Denn die populäre Bewegung war von der Idee der nationalen Souveränität des deutschen Volkes getragen, und konnte wohl, wenn sich diese Idee ungehindert auswirken durfte, das neue Reich etwas anderes werden, als ein unitarisch gerichteter, parlamentarisch regierter Einheitsstaat, in dem alle partikularen Besonderheiten, auch die altpreufsische Eigenart, keine Stätte mehr fanden? Wenn Preufsen überhaupt daran dachte, die Führung in der deutschen Sache zu übernehmen, so mufste es, indem es sich mit der populären Bewegung verbündete, diese so leiten, dafs Österreich ausgeschieden, die übrigen Fürsten der neuen Ordnung eingefügt wurden, und dafs vor allem ebenso, wie die eigene Verfassung, auch die des künftigen Reiches so eingerichtet wurde, dafs man, um die Rankeschen Worte zu gebrauchen, „dabei bestehen konnte“, d. h. dafs nicht der Volkswille und wechselnde Parteimehrheiten das herrschende Element in dem neuen deutschen Gesamtstaate wurden, sondern dafs Preufsen darin Preufsen blieb, und dafs das preufsische Königtum die Zügel in der Hand behielt.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dafs Friedrich Wilhelm IV., wenngleich er diese Aufgabe keineswegs von vornherein vollständig überschaute, so doch im Laufe der Ereignisse zu ihrer Erkenntnis allmählich mehr und mehr vorgedrungen ist, dafs er sie schliefslich auch zu lösen getrachtet hat. Und was den König auf diese Bahn getrieben hat, das war (ebenso unzweifelhaft steht das fest) nicht allein der nationale Gedanke,

wie lebendig er auch immer in ihm wirksam war, sondern auch der Ehrgeiz, das Streben nach Erhebung Preufsens zu einer höheren Machtstufe.[1] Eben weil ihm die preufsische Machtstellung allzu gering erschien, hat sich seiner der deutsche Ehrgeiz bemächtigt. Freilich welch ungeheure Schwierigkeiten waren dabei zu überwinden! Die populäre Bewegung, die übrigens in den vierziger Jahren in den Kernprovinzen der preufsischen Monarchie, und zwar nicht nur auf dem platten Lande, sondern auch bei einem grofsen Teile des Bürgertums, kaum schon feste Wurzel gefafst hatte, mufste benutzt, doch auch zugleich gelenkt werden; Österreich mufste aus Deutschland hinausgedrängt, die deutschen Fürsten mufsten (so paradox es auch klingen mag) zu einem formell wenigstens freiwilligen Verzichte auf einen Teil ihrer Souveränität und zur Anerkennung der preufsischen Hegemonie genötigt werden. Denn es war klar, dafs sie nur, einem mächtigen Zwange gehorchend, in die Errichtung einer starken obersten Bundesautorität willigen würden, durch die sie selbst bis zu einem gewissen Grade mediatisiert werden mufsten; ihren Rechtstitel konnte die neue Zentralgewalt indes andererseits nur in dem übereinstimmenden Beschlusse der bisher souveränen Gewalten finden. Indem man gegen Österreich Stellung nahm, indem man mit den liberalen Tendenzen ein Abkommen traf, forderte man den Groll Rufslands heraus, das mit Österreich zur Aufrechterhaltung der Restaurationspolitik der heiligen Allianz aufs engste verbündet war. Wie die Machtverhältnisse damals lagen, war es für Preufsen eine Unmöglichkeit, in all diesen Stücken eigenwillig und selbständig vorzugehen, ohne sich vorher Rufsland gegenüber zu decken, nämlich ohne sich zu versichern, dafs der Zar nicht gegen die deutschen Pläne des Königs Einspruch erhebe. In der That war es im Anfange des Jahres 1848, als sich Friedrich Wilhelm IV. zu entschlossenem Vorgehen in der deutschen Frage anschickte, sein Erstes, die Zustimmung Rufs-

1) Vgl. u. a. unten die Ausführungen über die Radowitzsche Denkschrift von 1847.

lands zu der von ihm betriebenen Bundesreform einzuholen. Aber dafs man sich in solch demütigender Abhängigkeit von Rufsland befand, das hatte ja eben seine Ursache darin, dafs Preufsen, wenngleich nominell zum Aräopage der fünf grofsen Mächte Europas gehörig, in Wirklichkeit doch unter den andern Mächten stand, und die Einsicht in diese Thatsache mufste des Königs deutschen Ehrgeiz erst recht anspornen, da sich Preufsen nur durch die Erreichung der Vorherrschaft in Deutschland zu einer höheren Machtstufe in Europa emporschwingen konnte.

Das waren die Erwägungen, die für Preufsens deutsche Politik bestimmend sein mufsten. Freilich war Friedrich Wilhelm IV. weit davon entfernt, sich sogleich von vornherein durch ein festes Programm leiten zu lassen, das von diesen Erwägungen getragen war. Der Gang der Dinge führte jedoch von selbst dazu, dafs die soeben angedeuteten Gesichtspunkte allmählich Einflufs auf die Haltung Preufsens in der deutschen Frage gewannen. Wir schildern nunmehr die deutsche Politik Friedrich Wilhelms IV. in den Hauptmomenten ihrer Entwicklung.

Zweites Kapitel.

Die deutsche Politik Friedrich Wilhelms IV. vor 1848 und die Radowitzsche Denkschrift vom November 1847.

Die Bemühungen König Friedrich Wilhelms IV. in der deutschen Frage setzten sogleich mit seiner Thronbesteigung ein. Nicht lange nach seinem Regierungsantritte richtete er ein Schreiben an Metternich; er beteuerte darin sein Bestreben, „im Vereine mit Österreichs kaiserlicher Macht auf die Hebung und zur Verherrlichung unseres teuren deutschen Vaterlandes zu wirken und so im Herzen Europas eine schwungreiche Einigkeit und Einheit zu erzielen."[1] Noch hatte er damals nicht erkannt, wie unmöglich es für Österreich war, sich der Idee des Einheitsstaates anzuschliefsen. Es bedurfte erst des hartnäckigen passiven Widerstandes, den Metternich in den nächsten Jahren allen Vorschlägen betreffend die Bundesreform entgegensetzte, um dem Könige schliefslich die Notwendigkeit vor Augen zu stellen, ohne (und das hiefs im letzten Grunde gegen) Österreich vorzugehen. Zwar hatte schon damals Radowitz, des Königs Hauptberater in der deutschen Frage, den Standpunkt, den die Hofburg einzunehmen nicht umhin konnte sehr treffend mit den Worten gekennzeichnet: „Bei völliger Kenntnis und Einsicht in die vorhandenen Gebrechen [der Bundesverfassung] ist dennoch das Interesse an deren Heilung nicht grofs genug oder die Berücksichtigung anderer Motive zu vorwiegend.[2] Aber selbst wenn der König damals bereits von

1) d. 11. Juli 1840. Metternich, Nachgelassene Papiere VI. 442.

2) In einem Berichte vom 2. Juni 1840, angeführt bei Treitschke V. 90.

vollem Bewufstsein erfüllt gewesen wäre, dafs sich Österreich nicht mit auf die Bahn einer deutschen Reformpolitik fortreifsen lassen könne, so hätte er doch keineswegs daran denken dürfen, eine spezifisch deutsche Politik zu treiben, ohne vorher wenigstens den Versuch einer Verständigung mit Österreich gemacht zu haben. Im August des Jahres 1840 traf der König mit Metternich am sächsischen Hofe zusammen. Hier führte er ihm mit beredten Worten die Notwendigkeit vor, „das erstorbene Institut des Bundes zu neuem Leben zu kräftigen;" er legte „in diese Aufforderung allen Ernst, allen Nachdruck, dessen er fähig war, und kündigte seinen Entschlufs an, bestimmte Anträge hierüber an den österreichischen Hof zu bringen."[1] Metternich war keinen Augenblick darüber im unklaren, dafs er auf die Intentionen des Königs nicht eingehen dürfe; wenn er aber von vornherein jegliche Mitwirkung Österreichs schroff und entschieden ablehnte, so stand zu befürchten, dafs der König, durch eine so brüske Abweisung seiner Lieblingspläne beleidigt, diese allein zu verfolgen sich entschlofs, und dahin wollte Metternich es nicht kommen lassen. Auch die auswärtigen Verhältnisse mahnten Metternich zur Rücksicht, nämlich die von Frankreich her drohende Kriegsgefahr. Unter ihrem Eindrucke schien es damals sogar nicht unmöglich, einige positive Ergebnisse in Sachen der Bundesreform zu erzielen.

Die also sich bietende Gelegenheit benutzend, sandte der König im Oktober 1840 die Generäle Grolmann und Radowitz nach Wien und an die gröfseren deutschen Höfe, um Vorkehrungen gegen die Kriegsgefahr zu treffen. Radowitz erhielt zugleich den Auftrag, in Wien vorzustellen, dafs eine „tief-

1) Radowitz, „Sämtliche Werke" III. 280. Nicht „durch den Zauber seiner Beredsamkeit" (Treitschke V. 90) auf der Pillnitzer Zusammenkunft — wenigstens nicht dadurch allein — hoffte der König nach seinem Regierungsantritte den Widerstand Österreichs gegen die Bundesreform zu überwinden, sondern durch das höchste reale Angebot, den Bundesschutz auf die italienischen Besitzungen Österreichs auszudehnen. Schwerlich hat er erwartet, Entgegenkommen bei Österreich ohne Konzessionen zu finden.

gehende Aufrichtung" des deutschen Bundes notwendig sei: **„Auf dem bisherigen rein negativen Wege", so sollte er erklären**, „könne schlechterdings nicht ferner beharrt werden; die Nation erwarte und verlange mit Recht, dafs ihre gemeinsamen Interessen, ihre unabwendlichen Bedürfnisse volle Befriedigung fänden." Metternich wies diese Anregung nicht zurück. Hoch gingen damals die Wogen der nationalen Begeisterung in Deutschland, die durch die Aussicht auf den Kampf wider den Erbfeind mächtig entfacht worden war; um so mehr war es für Metternich geboten, sich auf vorsichtiges Ausweichen zu beschränken. Jetzt freilich, so erwiderte er, stünde der Krieg vor der Thüre, und es komme vor allem darauf an, diesen mit Ehren zu bestehen; wenn die Kriegsgefahr beseitigt sei, so wolle er sich mit dem preufsischen Kabinett in der Frage der Bundesreform verständigen und zu diesem Behufe, falls es nötig sei, selbst nach Berlin kommen.[1] Sowie die Erhaltung des Friedens gesichert war, traf Metternich nicht die geringsten Anstalten, sein Versprechen einzulösen. Auf dem Gebiete der Bundeskriegsverfassung wurden einige Neuerungen eingeführt, die als eine Erfüllung der populären Wünsche nicht gelten konnten. Da Österreichs Einwilligung zu der Bundesreform auf keine Weise zu erlangen war, so blieb dem Könige, wie sehr ihn auch Metternichs Verschleppungspolitik mit Ungeduld erfüllen mochte, doch nichts anderes übrig, als auf eine bessere Gelegenheit zu harren. Man könnte den Einwurf erheben, er hätte sich, da Österreich sich also hartnäckig sträubte, über Österreich hinweg mit den Fürsten in der deutschen Frage verständigen sollen. Hätte er aber bei diesen wohl etwas anderes erreicht, als Zurückweisung? Und hätte er seinen Bemühungen durch die Anwendung mehr oder minder gelinder Gewaltmittel Nachdruck geben wollen, so hätten die Fürsten unzweifelhaft die Intervention Österreichs und Rufslands angerufen: eine diplomatische Niederlage und ein schmählicher Rückzug wären die unausbleiblichen Folgen gewesen. Und wenn

1) Radowitz III. 281 ff.

Preufsen trotz des Einspruches Österreichs und Rufslands zur Verwirklichung seiner Pläne schreiten wollte, so wäre der Krieg mit beiden Mächten unvermeidlich gewesen, und ihn heraufzubeschwören, wäre für Preufsen eine Tollkühnheit sondergleichen gewesen.

Was konnte der König unter diesen Umständen anderes thun, als immer und immer wieder bei Metternich anzuklopfen, um zu sehen, ob es nicht einmal glücke, Österreich mit fortzureifsen? Gesetzt den Fall, dafs Österreich, durch die Popularität der deutschen Einheitsbewegung geblendet, in Verkennung seines eigenen Staatsinteresses sich auf die von Preufsen vorgeschlagene Bundesreform eingelassen hätte, so kam Preufsen von selbst in die günstigste Position. Denn über kurz oder lang mufste die Wiener Regierung zur Einsicht in die Unmöglichkeit der Einverleibung ihrer deutschen Provinzen in den in der Bildung begriffenen deutschen Einheitsstaat gelangen. Dann stand sie vor der Wahl, sich aus ihm zurückzuziehen (und das hiefs, Preufsen das Feld zu überlassen) oder das schon in Angriff genommene Werk der Reform wieder zu vernichten. In diesem letzteren Falle sah sich Preufsen in der angenehmen Lage, schon Bestehendes zu verteidigen, während es, wenn Österreich fest auf seinem konservativen Standpunkte blieb, zur Verwirklichung seiner deutschen Pläne vielmehr die bestehende Ordnung umstürzen mufste. Es ist daher sehr begreiflich, dafs sowohl Preufsen seinerseits immer wieder den Versuch erneuerte, Österreich für die Reform zu gewinnen, als auch dafs Österreich auf der anderen Seite den Werbungen Preufsens auszuweichen und die von Preufsen immer wieder von neuem angeknüpften Verhandlungen ergebnislos im Sande verlaufen zu lassen trachtete. Im Sommer 1845 traf Friedrich Wilhelm IV. in Stolzenfels am Rheine mit Metternich zusammen, und die Bundesreform ward hier abermals der Gegenstand ihrer Beratungen. Auf irgend welche feste Abmachungen ging Metternich natürlich nicht ein. Er liefs sich nicht weiter als zur Verheifsung treiben, einen österreichischen Diplomaten nach Berlin zu senden, dem das preufsische Kabinett seine

Vorschläge ausführlich entwickeln sollte. In der That erschien im Herbste des Jahres der Hofrat von Werner zu diesem Zwecke in Berlin. Mit dieser Mission aber hatte sich Metternichs Entgegenkommen erschöpft. Ein fruchtbares Resultat wurde wiederum nicht erzielt. „Bestimmte Zusagen", so berichtet Radowitz, „wurden nicht erlangt und den allgemeinen Verabredungen in Wien keine Folge gegeben. Diese Erfahrungen mufsten immermehr zu der Überzeugung hinführen, dafs es unmöglich sei, auf dem Wege des blofsen diplomatischen Verkehrs zu irgend etwas Gedeihlichem zu gelangen . . . Dafs man in dem Geiste der Nation selbst den mächtigsten Verbündeten aufzusuchen habe, dieses wurde im Schlosse von Berlin immer deutlicher erkannt."[1] Wollte der König nicht auf seine deutschen Pläne Verzicht leisten, so mufste er sich angesichts der von der politischen Notwendigkeit diktierten Passivität Österreichs mit der populären Bewegung verbünden, sich zu ihrem Haupte aufwerfen, bereit, ihren Forderungen, insoweit sie sich mit dem preufsischen Staatsinteresse vertrugen, die preufsischen Machtmittel zur Verfügung zu stellen.

Durch die Ausführung seines Verfassungsprojektes wurde der König in der nächsten Zeit in Anspruch genommen. Gerade damals setzte die populäre Bewegung mit verstärkter Kraft ein. Im Herbste 1847 fanden die Versammlungen von Offenburg und Heppenheim statt. Diese ward beherrscht von den Liberalen, jene von den Radikalen; hier ward die Errichtung eines Zollparlaments für die im Zollvereine vertretenen Staaten, dort die einer Nationalvertretung, durch die man sich dem Ideale der deutschen Republik zu nähern hoffte, zum Programme erhoben. Diejenigen Politiker, die sich nicht ganz auf das Gebiet der Utopie verirrten, sahen ein, dafs es vor allem gelte, den Arm Preufsens für die Verwirklichung der nationalen Idee zu gewinnen. In diesem Sinne verlangten die Wortführer des Liberalismus die Schaffung eines Zollparlaments bei dem

1) Ebd. 292f.

unter Preufsens Einflusse stehenden Zollvereine; ein solches Zollparlament schien ihnen der erste Schritt zur Verwirklichung eines deutschen Einheitsstaates unter Ausschlufs Österreichs. Eben diesem Gedanken gab der Rheinländer Hansemann (eines der Häupter der Opposition auf dem vereinigten Landtage von 1847) auf einem Festmahle, das ihm zu Ehren, als er sich in München aufhielt, am 4. Oktober 1847 von seinen Gesinnungsgenossen in der zweiten bairischen Kammer veranstaltet wurde, Ausdruck, indem er sein Bedauern darüber aussprach, „dafs Deutschland nur ein Staatenbund, kein Bundesstaat, demnach auch keine Grofsmacht sei.“ Das Bestreben der Vaterlandsfreunde müsse daher vornehmlich darauf gerichtet sein, so führte er aus, dafs Deutschland ein Bundesstaat werde. Wenn auch in diesem Falle Preufsen aufhören müsse, eine Grofsmacht zu sein, werde er sich, obwohl Preufse, doch als Deutscher nur darüber freuen können.[1] In die Intentionen der liberalen Partei gewährt diese Rede einen trefflichen Einblick. Der deutsche Bundesstaat, den die Liberalen forderten, bedeutete zwar den Ausschlufs Österreichs; aber auch Preufsen konnte mit einem Bundesstaate nach den Wünschen Hansemanns schwerlich zufrieden sein: denn in ihm wäre das preufsische Wesen restlos aufgegangen, die preufsische Krone zum Exekutivorgane des Bundesparlamentes herabgesunken, die Idee der nationalen Souveränität des deutschen Volkes einfach statuiert worden.

Es ward also offenbar, dafs ein Bündnis des preufsischen Königtums mit der populären Einheitsbewegung immerhin ein Schritt war, der nicht ohne Bedenken gewagt werden durfte; eben dieser Umstand und zugleich die Erwägung, dafs ein deutscher Bundesstaat unter Ausschlufs Österreichs doch nur ein verstümmeltes Deutschland sei, dafs er ferner nur auf konstitutioneller Grundlage errichtet werden könne, waren es, die den König noch eine Zeit lang davon zurückhielten, einerseits auf die Mitwirkung Österreichs zu verzichten und andrer-

1) [Heinrich Leo] Signatura temporis S. 8.

seits den Pakt mit der unter dem Einflusse der liberalen Tendenzen stehenden nationalen Bewegung zu schliefsen. In den Bemerkungen, die er im Herbste 1847 zu den Denkschriften des Fürsten Karl von Leiningen, des Halbbruders der Königin Victoria von England, und ihres Gemahls, des Prinzen Albert, machte, spiegelt sich deutlich seine damalige Seelenstimmung. Beide hatten sich dafür ausgesprochen, dafs sich Preufsen der Ideen der Nationalität und der konstitutionellen Freiheit bemächtige; Leiningen hatte sogar die Hegemonie Preufsens in Deutschland befürwortet und den Vorschlag gemacht, Österreich mit einer Ehrenstellung abzufinden. Gerade das waren Gedanken, die der Kern der Vorstellungen waren, die sich der König schliefslich hinsichtlich der Lösung der deutschen Frage bildete. Es bedurfte aber einer gewissen Zeit, bis sich der König mit ihnen vertraut machen konnte; zunächst stiefsen sie bei ihm auf entschiedenen Widerspruch, wenn wir die Randglossen, mit denen er die Denkschriften versah, durchweg für seine wahre Ansicht halten dürfen. Es ist zu beachten, dafs Friedrich Wilhelm IV. alle Ursache hatte, mit seinen Äufserungen in der deutschen Frage vorsichtig zu sein, um nicht den Ausbruch eines Sturmes der Entrüstung über den preufsischen Ehrgeiz zur Unzeit zu entfachen; es steht jedenfalls fest, dafs sich der König wenige Monate später thatsächlich auf den Boden der Vorschläge Leiningens gestellt hat.[1] Damals freilich schien es, als sei er noch weit davon entfernt. „Davor, dafs Österreich faktisch aus dem Bunde gedrängt werde", so kritisierte er damals bekanntlich das Leiningensche Projekt, „und Preufsen seine Stelle einnehme, möge mich unser Herr im Himmel bewahren. Teutschland ohne

1) Treitschke (V, 693) meint, in seinen Bemerkungen über die Leiningenschen Vorschläge habe der König „seine heilige Überzeugung" ausgedrückt, „und sie sollte für den Verlauf der deutschen Revolution verhängnisvoll werden." Mindestens der zweite Teil dieses Urteils ist unberechtigt: was Leiningen 1847 riet, hat der König im Frühjahr 1848 thatsächlich erstrebt. Über die Herkunft der Vorschläge Leiningens und des Prinzen Albert vergl. Koser, Hist. Zeitschr. 83. S. 48 Anm. 1.

Triest, Tyrol und das herrliche Erzherzogtum wäre schlimmer, als ein Gesicht ohne Nase!!! Gott wird Teutschland nicht verlassen!“ Wer möchte leugnen, dafs eine tiefe Wahrheit in diesen Worten liegt? Schnell genug freilich hat sich Friedrich Wilhelm darüber belehren lassen, dafs die harte Notwendigkeit der politischen Machtverhältnisse diese Verstümmelung Deutschlands, den „faktischen“ Ausschlufs Österreichs, unerbittlich gebiete. Aus dem Grunde des Herzens kam ihm gewifslich sein dabei bekundeter Protest gegen die „Parteien- oder Ministerial-Tyrannei“ des Konstitutionalismus oder Liberalismus „à la Hansemann und Konsorten“. Bei solcher tiefinnerster Abneigung gegen die modernen Verfassungsbestrebungen schien ein Einvernehmen zwischen der Krone und den populären Tendenzen allerdings noch in weiter Ferne liegend oder vielmehr überhaupt ein Unding.

In eben jenen Tagen, als sich der König so bestimmt gegen den „faktischen“ Ausschlufs Österreichs aus Deutschland zu wehren schien, erteilte er seine Zustimmung zu einem Projekte der Bundesreform, demzufolge zwar Österreich noch einmal zur Mitwirkung bei der nationalen Reorganisation aufgefordert werden sollte, das aber doch schon die Möglichkeit in Erwägung zog, dafs sich Metternich wiederum sträuben würde, und das für diesen Fall ein einseitiges Vorgehen Preufsens ohne Österreich in Aussicht nahm, — ein Verfahren, das über kurz oder lang den Widerstand Österreichs hervorrufen mufste, da es im letzten Grunde auf eine langsame, aber um so sicherere Hinausdrängung Österreichs aus Deutschland hinauslief. Der Urheber dieses Projektes war Radowitz. In den Intentionen des Königs und seines Beraters lag dieses Endziel als ein bewufst gewolltes vielleicht noch nicht; bei dem Stande der Dinge, bei der Unmöglichkeit für Österreich, eine Konzentration der Kräfte der Nation und etwa gar unter Preufsens Ägide zu dulden, war es seine notwendige Konsequenz.

Nach der Beendigung des vereinigten Landtages wandte sich Friedrich Wilhelm IV. abermals seinen deutschen Plänen zu. Bei der Rheinreise, die er im Herbste des Jahres unter-

nahm, zog er Radowitz „auf Canitz's Veranlassung wieder aus seinem Dunkel hervor.“[1] Er liefs Radowitz nach Berlin kommen, und dieser arbeitete hier eine Denkschrift aus, die am 20. November dem Könige vorgelegt und von diesem genehmigt wurde.[2] Sie ist also ein untrügliches Zeugnis für den damaligen Stand der preufsischen Politik in der deutschen Frage. Darf man wohl auch nicht gerade sagen, dafs Radowitz in ihr einfach „die Gedanken seines königlichen Herrn zusammengestellt habe“[3], so doch, dafs es Radowitz damals gelungen war, zur Billigung seiner Ideen über die Lösung der deutschen Frage, wie sie in dem Memoire niedergelegt waren, den König zu bewegen. Die Denkschrift begann mit einer herben Kritik des deutschen Staatenbundes, seiner Leistungen und der gesamten Entwicklung der öffentlichen Verhältnisse in Deutschland seit dem Wiener Kongresse. Radowitz erklärte, man habe bei der Gründung des Staatenbundes „den Schulbegriff eines rein völkerrechtlichen Vereins auf die Spitze getrieben“ und sei „demgemäfs von einer abstrakten Selbständigkeit und Parität aller deutschen Staaten ausgegangen.“ Mit scharfen Worten verurteilte er „den Souveränitätsschwindel“ vorzugsweise der süddeutschen Regierungen, bei denen „der ganze Bodensatz des Rheinbundes thätig wurde, nachdem er sich eben erst von Napoleons Faust und der Bestürzung über seinen Fall erholt hatte.“ Die schlechte Verfassung des Bundes, die Haltung der mittleren und kleinen Staaten, die Eifersucht Österreichs gegen Preufsen, so wurde weiter ausgeführt, hätten alle Aussicht geraubt, irgend etwas für Deutschland Dienliches aus dem Bunde hervorgehen zu sehen, und so sei denn die Tendenz erwacht, „dasjenige durch Spezialvereinigung zu erreichen, wozu sich der Bund als untauglich erwies.“ Unter diesem Gesichtspunkte sei die Entstehung des Zollvereins zu betrachten: „er war der erste Rifs in das Werk von 1815, die erste Erklärung,

1) Gerlach I, 129.
2) Gedruckt bei Radowitz III, 314ff.
3) Treitschke V, 699.

dafs man an dessen Belebung verzweifele.“ Durch seine Haltung 1830 in der Braunschweigschen und darauf in der Luxemburgschen Angelegenheit habe der Bund seine Unfähigkeit vollends bekundet; seine Haltung in dem Hannöverschen Verfassungskonflikte endlich sei „das letzte Glied in diesem unheilsvollen Systeme.“ Bei dem Aufschwunge des deutschen Nationalgefühls angesichts des 1840 von Frankreich her drohenden Krieges habe es einen Augenblick den Anschein gehabt, als wollten sich Österreich und die kleineren Staaten aufraffen, um dem Drängen Preufsens nach Bundesreform Gehör zu geben und Folge zu leisten. „Sobald aber die erste Gefahr vorüber war, trat alles sofort wieder in die bisherige Apathie, in die tiefe Abneigung gegen jede Lebensäufserung des Bundes zurück... Auf die Frage: was hat der Bund seit den 32 Jahren seines Bestehens, während eines fast beispiellosen Friedens gethan für Deutschlands Kräftigung und Förderung, ist keine Antwort möglich. Der Schaden, der hieraus erwächst, ist unabsehlich. Es mag dabei noch ganz von den materiellen Nachteilen, so fühlbar sie auch sind, abgesehen werden; schon der moralische Schaden, die Wirkung auf die Gesinnung und Stimmung der Nation ist übergrofs. Alles Interesse, alle Lebensregung der Zeit hat sich ausschliefslich auf die politischen und kirchlichen Händel geworfen. Die gewaltigste Kraft der Gegenwart, die Nationalität, ist die gefährlichste Waffe in den Händen der Feinde der rechtlichen Ordnung geworden.“

Der Hauptinhalt der Radowitzschen Denkschrift besteht aus Vorschlägen einer materiellen Bundesreform, also einer Zentralisation des staatlichen Lebens in Deutschland durch das Mittel einer Verstärkung der Bundeskompetenz, und zwar, wie wir des näheren sehen werden, nach dreifacher Richtung hin. Den Anträgen betreffend die Erweiterung der Bundesgewalt gehen zwei Propositionen voran, die sich als Mafsnahmen gleichsam vorbereitender Natur charakterisieren, nämlich Einführung von Prefsfreiheit für das ganze Bundesgebiet und Publikation der Protokolle der Bundesversammlung: durch sie sollte die öffentliche Meinung für Preufsen und die von Preufsen be-

triebene Reform gewonnen werden. Die Reform selbst sollte gipfeln in der Schöpfung zentralistischer Einrichtungen auf dem Gebiete des Kriegswesens, der Rechtspflege und der Wirtschaftspolitik. Hinsichtlich der Heeresverfassung handelte es sich um die Fortbildung schon 1840 beschlossener Einrichtungen. Es wurden allgemeine, regelmäfsige Inspizierungen des Bundesheeres, gemeinschaftliche Übungen der einzelnen Korps, aus denen es sich zusammensetzte, Vereinbarung über gemeinsame Reglements und Kaliber, sowie die Einführung eines Bundesfeldzeichens und Bundeswappens gefordert. In die zweite Kategorie gehören die Vorschläge betreffend die Feststellung eines gemeinschaftlichen Strafrechtes und Strafverfahrens, ferner auch in gewissem Sinne die in der Hauptsache für die wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommenden Postulate eines gemeinsamen Handelsrechtes und einer gemeinsamen Kreditordnung, sowie eines gemeinsamen Wechselrechtes. Das Wichtigste auf dem Gebiete der Rechtspflege war das Verlangen nach Einsetzung eines obersten Bundesgerichtes[1] zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen den einzelnen Bundesregierungen, sowie zwischen den Regierungen und ihren Ständen, weiterhin zwischen den Regierungen und Privatpersonen, sowohl in solchen Prozessen, bei deren Objekte es sich um Bestimmungen der Bundesakte (also z. B. um politische und Vermögensrechte der Mediatisierten) handelte, als auch bei Forderungen, die sich auf Verträge zwischen Bundesstaaten oder auf das Privatrecht gründeten. Bei dem Bundesgerichte sollten ferner Beschwerden über Rechtsverweigerung seitens der Gerichte in den Einzelstaaten eingelegt werden dürfen; es sollte ferner als oberstes Prefsgericht nach Mafsgabe der Vorschriften in dem neu zu erlassenden Prefsgesetze fungieren. Man sieht, wie sehr durch dieses oberste Bundesgericht die Souveränität der Einzelstaaten eingeschränkt worden wäre, wenn es sich auch keinesfalls als

1) Mit diesem Punkte befafst sich ausführlich noch eine zweite Denkschrift des Generals von Radowitz, die gleichfalls vom Könige genehmigt wurde. Sie ist gedruckt bei Radowitz, III, 338ff.

eine oberste Instanz über den Gerichten der Einzelstaaten darstellt. Über das beim Bundesgerichte zu handhabende materielle Recht, über Zusammensetzung und Organisation des Gerichtes selbst, sowie über das bei ihm anzuwendende Verfahren enthielt die Denkschrift geeignete Vorschläge. Es wurde verlangt, dafs der Schlufstermin öffentlich sei, und dafs dabei mündlich in Gegenwart der Parteien oder ihrer Vertreter verhandelt würde. Als Sitz des Gerichtes wurde Wetzlar ins Auge gefafst; man sieht, wie man an die Traditionen des alten Reichskammergerichtes anzuknüpfen gedachte.

Was Radowitz auf den Gebieten des Kriegswesens und der Rechtsprechung forderte, hätte hie und da wohl tiefer greifen können. Er selbst mafs allerdings seinen Anträgen nur einen provisorischen Charakter, nur den Wert von „Andeutungen“ bei, um auf diejenigen Gegenstände aufmerksam zu machen, „welche dem praktischen Bedürfnis und der nationalen Aufrichtung zugleich entsprechen.“ „Jeder dieser Punkte“, so sagt er ausdrücklich, „unterliegt natürlich erst der sachgemäfsen Erwägung im einzelnen, und es ist nicht zu bezweifeln, dafs diese sowohl manche derselben beseitigen, als andere noch hinzufügen werde.“ Entschieden am weitesten gingen seine Vorschläge auf dem Felde der Wirtschaftspolitik: ihre Ausführung hätte die Erhebung des gesamten Bundesgebietes zu einem einheitlich geschlossenen Zoll- und Wirtschaftsgebiete bedeutet. Seine Wünsche richteten sich hier, wie schon bemerkt wurde, auf die Schaffung eines gemeinsamen Handelsrechtes und einer gemeinsamen Kreditordnung, eines gemeinsamen Wechselrechtes, sowie eines allgemeinen Heimatsrechtes und voller Freizügigkeit, weiterhin auf die Feststellung eines einzigen Mafs-, Münz- und Gewichtssystems, auf den Erlafs einer allgemeinen Post- und Eisenbahnordnung, auf die Vereinbarung eines allgemeinen Schiffahrtsvertrages, auf die übereinstimmende Regulierung der Auswanderung und der Kolonisation, auf die Errichtung gemeinsamer Bundeskonsulate im Auslande, sowie auf „Ausdehnung des Zollvereins auf den Bund.“ Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dafs die voll-

kommenste wirtschaftspolitische Einigung aller Bundesländer die notwendige Folge solcher Mafsnahmen gewesen wäre.

Gerade dieser zuletzt erwähnte Punkt des Radowitzschen Memoires ist es, der bei den national gesinnten Geschichtsschreibern grofsen und heftigen Anstofs erregt hat; gerade hierüber hat man die schärfsten und bittersten Urteile gefällt. Sybel bemerkt[1], „die Überweisung der Gesetze über Handel, Zoll, Mafs, Münze und Gewicht an den Bundestag, der in Zukunft durch Majorität darüber Beschlüsse fassen solle", wäre „für Preufsen eine wunderbare Politik" gewesen. Treitschke stellt die Frage[2]: „Konnte der König, der bisher der Hofburg jede Einmischung in seine Zollpolitik standhaft verweigert hatte, jetzt im Ernst beabsichtigen, das gröfste Werk seines Vaters zu zerstören und den Zollverein, wie Metternich längst wünschte, dem Bundestage unterzuordnen? Und dies in einem Augenblicke, da die Hofburg sich soeben anschickte, die alten Zollschranken zwischen Ungarn und den deutsch-böhmischen Kronländern aufzuheben und mithin unzweideutig bekundete, dafs Österreich selbst dem Zollverein nicht beitreten wollte?" Man wird diesen Bedenken nicht beipflichten können. In der Denkschrift vom 20. November erhebt Radowitz den Anspruch, dafs „die Annahme der einzelnen Gesetzesentwürfe durch einfache Majorität der Bundesversammlung geschehe." Aus dem Zusammenhange geht nicht klar hervor, ob unter den „Gesetzesentwürfen", von denen in diesem Passus die Rede ist, diejenigen Gesetze zu verstehen sind, durch die erst die entsprechende Erweiterung der Kompetenz der Bundesgewalt bewirkt werden sollte, oder ob die auf Grund der erweiterten Kompetenz später zu vollziehenden einzelnen gesetzgeberischen Akte. Nun war nach der Bundesverfassung bei Grundgesetzen des Bundes und bei Beschlüssen über organische Bundeseinrichtungen Abstimmung im Plenum der Bundesversammlung, und zwar Einstimmigkeit erforderlich, und Gesetze bezüglich Erweiterung der Bundes-

1) Sybel, Vorträge und Abhandlungen S. 237, Anm. 1.
2) Treitschke, Deutsche Geschichte V, 699.

kompetenz gehörten gewifslich in diese Kategorie; bei allen anderen Beschlüssen war im Plenum Zweidrittelmehrheit vorgeschrieben: in jedem Falle also war die von Radowitz empfohlene Beschlufsfassung durch einfache Majorität ein bedeutender Fortschritt im Sinne einer verstärkten Zentralisation der Bundesverfassung. Das Organ des Zollvereins war die jährlich zusammentretende Zollkonferenz; auch hier mufsten alle Beschlüsse einstimmig gefafst werden: wäre nun also nicht auch, vom Standpunkte der Verfassung des Zollvereins aus betrachtet, die Einführung des Mehrheitsprinzipes für die Zollgesetzgebung ein Fortschritt gewesen?

Allerdings hat es auf den ersten Blick den Anschein, als bedeute die Ausdehnung des Zollvereins auf den Bund die momentane Preisgebung einer Machtposition Preufsens. Aber konnte man diesen Schritt im Augenblicke vermeiden? Konnte Preufsen anders handeln, wenn es sich auf eine deutsche Politik überhaupt einlassen wollte? Die wirtschaftlichen Verhältnisse waren dasjenige Gebiet, auf dem der Natur der Dinge zufolge die zentralistischen Tendenzen am ehesten einzusetzen und sich am wirksamsten zu bethätigen vermochten. Wenn man von Österreich und den anderen Bundesregierungen Entgegenkommen in der deutschen Frage forderte, konnte man doch nicht gut dasjenige Gebiet, auf dem eine Zentralisation im nationalen Sinne das dringendste Bedürfnis war, und das dafür auch den geeignetsten Spielraum bot, als Sonderdomäne Preufsens erklären: was wäre dann wohl noch von der ganzen Bundesreform übrig geblieben? Unmöglich konnte man die anderen Staaten zum Verzichte auf partikularistische Bestrebungen auffordern, wenn man selbst so offenkundigen Partikularismus trieb. Der Radowitzsche Vorschlag war nicht nur nicht zu vermeiden; er war auch bei richtiger Ausführung durchaus unschädlich für das preufsische Interesse. Denn eine Ausdehnung des Zollverbandes auf sämtliche Bundesländer war ein Verlangen, das Österreich nicht erfüllen konnte. Nimmermehr konnte Österreich mit seinen deutschen Provinzen allein in den einheitlich geschlossenen Zoll- und Wirtschaftsverband

eintreten, als den sich das Bundesgebiet nach Erfüllung des Radowitzschen Programms dargestellt haben würde. Es kreuzten sich hier die deutsch-nationalen Zentralisationstendenzen mit den innerhalb der habsburgischen Monarchie obwaltenden Zentralisierungsbestrebungen, wie sie damals in wirtschaftspolitischer Hinsicht in dem Projekte der Beseitigung der Zollschranken zwischen Ungarn und den deutsch-böhmischen Kronländern zum Ausdruck gelangten. Nicht nur in reinpolitischer, sondern auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht war eine nationale Einigung nur unter Ausschlufs Österreichs möglich. Was aber dann, wenn sich Österreich trotzdem unter Verkennung seiner Lebensinteressen auch in dieser Beziehung von Preufsen fortreifsen liefs? Wenn es sich dazu in der That entschliefsen wollte, so konnte man auf keinen Fall umhin, ihm das Recht der Mitbestimmung in Sachen der Zoll- und Wirtschaftsgesetzgebung nach Mafsgabe der bestehenden Bundesverfassung einzuräumen. Früher oder später würde die österreichische Regierung den Fehler, den sie begangen hatte, unzweifelhaft erkannt und die Notwendigkeit eingesehen haben, zurückzutreten. Dann aber hatte sie bereits den Zentralisationsplänen des Berliner Hofes ihre Sanktion erteilt, und ebenso, wie in dem Zollvereine, konnte Preufsen in dem nunmehr gefestigten Bundesverbande auch wirtschaftspolitisch seine Vorherrschaft behaupten, — oder Preufsen sah sich doch wenigstens in der günstigen Lage, bereits bestehende oder in Angriff genommene Einrichtungen zu schützen und in ihrem Bestande zu sichern. Es war auf diesem Wege also in jedem Falle möglich (mehr wollen wir keineswegs behaupten), den Zollverein, um einmal diese Antithese zu gebrauchen, aus einer völkerrechtlichen Organisation in eine solche von staatsrechtlichem Charakter umzuwandeln, und zwar unter Behauptung der bisherigen wirtschaftspolitischen Vormachtstellung Preufsens.

Dafs die preufsische Regierung im Ernste daran gedacht hätte, Österreich in irgend welchen Stücken, etwa in Ansehung der wirtschaftlichen Verhältnisse, ein Recht der Mitbestimmung ohne die positive Gegenleistung der Unterwerfung unter die

entsprechende materielle Bundesreform einzuräumen, ist eine Behauptung, zu deren Aufstellung wir in keiner Weise befugt sind, die auch dem ganzen Charakter der Radowitzschen Denkschrift durchaus widerspricht. Vermochte Österreich die Gegenleistung der Unterordnung unter die Reform nicht zu gewähren (und so war es in der That), dann mufste die Zentralgewalt irgendwie derart organisiert werden, dafs Österreich an ihr keinen Anteil hatte, d. h. Österreich durfte in der Bundesversammlung, insofern sich diese als Trägerin einer zentralen Wirtschaftspolitik für das Bundesgebiet (und zwar eben unter Ausschlufs Österreichs) darstellte, nicht mitreden. Der direkte Einflufs Österreichs in der Bundesversammlung war in wirtschaftspolitischer Hinsicht alsdann beseitigt, und warum sollte sich Preufsen nunmehr an der Geltung des Majoritätsprinzips bei den Akten der wirtschaftlichen Gesetzgebung in der Bundesversammlung stofsen? Bedeutete ja doch dieses dann in Wahrheit vielmehr einen beträchtlichen Fortschritt für die Bundesverfassung. Die „Unterordnung des Zollvereins unter den Bundestag" hatte somit (falls Friedrich Wilhelm IV. an der Forderung festhielt, dafs Österreich im Bundestage bei Akten der wirtschaftlichen Gesetzgebung nur dann mitsprechen dürfe, wenn es seine deutschen Provinzen mit in den also gleichsam erweiterten Zollverein einschliefse) zur Folge, um es kurz auszudrücken, die Möglichkeit der Bildung eines engeren Bundes der deutschen Staaten unter Ausschlufs Österreichs in und neben dem weiteren Bunde. Dieser behielt im wesentlichen dann den Charakter des alten Staatenbundes bei, wenn nicht Österreich unter diesen Umständen überhaupt darauf verzichtete, dieser losen Gemeinschaft in der Hauptsache nur völkerrechtlichen Charakters weiterhin anzugehören, da der engere Bund jedenfalls der Vorherrschaft Preufsens ausgeliefert war. Mit anderen Worten: die materielle Bundesreform, zu deren Genehmigung Preufsen Österreich zu bestimmen trachtete, hatte zur letzten Konsequenz auch eine formale Bundesreform, eine Reorganisation der Bundesverfassung, bei der der Löwenanteil Preufsen zufallen konnte.

Das war überhaupt die Frage, von der alles abhing: Wird der materiellen Reform der Bundesgewalt eine formelle folgen? Wie wird sich in der Zukunft die Verteilung der Bundesgewalt unter den einzelnen Mitgliedern des Bundes gestalten? Aus leicht begreiflichen Gründen vermied man es zunächst noch in Preufsen, sich darüber offen auszusprechen. Denn eine Erörterung dieses Punktes mufste den jetzt noch schlummernden Gegensatz zwischen Österreich und Preufsen erwecken. Die Radowitzsche Denkschrift fliefst über von Versicherungen, dafs auf das Einverständnis Preufsens mit Österreich in den Bundesangelegenheiten der gröfste Wert zu legen, dafs ein gutes Verhältnis zwischen den beiden deutschen Grofsmächten das beste Mittel sei, um „den Partikularismus anderer Mitglieder zu überwinden.“ Indem Radowitz bemerkte, man müsse mit allen Kräften danach streben, Österreich zur richtigen Erkenntnis der Sachlage und zum Zusammengehen mit Preufsen zu bewegen, setzte er auseinander: „die Aufgabe ist sehr schwierig, aber nicht unmöglich; der König hat die Macht der Wahrheit und seine reine Absicht für sich; Er weifs, dafs Er nichts sucht, und will dasjenige, was ganz im gleichen Mafse auch der österreichische Hof wollen müfste, wenn er sich aus der bisherigen Gleichgültigkeit zur Einsicht in sein wahres Wohl erhöbe.“ Darüber, dafs der in den letzten Worten enthaltene Tadel eine — sei es nun absichtliche oder unabsichtliche — Verkennung des wahren österreichischen Staatsinteresses in sich schliefst, brauchen wir kein Wort zu verlieren. Jedenfalls war die österreichisch-preufsische Interessenharmonie, wie Radowitz sie in diesem Passus dem König vorführte, nichts weiter als eine Utopie. Man darf freilich nicht verkennen, dafs diese Fiktion immerhin geeignet war, den König auf der Bahn der deutschen Politik vorwärts zu treiben und ihm also die Umkehr für den Fall zu erschweren, dafs er später einmal zur Einsicht gelangte, dafs eine österreichisch-preufsische Interessenharmonie in dieser Hinsicht überhaupt nicht existierte.

Überhaupt bewegt sich die Denkschrift, wo sie das Verhältnis mit Österreich berührt, in seltsamen Paradoxien. Man

ist beinahe versucht, sich die Frage vorzulegen, ob nicht Radowitz selbst diese Widersprüche fühlen mufste, und ob nicht seine Ausführungen über die österreichisch-preufsische Interessenharmonie vornehmlich dazu bestimmt waren, beim Könige etwaige Bedenken über den von Österreich her drohenden Widerstand zu zerstreuen. Radowitz betont mit Nachdruck, dafs die Absichten des Königs „bei dieser grofsen Anregung rein und selbstlos sind, dafs er aufrichtig wünscht, dafs Österreich überall voran trete, und in der Wiedergeburt Deutschlands den ihm gebührenden Platz einnehme." In seiner Darstellung der deutschen Politik Friedrich Wilhelms IV. vom April 1848 erklärt Radowitz, es sei das Bestreben der preufsischen Politik im Herbste des Vorjahres gewesen, „die Zustimmung des kaiserlichen Hofes zu dem ganzen System der notwendigen Reformen um jeden Preis zu erringen: wenn dieses Ziel erreicht, so werde Preufsen zurücktreten und die Leitung der ferneren Schritte [sowohl der Feststellung der Normen für die Erweiterung der Bundeskompetenz, als auch für die eigentliche Ausführung] Österreich überlassen." Scheint es nicht danach, als ob sich Preufsen mit dem Range des zweiten deutschen Staates begnügen und Österreich den Vortritt überlassen wollte? Dafs man aber trotz dieser beruhigenden Versicherungen gegenüber Österreich keineswegs in Preufsen eines brennenden Ehrgeizes im Geheimen entbehrte, zeigt deutlich ein Abschnitt der Denkschrift, worin es heifst: „Preufsen ist durch den Lauf der Begebenheiten in die europäische Pentarchie gelangt und wird diese ihm zugewiesene Stelle behaupten müssen und wollen. Aber wie wehrhaft und kräftig es auch sei, immer kann nicht verkannt werden, dafs es in der Vereinzelung nicht gleiches Gewicht bei den grofsen Welthändeln in die Wagschale zu legen vermag, wie die anderen vier Staaten. Nur in der festesten, innigsten Verbindung mit dem übrigen Deutschland kann es die Ergänzung der Kräfte finden, deren es bedarf. Dafs Deutschland mächtig und einträchtig dasteht, dieses ist die Lebensfrage für Preufsen, die oberste Bedingung seiner eigenen Existenz. Österreich befindet sich hierin in

einem wesentlich verschiedenen Verhältnis; es ist zu tief in die Welthändel verflochten, zu fremd allen engeren deutschen Interessen, Freuden und Leiden, um sich auf diese Linie zu beschränken. Nur eine Macht, die da steht und fällt mit Deutschland, kann hier eine wahre moralische Autorität ausüben; dies fühlt mehr oder minder dunkel jedermann, und eine solche Autorität wird nicht eher entstehen, bis Preufsen notgedrungen in dem Bewufstsein, dafs es nur allein das Beste des Ganzen sucht, die am Boden schleifenden Zügel aufnimmt. Es handelt sich dabei nur darum, den Anstofs zu geben, den Weg zu eröffnen, auf dem Deutschland seine Wiedergeburt erwarten kann; ist dieses neue Leben erst wirklich erwacht, so ist auch Preufsens Mission erfüllt, und die unentbehrliche Zentralautorität im Bunde wird ihre verfassungsmäfsige Gestalt durch freie Vereinbarung aller erhalten."

Klar und deutlich zeigt Radowitz hier das letzte Ziel, das die deutsche Politik Preufsens sich setzen mufste: die Erhebung Preufsens durch Erlangung der Vormachtstellung in Deutschland und eben dadurch auch die Erhebung des künftigen, unter preufsischer Hegemonie stehenden deutschen Gesamtstaates zu einem vollgültigen Mitgliede der europäischen Pentarchie, also Gleichstellung des durch die Kräfte des übrigen Deutschlands verstärkten Preufsens neben England und Frankreich mit Rufsland und Österreich. Durch die Sätze des Radowitzschen Memoires klingt bereits der Bismarcksche Gedanke hindurch, dafs deutsches und preufsisches Interesse nie mit einander in Widerstreit geraten könnten, und zwar eben deshalb, weil Preufsen der gröfste reindeutsche Staat ist, weil Preufsen diejenige Macht ist, „die da mit Deutschland steht und fällt": die Errichtung des deutschen Gesamtstaates ist daher die Mission Preufsens. Wenn Radowitz an einer andern Stelle beim Werke der Bundesreform Preufsen zurücktreten und Österreich die Leitung überlassen will, so steht das mit dem hier entwickelten Gedankengange in grellem und unlösbarem Widerspruche. Denn Österreich, so legt er ja dar, ist allzu „fremd allen engeren deutschen Interessen, Freuden und Leiden"; es hat seine besonderen

Aufgaben: ergab sich daraus nicht von selbst, dafs bei einer Zentralisierung des staatlichen Lebens in Deutschland die deutschen Länder Österreichs nicht in Betracht kamen? Schimmerte da nicht als unvermeidliche Konsequenz der bestehenden politischen Machtverhältnisse wieder der engere Bund, d. h. der Bundesstaat unter Ausschliefsung Österreichs, durch? Wie man sich auch drehen und wenden mochte, als unabwendbare Konsequenz drohte überall der engere Bund, die Ausscheidung Österreichs aus dem neuen Einheitsstaate. Und konnte es wohl in diesem letzteren bei einer „moralischen Autorität“ Preufsens verbleiben? Wenn es Preufsens Mission war, ihn aufzurichten, so war auch die Forderung berechtigt, dass die durch die „freie Vereinbarung aller“ zu schaffende „unentbehrliche Zentralautorität“ in einer Weise organisiert wurde, dafs Preufsen im Rahmen der neuen Bundesverfassung die führende Stellung erhielt. So blinkt auch durch die, wenngleich gewundenen und verklausulierten, widerspruchsvollen Sätze der Radowitzschen Denkschrift, in weiter, fast unerreichbar scheinender Ferne winkend, der letzte und höchste Strebepunkt des deutschen Ehrgeizes Friedrich Wilhelms IV. hervor: die Erhebung Preufsens zur Zentralautorität im Bunde durch Übereinkunft mit den anderen Bundesfürsten und eben dadurch seine und Deutschlands Erhebung zu einem vollgültigen Mitgliede im Aräopage der grofsen Mächte Europas.

Man könnte freilich sagen: wohl lohnte es sich, solchen Gewinns halber, wenngleich er zwar fürs erste noch in weiter Ferne stand, die preufsische Vormachtstellung im Zollvereine zu opfern; aber wäre es nicht die richtige Politik gewesen, diese Position nur gegen ganz bestimmte Konzessionen zu Gunsten Preufsens hinsichtlich seines Anteils an der Bundesgewalt preiszugeben? Gab man nicht auf diese Weise — man verzeihe das triviale Bild — den Sperling aus der Hand, um die Taube vom Dache zu locken? Und doch ging es nicht anders. Man mufste einsetzen, um zu gewinnen. Man mufste sich hüten, Österreichs und der anderen Bundesfürsten Mifstrauen von vornherein zu erregen, indem man ihnen vorschnell den Einblick

in die Aspirationen des eigenen Ehrgeizes gewährte. Wie die Machtverhältnisse lagen, konnte man sich nicht verhehlen, dafs Säbelrasseln und drohendes Auftreten im Augenblicke keinen Nutzen zu bringen vermochten, sondern lediglich dazu dienen würden, das Ansehen Preufsens zu kompromittieren. Wenn nur erst Österreich auf die Bahn der materiellen Bundesreform gelockt war, dann gestalteten sich die Dinge von selbst so, dafs bei einem einigermafsen geschickten und festen Zugreifen Preufsen der so heifs ersehnte Siegespreis nicht entgehen konnte.

Was aber sollte geschehen, wenn sich Österreich allen Werbungen Preufsens hartnäckig verschlofs? Auch dieser Fall war in der Denkschrift von Radowitz vorgesehen, und seine Vorschläge, die sich auf eine solche Eventualität bezogen, führten in ihren letzten Konsequenzen, wenngleich er selbst es vermied, sie ausdrücklich auszusprechen, wiederum zum engeren Bunde unter Ausschlufs Österreichs. Zunächst gab man sich freilich immer noch den Anschein, als müsste es gelingen, das Wiener Kabinet zur Mitwirkung an der Bundesreform zu bewegen: „Jede Zögerung, jedes Abschweifen und Abhandeln sollte schlechterdings zurückgewiesen und die Zustimmung des kaiserlichen Hofes zu dem ganzen System der notwendigen Reform um jeden Preis errungen werden.“ Die Hofburg würde schliefslich, so setzte Radowitz auseinander, „aller Verknöcherung, alles traditionellen Nihilismus unerachtet“ es doch nicht darauf ankommen lassen, dafs die welthistorische Anregung zur Wiedergeburt Deutschlands von Preufsen allein ausgehe. Man würde sich zuletzt, meint Radowitz, „wenn auch noch so unwillig im Prinzipe anschliefsen, vielleicht nur noch versuchen, durch Zögerungen, halbe Zugeständnisse hinzuhalten, durch Verwässern und Abhandeln den Geist zu verflüchtigen: dann wird es allerdings gelten, festzuhalten, alle wesentlichen Glieder des Systems in organischem Zusammenhange durchzufechten.“ Wenn es endlich gelungen war, nach langem Sträuben der Hofburg die Einwilligung zur Reform abzudringen, so sollte die Feststellung der Normen für die Regeneration des Bundes entweder auf einem Fürstenkongresse stattfinden oder der Bundesver-

sammlung übertragen werden; die spezielle Bearbeitung der einzelnen Punkte, um die es sich bei der Erweiterung der Bundeskompetenz handelte, sollte in der Bundesversammlung erfolgen.

Wie ostentativ freilich auch immer in der Denkschrift auf die Mitwirkung Österreichs Gewicht gelegt wurde, so klingt doch durch alle noch so enthusiastischen Beteuerungen, dafs ohne Österreichs Teilnahme nichts Fruchtbares zu erreichen sei, der feste Entschlufs durch, falls Österreich auf seinem negativen Standpunkt beharre, ohne (und das hiefs doch, wenn man das auch in Preufsen noch nicht mit der nötigen Klarheit erkannte, nichts Geringeres, als gegen) Österreich ans Werk zu gehen. Offen sprach Radowitz das aus, wiewohl einen Ton des Bedauerns anschlagend: „es giebt kaum einen wahren und grofsen Fortschritt für Deutschland, wenn Österreich sich dem entzieht; nur im äufsersten Falle darf die innigste Gemeinschaft mit dem alten Kaiserstaate momentan aufgegeben werden.“ Wie mufste sich nun bei einem solchen „momentanen Aufgeben der innigsten Gemeinschaft“ Preufsens mit Österreich die Entwicklung gestalten? Gesetzt den sehr unwahrscheinlichen Fall, dafs es Preufsen durch dieses „momentane Aufgeben“ der Verbindung mit Österreich gelang, eine Zentralisation des staatlichen Lebens in Deutschland mit Ausnahme der deutschen Provinzen des Kaiserstaates zu begründen, ohne dabei durch Österreichs Widerspruch und Widerstand gestört zu werden, so mufste Preufsen dann, um den von Radowitz bezeichneten Weg zu gehen, Österreich für seine deutschen Provinzen den Eintritt in das neugeschaffene bundesstaatliche Gebilde anbieten. Da nun Österreich nicht im Ernste daran denken konnte, dieser Einladung Folge zu leisten, so war das Ergebnis, wenn Österreich dann überhaupt noch in einem Bundesverhältnisse mit dem übrigen Deutschland verharrte, abermals der engere Bund in und neben dem weiteren Bunde. Und auf eben dieses Ziel liefen alle die Ratschläge hinaus, die Radowitz im einzelnen für den Fall eines dauernd ablehnenden Verhaltens des Wiener Kabinets empfahl: Preufsen sollte dann, so meinte er, die in

Wien zurückgewiesenen Anträge im eigenen Namen unmittelbar der Bundesversammlung vorlegen; wenn der Einflufs von Wien, sowie „der Souveränitätsschwindel und Egoismus der einzelnen Regierungen" auch da nichts Gedeihliches ins Leben treten lasse, dann, so fährt Radowitz fort, „giebt es nur ein Mittel, aber dieses ist vollkommen genügend: die Verbindung mit dem besseren Geiste der Nation. Deutschland erfahre und wisse, was der König gewollt und gethan, es erkenne, dafs seine heiligsten Interessen, sein teuerstes Sehnen und Verlangen auf dem Throne Preufsens einen Vertreter gefunden habe; Deutschland lerne den Fürsten lieben und vertrauen, der seine eigene Existenz eingesetzt für das Wohl des gemeinsamen Vaterlandes, es gewähre ihm auf seinem mühsamen Wege die mächtigste Hilfe der Zeit: die offene Zustimmung eines Volkes von vierzig Millionen. Der König trete vor seine Stände und lege ihnen volle Rechenschaft ab, über seine Schritte in Wien und Frankfurt."

Das also war die ultima ratio der deutschen Politik Friedrich Wilhelms IV. und seines Beraters Radowitz; hier war es klar und bestimmt ausgesprochen: das Bündnis der Krone Preufsen mit der populären Einheitsbewegung. Darum mufste der König eine brausende Popularität gewinnen, deren Wogen ihn spielend trugen, bis er den sichern Port erreichte, wo seinem deutschen Ehrgeize Erfüllung winkte. „Der König", sagt Radowitz gerade heraus, „bedarf auf seinen Wegen mehr als je ein anderer Regent des Vertrauens, der Sympathie, ja der Begeisterung seines Volkes ... es giebt hiezu nur noch ein mögliches Mittel: dafs der König sich mit dem besseren Geiste der Nation verbünde, indem er als Vorfechter für ihre teuersten Güter und Wünsche vorantritt." Indem sich der König der nationalen Bewegung anschliefst und an ihre Spitze stellt, soll er jedoch keineswegs die Eigenart der preufsischen Krone und des preufsischen Staatswesens dem Moloch der Nationalsouveränität opfern. Das eben ist der unermefsliche Schaden, den die Unfähigkeit und Unthätigkeit des Bundestages angestiftet hat, dafs der erhabene Gedanke eines starken deutschen

Gemeinwesens bei dem geringen Entgegenkommen, das ihm die Bundesmächte bewiesen, unter den Einflufs der Tendenzen des Umsturzes geriet. „Die Nation und zwar in allen ihren politischen und kirchlichen Schattierungen ist in hohem Grade mifsgestimmt und ungeduldig; die destruktive Partei lebt und webt in diesem fruchtbaren Boden; sie mufs vor allem wünschen, dafs nichts konstruiert werde durch die Regierungen." Und demselben Ideengange giebt Radowitz Ausdruck durch die prägnanten Worte: „Die gewaltigste Kraft der Gegenwart, die Nationalität, ist die gefährlichste Waffe in den Händen der Feinde der rechtlichen Ordnung geworden." Daher darf der Bund zwischen dem preufsischen Königtum und der populären Bewegung, so dürfen wir ergänzend hinzufügen, nicht auf dem Grunde von Konzessionen an den Konstitutionalismus geschlossen werden. Die von Radowitz vorhergesehene Einrichtung des Bundesgerichtes als der berufenen Instanz zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen den Regierungen und ihren Ständen kehrte ihre Spitze gegen die Doktrin von der Volkssouveränität. „Die ausgebildete Repräsentativverfassung", so führt Radowitz aus, „die auf der absoluten Herrschaft der Majoritäten beruht, schlichtet die Konflikte zwischen Regierungen und Volksvertretern durch Wechsel der Personen und des Systems; Staaten hingegen, welche, wie alle deutschen, dem Prinzipe der Volkssouveränität nicht Raum geben, bedürfen schlechterdings eines rechtlichen Austrags solcher Streitigkeiten, in welchen die vorläufige Entscheidung der Regierung immer nur ein Provisorium zu konstituieren vermag." Den populären Wünschen nach einer Gesamtvertretung des deutschen Volkes glaubte Radowitz auf eine eigentümliche Art und Weise Genüge thun zu können. Er erklärte es nämlich für ratsam, für die Ausarbeitung der Gesetzesentwürfe betreffend die einzelnen Gegenstände, hinsichtlich deren eine Erweiterung der Bundeskompetenz stattfinden sollte, innnerhalb der Bundesversammlung besondere Kommissionen zu bilden und zu deren Arbeiten Sachverständige aus allen Teilen Deutschlands zuzuziehen: „Hieraus erwächst zugleich der unschätzbare Vorteil, die besten

geistigen Kräfte Deutschlands in unmittelbaren Zusammenhang mit der Thätigkeit der Bundesorgane zu bringen und das lebendigste Interesse für dieselben in allen Ständen und Landen rege zu machen. Was an der jetzt so lautschallenden Forderung nach einer Teilnahme „des Volkes“ an den Bundesgeschäften unbezweifelt Dienliches ist, würde durch jene Einrichtung im grofsen Mafsstabe realisiert.“

Eine optimistische Täuschung war es jedenfalls, wenn Radowitz sich wirklich dem Glauben hingab, dafs eine Verstärkung der von ihm vorgeschlagenen Bundeskommissionen durch Sachverständige geeignet sei, die populären Wünsche nach einem allgemeinen deutschen Parlamente zufrieden zu stellen. Es war überhaupt die Frage, ob ein Appell der preufsischen Krone an die Nation bei dieser Wiederhall finden würde, wenn das Königtum in der Verfassungsfrage auf einem Standpunkte beharrte, der den die Zeit beherrschenden Tendenzen widersprach. Es war unverkennbar, dafs ein Bündnis zwischen der Krone und der populären Bewegung nur um den Preis konstitutioneller Konzessionen und eines Bundesparlaments zu erkaufen sei. Setzte nun die populäre Bewegung ihren Anspruch betreffend die Errichtung eines Bundesparlamentes durch, so war der Ausschlufs Österreichs wieder unvermeidlich; das Resultat war abermals im besten Falle der engere Bund mit einem besonderen Bundesparlamente in und neben dem weiteren Bunde. Noch verschlofs sich die Denkschrift der Einsicht in die Notwendigkeit der Gewährung von Verfassungsreformen. Wohl gab Radowitz zu, dafs sich Preufsen, falls sich Österreich und die anderen Bundesstaaten in der deutschen Frage weiterhin sträubten, der Mitwirkung „des besseren Geistes der Nation“ versichern müsse. Die Träger der nationalen Tendenzen aber waren im wesentlichen identisch mit den liberal gesinnten Elementen innerhalb des deutschen Volkes; in ihnen lebte und wirkte die Idee der Nationalsouveränität, jenes von Radowitz so scharf gebrandmarkte destruktive Prinzip. Über diese Schwierigkeit glitt die Denkschrift mit den Schlufsworten hinweg: „W e n n d e r G e i s t d e r N a t i o n s e l b s t a l s B u n-

desgenosse des Königs sich erhebt [wie aber war das wohl möglich ohne konstitutionelle Konzessionen?], dann ist der Moment gekommen, um durch Spezialvereine zu erreichen, was auf dem Bundeswege unmöglich war. Jede der oben angeführten Institutionen [d. h. die einzelnen Gegenstände der materiellen Bundesreform] im einzelnen oder auch mehrere in Verbindung können der Gegenstand von Vereinigungen [nach dem Vorbilde des Zollvereins] werden, die bald genug den gröfseren Teil von Deutschland umfassen werden. Immer aber müfste es dabei das unverwandte Ziel der preufsischen Staatsthätigkeit bleiben, dann, wenn in Wien und Frankfurt ein besserer Geist emporwächst, diese Spezialvereine wieder zum Eigentume des Bundes zu machen und in ihn zu verschmelzen. Welchen materiellen Nutzen auch dergleichen partielle Vereinigungen momentan darbieten mögen, der höhere ethische Gewinn wird immer nur durch solche Institutionen erfüllt, in welchen die Nation sich und anderen als ein Ganzes erscheint."

Auf dem Wege von Spezialvereinen sollte man sich also mit Hilfe der Nation bei fortgesetztem Widerstande Österreichs allmählich und schrittweise dem grofsen Ziele zu nähern suchen; d. h. die mittleren und kleineren Regierungen sollten durch ihre Unterthanen und Landtage gedrängt werden, mit Preufsen Sonderbündnisse abzuschliefsen, deren Zweck die immer weiter um sich greifende und sich verstärkende Zentralisierung des staatlichen Lebens für den Körper einer Anzahl von Bundesstaaten zugleich war. Das ist das Programm der Radowitzschen Unionspolitik von 1849, die dann zur Olmützer Katastrophe führen sollte. Die spätere Entwicklung zeigt uns deutlich, welches die Konsequenzen der Radowitzschen Vorschläge waren. Der Geist der Nation liefs sich als Bundesgenosse eben nur durch liberale Reformen gewinnen; an die Pläne zur Verstärkung der Bundesgewalt knüpfte sich im populären Bewufstsein der Anspruch auf ihre verfassungsmäfsige Beschränkung. Selbst eine noch nicht die ganze Nation umfassende Union hatte, da sie durch den Druck des Volkswillens auf die Bundesregierungen zu stande kommen sollte, die Errichtung eines

Unionsparlamentes zur Voraussetzung. Wenn nun auch Preufsen schliefslich so weit gelangt wäre, auf dem Wege der Spezialvereinigungen eine das ganze Deutschland mit Ausnahme nur noch von Österreich umfassende Union zu begründen, so war alsdann, worauf wir schon früher hinwiesen, damit diese Union wieder das „Eigentum des Bundes werde und mit ihm verschmelze“, das Unmögliche zu leisten, nämlich Österreich zum Anschlusse an die Union zu gewinnen, die Beteiligung seiner deutschen Provinzen an dem Unionsparlamente zu erwirken, und das war eine Chimäre. Es war aber überhaupt fraglich, ob Österreich eine preufsische Unionspolitik der gekennzeichneten Art ruhig und ungehindert sich würde auswirken lassen; denn es war ja klar, dafs sie auf eine Verdrängung der habsburgischen Vorherrschaft in Deutschland hinauslief.

Gewifs war die Radowitzsche Denkschrift, um das Ergebnis unserer Erörterung noch einmal kurz zusammenzufassen, nicht frei von Unklarheiten und inneren Widersprüchen. Schwerlich überschauten sowohl ihr Verfasser als auch der König, der sie sanktioniert hatte, alle Konsequenzen der in ihr enthaltenen Vorschläge. Dafs diese letzteren aber an sich (wir sehen dabei natürlich ab von der Möglichkeit ungeschickter Ausführung im einzelnen, falls Österreich sich überhaupt je zur Teilnahme am Reformwerke herbeiliefs) „vom preufsischen Standpunkte aus schwere Bedenken erregten“, trifft keineswegs zu. Sie waren, insofern als durch sie eine wirkliche Zentralisierung des staatlichen Lebens der deutschen Nation herbeigeführt worden wäre, für den habsburgischen Kaiserstaat schlechthin unannehmbar. Wäre die Wiener Regierung trotzdem im Ernste auf sie eingegangen, so wäre sie in eine höchst ungünstige Position geraten. Über kurz oder lang hätte sie sich doch wieder zurückziehen müssen. Dann aber waren ihr die Hände durch die einmal erteilte Zustimmung gebunden, und der preufsischen Politik konnten aus dieser Verlegenheit des Wiener Kabinets, nachdem es sich also kompromittiert hatte, für ihre deutschen Aspirationen nur Vorteil erwachsen. Freilich wenn dann auch alles gut verlaufen wäre, wenn Österreich

ruhig der ganzen weiteren Entwicklung zugesehen hätte, das günstigste Resultat, das man überhaupt erzielen konnte, bestand, von welcher Seite man immer das Problem betrachten mag, in der Errichtung des deutschen Einheitsstaates ohne die Teilnahme Österreichs, d. h. um die damals gangbare Antithese zu wiederholen: in der Konstituierung des Bundesstaates innerhalb des Staatenbundes.

In der Wiener Hofburg durchschaute man diese Sachlage vollkommen, sodafs ein Entgegenkommen gegen die Werbungen Preufsens aus freien Stücken aufserhalb des Bereiches der Möglichkeit lag. Die Schweizer Wirren nahmen übrigens damals die Aufmerksamkeit des Königs in Anspruch und veranlafsten eine vorläufige Vertagung der Verhandlungen zwischen Österreich und Preufsen über die deutsche Frage. Radowitz begab sich, nachdem der König seine Denkschrift genehmigt hatte, nach Wien. Der Hauptzweck seiner Mission bestand darin, mit Metternich ein gemeinsames Vorgehen der Grofsmächte gegen die Schweizer Radikalen zu vereinbaren. Wenn er daneben wirklich noch den Auftrag hatte, die deutschen Angelegenheiten im Sinne seiner Vorschläge zur Sprache zu bringen, so hat er jedenfalls, wie vorauszusehen war, nichts erreicht.[1] Radowitz nennt als Motiv dafür, dafs sich der König

1) Nach Treitschke V, 700 u. 739 ging Radowitz im November 1847 nach Wien, um neben den Aufträgen in der Schweizer Angelegenheit die Vorschläge in Sachen der deutschen Bundesreform zu überbringen. Koser (a. O. S. 50) bemerkt indes (wohl auf Grund archivalischen Materials) ausdrücklich, Radowitz sei damals nach Wien geschickt worden, „aber nicht mit den bis ins einzelne ausgearbeiteten und festgestellten Vorschlägen für die Bundesreform, sondern nur mit Anträgen für eine internationale Vermittlung zur Beilegung des Bürgerkrieges in der Schweiz.“ In seiner eigenen Darstellung drückt sich Radowitz (III, 304f.) unbestimmt aus; er läfst immerhin der Auffassung Raum, als habe er auch die Vorschläge betreffend die Bundesreform mitteilen sollen, als habe man jedoch damals noch in Rücksicht auf die Schweizer Wirren davon Abstand genommen, die Zustimmung des kaiserlichen Hofes „um jeden Preis“ erringen zu wollen, wie die Denkschrift verlangte. Bei Koser (S. 49) findet sich ein Auszug aus einer „Weisung“ des Ministers des Auswärtigen vom

noch einmal enthielt, nachdrücklich auf der Durchführung der Bundesreform zu bestehen, neben den Schweizer Wirren die Rücksicht auf die revolutionären Bewegungen in Italien, durch die der Bestand der Herrschaft des Hauses Habsburgs auf der Apenninenhalbinsel gefährdet wurde. „Es mochte“, so bemerkt er, „nicht ohne Grund den Anschein gewinnen, als wolle man die augenblicklichen Verlegenheiten und Gefahren des kaiserlichen Hofes benutzen“, um ihm Zugeständnisse in Deutschland abzudringen. Auf ein teilnehmendes Eingehen in die Bedürfnisse des Bundes war in diesem Augenblicke grofser Unruhen in Wien weniger, als je, zu zählen. Der König beschlofs daher zunächst eine Verständigung mit Österreich über diese Fragen [d. h. betreffend die Schweiz und Italien] zu erzielen, dann aber, wenn hierin irgend ein Abschnitt erreicht sei, hieran die deutschen Angelegenheiten zu knüpfen.“

Unter Berufung auf diese Stelle ist gegen die nationale Reformpolitik Friedrich Wilhelms IV. der Vorwurf erhoben worden, dafs sie sich durch „zarte Rücksichten und Gemächlichkeit“ von der populären Propaganda habe überflügeln lassen. Man darf jedoch nicht vergessen, dafs die Schrift von Radowitz, in der sich dieser Passus findet, im April 1848 erschienen ist, — also zu einer Zeit, da Preufsen unmittelbar vorher, wie wir zeigen werden, thatsächlich den Versuch gemacht hatte, im Hinblicke auf die Lage Österreichs eine Politik zu treiben, die nicht nur darauf hinauslief, ihm „Zugeständnisse in Deutschland abzudringen“, sondern auch darauf, es aus Deutschland hinauszuwerfen und Deutschland unter die Führung von Preufsen zu stellen. Wir werden es erklärlich finden, wenn ein preufsischer Diplomat eben damals, als die Frage der Auseinandersetzung mit Österreich noch schwebte, und als man sich in Berlin, wie noch lange Zeit nachher, schmeichelte, Österreich werde sich „um ein Butterbrod“ herbeilassen, seine Stellung

19. November für Radowitz, dessen Inhalt darauf schliefsen lassen könnte, dafs in Berlin mit der Möglichkeit bevorstehender Unterhandlungen in Wien zwischen Metternich und Radowitz über die deutsche Frage gerechnet wurde.

in Deutschland zu Gunsten Preufsens aufzugeben, den Hergang der Dinge so schilderte, als sei Preufsen von jeher weit davon entfernt gewesen, die inneren Krisen Österreichs zum eigenen Vorteile auszunutzen. Der Wunsch nach baldiger Lösung der Neuenburger Verwicklung, sowie das Bewufstsein, dafs die Umstände noch nicht so beschaffen waren, um Österreich reale Konzessionen abzudringen, gaben unzweifelhaft den Ausschlag für den Entschlufs des Königs. Hätte sich Österreich damals wohl durch preufsische Drohungen so leicht einschüchtern lassen? Die Bedrängnisse, die dem habsburgischen Kaiserstaate zum Ende des Jahres 1847 in Italien erwuchsen, gewährten damals noch keineswegs das Ansehen, als sei durch sie die österreichische Macht derart bedroht, dafs sie sich in einer Frage, in der es sich um die Grundlagen ihrer Existenz, um ihre bedeutsamsten Lebensbedingungen handelte, einfach dem Machtgebote Preufsens fügen mufste. Erst im Frühjahre des folgenden Jahres wurde sie wirklich in ihren Grundfesten erschüttert, und da hat Friedrich Wilhelm IV. keinen Anstand genommen, ohne alle „zarten Rücksichten" von Metternich die Genehmigung der Bundesreform zu heischen, und er ist in der Verfolgung seiner deutschen Pläne noch weit darüber hinausgegangen.

Es ist nicht leicht, über die deutsche Politik Friedrich Wilhelms IV. in den ersten acht Jahren seiner Regierung ein erschöpfendes und treffendes geschichtliches Urteil zu fällen. Sie krankte offenbar an einer ungenügenden Einsicht in die Unmöglichkeit für Österreich, auf eine ernstliche Bundesreform einzugehen. Das romantische Ideal, das dem Könige vorschwebte, hat ihn wohl an der ruhigen Würdigung dieser Sachlage gehindert; wer aber möchte verkennen, dass man, auch ohne romantischen Neigungen besonders zugänglich zu sein, eine nationale Einigung, die den Ausschlufs von Millionen Deutscher aus dem Vaterlande bedeutete, als ein Stückwerk und als eine schmerzvolle Einbufse, die der Nation drohte, sehr wohl betrachten konnte! Von einer sentimentalen Gefühlspolitik braucht man deshalb noch nicht ohne weiteres zu sprechen.

Wie die Machtverhältnisse beschaffen waren, war der kleindeutsche Bundesstaat das Günstigste, was erreicht werden konnte, und alle Pläne des Königs führten, wie wir sahen, im letzten Grunde immer zu dieser Konsequenz. Es fehlte den preufsischen Staatsmännern keineswegs an Verständnis für die ungeheuren Schwierigkeiten, die Österreich zu seiner starren Abwehr gegen jede Bundesreform zwangen. „Man hat sich gewöhnt", so setzte Radowitz in seiner Schrift auseinander, in den rein persönlichen Eigenschaften und Ansichten der Staatsmänner, welche in Wien die Geschäfte leiteten, das Haupthindernis zu jedem nationalen Fortschritte Deutschlands zu erblicken. An die Namen des Fürsten von Metternich und des Grafen von Münch knüpft sich vorzugsweise der allgemeine Tadel, die verbreitetste Anklage. Ist es aber wirklich gestattet, gänzlich zu übersehen, was hievon auf Rechnung der Lage des Kaiserstaates überhaupt, auf die Gesamtsumme seiner politischen Traditionen und auf die jetzige Gestalt seiner Regierung zu setzen ist?... Konnte und kann man von diesem Staate verlangen, dafs er ausspreche: Österreich gehe in Deutschland auf? War dies aber nicht möglich, weder indem der gesamte Kaiserstaat sich in den deutschen Bund versenkte, noch indem er die deutschen Erblande von sich ausschied, so mufste jede Veränderung in den bestehenden Verfassungsnormen, durch welche der bisherige völkerrechtliche Staatenbund in einen staatsrechtlichen Bundesstaat überging, grofses Bedenken erregen, und es ist nur erklärlich, dafs man z ö g e r t e, zu einer solchen gewaltigen Veränderung Hand anzulegen."

Nicht ohne Erstaunen und Befremden lesen wir diese Auslassungen. Anstatt aus den Erwägungen, die er angestellt hat, den Schlufs abzuleiten, dafs für Österreich eine Reform des Bundes im Sinne des sogenannten Bundesstaates unannehmbar war, begnügt sich Radowitz mit der matten Folgerung, dafs man unter diesen Umständen Österreichs „Zögern" verstehen könne. Ja, er geht an anderen Stellen so weit, dafs er es im Gegenteile für Österreichs „eigenen höchsten Vorteil" erklärt, „in der nationalen Aufrichtung voranzugehen", dafs er Öster-

reichs „Zögern“ als den Ausfluſs des „Widerwillens gegen die Regungen des Geistes, der Verknöcherung und eines traditionellen Nihilismus“ auffaſst und die Hoffnung ausspricht, der Kaiserstaat werde „sich aus der bisherigen Gleichgültigkeit zur Einsicht in sein wahres Wohl erheben“. Man fühlt sich fast versucht, wie wir schon einmal hervorhoben, die Frage zu stellen, ob nicht Radowitz selbst die krassen Widersprüche in seinen Darlegungen gefühlt haben muſs, ob man sich nicht in Berlin glauben machen wollte, daſs es nur an der geringen Beweglichkeit oder am bösen Willen des Wiener Kabinets läge, wenn sich dieses den preuſsischen Anregungen verschloſs. Denn wenn man sich klar und ohne alle Umschweife gesagt hätte, daſs Österreich einen deutschen Bundesstaat nicht nur nicht mit errichten, sondern auch sogar nicht einmal dulden könne, dann konnte man auch darüber nicht im Zweifel sein, daſs nur durch eine ganz auſsergewöhnlich günstige Konjunktur der Verhältnisse, wahrscheinlich aber nur durch den Krieg mit Österreich der Einheitsstaat zu schaffen sei. Und selbst wenn man entschlossen war, diesen Krieg zu wagen, so muſste man bedacht sein, einen dafür geeigneten Zeitpunkt zu wählen. Am ehesten lieſs sich der Kampf noch vermeiden oder wenigstens in günstiger Position eröffnen, wenn sich die Wiener Regierung, sei es aus Unbedacht, sei es gegen Zugeständnisse irgend welcher Art, bewegen lieſs, ihre Einwilligung zur Bundesreform zu erteilen. Mochte sie dann sehen, wie sie sich aus den Verwicklungen herauszog, in die sie dadurch verflochten wurde: für Preuſsens deutsche Aspirationen war dann die Bahn geöffnet; es befand sich dann, wenn Österreich das schon Erreichte rückgängig machen wollte, nicht mehr in der Stellung des Angreifers, sondern in der des Angegriffenen, der die höchsten Güter der Nation verteidigte.

War Friedrich Wilhelm IV. während der ersten acht Jahre seiner Regierung in der Lage, ein Mehreres in der deutschen Frage zu thun, als er gethan hat? Man hat gesagt, „ohne Verständnis für die Macht der liberalen Ideen“ habe er es versäumt, durch Entgegenkommen gegen die konstitutionelle

Bewegung Sympathieen und Popularität in Deutschland zu gewinnen. Des „Verständnisses für die Macht der liberalen Ideen“ hat er wahrlich nicht ermangelt; aber er fürchtete, und nicht mit Unrecht, daſs das preuſsische Königtum, wenn es sich den liberalen Ideen in die Arme würfe, deren „Macht“ zuerst am eigenen Leibe empfinden würde. Das Problem des Konstitutionalismus muſste erst in Preuſsen gelöst werden, ehe an die Errichtung eines Bundesstaates und Bundesparlaments in Deutschland gedacht werden konnte, und der König hat sich darum wenigstens redlich bemüht. Selbst das war freilich eine Sorge, die hinter der zunächst erforderlichen Auseinandersetzung mit der deutschen Schwester- und Rivalenmacht zurückstand. So lange es irgend ging, muſste es der König vermeiden, durch allzu eigenmächtiges Vorgehen Österreich zu brüskieren: denn das hieſs, nicht nur mit Österreich, sondern auch mit Ruſsland brechen, und einer Koalition dieser beiden Mächte war Preuſsen für sich allein nicht gewachsen. Wenn Friedrich II. alsbald nach seiner Thronbesteigung auf Österreich losschlug, um Schlesien zu erobern, so darf man nicht vergessen, daſs der Thronwechsel in Österreich und die allgemeine europäische Konstellation ihn dazu einluden. Eine solche Gelegenheit hatte sich Friedrich Wilhelm IV. (wir sehen dabei ganz ab vom Unterschiede in der Persönlichkeit beider Herrscher) im Laufe seiner Regierung noch nicht geboten. Hätte er wohl die 1840 von Frankreich her drohende Kriegsgefahr benutzen sollen, um Österreich ein Ultimatum in der deutschen Frage zu stellen? Er hat sie wohl benutzt, um in Metternich zu dringen, und dieser hat sich, so lange als die Gefahr währte, bereit gestellt, seinen Wünschen Gewähr zu geben. Konnte der König (ganz abgesehen davon, daſs er erst später über den Widerstand Österreichs gegen alle Reformpläne belehrt wurde) einen Krieg zwischen den beiden deutschen Groſsmächten eben dann entzünden, als es sich vielmehr darum zu handeln schien, gemeinsam den Angriffsgelüsten Frankreichs die Stirne zu bieten? So konnte Preuſsen nicht wohl anders, als „der populären Propaganda immer weiteren Vorsprung zu lassen“. Denn diese war natürlich an alle die

Erwägungen und Rücksichten auf die bestehenden Machtverhältnisse nicht gebunden, die für Friedrich Wilhelm IV. in Geltung waren; aber auch sie konnte andererseits, so mächtig sie auch immer anschwellen mochte, nichts ausrichten, wenn ihr nicht Preufsen, mit ihr sein Abkommen schliefsend, seinen Arm lieh.

Erst im Anfange des Jahres 1848 bot sich Friedrich Wilhelm IV. die Gelegenheit, nicht nur Österreich zu nötigen, sein Reformprojekt zu genehmigen, sondern auch sogar die Vorherrschaft in Deutschland unter Verdrängung Österreichs zu gewinnen. Sie bot sich ihm im Zusammenhange mit der revolutionären Bewegung, die damals Europa erschütterte. Der König hat nicht lange gezaudert, diese Gelegenheit zu ergreifen. Für das Gelingen seines Unternehmens kam es freilich darauf an, ob er es verstehen würde, von ihr den richtigen Gebrauch zu machen, nämlich die Ernte rechtzeitig zu bergen, ehe die Gunst des Augenblickes verscherzt war.

Drittes Kapitel.

Die deutsche Politik Friedrich Wilhelms IV. unter dem Einflusse der Pariser Februarrevolution bis zur Wiener Revolution.

Am 27. Februar 1848 traf in Berlin die Kunde von der Katastrophe des Julikönigtums ein. Schon griff die Revolution über den Rhein hinüber, und in Italien war sie bereits in hellen Flammen emporgelodert. Am 28. Februar fand in Berlin ein Kronrat statt, dem der König selbst präsidierte.[1] Der Gegenstand der Verhandlungen waren die durch die Revolution geschaffenen Veränderungen in der Weltlage und die deutsche Bundesreform. Es wurde anerkannt, dafs Preufsen keinen Grund habe, gegen die neue Regierung in Paris eine feindliche Haltung einzunehmen: immerhin müsse man mit der Gefahr rechnen, dafs die französische Republik teils aus Eroberungsgelüsten, teils um die revolutionäre Propaganda in Deutschland zu unterstützen, zur Offensive gegen Deutschland schreite. Nur durch festes und unerschütterliches Zusammenhalten vermöchten die deutschen Regierungen den Frieden zu sichern oder den Kampf, falls er unvermeidlich würde, mit Erfolg und Ehren zu bestehen.

Aussicht zu einer glücklichen Beendigung des Kampfes, so wurde ausdrücklich betont, winke aber nur dann, „wenn die deutschen Regierungen sich auch mit dem Geiste der Nation innig verbündeten“, und dafür sei es unumgänglich notwendig, dafs „den gerechten, lang verzögerten Forderungen derselben

1) Vergl. Koser a. O. 51ff., Sybel 237 und Radowitz III, 306f.

wahrhaft genügt werde". Man sieht, wie die Lehren der Freiheitskriege wirksam werden: die Tiefe kann nur durch die Tiefe besiegt werden;[1] nur ein Appell an die Kräfte der Nation vermag in einem populären Invasionskriege erfolgreichen Widerstand zu verbürgen.

Die Lage der Verhältnisse war nunmehr eine ähnliche, wie 1840, nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV., nur noch günstiger für seine deutschen Pläne. Wie damals, so auch mufste man jetzt mit der Kriegsgefahr im Westen rechnen. Das Frankreich, mit dem man es jetzt zu thun hatte, stand als eine „ihrer Natur und ihrem Wesen nach revolutionäre Macht den europäischen Mächten gegenüber". Schon die äufsere Politik erforderte eine Konzentrierung der Kräfte der Nation: konnte da Österreich noch länger bei seinem „traditionellen Nihilismus" verharren? Dazu kam die Revolution in Deutschland selbst; es galt zwar, sie niederzuhalten, zugleich jedoch den Schrecken, den sie erzeugte, auf Österreich und die Bundesfürsten wirken zu lassen, um ihnen die Zustimmung zur Bundesreform abzuzwingen. In diesem Sinne fielen thatsächlich die Beschlüsse des preufsischen Kronrates vom 28. Februar 1848 aus. Es wurde eine abermalige Sendung des Generals von Radowitz nach Wien beschlossen. Seine Instruktion[2] gipfelte in einem dreifachen Auftrage: zunächst mit dem Wiener Kabinette über gemeinsame militärische Mafsregeln für den Fall eines französischen Angriffes, sodann über ein gemeinsames Vorgehen gegen die revolutionären Bestrebungen in Deutschland und endlich über die „organische Entwicklung und Belebung des Bundes" zu verhandeln; er sollte beantragen, dafs Österreich und Preufsen unverzüglich zur Beratung über diese drei Punkte einen Kongrefs sämtlicher deutscher Bundesfürsten einberiefen. Der wichtigste von diesen drei Punkten war der dritte, der sich auf die sofortige Einleitung der Bundesreform

1) Vergl. Lenz, Die grofsen Mächte, Berlin 1900, S. 53.

2) d. 1. März 1848, entworfen von Canitz, gedruckt bei Radowitz III, 347 ff.

bezog. Die Denkschrift vom 20. November 1847 sollte dem Gesandten dabei als bindende Instruktion dienen; die in ihr vorgeschlagenen Reformen sollten das Hauptobjekt der Verhandlungen auf dem Fürstenkongresse bilden.

Der König war fest entschlossen, sich jetzt nicht wieder, wie 1840, durch ausweichende Zusicherungen hinhalten und die Angelegenheit verschleppen zu lassen. Weder die Mittel der Güte, noch auch die der Drohung wollte er unversucht lassen. Radowitz wurde ermächtigt, Österreich als Preis für die Zustimmung zur Bundesreform die Garantie für die Erhaltung seines Besitzstandes in Italien anzubieten. In seinen letzten Konsequenzen lief dieser Antrag, wenn er angenommen wurde, auf die Errichtung des Bundesstaates in Deutschland innerhalb des Staatenbundes hinaus, und zwar auf Kosten Italiens: Österreich behielt hier sein Gebiet und seine Machtstellung, verzichtete aber dafür auf seine Vorherrschaft in Deutschland zu Gunsten Preufsens. Ob sich nun das habsburgische Kaisertum dazu verstehen würde, seine Position in Italien auf Kosten der in Deutschland zu retten, war mehr als zweifelhaft; es war vielmehr zu erwarten, dafs es alle Anstrengungen machen würde, die eine wie die andere zu behaupten. Auf der andern Seite indes trugen die Erklärungen, die Radowitz überbringen sollte, geradezu den Charakter eines Ultimatums. Denn es ward in ihnen gesagt, dafs sich Preufsen, falls Österreich die preufsischen Propositionen nicht auf der Stelle annehmen würde, mit Übergehung Österreichs direkt an die Bundesversammlung zu Frankfurt wenden würde, und es war bei dem panischen Schrecken, den Frankreich und die Revolution den deutschen Höfen einflöfsten, vorauszusehen, dafs Preufsen hier kein allzu schweres Spiel haben würde.

Unmittelbar, nachdem er seine Instruktion erhalten hatte, trat Radowitz seine Reise an, er fand in Wien dem äufseren Anscheine nach die denkbar günstigste Aufnahme. Über die militärischen Mafsregeln für den Fall eines Krieges mit Frankreich einigte man sich ohne alle Schwierigkeiten, und selbst in der deutschen Frage zeigte sich Metternich so entgegenkommend,

wie Radowitz nur irgendwie wünschen konnte. Unter dem betäubenden Eindrucke der Vorgänge in Ungarn und Oberitalien war die Stimmung in Wien eine sehr gedrückte. Im Momente äufserster Bedrängnis konnte Metternich nicht daran denken, Preufsen durch die Ablehnung seiner mit so grofser Bestimmtheit vorgetragenen Forderungen zu verletzen und dadurch zu Schritten zu veranlassen, durch welche die Verwirrung, in der sich das Wiener Kabinet damals befand, nur noch gesteigert werden mufste. Es war jetzt für ihn ohne Zweifel, da offener Widerstand nicht möglich war, die richtige Politik, auf die Anträge des Rivalen scheinbar einzugehen, um nicht von vornherein dem preufsischen Ehrgeize das Feld zu räumen; wenn man das Spiel nicht sogleich aus der Hand gab, so fand sich vielleicht in der Folgezeit noch eine Gelegenheit, dem Rivalen die Partie zu verderben. Zunächst versuchte es Metternich, um den preufsischen Eifer zu beschwichtigen, mit freundlichen Worten. Noch ehe Radowitz seine Anträge im einzelnen dargelegt hatte, erklärte ihm Metternich, er finde in den preufsischen Gedanken „diejenigen wieder, welche auch das K. K. Kabinett seinerseits gefafst habe."[1] Doch noch jetzt in seiner äufsersten Notlage verteidigte Metternich die österreichische Position mit aller denkbaren Zähigkeit. In den Fürstenkongrefs mufste er, da Preufsen unerbittlich darauf bestand, einwilligen. Als Sitz des Kongresses wünschte Preufsen Frankfurt a. M., um ihn nämlich, wie Radowitz uns erzählt, „in unmittelbare Beziehung zu der Bundesversammlung zu bringen." Metternich erhob dagegen Einwendungen, und zwar unter Hinweis auf die „Nähe dieses Ortes an der Grenze und die Bewegungen in mehreren deutschen Nachbarstaaten".[2] Man erkennt leicht, dafs es sich dabei um Vorwände handelt, die dazu bestimmt waren, die

1) Bericht von Radowitz d. Wien, 4. März 1848. Einen Auszug daraus, wie aus den andern Depeschen von Radowitz, giebt Koser a. O. 56f.

2) So nach Radowitz III, 309. In einem Berichte vom 4. März bemerkt Radowitz, Metternich habe sich gegen Frankfurt erklärt, „um nicht die Bundesversammlung in eine schiefe Stellung zu bringen". Auch das ist ein Vorwand, dessen Hinfälligkeit leicht zu durchschauen ist.



eigentlichen Gründe des Widerspruches Metternichs gegen Frankfurt als Kongrefsort zu verdecken. Frankfurt war für ihn in Wahrheit unannehmbar durch die damalige Haltung der Bundesversammlung, auf die wir noch zu sprechen kommen werden; Metternich mufste fürchten, dafs der Kongrefs hier in allzu reform- und preufsenfreundliche Bahnen geraten würde. Er sprach sich vielmehr dafür aus, dafs der Kongrefs in Wien zusammentrete,[1] augenscheinlich um ihn in die politische Einflufssphäre der Hofburg zu rücken. Eben deshalb widersprach Radowitz, und man einigte sich schliefslich dahin, als Ort für den Fürstenkongrefs Dresden zu wählen.

Am 5. März legte Radowitz Metternich ein Memorandum vor, das die in der Denkschrift vom 20. November 1847 niedergelegten Reformvorschläge zusammenfafste; es sollte von Österreich genehmigt werden, um darauf als Basis für die Verhandlungen über die deutsche Frage auf dem Fürstenkongresse zu dienen. Es bedurfte entschiedener Vorstellungen von seiten des preufsischen Bevollmächtigten, um dem österreichischen Kabinette die Zustimmung zu dem ganzen Systeme der Bundesreform abzudringen. Am 10. März wurde zwischen den beiden Mächten eine förmliche Konvention geschlossen.[2] Sie verpflichteten sich dadurch gegenseitig, einen Fürstenkongrefs auf

1) Am 6. März berichtet Radowitz (bei Koser S. 56, Anm. 1): „Den Gedanken an Wien habe ich von Hause aus nicht aufkommen lassen." Diese Worte können m. E. nur dahin gedeutet werden, dafs der Gedanke, den Kongrefs in Wien abzuhalten, von Metternich zwar angeregt, von Radowitz aber sofort nachdrücklich bekämpft worden ist.

2) Radowitz berichtet darüber (Koser S. 56) nach Berlin, man habe in Wien seinen Reformvorschlägen „durchweg zugestimmt, freilich nicht ohne lebhaftes Andringen, da die Berufung auf nationale Gedanken und Institutionen hier doch noch immer etwas Fremdes ist." Eben diese Depesche des Generals hat wohl der Minister v. Bodelschwingh in seinem Briefe an Geheimrat Fallenstein in Heidelberg vom 30. März 1848 (bei Diest S. 16) bei der Mitteilung im Auge, Radowitz habe aus Wien geschrieben, „dafs Metternich, aufs äufserste bedrängt, in alles gewilligt habe, dafs er (Radowitz) in den nächsten Tagen das gemeinschaftliche Einladungspatent einzusenden hoffe."

den 25. März gemeinschaftlich nach Dresden einzuberufen, um hier sowohl im Geheimen militärische Maſsregeln für den Kriegsfall, als auch eine umfassende Bundesreform in vollkommener Öffentlichkeit zu beraten. Der Kongreſs sollte sich damit begnügen, allgemeine Normen von bindender Kraft aufzustellen, die dann dem Bundestage zur „näheren Bearbeitung“ unter Assistenz von „Männern des Vertrauens und der Sachkenntnis aus allen Bundesstaaten“ anvertraut werden sollten. Ein Berufungspatent wurde ausgearbeitet, das am 15. März in Wien und in Berlin zugleich in den amtlichen Blättern erscheinen sollte. Beide Regierungen sprachen in dem gemeinschaftlichen Manifeste ihre Friedensliebe und ihren festen Entschluſs zur Aufrechterhaltung der „rechtlichen Ordnung“ in Deutschland aus; sie gaben zugleich der „vertrauensvollen Erwartung“ Ausdruck, „daſs es auf diesem geordneten Wege gelingen werde, den wohlbegründeten nationalen Bedürfnissen zu entsprechen und diejenigen Institutionen zu sichern, durch welche Deutschland gekräftigt und erhoben, dem Auslande gegenüber aber in der ihm gebührenden Stellung unter den europäischen Nationen befestigt werde . . . Indem die deutschen Regierungen sich zu diesem Werke vereinigen, nehmen sie für dasselbe den besseren Geist der Nation in Anspruch, die Einsicht und den Willen aller, welche es vermögen, inmitten der Aufregungen und Täuschungen der Gegenwart auch die Zukunft ins Auge zu fassen und die Bedingungen zu erkennen, unter welchen allein eine heilsame Entwickelung des alle deutschen Stämme umfassenden Bundes möglich ist.“

Schon am 12. März langte dieser Entwurf in Berlin an. Man fand hier, daſs er „sehr matt gehalten“ sei. Das Patent wurde am 15. März in der offiziellen Wiener Zeitung eingerückt, an demselben Tage auch in der Allgemeinen Preuſsischen Zeitung, und zwar hier zugleich mit der vom 14. März datierten Einberufungsordre des Vereinigten Landtages für den 27. April. Da der Dresdener Kongreſs am 25. März beginnen sollte, so meinte man in Berlin, daſs er bis Mitte April beendigt sein könne, und berief daher den Vereinigten Landtag auf Ende

April, um ihm die Ergebnisse der Dresdener Konferenzen vorzulegen: Man wollte also den preufsischen Ständen zeigen, was der König inzwischen in der nationalen Sache gethan habe. Wie aber ist es zu erklären, dafs man in Berlin das gemeinsame Manifest der beiden Regierungen, das doch ganz genau den Intentionen entsprach, unter denen die Mission des Generals von Radowitz erfolgt war, nunmehr plötzlich allzu „matt“ fand? Man hatte sich eben in Wahrheit in dem Momente, als man die gemeinsame Einladung nach Dresden veröffentlichte, in Berlin bereits zu einer Politik entschlossen, die über das Radowitzsche Programm weit hinaus ging, und deren Ziel offenbar die Konstituierung des deutschen Gesamtstaates durch Preufsen im Bunde mit der populären Bewegung war. Welches waren die Momente, die geeignet sein konnten, bestimmend auf einen derartigen Umschwung in der Haltung der preufsischen Politik einzuwirken, und wie vollzog sich dieser Systemwechsel?

Gewifs erschien auf den ersten Blick die Tragweite der Zustimmung Metternichs zu den Reformideen des Königs sehr bedeutsam. Wenn Österreich es mit seiner Zusage ernst meinte und sie aufrichtig zu erfüllen gesonnen war, so mufste sich die Position Preufsens überaus günstig gestalten. Dagegen freilich, dafs diese Voraussetzung zutraf, konnten sich begründete Zweifel erheben, und eben darum war der Wert der Konzessionen Metternichs doch ein sehr unsicherer. Es war weiterhin klar, dafs durch die Bewilligung des Kongresses die Schwierigkeiten, die sich bei jeder Regelung der deutschen Frage für Österreich herausstellen mufsten, nicht beseitigt wurden, dafs sie vielmehr gerade auf dem Kongresse erst recht zu Tage treten würden. Zwar war es dann die Sache diplomatischen Geschickes, die einmal erwirkte prinzipielle Genehmigung der Bundesreform durch Österreich gegen das Wiener Kabinet so auszuspielen, dafs diesem letzteren nur die Wahl zwischen Annahme oder gänzlichem Zurücktreten, das hiefs Überlassung der Vormachtstellung in Deutschland an Preufsen, übrig blieb. In seiner Denkschrift hatte Radowitz diese Eventualität in Erwägung gezogen, indem er ausführte, Österreich

würde, sobald es sich „auch noch so unwillig“ im Prinzipe angeschlossen hätte, dann vielleicht „versuchen, durch Verwässern und Abhandeln den Geist zu verflüchtigen“. „Dann wird es“, so mahnte er, „allerdings gelten, fest zu halten, alle wesentlichen Glieder des Systems in ihrem organischen Zusammenhange durchzufechten.“ Vor der oben angedeuteten Alternative stehend, hätte die Wiener Regierung, wenn Preufsen fest bei der Forderung des ganzen Systems der Reform beharrte, und wenn es dabei des Beistandes der anderen Bundesfürsten sicher war, nicht umhin können (falls man in Wien nicht etwa in der Lage oder willens war, den Knoten mit Gewalt zu zerhauen, indem man zu den Waffen griff), das Feld in Deutschland Preufsen freizugeben. Ohne erbittertes Ringen und schwere Konflikte konnte es dabei allerdings nicht abgehen, und der Ausgang war immerhin zweifelhaft genug.

Gerade damals nun bot sich für Preufsen die Aussicht, auf kürzerem und sichererem Wege, als durch Zusammengehen mit Österreich, zum Ziele der nationalen Einigung zu gelangen. Unter dem Eindrucke der von Frankreich her drohenden Kriegsgefahr und der revolutionären Zuckungen im eigenen Lande schienen die deutschen Fürsten nicht nur geneigt, Preufsen an die Spitze Deutschlands treten zu lassen, sondern zum Teile sogar bereit, Preufsen die Hegemonie in Deutschland geradezu anzubieten. Die Revolution bot für Preufsen nicht nur die Gelegenheit, langsam und schrittweise in Gemeinschaft mit Österreich eine materielle Bundesreform in Scene zu setzen (der dann auch eine Reorganisation der Bundesverfassung zu Gunsten Preufsens folgen konnte) sondern auch die viel wertvollere Gelegenheit, die preufsische Vorherrschaft in Deutschland mit einem Schlage zu begründen. War es da nicht für Preufsen ratsamer, jene erste Gelegenheit zu Gunsten der zweiten zu opfern, die um so viel günstiger und erfolgverheifsender schien, — das heifst auf Österreichs Mitwirkung überhaupt zu verzichten und den Versuch zu wagen, mit Hilfe der populären Bewegung ohne Österreich das Werk der nationalen Einigung zu vollbringen? Allerdings mufste man in Österreich

ein solches Unternehmen Preufsens um so schmerzlicher empfinden, als sich dabei eine Verletzung der soeben erst am 10. März geschlossenen Konvention, also ein Vertragsbruch, nicht vermeiden liefs. Trotzdem hat man sich in Berlin zu diesem Schritte entschlossen. Man hat sich hier von Österreich losgesagt, um die deutsche Frage ohne und daher gegen Österreich zu lösen. Das ist der grofse Umschwung in der deutschen Politik Preufsens, der sich in der ersten Hälfte des Monats März, nach der Abreise des Generals von Radowitz, vollzog. Wir können seine einzelnen Momente fast von Tag zu Tag verfolgen und erkennen. Wir wissen auch, von wem der Anstofs zu dieser Wandlung ausging, und wer bei dem von der preufsischen Krone nunmehr angestrebten und betriebenen Bündnisse mit der populären Bewegung gleichsam als Vermittler und Unterhändler diente, nämlich die hohe Büreaukratie, von der der König umgeben war, vor allem der Minister des Innern, der Freiherr von Bodelschwingh, und der Minister des Auswärtigen, der Freiherr von Canitz.[1]

Im Mittelpunkte der populären Einheitsbewegung stand das Streben nach einer Gesamtvertretung des deutschen Volkes, die man sich als die Trägerin und Repräsentantin des Prinzipes der Nationalsouveränität in dem künftigen Bundesstaate dachte. Selbst wenn man eine solche Bedeutung in Berlin dem künftigen Parlamente nicht einzuräumen gewillt war, so lag es doch auf der Hand, dafs die Gewährung eines Parlaments an sich nicht zu umgehen war, wenn man die Volksstimmung gewinnen wollte, d. h. dafs Konzessionen an den Konstitutionalismus unvermeidlich waren. Schon vor dem Ausbruche der Pariser Revolution war in der zweiten badischen Kammer der Antrag gestellt worden, der Grofsherzog möge ersucht werden, auf die Bildung einer deutschen Nationalversammlung in der Gestalt eines Delegiertenausschusses aus den Landtagen der Einzelstaaten

1) Am 13. April 1848 bemerkte der König zu Gerlach (Gerlach a. O., Bd. I, S. 151): „Der Konstitutionalismus hätte wegen Deutschland anerkannt werden müssen und habe er dabei auf ausdrücklichen Rat seiner Minister, von denen er Bodelschwingh und Canitz besonders nannte, gehandelt."

hinzuwirken. Auf die Kunde von den Vorgängen in Paris traten die nationalen Forderungen mit stürmischem Ungestüme auf. Eine Mannheimer Volksversammlung verlangte am 27. Februar neben Volksbewaffnung und Prefsfreiheit die Umgestaltung der deutschen Bundesversammlung durch Hinzufügung eines deutschen Parlaments zum Bundestage. Am folgenden Tage trug eine Bürgerversammlung in Stuttgart dasselbe Ansinnen vor: in Volksversammlungen und Sturmpetitionen an die Regierungen und Landtage fand es bald allgemeine Verbreitung. Noch am 28. Februar stellte in der Darmstädter Kammer Gagern mit einer Reihe von Gesinnungsgenossen den Antrag auf Einberufung eines deutschen Parlaments, indem zugleich die Notwendigkeit der Einsetzung eines Bundeshauptes anerkannt wurde; das war ein offener Hinweis auf Preufsen als den Träger der neu zu schaffenden Zentralgewalt. Die bestehenden Gewalten wagten sich unter dem Einflusse des durch die Gefahr einer französischen Invasion verschärften revolutionären Schreckens nicht den allgemeinen Wünschen zu widersetzen. Die liberalen Männer, die jetzt in den Staaten des Westens und Südens zum Ruder gelangten, waren Anhänger nicht nur der konstitutionellen, sondern auch der nationalen Ideen. Indem nun die Regierungen in den mittleren und kleinen Staaten ihre Zusammensetzung änderten, hielt ein neuer Geist auch in der Frankfurter Bundesversammlung seinen Einzug. Ihren Höhepunkt erreichte die populäre Bewegung in der am 5. März zu Heidelberg stattfindenden Versammlung liberaler und radikaler Parteiführer. Sie beschlofs, die Einberufung eines deutschen Parlamentes zu betreiben, das jedoch nicht durch Ausschüsse aus den Einzellandtagen, sondern durch direkte Volkswahlen gebildet werden sollte; zur Erledigung der dafür erforderlichen Vorbereitungen sollte zum Ende des Monats eine Notablenversammlung in Frankfurt zusammentreten. Die Nation nahm kraft der von ihr beanspruchten Souveränität durch diejenigen, die sich in diesem kritischen Momente zu ihren Vertretern aufwarfen, die Leitung ihrer Angelegenheiten nunmehr selbst in die Hand.

Es bedurfte nicht erst des Systemwechsels in den Staaten des Westens und Südens und der dadurch herbeigeführten Veränderung in der Zusammensetzung des Bundestages, um diesem letzteren die Neigung zum Entgegenkommen gegen die nationalen Forderungen einzuflöfsen. Alsbald nach der Kunde von der Katastrophe Louis Philipps fanden die nationalen Tendenzen in Frankfurt einen entschiedenen Vertreter und Befürworter, dem es sogar gelang, die ganze Bundesversammlung mit sich fortzureifsen, nämlich den Grafen Dönhoff, den preufsischen Bundestagsgesandten. Man hat sich gewöhnt, die Haltung des Bundestages in jenen Tagen als Zeichen der „Schwäche" oder auch als „Ausdruck seines bösen Gewissens" aufzufassen.[1] Seitdem uns Koser mit den Depeschen Dönhoffs aus jener Zeit bekannt gemacht hat[2], wissen wir vielmehr, dafs der Bundestag damals eine nationale Aktionspolitik trieb, deren Leiter der Graf Dönhoff war. Der österreichische Bundesgesandte weilte damals nicht in Frankfurt. In seiner Abwesenheit führte Dönhoff das Präsidium, und er benutzte diesen Moment, um den Bundestag in das Fahrwasser der nationalen Strömung hinein zu lenken. Auf seine Initiative erliefs der Bundestag am 1. März den Aufruf „An alle Deutschen, denen das Wohl Deutschlands am Herzen liegt"; dieser enthielt zwar die Mahnung, jeder möge dahin wirken, dafs die Eintracht gewahrt, die gesetzliche Ordnung nirgends verletzt werde; er erkannte zugleich aber auch die Notwendigkeit einmütigen Zusammenwirkens der Völker und Regierungen an und legte das feierliche Versprechen ab, der Bundestag werde alles aufbieten, um das nationale Leben zu fördern: Deutschland müsse auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Völkern Europas gebühre. Unter Dönhoffs Einflusse machte sich der Bundestag mit dem Gedanken der Einberufung einer Bundesvertretung vertraut, nahm er die deutsche Trikolore an, um seine veränderte Haltung auch

1) So schon bei Leo, Signatura temporis S. 11 ff. Vergl. zuletzt Busch a. O. S. 3: „Was half es, dafs jetzt selbst einem Bundestag und einem Metternich das Bewufstsein ihrer Sünden aufdämmerte?"

2) Vergl. Koser a. O. S. 58 ff.

öffentlich kundzugeben. Eigenmächtig augenscheinlich, ohne von seinem Hofe zunächst angewiesen oder ermächtigt zu sein, betrat Dönhoff diese Bahn; offenbar war es seine Absicht, durch entschlossenes Vorgehen seine Regierung mit sich fortzureifsen. In seinen Berichten nach Berlin betonte er bereits seit dem 29. Februar immer wieder aufs dringendste die Notwendigkeit für Preufsen, die Führung der Einheitsbewegung zu übernehmen. Er entwarf eine lebendige Schilderung von dem Umsichgreifen des Konstitutionalismus und erklärte rund heraus, Preufsen könne dem konstitutionellen Systeme seine Anerkennung nicht länger versagen. Die beim Bundestage zu errichtende Nationalversammlung dachte er sich allerdings noch als einen Delegiertenausschufs der Einzellandtage. Vor allem drängte er auf Eile: „Nur durch eine entschieden volkstümliche und freisinnige Aktion kann Preufsen vielleicht noch Herr der Bewegung werden; doch ist keine Zeit in dieser Beziehung zu verlieren.“ Die Sendung von Radowitz nach Wien dünkte ihm als eine Zeitvergeudung: im übrigen hielt er Radowitz für wenig geeignet zur Bearbeitung der deutschen Angelegenheiten, da der General sowohl wegen „seiner ausgesprochen ultramontanen Tendenz“, als auch deshalb, weil er „als ein Typus der antikonstitutionellen Richtung“ gelte, höchst unpopulär sei. Nach seinen Intentionen hätte Preufsen, ohne sich erst nach Wien zu wenden, die Bundesreform direkt vor der Bundesversammlung verhandeln lassen oder noch besser die deutschen Fürsten sofort nach Berlin berufen müssen, gleichviel ob Österreich komme, oder nicht: „so würde“, erklärte er, „ein grofses Resultat möglich gewesen sein.“ Ohne Zweifel wäre diese Politik sowohl die einfachste wie auch die kräftigste gewesen; sie hätte allerdings den Bruch mit Österreich nach sich gezogen. Nun hatte man bereits mit Wien angeknüpft; bald aber trachtete man darnach, von der Gemeinschaft mit Österreich wieder loszukommen, und versuchte es mit dem von Dönhoff geratenen Vorgehen, um freilich schliefslich auf halbem Wege einzuhalten und umzukehren.

Das Emporkommen der liberalen Führer in den Staaten des Südens und Westens gestaltete im Vereine mit den Be-

mühungen Dönhoffs den Bundestag zu einem führenden Organe der nationalen Bewegung um; es hatte auch noch eine andere, viel bedeutsamere Folge: es gewährte die Möglichkeit einer direkten Verständigung zwischen Preufsen und den Bundesfürsten in der deutschen Frage. In der That bereitete sich schon eine auf dieses Ziel gerichtete Aktion vor. Die Anregung dazu ging von Nassau aus. Der Herzog von Nassau betraute seinen Legationsrat Max von Gagern mit einer Mission an die süddeutschen Höfe, um diese dazu zu bewegen, eine gemeinschaftliche Aufforderung an Preufsen zu erlassen, dafs es an die Spitze der deutschen Bewegung treten möge. Am 8. März trat Gagern seine Rundreise an. Alsbald machte er der preufsischen Regierung Mitteilung von seiner Sendung und ihrem Zwecke; er richtete an sie ein Schreiben, durch das sie davon unterrichtet wurde, dafs die Absicht bestehe, ein deutsches Parlament zu versammeln, und zugleich ermahnt wurde, sich der Sache anzunehmen. Noch an demselben Tage, an dem es einlief, am 11. März, wurde es vom Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu Berlin, dem Freiherrn von Canitz, beantwortet.[1] In dieser Entgegnung wurde betont, dafs die nationale Idee den Geist des Königs von jeher erfüllt, und dafs der Herrscher vom Antritte seiner Regierung an daran gearbeitet habe, sie zu verwirklichen. Der Vorschlag betreffend die Errichtung eines deutschen Parlamentes wurde bereitwilligst angenommen und zugleich erklärt, dafs damit das Projekt des Fürstenkongresses keineswegs im Widerspruche stehe: es müsse vielmehr „beides zusammenbestehen und zusammengehen, um zum Ziele zu kommen.“ Canitz durfte solches natürlich an Gagern nur schreiben, wenn er der Zustimmung des Königs zum Systeme des Konstitutionalismus bereits sicher war, und dem war in der That so; wir kommen auf die näheren Umstände, unter denen sich

1) Der Inhalt des Briefwechsels zwischen Canitz und Gagern ist wiedergegeben in der in den letzten Tagen des Dezembers 1848 geschriebenen, Anfang 1849 anonym erschienenen Broschüre von Canitz „Die Contrasignatur der Proklamation vom 18. März 1848.“ S. 23 f.

des Königs Übertritt in das Lager des Konstitutionalismus vollzog, noch des näheren zu sprechen.

Preufsen hatte also seine Sanktion zur Mission Gagerns gegeben; es hatte sich bereit erklärt, den Konstitutionalismus anzuerkennen, in ein Bundesparlament einzuwilligen; dafür sollte ihm im künftigen Bundesstaate die Stellung an der Spitze eingeräumt werden. Wenn nun auch die neuen Regierungen in den süddeutschen Staaten keinen Anstand nahmen, auf die Anträge Gagerns einzugehen, so war es doch noch die Frage, ob nicht die Höfe sich so lange, wie es irgend anging, gegen Schritte sträuben würden, die die erste Etappe zur Stabilierung der preufsischen Hegemonie in Deutschland bedeuteten. Aber selbst in dieser Hinsicht lagen die Verhältnisse im Augenblicke so günstig, wie nur irgend möglich. Überall waren die alten Machthaber aufs äufserste eingeschüchtert. Sie fürchteten, die neue Republik in Frankreich würde die Erhebung der radikalen Parteien in Deutschland durch eine Diversion vom Rheine her unterstützen. Unzweifelhaft hätte eine feindliche Demonstration von seiten Frankreichs eben damals in den Staaten des Südens das Zeichen zum allgemeinen Umsturze gegeben; dafs man in Paris von solchen Absichten weit entfernt war, konnte man nicht wissen.[1] In dieser Not richtete man die Blicke nach Preufsen; Preufsen war der einzige Staat, von dem wirksame Hilfe gegen eine französische Invasion des deutschen Südwestens zu hoffen war. Am 10. März sandte der König von Württemberg Wolfgang Menzel nach Berlin direkt zu Friedrich Wilhelm IV.; offenbar fällt Menzels Entsendung vor das Eintreffen Gagerns in Stuttgart. Menzel hatte den Auftrag, bei Friedrich Wilhelm IV. auf eine Verständigung zwischen Preufsen und den süddeutschen Regierungen hinzuarbeiten, und zwar sowohl behufs Ergreifung gemeinsamer Mafsregeln zum militärischen Schutze Süddeutschlands, als auch „zur konsequenten und gemeinsamen Durchführung konstitutioneller Maximen und Reformen, um die Bevölkerungen zu beruhigen und der Revo-

1) Vergl. W. Menzel, Denkwürdigkeiten 1877, S. 395.

lution jeden Vorwand zu nehmen.“ Die Naivität dieser Zumutung war einzig in ihrer Art. Die preufsische Krone sollte sich durch konstitutionelle Garantieen beschränken lassen, um den Bestand der süddeutschen Regierungen zu sichern; Preufsen sollte diese letzteren gegen Frankreich verteidigen, um dann, nachdem es sich dieser als selbstverständlich erachteten Pflicht erledigt hatte, zum Lohne geduldig des Momentes harren zu dürfen, da man sein Schwert vielleicht wieder einmal gebrauchen könne. Die Angst vor Frankreich war indes grofs genug, um die „Scheu auch vor der blofsen Möglichkeit einer preufsischen Hegemonie“ bei den Mittelstaaten vorübergehend wenigstens zu beseitigen und den Anträgen Gagerns die Thüren zu öffnen. Selbst König Wilhelm von Württemberg konnte, während sein Spezialgesandter Menzel in Berlin mit Ingrimm die heillose „Usurpation“ des Preufsenkönigs mit eigenen Augen ansehauen mufste, nicht umhin, unter der Bedingung, dafs sich Preufsen dem Konstitutionalismus zuwende, seine Genehmigung dazu zu erteilen, dafs Preufsen an die Spitze der nationalen Bewegung trete und zunächst wenigstens provisorisch mit der Zentralgewalt betraut werde. Nur bei Bayern fand das Projekt, Preufsen die Leitung der deutschen Angelegenheiten zu übertragen[1], keine günstige Aufnahme. Zwar hatte, ehe Gagern seine Rundreise begann, der Herzog von Nassau selbst an König Ludwig geschrieben, es sei unmöglich, die Bewegung zu meistern, „wenn sich die Fürsten nicht entschlössen, den König von Preufsen an die Spitze von Deutschland zu stellen“[2]; zu solcher Selbstverleugnung gegenüber dem Hohenzollern konnte sich der Wittelsbacher jedoch nicht verstehen; auch er bekannte sich indes zur Forderung eines deutschen Parlaments und gründlicher Revision der Bundesakte im Sinne der nationalen Einigung. Aber selbst wenn Bayern sich noch zurückhielt, so war doch ein fruchtbares Ergebnis immerhin bereits zu hoffen. Was in Preufsen bisher ängstlich als Geheimnis glühendsten Ehrgeizes

1) Sybel, Die Begründung usw., I⁴ 133 f.
2) Perthes, a. O. 529 (Fischer).

gehütet worden war, und was als unerfüllbarer Traum bisher erschienen war, das wollte sich jetzt, so hatte es das Ansehen, verwirklichen: von den Bundesfürsten selbst erging der Ruf an Preufsen, den Einheitsstaat zu begründen und in ihm die führende Stellung einzunehmen.

Konnte der König so vielfältigen und mächtigen Einwirkungen widerstehen, konnte er so stolze und glanzvolle Aussichten von sich weisen? Die eindringlichen Mahnungen Dönhoffs, die Anerbietungen, die ihm durch Gagern gemacht wurden, und die ihn die Zustimmung der süddeutschen Regierungen zur Begründung der preufsischen Hegemonie in Deutschland hoffen liefsen, wurden durch seine Minister aufs wärmste befürwortet. Es hat in der That nicht einmal erst der Gagernschen Anträge bedurft, um den König zum Bunde mit der populären Bewegung und daher zum Eingehen auf den Konstitutionalismus zu bewegen. Als Radowitz nach Wien abreiste war der Monarch von diesem Entschlusse noch weit entfernt; schwere innere Kämpfe hat er ihn gekostet; aber er wurde schliefslich gefafst. Fast von Tag zu Tag können wir es verfolgen, wie sich der Umschwung in der Gesinnung des Herrschers vollzog.

Als die ersten Vorboten des nahenden Sturmes im benachbarten Frankreich sich zeigten, machte Friedrich Wilhelm (am 21. Februar) Metternich den Vorschlag, sich mit den übrigen deutschen Bundesregierungen zu gemeinsamem Widerstande gegen alle Erschütterungen der öffentlichen Ordnung zu verbinden, und sich insgemein gegenseitig zu verpflichten, „sich keine die zu Recht bestehenden Verfassungen verletzenden Versprechungen und Konzessionen abdringen zu lassen.“[1] Noch in den ersten Tagen des März war er zum militärischen Einschreiten behufs Unterdrückung der revolutionären Bewegungen im Südwesten Deutschlands bereit. Er hat zu diesem Zwecke den General von Schack nach Süddeutschland geschickt.[2]

1) Vgl. Koser a. O. S. 91.

2) Vgl. Varnhagen IV, 265 u. 285, sowie Perthes, Aufzeichnungen S. 529 (dessen Gewährsmann hier der General Fischer ist).

Man hat keinen Beweis dafür, dafs der König oder seine Umgebung durch den revolutionären Schrecken eingeschüchtert wurden. Wohl lastete auf dem Könige die „schwere Zeit“; das war aber nicht die Angst vor der Revolution und daraus entspringende Schwäche oder Neigung zur Nachgiebigkeit, sondern „das Gefühl des Unterliegens unter den von ihm verabscheuten Konstitutionalismus“ [1], und wenn er nunmehr vor diesem Schritt um Schritt zurückwich, so war für ihn dabei das entscheidende Motiv wiederum nicht sowohl die Furcht vor der Revolution, sondern lediglich das Streben, bündnisfähig für die populäre Einheitsbewegung zu werden. Er wollte für seine Person und für die Krone Preufsen diejenige Popularität gewinnen, die nach dem Erachten seiner Minister und nach den Forderungen der süddeutschen Regierungen erforderlich war, damit er die Leitung der deutschen Angelegenheiten zu übernehmen im stande sei. Insofern als die momentane Geneigtheit der Fürsten, sich der Führung Preufsens zu unterwerfen, auf der Besorgnis beruhte, die ihnen die Revolution einflöfste, wurde der radikale Schrecken geradezu zum Vehikel für den deutschen Ehrgeiz Preufsens, und indem der König die Gelegenheit benutzte, die sich ihm also zur Durchführung seiner deutschen Pläne ohne und gegen Österreich darbot, trachtete er ohne Zweifel danach, die Revolution dem preufsischen Interesse dienstbar zu machen.

Das war die schwere Aufgabe, vor die sich die preufsische Politik jetzt gestellt sah: die populären Tendenzen niederzuhalten, so dafs sie unschädlich wurden, und sie doch zugleich insoweit zu benutzen, um sich zur Hegemonie in Deutschland emporzuschwingen.[2] Wie einfach wäre doch für Preufsen das Problem der Stellungnahme zur Revolution gewesen, wenn es sich nur darum gehandelt hätte, ihr mit Gewalt entgegenzu-

---

1) Gerlach I, 127.

2) In diesem Sinne bemerkt der Graf Prokesch von Osten, später österreichischer Gesandter in Berlin („Aus den Briefen des Grafen Prokesch von Osten“, Wien 1896, S. 461): „Preufsen stellte sich damals [1848] die Doppelaufgabe, die Revolution zu bekämpfen und sie für sich zu benützen“.

treten? So aber galt es vielmehr, ihre Ziele sich bis zu einem gewissen Grade zu eigen zu machen und sich von ihr tragen zu lassen. Selbst die Position, zu der sich die konstitutionelle Partei in den süddeutschen Staaten augenblicklich erhoben sah, hatte ihre Grundlage in der Angst der Höfe vor der bewaffneten Erhebung der Radikalen; um die Einwirkung dieser letzteren auf die Massen zu paralysieren und die populäre Erregung zu beschwichtigen, beugten sich die Fürsten den liberalen und nationalen Aspirationen. Mit Hilfe seiner Armee Preufsen und auch Süddeutschland gegen die Revolution und selbst gegen den Konstitutionalismus zu verteidigen, hätte sich Friedrich Wilhelm IV. schon zugetraut; dadurch hätte er sich aber zugleich eines wirksamen Bundesgenossen beraubt. Der unbedingte Kampf gegen alle Neuerungen war denn auch der sehnlichste Wunsch der altpreufsischen Partei, zu der insbesondere eine Anzahl hoher Militärs, an ihrer Spitze der Prinz Wilhelm von Preufsen, gehörte. „Die einzige Art, der Revolution zu widerstehen", so bemerkt Gerlach sehr richtig[1], „war, jedwede Konzession zu vermeiden, statt Landtage eine Armee zu versammeln, den Bund aufzufordern, sich anzuschliefsen, dem Prinzen von Preufsen das Kommando am Mittelrhein, einem Erzherzoge das einer Reserve in Franken zu geben, und so ohne unmittelbar in die innere Politik einzugreifen, den deutschen Fürsten einen Halt zu verschaffen. In diesem Sinne schrieb ich ein Promemoria für den Prinzen von Preufsen, den ich mir mit dem Hauptquartier in Frankfurt und dem 8. und 10. Armeekorps unter seinen Befehlen dachte, das siebente und neunte aber unter dem österreichischen Kommando." Von der Furcht vor bewaffneter Volkserhebung durch preufsische Truppen also befreit, hätten sich die süddeutschen Regierungen dann freilich gar wohl gehütet, die zur Errichtung des Einheitsstaates notwendige Schmälerung ihrer Souveränitätsrechte über sich ergehen zu lassen. Wenn Preufsen dann nicht auf seine deutschen Pläne überhaupt verzichten wollte, mufste es

1) Gerlach, 130.

seine Truppen eine drohende Haltung nicht nur gegen die süddeutsche Demokratie, sondern auch gegen die süddeutschen Höfe einnehmen lassen, und konnte wohl an diese Eventualität gedacht werden, wenn ein österreichischer Erzherzog mit dem Kommando über zwei preufsische Armeekorps betraut war?

Eine einfache, unbedingte und unverzügliche Niederhaltung der populären Regungen lag somit nicht im Interesse der preufsischen Politik; sie hätte diese ihrer günstigen Chancen für Deutschland beraubt. Die allgemeinen Sympathieen, deren man nicht für die deutsche Politik entraten konnte, konnte man sich nur durch Einlenken in die Bahnen des Konstitutionalismus erwerben. Die beiden politischen Antipoden Bodelschwingh und Gerlach, nicht minder Friedrich Wilhelm IV. selbst haben ausdrücklich anerkannt, dafs man den Konstitutionalismus, um die Worte des Königs selbst zu gebrauchen, „wegen Deutschland“ habe acceptieren müssen.[1] Schon Leo hat in seiner zum Ende des Jahres 1848 erschienenen Schrift „signatura temporis“ diese Thatsache angedeutet, indem er ausführte, es sei „gerade das Interesse für Deutschlands einstimmende Weitergestaltung lange vor dem Eingreifen irgend eines Beschwichtigungsgedankens in Beziehung auf eine mögliche Revolution gewesen, was das preufsische Kabinet mit manchen nun hervortretenden Auffassungen versöhnt habe.“ Unter diesen „nun hervortretenden Auffassungen“ sind schlechterdings nichts anderes als die im Verlaufe und durch das Mittel der Revolution zur Geltung gelangten liberal-konstitutionellen Ideen zu verstehen, mit denen die preufsische Krone jetzt ihr Abkommen zu schliefsen trachtete. Vom Standpunkte der inneren Verhältnisse des preufsischen Staates aus mögen die nunmehr erfolgenden Mafsnahmen Friedrich Wilhelms IV. als Konzessionen an die liberal-demokratische Ideenbewegung erscheinen, und unzweifelhaft hegte man auch die Hoffnung, durch ihre Gewährung den radikalen Agitationen den Boden zu entziehen und die besonneneren Elemente im Volke zufrieden zu

1) Vgl. Koser a. O. S. 64ff. und Oncken a. O. S. 135.

stellen. Ihrer wahren Intention zufolge sind sie indes nicht sowohl als Konzessionen, wie vielmehr als Waffen im Kampfe um die Vorherrschaft in Deutschland aufzufassen. Ihre eigentliche Tendenz kehrt sich wider Österreich; sie sind gleichsam die Bedingungen, auf die hin der Pakt zwischen Preufsen und der populären Bewegung zur Verdrängung Österreichs aus Deutschland geschlossen werden sollte.

Am 6. März erfolgte der erste öffentliche Schritt Preufsens in der neuen Richtung. Indem der König die damals gerade versammelten Ausschüsse der Provinziallandtage entliefs, zeigte er ihnen an, dafs er sich entschlossen habe, die vereinigten acht Provinziallandtage von nun an in beständiger Wiederkehr um sich zu versammeln. Beharrlich hatte er sich bisher geweigert, die Periodizität des Vereinigten Landtages zuzugestehen; das dünkte ihm ja der Anfang vom Ende. Man hat gesagt: wenn der König dies Zugeständnis bereits ein Jahr früher gemacht hätte, so wäre der Verfassungsstreit in Preufsen beigelegt, der Revolution des Jahres 1848 die Gelegenheit zur Bethätigung in Preufsen genommen worden. Jetzt freilich habe das verspätete „Geschenk“ der liberalen Partei nicht mehr genügen können. Sollte man wirklich meinen, dafs die entschieden Konstitutionellen oder gar die radikal-demokratische Partei im März 1848 die Gelegenheit, mit der ganzen Fülle ihrer Ansprüche hervorzutreten, nicht benutzt haben würden, falls der König bereits 1847 dem Vereinigten Landtage die in ihren Augen magere Konzession der Periodizität bewilligt hätte, dafs also mit deren Genehmigung sich die Verfassungsbewegung in Preufsen erschöpft haben würde? Der König betrachtete zwar die Periodizität seiner zentralständischen Versammlung bereits als die Einleitung zur Brechung der Vollgewalt des Königtums; die liberal-demokratische Richtung aber verlangte die einfache Rezeption eines in allen Einzelheiten fest ausgebildeten Systems verfassungsmäfsiger Beschränkung der Monarchie nach dem Schema der Gewaltenteilung. Sie begehrte ferner eine grundsätzliche Änderung in der Zusammensetzung der Landesvertretung, da sie das ständisch-genossenschaftliche Prinzip als

überlebt betrachtete. Ist es denkbar, dafs das Versprechen, etwa alle vier Jahre einmal den Landtag einzuberufen, alle jene Wünsche zu ersticken vermocht hätte? Wenn der König auf dem starren altpreufsischen Standpunkte zu verharren gedachte, so brauchte er überhaupt keine Konzessionen zu erteilen; wenn er aber „moralische Eroberungen" in Deutschland machen wollte, so konnte er den Konstitutionalismus nicht vermeiden, und wenn er ihn für den künftigen Bundesstaat bewilligt hätte, so hätte das keine Rückwirkungen auf Preufsen selbst ausüben sollen, indem die liberalen Forderungen durch die Periodizität, falls sie 1847 bereits ausgesprochen wurde, sich befriedigt gefühlt hätten? Es tritt auch hier eben wieder klar zu Tage, dafs die Haltung des Königs zur Verfassungsfrage im März 1848 ganz und gar nicht durch die Rücksicht auf die inneren Verhältnisse in Preufsen, sondern auf seine deutschen Pläne diktiert worden ist. Auch wenn Friedrich Wilhelm im Vorjahre die periodische Berufung zugestanden hätte, so hätte er doch dadurch nun und nimmer diejenigen populären Sympathien erlangt, die ihm im März 1848 für seine deutsche Politik erforderlich schienen.

Ob jetzt oder früher gewährt, in jedem Falle war die Periodizität eine halbe Mafsregel, bei der man, wie der König selbst fühlen mufste, nicht stehen bleiben konnte; sie vermochte ihm die Popularität, deren sein deutscher Ehrgeiz bedurfte, nicht zu verschaffen. Eine umfassende Verfassungsreform im Sinne der liberalen Ansprüche war nicht zu umgehen. Vornehmlich war es der Minister v. Bodelschwingh, dessen Einflufs in diesem Punkte auf ihn gewirkt hat. Bodelschwingh war ein Anhänger der konstitutionellen Ideen und hatte die patriarchalisch-ständischen Ansichten des Königs bisher lediglich unter dem Gesichtspunkte vertreten, dafs er seine Ministerstellung als eine rein amtliche im Sinne der altpreufsischen Beamtentradition auffafste. Seit dem Oktober 1847 suchte er den König zur Einsetzung eines konstitutionellen Ministeriums, d. h. zum Übergange zur konstitutionellen Monarchie, zu bestimmen; jetzt endlich drang er durch. Wir sind in der Lage,

den Zeitpunkt festzustellen, an dem die Entscheidung fiel. In Gerlachs Aufzeichnungen lesen wir die lapidaren Worte: „Mittwoch, den 8. März, war ich den Abend wieder bei dem König, die schwere Zeit lastete wohl schon auf dem Herrn, besonders das Gefühl des Unterliegens unter dem von ihm verabscheuten Konstitutionalismus. Er hatte ja damals denselben schon Bodelschwingh konzediert, und man mufs anerkennen, dafs der Widerstand dagegen nicht leicht war ... Dieser den König gar nicht verstehende Minister auf der einen und der vornehm doktrinäre, germanomane Radowitz auf der anderen Seite, der den König für failures in seinem Lande mit Erfolgen in Deutschland vertröstete — was sollte dazwischen der König, der den Kampf scheute?“[1] Damit stimmt durchaus eine Angabe Bodel-

1) Gerlach I, 127f. Die failures in Preufsen, für die Radowitz damals den König mit Erfolgen in Deutschland vertröstet haben soll, sind offenbar gleichbedeutend mit der Einbufso, die das Königtum erlitt, indem es sich der konstitutionellen Beschränkung unterwarf. Es läfst sich indes kein Bewois dafür erbringen, dafs Radowitz damals bereits don König dadurch für Zugeständnisse an die konstitutionelle Bewegung zu gewinnen versuchte, dafs er an seinen deutschen Ehrgeiz appellierte. Dem widerspricht sowohl die ganze Tendenz seiner Denkschrift vom 20. November 1847, als auch die Richtung, in der sich seine Verhandlungen mit der Hofburg in den ersten Tagen des März 1848 bewegten. Man erinnere sich auch daran, dafs Dönhoff um eben diese Zeit Canitz vor Radowitz als vor einem typischen Vertreter „antikonstitutioneller Gesinnung“ warnte, und noch aus Wien schrieb Radowitz „mit Schrecken“ an den König: „nun habe sich auch der König von Bayern das Verlangen eines deutschen Parlaments angeeignet; dadurch werde die von Preufsen beabsichtigte Bundesreform mit der Überschwemmung durch trübe revolutionäre Fluten bedroht!“ (vgl. Sybel, a. O. S. 238). Erst Mitte März 1848 hat sich Radowitz, soviel uns bekannt ist, offen zum Konstitutionalismus und zur Forderung eines Bundesparlaments bekannt, nachdem seine Regierung ihm darin vorangegangen war. Seit dem April hat er dann beim Könige Festhalten an der deutschen Politik und am Konstitutionalismus befürwortet, indem er, wie Gerlach (I, 153) erzählt, die Ansicht aussprach, „dafs die Erklärung der Volkssouveränität keinen hinreichenden Grund abgäbe, sich in ein feindliches Verhältnis gegen die Konstitution zu setzen, denn dies sei nur eine Theorie!!“ — Der ganze Abschnitt bei Gerlach über die Märztage ist, wenn ihm auch gleichzeitige Aufzeichnungen zu Grunde liegen, das Produkt einer späteren

schwinghs selbst in einem Briefe überein, den er noch unter dem frischen Eindruck der Ereignisse geschrieben hat.[1] Bodelschwingh spricht darin vom 16. März und bemerkt dabei, schon acht Tage früher, also am 8. März, habe er „zuerst den König mit der Idee vertraut gemacht, dafs eine Konstitution nicht zu umgehen sei.“ Der 8. März 1848 darf daher als der Geburtstag der konstitutionellen Monarchie in Preufsen angesehen werden. Auf dem Prinzipe der Gewaltenteilung basierte die Konstitution, für die Bodelschwingh den König an jenem Tage gewann. Teilung des Gesetzgebungs- und des Besteuerungsrechtes zwischen dem Könige und den Ständen, während die Vollziehungsgewalt dem Könige unter der Verpflichtung verbleiben sollte, „ein der Krone und den Ständen für die Handhabung der Gesetze verantwortliches Ministerium anzustellen.“[2] „Innerhalb dieser Grenzen“, so bemerkte Bodelschwingh, „lag natürlich ein weites Feld.“ Er selbst zweifelte freilich nicht, dafs ein konstitutionelles Ministerium dem Parlamente nicht nur verantwortlich, sondern auch genehm sein müsse, und eben deshalb glaubte er nicht länger mehr im Amte bleiben zu dürfen. Wenngleich widerstrebenden Herzens, hatte er auf Befehl des Königs dessen Intentionen vor dem Vereinigten Landtage von 1847 vertreten; nachdem er so lange die innere preufsische Politik nach den patriarchalisch-ständischen Maximen des Herrschers geleitet hatte, meinte er, das

---

Redaktion (vgl. Busch S. 47); daher ist es wohl möglich, dafs Gerlach hier, durch ungenaue Erinnerung verleitet, die Wendung Radowitzens zum Konstitutionalismus zu früh angesetzt hat.

1) Bodelschwingh an Fallenstein d. 30. März 1848 bei Diest S. 16. Koser (S. 65) fafst den Ausdruck „acht Tage“ im Sinne von einer Woche auf und sagt daher, nach Bodelschwinghs Zeugnis habe der König erst am 9. März nachgegeben. Da man aber die von Bodelschwingh gebrauchte Wendung doch auch wörtlich zu nehmen befugt ist, liegt m. E. kein Grund vor, eine Abweichung zwischen den Angaben Gerlachs und Bodelschwinghs zu statuieren.

2) So führt Bodelschwingh selbst aus in einem Ende 1848 geschriebenen Aufsatze zur Berichtigung von Leos Signatura; das Schriftstück befindet sich bei Diest S. 28.

öffentliche Vertrauen nicht in dem Maſse zu besitzen, wie es für einen konstitutionellen Minister erforderlich sei. Kaum war der Konstitutionalismus in Preuſsen zur Anerkennung gelangt, so verlangte er sein erstes Opfer, und zwar eben den Minister, dem er seine Einführung in Preuſsen zu verdanken hatte. Bodelschwingh bot alsbald seine Demission an, zuerst mündlich, dann schriftlich. Der König weigerte sich einige Tage; da Bodelschwingh unerschütterlich bei seinem Entschlusse beharrte, erklärte sich der Monarch am 16. März bereit, ihm den erbetenen Abschied zu erteilen. Als Nachfolger wurde vom Könige zunächst der Graf Alvensleben in Aussicht genommen. Durch eine Stafette nach Berlin berufen, lehnte dieser freilich die Ehre, als konstitutioneller Minister zu fungieren, ebenso schnell wie entschieden ab. Bodelschwingh machte nunmehr auf den Grafen Arnim-Boitzenburg aufmerksam. An ihn erging am 18. März die offizielle Anfrage, ob er die Bildung eines neuen Ministeriums übernehmen wolle.[1]

Im Prinzipe hatte somit Friedrich Wilhelm IV. den Konstitutionalismus anerkannt; doch gab er sich ihm nicht so unbedingt hin wie Bodelschwingh. Konnte er auch einer Beschränkung der monarchischen Autorität nicht mehr ausweichen, so wollte er es doch verhüten, daſs der Schwerpunkt der politischen Gewalt in die Volksvertretung hinabgleite. Mit anderen Worten: er wollte die Rezeption des Konstitutionalismus in der Weise vollzogen wissen, daſs das Parlament zwar einen Anteil an der höchsten Gewalt bekäme, daſs aber die Volkssouveränität und deren praktischer Ausdruck, das parlamentarische System, vermieden würden. Sogar die ständisch-genossenschaftliche Grundlage der nunmehr mit gesetzgeberischen Befugnissen ausgestatteten Landesvertretung glaubte er wohl einen Moment noch retten zu können. Am 11. März hatten die Berliner Stadtverordneten eine Adresse an den König beschlossen, in der sie um schleunige Einberufung des Vereinigten Land-

1) Vgl. Diest S. 28 und Koser a. O. S. 66 Anm. 3. Über die politische Haltung Alvenslebens siehe u. a. Gerlach I, 84.

tages, um sofortigen Ausbau der Verfassung „auf Grund einer angemessenen volkstümlichen Vertretung“ und um eine grundsätzliche Reform des deutschen Bundes nachsuchten. Drei Tage später empfing der König eine gemischte Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten, um ihnen auf ihre Petition Bescheid zu erteilen. Die Antwort lautete sehr entgegenkommend: der Vereinigte Landtag sei bereits einberufen; ihm solle das Verfassungswerk zur Beratung und Erledigung vorgelegt werden. Zwar warnte der Herrscher vor jeder Überstürzung bei der Lösung der Verfassungsfrage; man wird aber deshalb den Bescheid keineswegs „ausweichend, fast abweisend“ finden dürfen; waren doch die Hauptbitten, die Berufung des Landtages und der Ausbau der Verfassung mit seiner Hilfe, gewährt worden. Allerdings betonte der König auch jetzt noch: die gute, alte deutsche Ordnung dürfte nicht unbeachtet bleiben; auch die Gliederung der Stände sei deutsch, ebenso der Besitz als althergebrachte Grundlage der Standschaft komme in Betracht; doch alles dieses könne mit dem Landtage erledigt werden.[1] Unschwer erkennt man aus dem letzten Satze seiner Erwiderung, dafs der König keineswegs daran dachte, die Beibehaltung des ständisch-genossenschaftlichen Prinzips um jeden Preis zu fordern, sondern dafs er auf Wünsche des Landtages in dieser Hinsicht einzugehen nicht verschmähen wollte. Seine Losung sei, so erklärte er den Deputirten: „Freie Völker, freie Fürsten: nur wenn beide frei wären, könne die wahre Wohlfahrt gedeihen.“ Es ist klar, was der König mit dieser Devise ausdrücken wollte: zwar eine Verfassung, aber so, „dafs man dabei bestehen könne“, d. h. ohne Unterwerfung des Königtums unter die Doktrin der Volkssouveränität.[2] Damit war ein fruchtbarer

---

1) Vgl. Adolf Wolff, Berliner Revolutionschronik I, Berlin 1851, S. 35. 64 ff.

2) Vgl. Ranke S. W. 49/50 S. 468 f.: „In diesem alles gefährdenden Konflikt war es, dafs Friedrich Wilhelm seine Antipathieen gegen Konstitutionen überwand und den Entschlufs fafste, ein konstitutioneller König zu sein. Indem er das Bunsen mit Nachdruck sagte, fügte er hinzu: aber nie werde er sein Haupt vor der Demokratie beugen, — ein Wort, in welchem

Gedanke ausgesprochen und eine Lösung der Verfassungsfrage in Aussicht genommen, wie sie später unter der Regierung seines Nachfolgers thatsächlich erfolgt ist: nämlich die Begründung eines Konstitutionalismus, der zwar die Kronrechte beschränkte, den Schwerpunkt der politischen Gewalt jedoch keineswegs in die Volksvertretung verlegte und eben daher dem Prinzipe der Volkssouveränität die Spitze abbrach. Auf dieses Ziel lief es hinaus, wenn der König Bodelschwingh nicht den erbetenen Abschied erteilen wollte; er wollte sich durch die Einflüsse der konstitutionellen Doktrin in der Auswahl seiner Minister nicht bestimmen lassen. Eben daher berief er in demselben Momente, als er sich zum Konstitutionalismus bekannte, in der Person des Grafen Alvensleben einen Mann an die Spitze des Kabinets, der weit entfernt von liberaler Gesinnung war. Er wollte verfassungsgemäſs regieren; aber sein Ministerium sollte nicht einfach einen Ausschuſs der herrschenden Partei darstellen. Daher hatte die Frage, welches Prinzip für die Zusammensetzung des Parlamentes maſsgebend sein sollte, wie er nunmehr wohl erkannte, doch nur eine sekundäre Bedeutung; die Hauptsache war vielmehr die Stellung des Ministeriums. Was er wollte, das war der Konstitutionalismus ohne parlamentarisches System. Eine Verfassung dieser Art muſste freilich gegen die populären Aspirationen durchgesetzt und verteidigt werden: ob das gelingen würde, das war die Frage, von deren Lösung für die Zukunft das Schicksal der Erhaltung des preuſsischen Staates in seiner historischeu Eigenart abhing.

Immerhin, der Sprung ins Dunkle war gewagt. Es galt nunmehr, die Ernte zu sichern, die man auf dem Felde

---

die Wendung der preuſsischen Geschicke liegt. Denn darauf kam es nun an, ob die konstitutionelle Richtung, die man ergriff, gleichsam eine Abkunft mit dem Liberalismus, dahin führen werde, das Selbst des Staates zu behaupten und die Elemente zurückzuweisen, die ihn zu vernichten drohten. Solche Zeiten müssen kommen: das historisch Gebildete muſs seine innere Lebenskraft im allgemeinen Sturme bewähren und selbst von dem neu Emporgekommenen so viel in sich aufnehmen können, daſs die Lebenskraft dadurch verstärkt wird, weit entfernt davon zerstört zu werden. Dadurch wird alle Umbildung bedingt werden."

der deutschen Politik als Frucht der Aussaat der konstitutionellen Gewährungen erwartete. Unerwartet günstig schien sich der Verlauf der Dinge in dieser Hinsicht für Preufsen gestalten zu wollen. Eben damals, als Preufsen den Übergang ins Lager des Verfassungsstaates vornahm, trat Gagern seine auf die Erhebung Preufsens zur Vormachtstellung gerichtete Rundreise an die süddeutschen Höfe an. Canitz konnte jetzt, nachdem der Systemwechsel in Preufsen entschieden war, am 11. März, wie wir sahen, Gagern die gewünschte Erklärung abgeben, dafs sich Preufsen zur Forderung des Bundesparlamentes neben der des Fürstenkongresses bekenne. An die preufsischen Vertreter an den deutschen Höfen ergingen in den nächsten Tagen Weisungen in demselben Sinne; es ward darin ausgeführt, dafs die Konstituierung des Bundesparlaments gerade den Hauptgegenstand der Beratungen auf dem geplanten Fürstenkongresse bilden sollte.[1] An demselben 11. März, als Canitz Gagern die Konzession des Bundesparlamentes durch Preufsen verkündete, fafste der König mehrere Entschlüsse, aus denen erhellt, mit welchem Eifer er sich jetzt in die nationale Bewegung stürzte.[2] Er beschlofs zunächst den Erlafs einer Proklamation „An mein Volk". Sie sollte dem preufsischen Volke die neue Wendung zum Konstitutionalismus anzeigen und dadurch eine summarische Antwort auf alle dem Herrscher in den letzten Tagen zugegangenen Adressen und Petitionen erteilen. Ihr sollte folgen

1) Vgl. die bei Kosor zitierten und im Auszuge angeführten Schreiben des Ministers v. Canitz an den Gesandten in Stuttgart vom 15. März (S. 70), an den Gesandten in Cassel vom 16. März (S. 71) und endlich das Zirkular an die preufsischen Gesandten von demselben Tage (S. 72 ff.). Wenn es in diesem letzten allerdings heifst, „die Idee einer Vertretung der deutschen Nation am Bundestage an und für sich sei der kgl. Regierung so wenig fremd, dafs sie schon im Herbste des vorigen Jahres damit umgegangen sei, Einrichtungen der Art zu beantragen", so ist das eine Behauptung, die geeignet ist, unser äufserstes Befremden zu erregen, und an deren Richtigkeit (vor allem, was die Person des Königs betrifft) man begründete Zweifel erheben darf.

2) Vgl. den bei Koser (S. 66) angeführten eigenhändigen Brief des Königs vom 11. März an den Minister v. Thiele.

ein Aufruf an das deutsche Volk; welchen Zweck konnte der wohl anders haben, als gleichsam den einer feierlichen Besiegelung des Bündnisses der preufsischen Krone mit der populären Bewegung?[1] An eben diesem Tage hatte sich der König bereits zur Einberufung des Vereinigten Landtages entschlossen, um mit ihm die Neuordnung Preufsens zu beraten.[2] Einen Tag später (am 12. März) kam, wie wir wissen, aus Wien die Kunde vom Abschlusse der Konvention behufs Ausschreibung des Fürstenkongresses nach Dresden an, und in Rücksicht darauf wurde die Eröffnung des Vereinigten Landtages auf den 27. April festgesetzt.[3]

Immer inniger durchdrangen sich des Königs deutsche und innerpreufsische Politik, um schliefslich unlösbar mit einander zu verschmelzen. Selbst für die Einberufung der Stände ist das Motiv nicht sowohl in der innerpreufsischen Politik als in der deutschen Politik des Königs zu suchen. In besonderen Briefen macht Bodelschwingh den Führern der bisherigen Opposition von der bevorstehenden Eröffnung des Land-

1) Mit Recht macht Koser (S. 66 Anm. 2) darauf aufmerksam, dafs in diesem Entschlusse des Königs vom 11. März der Ursprung des Aufrufs vom 21. März zu erblicken ist.

2) Vgl. Gerlach I, 130. Auch in seiner Ansprache an die Berliner Deputation vom 14. März (Wolff S. 39) erklärte der König, die Einberufung des Vereinigten Landtages sei schon seit mehreren Tagen beschlossene Sache. Gerlach (a. O.) erzählt, der König habe diese Mafsregel für nötig erachtet, „indem er den revolutionären Staaten und der freien Presse gegenüber nicht glaubte, sich ohne ein solches Mittel halten zu können"; er (der General selbst) habe dagegen Einspruch erhoben mit der Bemerkung, „der Landtag würde als Constituante auftreten." Dieses Argument konnte um so weniger Eindruck machen, als ja der König in der That beabsichtigte, wie er auch am 14. März der Berliner Deputation rund heraus erklärte, in gemeinschaftlicher Beratung mit dem Vereinigten Landtage den Übergang zum Konstitutionalismus zu vollziehen. Im übrigen betrachtete Gerlach die Mafsregel zu Unrecht lediglich unter dem Gesichtspunkte einer innerpreufsischen Konzession. Dafs sie das in der Hauptsache nicht war, beweist der gleichzeitige Entschlufs des Königs betreffend den Erlafs einer doppelten Proklamation an das preufsische und an das deutsche Volk.

3) S. oben S. 68f.

tages Mitteilung; er ersuchte sie zugleich, sich unverzüglich zu vertraulichen Besprechungen bei ihm in Berlin einzustellen.[1] Das Schreiben ist uns bekannt, das er zu diesem Behufe an seinen Vetter Georg v. Vincke ergehen liess.[2] Ohne alle Umschweife wird darin gesagt, daſs von der Haltung dieses Landtages das Schicksal Deutschlands abhänge, daſs man in Preuſsen „groſse Reformen“ vornehmen müsse, „um die Meinung Deutschlands zu gewinnen“. Er müsse, so führte der Minister aus, mit den einfluſsreichen Männern des Landtages Fühlung nehmen, damit er ermessen könne, wie weit er gehen müsse und gehen dürfe. „Zu diesen einfluſsreichen Männern“, fuhr er fort, „zähle ich Dich, und zwar, um es offen zu sagen, nicht so sehr für den Landtag als für Deutschland, worauf wir auch sehr zu sehen haben.“ Indem er Vincke zu eiliger Reise mahnte, fügte er hinzu, es wäre möglich, daſs die Konvokation des Landtages noch beschleunigt würde, „und das würde unbedingt geschehen, wenn der Fürstenkongreſs in Deutschland unmöglich wird, wie es nur zu wahrscheinlich ist.“ Aus welchen Gründen Bodelschwingh bereits am 14. Februar die Abhaltung des Fürstenkongresses, ehe noch das österreichisch-preuſsische Manifest erlassen worden war, durch das er angekündigt wurde, für unmöglich erachtete, wollen wir später erörtern. Hier begnügen wir uns, darauf hinzuweisen, daſs aus diesem Briefe mit Sicherheit zu erkennen ist, daſs die Rücksicht auf die deutsche Frage der maſsgebende Gesichtspunkt für die Behandlung anscheinend rein-preuſsischer Angelegenheiten war. Der schon mehrfach erwähnten Berliner Deputation erklärte der König, als er ihr am 14. März die Einberufung der Stände mitteilte, in ähnlicher Weise: was Deutschland anbetreffe, so liege dessen Schicksal

1) Nach Gerlach I, 128 beschied Bodelschwingh Auerswald, Vincke, Schön und Camphausen nach Berlin. Gerlach hält es für „wahrscheinlich“, daſs sich Bodelschwingh schon am 8. März mit diesen Männern in Verbindung gesetzt habe. Diese Vermutung ist unbegründet; denn der in der nächsten Anm. zitierte Brief an Vincke ist erst vom 14. März datiert.

2) Gedruckt bei Diest S. 48 f. (d. 14. März 1848). Vgl. Oncken a. O. S. 135.

nicht in seiner Hand; alles aber, was seine Kraft vermöge, wolle er redlichst und ernstlichst anwenden, damit auch diese Zeit der Krisis zu dessen Einigkeit, Kraft und Gröfse ausschlage; sie liege ihm so nahe am Herzen, als diejenige Preufsens. Am Abende desselben Tages endlich brachte die Allgemeine Preufsische Zeitung das Einberufungspatent[1] für den Vereinigten Landtag auf den 27. April. Auch hierin wurde die Ausschreibung des Landtages in Zusammenhang mit der projektierten Bundesreform gebracht und durch den Hinblick auf diese öffentlich motiviert. Das Patent wies auf die gemeinsamen Bemühungen Österreichs und Preufsens für das „Wohl des deutschen Vaterlandes“ hin: daher hätten beide Mächte, so hiefs es, die übrigen deutschen Fürsten zur Beratung über eine Bundesreform eingeladen, und der König sei fest entschlossen, „mit allen seinen Kräften dahin zu wirken, dafs diese Beratungen zu einer wirklichen Regeneration des deutschen Bundes führen, damit das deutsche Volk, in ihm wahrhaft vereinigt, durch freie Institutionen gekräftigt, nicht minder aber auch gegen die Gefahren des Umsturzes und der Anarchie geschützt, die alte Gröfse wiedergewinne, damit Deutschland den ihm gebührenden Rang in Europa einnehme.“ Durch die geplante Bundesreform würden, also wurde zum Schlusse bemerkt, auch Reformen für Preufsen selbst nötig [d. h. die Einführung des Konstitutionalismus], bei denen der König der Mitwirkung seiner treuen Stände bedürfe, und eben daher ersuche er sie, sich am 27. April in Berlin einzustellen. Ein „grofses Wort“, wie der Minister v. Canitz am folgenden Tage, am 15. März, sagte, hatte der König damit ausgesprochen. Der in Preufsen eingetretene Systemwechsel, das Einlenken in die Bahnen der Einheits- und Verfassungsbewegung, ward nunmehr feierlich vor aller Welt kundgethan.[2]

1) Gedruckt bei Wolff I, S. 67.

2) In diesem Sinne, insofern man damals zuerst mit der neuen Wendung vor die Öffentlichkeit trat, kann man dem 14. März „eine entscheidende Bedeutung“ (Koser 68 Anm. 2) beimessen. Die eigentliche Entscheidung war freilich schon am 8. März gefallen.

Noch war in dem Einberufungspatente vom 14. März die Absicht ausgesprochen, das Werk der Bundesreform gemeinsam mit Österreich vorzunehmen, und am Tage darauf wurde das übereinstimmende Manifest der österreichischen und preufsischen Regierung auch in Berlin veröffentlicht. Und doch erachtete Bodelschwingh schon am 14. März den von Metternich und Radowitz beschlossenen Fürstenkongrefs für „unmöglich“! Wie ist dieser scheinbare Widerspruch zu erklären? Indem man die Wendung zum Konstitutionalismus gemacht, indem man sich den süddeutschen Regierungen gegenüber (nämlich durch den Brief des Ministers v. Canitz an Gagern) zur Gewährung eines Bundesparlaments bereit erklärt hatte, war man über die Grenze des durch Radowitz mit dem Wiener Kabinette getroffenen Abkommens weit hinaus gegangen. Die Dinge standen jetzt so, dafs die Konvention mit Österreich vom 10. März in Berlin schon nicht mehr als eine Errungenschaft, sondern vielmehr als eine lästige und drückende Fessel empfunden wurde. So drängte die Entwicklung Preufsen unwillkürlich dahin, den mit Österreich soeben erst geschlossenen Pakt zu lösen, allein und selbständig in der deutschen Frage vorzugehen. Wie konnte man sich freilich des unbequemen Bundesgenossen am besten entledigen?

In dem Briefe an Gagern hatte Canitz am 11. März erklärt, das Programm der deutschen Politik Preufsens gipfele in der Kombination des Fürstenkongresses mit dem Bundesparlamente; um eben dieselbe Zeit hatte die Idee des Fürstenkongresses endgültig die Billigung des Wiener Kabinets erhalten. War ein Gleiches auch in Ansehung des Planes des Bundesparlaments zu erwarten? Das freilich war nicht die einzige, und auch nicht einmal die wichtigste Frage, die jetzt nach dem Systemwechsel im Innern an die preufsische Politik herantrat. War der Fürstenkongrefs jetzt für Preufsen überhaupt noch wünschenwert? War es nicht für Preufsen, da es sich nun einmal entschlossen hatte, an den Geist der Nation zu appellieren, nicht ratsamer, seine Sache ganz den populären Sympathieen anzuvertrauen, die man durch das beim Publikum

augenscheinlich wenig Anklang findende Kongrefsprojekt höchstens verscherzen konnte? Das hatte freilich insofern seine Bedenken, als es ja für Preufsen darauf ankam, die Volksbewegung zwar zu benutzen, aber zugleich zu meistern. Für Preufsen war es ja sicherlich die richtige Politik, die populären Tendenzen und die alten Machthaber gegen einander auszuspielen und also beide Elemente sich selber dienstbar zu machen. Durch das Mittel des Fürstenkongresses war die Aussicht zur Errichtung des Einheitsstaates auf vollkommen legalem Wege gegeben, nämlich durch Vereinbarung seitens der Bundesfürsten; daneben wurde den populären Ansprüchen, derer man bedurfte, um die Fürsten zur Einwilligung in die Beschränkung ihrer Souveränität zu bestimmen, durch die Einsetzung des Bundesparlaments Rechnung getragen: Preufsen war auf diese Weise in der Lage, den neuen Gesamtstaat so zu gestalten, dafs es sich in ihm die oberste Autorität sowohl gegenüber den Bundesfürsten als auch gegenüber dem Bundesparlamente wahrte, also einerseits seine Vorherrschaft in Deutschland statuierte und auf der anderen Seite die Unterwerfung unter das Prinzip der Nationalsouveränität vermied. Ob man dieses Ziel freilich bei einer Teilnahme des österreichischen Rivalen am Kongresse erreichte, war sehr zweifelhaft: wenn man, diesem Gesichtspunkte folgend, auf den Kongrefs verzichtete, so verlor man hinwiederum das passende Gegengewicht gegen den Druck der Massen, und indem man sich von der Strömung widerstandslos treiben liefs, drohte die Gefahr, von ihr verschlungen zu werden. Es gab indes einen Ausweg aus diesem Dilemma: nämlich festzuhalten am Plane des Fürstenkongresses, zugleich aber bewufst und systematisch auf die Ausschliefsung Österreichs vom Kongresse und dadurch vom ganzen Werke der Einigung, sowie aus dem neuen Reiche hinzuarbeiten. In den wenigen Tagen vom 11. bis zum 16. März sind alle die Erwägungen, die wir hier in Kürze andeuteten, an die Leitung der preufsischen Politik herangetreten und von Einflufs auf sie gewesen. Nach anfänglichem Schwanken beschlofs man auf die Kunde von der Wiener Revolution, es mit dem Fürstenkongresse ohne Österreich zu versuchen.

Die einzelnen Akte und Manifestationen der preußsischen Politik vom 11. bis zum 16. März[1] gewähren ausreichende und reichliche Belege für die Richtigkeit unserer soeben entwickelten Auffassung. Zunächst handelte es sich darum, die Wiener Regierung von dem in Berlin stattgehabten Umschwunge in der Haltung gegenüber dem Konstitutionalismus in Kenntnis zu setzen und ihn, so gut es gehen wollte, zu motivieren. Das war allerdings weder eine leichte, noch auch eine angenehme Aufgabe. Man wählte fürs Erste gleichsam ein indirektes Verfahren: um die erste Andeutung vom eigenen Systemwechsel nach Wien gelangen zu lassen, empfahl man der österreichischen Regierung, einen solchen in ihrem Reiche vorzunehmen. Unter ausdrücklicher Erwähnung der Genehmigung seitens des Königs erteilte Canitz schon am 11. März Radowitz den Auftrag, in Wien zu „sondieren", ob man nicht hier auch zum Übergange zum Konstitutionalismus geneigt sei. Natürlich, wenn man in Wien denselben Schritt thut, wie in Berlin, so war man hier gegen Vorwürfe von seiten Österreichs in diesem Punkte geschützt. Von besonderer Entschiedenheit zeugte diese Art des Vorgehens freilich noch nicht. Noch befand man sich in einem Übergangsstadium, in dem man nicht lange verharren konnte, sondern das bald von einer entschiedenen Haltung abgelöst werden mufste. Die Eröffnungen, die man in diesen Tagen nach Wien gelangen liefs, sind der Ausdruck schwankender Unentschlossenheit; zum Teile sind sie bestimmt, die wahren Intentionen, von denen man sich in Berlin leiten liefs, vorsichtig zu verhüllen. War es mehr als eine Phrase momentaner Verlegenheit, wenn Canitz in dem oben erwähnten Briefe vom 11. März sich sogar bis zu der Behauptung verstieg: „Nirgends kann man vor der Idee einer Konstitution weniger erschrecken, als in Wien, wo die lombardische eiserne Krone mit der des hl. Stephan, der böhmischen und der österreichischen ein gemeinsames Zentrum findet"? Der Haupteinwand, der

1) Vergl. die hierfür in Betracht kommenden Auszüge aus den Depeschen des preufsischen Kabinets an Radowitz vom 11. März an bei Koser a. O. S. 67 ff.

gegen die Einführung des konstitutionellen Prinzipes in Österreich geltend gemacht werden konnte, wurde also vielmehr mit staunenswerter Unbefangenheit als ein Moment hingestellt, das für die Einführung der Konstitution in Österreich ganz besonders spreche! Während man sich in Berlin von den Ratschlägen Dönhoffs, der formell allerdings ohne Instruktion handelte, thatsächlich leiten liefs, wurde die Haltung des von ihm dirigierten Bundestages von Canitz Radowitz gegenüber aufs schärfste getadelt, natürlich damit dieser in gutem Glauben der Entrüstung seiner Regierung über das Treiben in Frankfurt vor dem Wiener Kabinette Ausdruck gebe. Systematisch wurde Radowitz jetzt von Canitz dupiert. Die wahren Absichten der Berliner Politik wurden vor ihm verschleiert, damit er demgemäfs auch die Hofburg darüber falsch instruiere. Über den Vereinigten Landtag, auf dem die Neuordnung Deutschlands beraten werden sollte, schrieb Canitz am 12. März an Radowitz: „Wir brauchen ihn wegen der eventuellen Kriegskosten, und für Deutschland als Gegengewicht gegen republikanischen Unfug und gegen das deutsche Parlament“. Hiefs das nicht, den Zweck seiner Einberufung in das gerade Gegenteil zu verkehren? Und das schrieb Canitz einen Tag, nachdem er Gagern die Bereitwilligkeit Preufsens zur Gewährung eines Bundesparlaments erklärt hatte! Auch dem am 11. März vom Könige selbst beschlossenen Aufrufe an das deutsche Volk bemühte man sich eine möglichst unverfängliche Deutung unterzuschieben: er sei, so wurde gesagt, lediglich zu energischer Bekämpfung der Revolution bestimmt, und während man eine deutsche Politik trieb, die mehr und mehr ihre Spitze gegen Österreich richtete, glaubte man noch über seine wahren Ziele die Wiener Regierung mit der mehr schwungvoll-rhetorischen, als wahren Erklärung täuschen zu können: „Wenn wir die Fahne Deutschlands in die Hand nehmen und das Schwert ziehen, so ist es ebenso für Österreich, als für uns selbst.“

Das Motiv dieser Bestrebungen, das Wiener Kabinet über den wahren Charakter der deutschen Politik Preufsens zu täuschen, ist unschwer zu erkennen. Man wollte den Anschein erwecken,

als sei man weit davon entfernt, gegen Österreich etwas im Schilde zu führen, und als ob die Maſsnahmen Preuſsens nicht sowohl auf eigener, freier Entschlieſsung beruhten, als vielmehr durch die revolutionäre Bewegung erzwungene Konzessionen seien. Sogar als man sich mit seinen deutschen Plänen in die Öffentlichkeit hervorwagte, suchte man diese Maske noch aufrecht zu erhalten. In dem Patente betreffend die Einberufung des Vereinigten Landtages war, wie wir sahen, die Rede von der Notwendigkeit einer „wirklichen Regeneration des deutschen Bundes“, einer „wahrhaften Vereinigung des deutschen Volkes“ im Bunde und seiner Kräftigung „durch freie Institutionen“. Dem eben gekennzeichneten doppelten Spiele, wie es Canitz damals gegenüber der Hofburg trieb, entsprach es durchaus, wenn er sich am 15. März gegen Radowitz dahin auslieſs: Das Patent habe die Absicht einer „wirklichen Regeneration des Bundes“ [d. h. mit Einschluſs freier Institutionen, nämlich eines Bundesparlaments] ausdrücken müssen; denn die radikale Partei verdächtige den Fürstenkongreſs von vornherein als einen reaktionären Versuch, „und es seien von den süddeutschen Regierungen bereits Anträge auf Bildung eines deutschen Parlaments bei der Bundesversammlung eingebracht worden, deren einfache Zurückweisung nach den im Drange der Ereignisse gefaſsten und publizierten Beschlüssen der Bundesversammlung nicht mehr thunlich sei“. Canitz läſst hier bereits durchblicken, daſs der Fürstenkongreſs in dem momentanen Stadium der Entwickelung in Berlin nicht mehr als eine ausreichende Maſsregel erachtet werden könne.[1] Überhaupt dachte man über die Zweckmäſsigkeit, Möglichkeit und Aussichten des Kongresses in diesem

1) Koser (a. O. S. 70) erblickt in diesen Ausführungen lediglich eine „Warnung“ für den Wiener Hof vor „absolutistischen Veilletäten.“ Darin möchte ich doch ihre eigentliche Tendenz nicht suchen. Auch möchte ich sie nicht als eine „vertrauliche Äuſserung“ des Ministers in dem Sinne auffassen, als ob man aus ihr auf die wahren Beweggründe der preuſsischen Politik schlieſsen dürfte. Sie ist für die Hofburg bestimmt und will daher nicht sowohl die wirklichen Motive der Berliner Regierung „vertraulich“ mitteilen, als vielmehr das Wiener Kabinet auf eine falsche Fährte lenken.

Augenblicke in Berlin sehr geringschätzig. Den Anstofs dazu hatte, soviel wir ersehen können, wiederum Dönhoff gegeben. Schon in einem Berichte vom 10. März hatte er gegen den Kongrefs protestiert, da er nicht das öffentliche Vertrauen für sich habe, „und überdies würden die Souveräne der konstitutionellen Länder ohnehin schon gar nicht mehr teil daran nehmen können.“[1] Die zuletzt ausgesprochene Vermutung Dönhoffs war grundlos; immerhin hat man in Berlin eine Zeitlang mit der „nur zu wahrscheinlichen Eventualität“ gerechnet, dafs der Dresdener Kongrefs nicht zu stande kommen werde, und man war für diesen Fall in demselben Augenblicke, da man den Vereinigten Landtag auf den 27. April einberief, bereits fest entschlossen, den Zusammentritt der Stände noch mehr zu beschleunigen[2]: Preufsen glaubte offenbar im Notfalle für seine deutsche Politik des Fürstenkongresses entbehren und sich allein auf die populäre Bewegung stützen zu können.

Da trat eine Wendung der Dinge ein, wie sie für Preufsen günstiger nicht gedacht werden konnte. Der Kongrefs erschien plötzlich gesichert; zugleich aber bot sich auch die Aussicht, Österreich davon fern zu halten, so dafs er ganz im preufsischen Interesse gelenkt werden konnte. Dafs es nicht die Unpopularität des Kongrefsprojektes, sondern in erster Linie die Scheu vor der Auseinandersetzung mit Österreich gewesen war, die bisher der Berliner Regierung Bedenken vor dem Kongresse eingeflöfst hatte, erhellt daraus, dafs man jetzt die Gelegenheit, Österreich vom Kongresse auszuschliefsen, mit unverhohlener Freude ergriff und als eine Erleichterung der eigenen Stellung empfand. Jetzt hörte alles Schwanken und alle Rücksichtnahme auf Österreich auf. Jetzt konnte der kühne Vorstofs zur Lösung der deutschen Frage im preufsischen Sinne gewagt werden. Diese Gelegenheit ward durch den Ausbruch der Revolution in Wien und durch den Sturz Metternichs gegeben.

1) Vgl. Koser a. O. S. 62 Anm. 2. Auch in den folgenden Tagen protestierte Dönhoff gegen den Kongrefs.

2) Vgl. den oben S. 91 zitierten Brief Bodelschwinghs an Vincke vom 14. März.

Viertes Kapitel.

Die deutsche Politik Friedrich Wilhelms IV. unter dem Einflusse der Wiener Revolution bis zum Ausbruche des Aufstandes in Berlin.

Am 16. März wurde die Wiener Katastrophe in Berlin bekannt. Wenn man den übereinstimmenden Berichten über den Eindruck, den die Nachricht davon in Berlin machte, Glauben schenken wollte, so müfste man sie hier sofort und ohne Bedenken als ein für die deutschen Pläne Preufsens günstiges Ereignis empfunden haben. Gewifs hat man sich sehr schnell zu dieser Ansicht von der Sachlage bekannt. Zuerst jedoch machte sich noch eine andere Auffassung geltend, nämlich als ob gerade daraus dem deutschen Ehrgeize Preufsens eine unangenehme Konkurrenz erwachsen könnte. Am 16. März schrieb Canitz „vertraulich“ an Dönhoff: „Wir haben es nun mit einem konstitutionellen Österreich zu thun. Statt [wie] bis jetzt in Wien Hemmnisse überwinden zu müssen, könnten wir nächstens in den Fall kommen, von dort die unerwartetsten Neuerungen zu erfahren.“[1] Der Sinn dieser Auslassungen ist

1) Vgl. Koser a. O. S. 73. Dafs nun gerade diese Bemerkung des Ministers von Canitz davon Zeugnis ablegt, dafs man in Berlin in den Wiener Ereignissen „eine Vereinfachung der Lage, eine Erleichterung der eigenen Aufgabe“ sah, kann ich aus den oben im Texte entwickelten Gründen nicht finden. In dem gleich nachher zu erwähnenden Artikel der „Allgemeinen Preufsischen Zeitung“ vom 17. März kam auch keineswegs dieselbe Auffassung zur Geltung, wie in der vertraulichen Mitteilung von Canitz an Dönhoff vom 16. März, wenigstens nicht in dem Sinne, wie Koser (a. O. S. 73 Anm. 2) glaubt.

unverkennbar: Canitz fürchtet, dafs Österreich durch seinen Übergang ins Lager des Konstitutionalismus Preufsen in der Volksgunst einen Vorsprung abgewinnen, und dafs dadurch die Bundesreform in Bahnen gelenkt werden könne, die dem preufsischen Interesse zuwiderliefen, dafs etwa z. B. die süddeutschen Staaten jetzt ihre Bereitwilligkeit, die Hegemonie Preufsens anzuerkennen, aufgeben und an Österreich mit dem Ersuchen herantreten würden, die Führung der Einheitsbewegung zu übernehmen. Von jeher hatte man sich in Berlin darüber getäuscht, dafs Österreich in seinem wohlverstandenen Interesse der Einheitsbewegung überhaupt keine Zugeständnisse zu machen im stande sei, und hatte eben daher die ablehnende Haltung Metternichs der Bundesreform gegenüber zu Unrecht als einen Ausflufs „bösen Willens“ oder „traditionellen Nihilismus“ betrachtet. Man beurteilte in Preufsen die Lage, in der sich Österreich befand, ganz ebenso, wie die eigene: man meinte, ein konstitutionelles Österreich sei ebenso, wie ein konstitutionelles Preufsen, im stande, an die Spitze der Einheitsbewegung zu treten und also einen neuen deutschen Gesamtstaat zu gründen, in dem es die Vorherrschaft, wie im alten Staatenbunde, behaupten würde.[1] Viel berechtigter wäre die Besorgnis gewesen, dafs Österreich, durch die Revolution einmal zum Konstitutionalismus gezwungen, nun auch den Ansprüchen der deutschen Bewegung Rechnung zu tragen sich den Anschein geben möchte, nicht um in der That Positives zu schaffen, sondern lediglich um die sofortige Stabilierung der preufsischen Vorherrschaft in Deutschland zu verhindern und die endgültige Konstituierung des Einheitsstaates so lange zu verschleppen, bis es in der Lage sei, sein entschiedenes Veto dagegen aus-

1) Nicht nur in den preufsischen Regierungskreisen hatte man den Eindruck, dafs Österreich jetzt in der Lage sei, den Vorsprung vor Preufsen zu gewinnen, sondern auch im Lager des Liberalismus; vergl. Varnhagen Tagebücher IV, 288: „Die Nachrichten aus Wien sind aufserordentlich! Metternich geflüchtet, Reichsstände berufen. Preufsen ist weit überflügelt in der neuen Bewegung, ihm ist in Deutschland nur wieder der zweite Rang angewiesen. Soviel gilt der Augenblick!“

zusprechen und also zu seinem „traditionellen Nihilismus" zurückzukehren: so haben sich ja auch in der That die Dinge später gestaltet.

Nicht an die Möglichkeit einer solchen Entwickelung hat man in Preufsen damals gedacht; man war vielmehr hier allein vom Streben beseelt, Österreich den Vorrang hinsichtlich der populären Sympathieen abzulaufen. Diese Absicht leuchtet augenscheinlich durch den offiziösen Artikel durch, in dem die amtliche „Allgemeine Preufsische Zeitung" der Wiener Begebenheiten gedachte: „Der Fürst von Metternich hat seine Entlassung gegeben. Demnach ist Österreich auch in die Bahn der Reformbewegung eingetreten, der es sich lange verschlossen hatte. Hoffen wir, dafs dadurch sein Verhältnis zu Deutschland und vorzugsweise zu Preufsen, welches diesen Weg längst [nämlich seit ganzen acht Tagen!] betreten hat und auf ihm konsequent fortzuschreiten gedenkt, ein innigeres werde, dafs nunmehr beide Grofsmächte im Vereine mit ihren deutschen Bundesgenossen, mit um so glücklicherem Erfolge für die Umgestaltung Deutschlands zu einem kräftigen, von dem nationalen Bewufstsein getragenen Staate zu wirken befähigt sein mögen." Wenn man sich zum Schlusse dieser Erklärung den Anschein gab, als stehe Preufsen noch immer auf dem Boden der Konvention vom 10. März, so wird man wissen, was man davon zu halten hat: man wollte, so lange es ging, das Spiel fortsetzen, das man in den letzten Tagen der Wiener Hofburg gegenüber durch Radowitz zur Anwendung gebracht hatte, um die Abkehr von der Basis der österreichisch-preufsischen Übereinkunft und das nunmehr gesteckte Ziel zu verhüllen. Der Schwerpunkt des Artikels lag in der auffälligen Betonung der Priorität des Eingehens Preufsens auf die populären Wünsche, sowie überhaupt der gröfseren Reformfreundlichkeit Preufsens. Viel früher und freiwillig, so stand zwischen den Zeilen zu lesen, hat sich Preufsen dem Konstitutionalismus erschlossen: hat es daher nicht einen gerechteren und vollgültigeren Anspruch auf die nationalen Sympathieen im übrigen Deutschland, als Österreich? Schon rüstete sich Preufsen zum entscheidenden Vorstofse für

die Festsetzung seiner Vorherrschaft in Deutschland; bis zum letzten Augenblicke aber bemühte man sich, die Vorbereitungen zu verbergen, indem man mit Ostentation die Konvention vom 10. März als deckenden Schild vor sich aufpflanzte.

Fürchtete man auch, dafs Österreich, zum Verfassungsstaate umgewandelt, ein gefährlicher Rival im Wettbewerbe um die Volksgunst werden und also dem deutschen Ehrgeize Preufsens hindernd in den Weg treten könne, so war es doch augenblicklich von inneren Stürmen durchtobt, von der Revolution niedergeworfen und daher zu schnellem, thatkräftigem Handeln unfähig, während Preufsen stark und fest dastand. Darum galt es, so lange der Nebenbuhler ohnmächtig am Boden lag, über ihn hinweg, ohne sich noch weiter um ihn zu kümmern, zum Werke zu schreiten, und zwar unverzüglich, ehe er sich wieder erholen konnte. Man durfte hoffen, dadurch einen Vorsprung zu gewinnen, den der Gegner nie wieder einzuholen vermochte. In Ansehung dieser Möglichkeit konnte die preufsische Regierung in den Wiener Ereignissen eine Vereinfachung der Lage, eine Erleichterung der eigenen Aufgabe erblicken, insofern als bei schnellem Zugreifen jetzt die Bedrängnis und Machtlosigkeit des Kaiserstaates zur Durchführung der Bundesreform im Sinne der preufsischen Machterweiterung benutzt werden konnte. Auf diese Weise war man im stande, nicht nur den Gewinn, der, wie man wähnte, Österreich aus seiner Umwandelung in ein konstitutionelles Staatswesen in Deutschland erwachsen konnte, zu vereiteln, sondern auch selbst mit einem einzigen Anlaufe das so lange bereits ersehnte Ziel zu nehmen. Durch zwei Mittel suchte man es zu erreichen: nämlich durch die Verlegung des Fürstenkongresses nach Potsdam und durch einen Appell an die Nation, der in dem Patente vom 18. März betreffend die beschleunigte Einberufung des Vereinigten Landtages enthalten war. In dem Zusammenhange, in dem sie mit einander standen, kehrten beide Mafsregeln direkt und nunmehr unverhüllt ihre Spitze gegen Österreich.

Ehe wir auf diese beiden Mafsnahmen des näheren eingehen, indem wir die dabei in Betracht kommenden Vorgänge

und ihre Bedeutung erörtern, haben wir eine Aufgabe gleichsam erst vorbereitender Natur zu lösen. Wir besitzen nämlich über den Eindruck, den die Wiener Revolution in Berlin gemacht hat, und über die Beschlüsse, die sie hier angeregt hat, Angaben, die von dem leitenden Minister Preufsens, von Bodelschwingh selbst, herrühren; diese müssen wir zuerst prüfen und würdigen. In einem bald nach den Märztagen (am 30. März) verfafsten Schreiben an den Geheimrat Fallenstein in Heidelberg beschränkt sich Bodelschwingh auf die kurze Bemerkung: „Am 16. März trafen die Nachrichten von dem Umsturze Wiens in Berlin ein. Die Lage der Dinge war total verändert; es mufste ganz anders operiert werden.“ Welcher Art diese „Operationen“ waren, die bei der „total veränderten Lage“ notwendig wurden, führt Bodelschwingh in seiner Beschreibung der Märztage aus, die aus dem November 1848 stammt[1]: „Am 16. wurde die Katastrophe Wiens in Berlin bekannt; das veränderte wesentlich den Standpunkt der Sache; das Zustandekommen des Fürstenkongresses erschien problematisch — wenigstens durfte man dabei nicht mehr auf Österreich zählen. Zugleich griff die Revolution in Deutschland mit Riesenschritten um sich. Da erkannte man die Notwendigkeit, mit den vorbereiteten, nun schärfer ausgeprägten und mit dem Zugeständnis eines deutschen Parlaments vervollständigten Plänen für Deutschlands Neugestaltung vorzugehen und Preufsen, von dem sie ausgegangen waren, auch an die Spitze der Bewegung zu stellen. Damit war zugleich der eine Grund der verspäteten Berufung des Allgemeinen Landtages gefallen, während auf der andern Seite die mit Sturmeseile dahinfahrenden Ereignisse des Tages zur Eile mahnten; in jedem Tage drängten sich Wochen und Monate zusammen: Es wurde daher beschlossen, den Landtag zu einem nahen Termine zu berufen und das Einberufungspatent zugleich zur Veröffentlichung der Pläne Preufsens für seine und Deutschlands Neugestaltung zu benutzen.“

1) Vgl. Diest a. O. S. 30 und ebd. S. 16.

Nicht ohne kritische Bedenken lesen wir diese Darlegungen. Zweifelsohne ist es richtig, wenn Bodelschwingh das Patent vom 18. März, auf das wir noch zurückkommen werden, als eine Wirkung des Eindrucks der Wiener Vorgänge erscheinen läfst. Das wird uns auch von anderer Seite bestätigt, nämlich durch eine Stelle in den Aufzeichnungen Gerlachs[1]: „An diesen Tagen (15. und 16. März) waren die Nachrichten aus Wien eingetroffen, sie allein bestimmten den König zur Unterzeichnung der unseligen Edikte über Deutschlands Konstitution und Prefsfreiheit.“ Diese ebenso bestimmte, wie auch jeden Zweifel ausschliefsende Mitteilung Gerlachs ist um so wertvoller, als sie uns das Material zur kritischen Prüfung der Bodelschwinghschen Darstellung in einem gewissen Punkte liefert. Bodelschwingh will uns glauben machen, die mit Riesenschritten um sich greifende Revolution in Deutschland habe für Preufsen die Notwendigkeit gezeigt, mit seinen deutschen Plänen vorzugehen und sich an die Spitze der Bewegung zu stellen; eben daher sei die Einberufung des Landtages beschleunigt und das Patent vom 18. März erlassen worden. Im Widerspruche dagegen behauptet Gerlach, die Nachrichten aus Wien „allein“ hätten den König zur Unterzeichnung des Patents bewogen. Auf welcher Seite nun liegt die Wahrheit? Wir erinnern uns, dafs schon in den vorhergehenden Tagen das preufsische Kabinet sich dem Wiener gegenüber so stellte, als sei man wohl gesonnen, bei der Konvention vom 10. März zu verharren, als ob jedoch der Druck der Revolution und das Streben, ihr vorzubeugen, die preufsische Politik weiter treibe, als ihr selbst lieb sei. Nachdem der im März 1848 gewagte Versuch Preufsens, auf eigene Faust deutsche Politik zu treiben, gründlich mifsglückt war, mufste man in Preufsen erst recht bemüht sein, die Fiktion aufrecht zu erhalten, als habe man damals (im März 1848) keineswegs bewufst und absichtlich antiösterreichische Politik getrieben, sondern als seien die Akte der damaligen Politik Preufsens in der Hauptsache durch die revolutionäre Bewegung

---

1) Gerlach I, 154.

erzwungen worden, um dieser nämlich durch solche Konzessionen das Terrain zu entziehen. Man mag ja in der That auch diesem Gedanken Raum gegeben haben; es fragt sich nur, welches Motiv das entscheidende war. Wenn wir nun unser Augenmerk auf die Besorgnisse richten, die Canitz vor einem konstitutionellen Österreich in der deutschen Sache hegte, so kann uns die wahre Bedeutung der Angabe Gerlachs, dafs die Nachrichten aus Wien „allein“ den König zur Unterzeichnung des Patents bewogen hätten, nicht entgehen: Die Wiener Vorgänge spornten den König zu schnellem Handeln an, um Vorteil aus Österreichs momentaner Schwäche für das preufsische Interesse hinsichtlich Deutschlands zu ziehen. Mit anderen Worten: Das Patent vom 18. März ist, wie alle vorhergehenden Schritte der preufsischen Politik im März 1848, nicht im wesentlichen als ein Akt der Konzession, erzwungen durch den revolutionären Schrecken, vielmehr als ein Akt der Aggressive, und zwar im Ringen mit Österreich um die Vorherrschaft in Deutschland, aufzufassen. Selbst Bodelschwingh mufs dies in seiner eigenen Darstellung schliefslich eingestehen; sagt er doch selbst, es habe sich nach dem 16. März darum gehandelt, Preufsen, von dem die Pläne zu Deutschlands Neugestaltung ausgegangen seien, „auch an die Spitze der Bewegung zu stellen“, d. h. die Konvention vom 10. März zu brechen, derzufolge Österreich und Preufsen gemeinsam die Bundesreform leiten sollten.

Ist in der Erzählung Bodelschwinghs über die Veranlassung zur Entstehung des Patents vom 18. März eine Färbung zu bestimmten Zwecken nicht zu verkennen, so widersprechen seine Ausführungen über den Einflufs der Wiener Katastrophe auf das Schicksal des Kongrefsprojektes durchaus dem faktischen Hergange der Dinge. Bodelschwingh berichtet zunächst, nach der Wiener Revolution sei das Zustandekommen des Fürstenkongresses problematisch erschienen. Die Wahrheit ist es nun, dafs man in den Tagen nach dem 11. März in Berlin am Zustandekommen des Kongresses zweifelte und es wohl selber nicht besonders wünschte; wir wissen, dafs Bodelschwingh am

14. an Vincke geschrieben hatte, es sei „nur zu wahrscheinlich“, dafs der Kongrefs nicht stattfinden würde. Inzwischen waren aber die Verhandlungen über den Kongrefs so weit gediehen, dafs man ihn in Berlin gerade am 16. März als gesichert betrachten konnte.[1] In Wirklichkeit lagen also die Dinge direkt umgekehrt, wie Bodelschwingh sie schildert: Keineswegs erschien der bis dahin als gesichert geltende Kongrefs infolge der Nachrichten aus Wien am 16. März als gefährdet, sondern trotz der Wiener Katastrophe stellten sich gerade an diesem Tage die bisher obwaltenden Bedenken über die Möglichkeit des Kongresses als gehoben dar. Nun schränkt Bodelschwingh selbst seine allgemein gehaltene Behauptung über die schlechten Aussichten für das Zustandekommen des Kongresses nach der Wiener Revolution durch einen Zusatz ein, durch den er indirekt ihre Unrichtigkeit selbst zugiebt; er fügt nämlich hinzu: „wenigstens durfte man dabei nicht mehr auf Österreich zählen“. Mit anderen Worten: nicht am Zustandekommen des Kongresses war zu zweifeln, sondern an der Beteiligung Österreichs. In dem Zusammenhange der Bodelschwinghschen Darstellung kann der erwähnte Zusatz keinen anderen Sinn haben, als dafs sich das Wiener Kabinet durch den Aufstand in der österreichischen Hauptstadt an der Teilnahme am Kongresse verhindert, und dafs sich eben deshalb und wegen der Fortschritte der Revolution Preufsen „genötigt“ sah, in der deutschen Sache nunmehr allein vorzugehen. Was aber gab der preufsischen Regierung gegründeten Anlafs zur Annahme, dafs die Hofburg infolge des Wiener Aufstandes zum Verzichte auf die Beschickung des Kongresses gezwungen sei? Wenn auch Metternich, der nebst einem der Erzherzöge als Deputierter für die Fürstenversammlung in Aussicht genommen war, inzwischen Wien verlassen hatte, so konnte doch an seiner Stelle ein anderer Bevollmächtigter ernannt werden. Die Entfernung Metternichs aus Wien machte doch das Zurücktreten Österreichs vom Kongresse nicht notwendig, ebensowenig wie der

1) Vgl. Koser, a. O. S. 76 Anm. 3.

daselbst verübte Aufruhr. Nicht mit dem jetzt beseitigten Fürsten Metternich war die Konvention vom 10. März geschlossen worden, sondern mit dem österreichischen Staate. Und dieser ist weit davon entfernt gewesen, sich vom Kongresse zurückziehen und dadurch Deutschland Preufsen überlassen zu wollen. Noch am 19. März sind zwischen Radowitz und der Wiener Hofburg Verhandlungen auf der Basis des gemeinsamen Vorgehens Österreichs und Preufsens in Sachen der Bundesreform, also auf Grund des Abkommens vom 10. März, gepflogen und die Radowitzschen Vorschläge, wie dieser selbst berichtet, „von seiten des Kaiserlich österreichischen Ministeriums des Auswärtigen bereitwillig angenommen worden“.[1] Von seiten Österreichs ist der Berliner Regierung nicht die geringste Veranlassung gegeben worden, woraus diese die begründete Überzeugung gewinnen konnte, dafs man auf Österreich für den Kongrefs nicht mehr „zählen“ dürfte. Nicht Österreich hat Preufsen das Terrain für seine deutsche Politik freigegeben, sondern Preufsen hat den ihn günstig erscheinenden Moment ergriffen, um Österreichs Vorherrschaft in Deutschland durch die eigene zu ersetzen. Man „zählte“ in Berlin nicht mehr auf die Teilnahme Österreichs am Kongresse, weil man es gar nicht dabei haben wollte. Man wollte und betrieb am 16. März wohl in Berlin den Kongrefs, — aber indem man Österreich beiseite schob. Nur suchte man diesen Entschlufs immer noch im Lichte einer durch die revolutionäre Bewegung abgenötigten, keineswegs ausgesprochen antiösterreichischen Mafsregel erscheinen zu lassen und dadurch der ganzen Politik einen harmloseren Charakter zu geben, als ihr in Wahrheit zu eigen war. Von derselben Tendenz ist auch die soeben in ihren Einzelheiten geprüfte Darstellung Bodelschwinghs, des leitenden Ministers in jenen Tagen, getragen. Die wahren Intentionen der preufsischen Politik unter dem Einflusse des Umsturzes in Wien schimmern in einem Passus der Aufzeichnungen von Perthes zur Geschichte der Märzrevolution

1) Radowitz III, 312. Wir kommen auf diese Verhandlungen später noch zurück.

durch; er lautet: „Am 16. März wurde die Wiener Revolution der [Berliner] Regierung bekannt. Nun war sie entschlossen, die lange vorbereiteten deutschen Pläne sofort ohne weitere Rücksicht auf das bisherige österreichische System durchzuführen [d. h. allein unter Bruch der Konvention vom 10. März und unter Ausschliefsung Österreichs vom Fürstenkongresse vorzugehen]. Ein grofsartig entschlossener Schritt in Beziehung auf die deutsche Frage schien Rettung für Preufsen [nämlich vor der Überflügelung in Deutschland durch Österreich] bringen zu können. Nachts vom 17. zum 18. März wurde das Patent ausgearbeitet; Bodelschwingh, obschon einverstanden damit [er hatte es sogar selbst ausgearbeitet!], begehrte seinen Abschied, erhielt die Zusicherung desselben!“[1]

In ausführlicher Darlegung haben wir den Nachweis erbracht, dafs der Bericht Bodelschwinghs[2] über die deutsche Politik Preufsens unter dem Einflusse der Wiener Katastrophe und über ihre zwei vornehmsten Mafsregeln, den Fürstenkongrefs, sowie das Patent vom 18. März, von einer bestimmten Tendenz getragen ist, die darauf hinausläuft, den eigentlichen Charakter der preufsischen Politik in jenen Tagen zu verschleiern. Wir unternehmen es nunmehr, an der Hand der unmittelbaren Zeugnisse, der politischen Korrespondenz und der Erlasse, die damals ausgingen, den Hergang der Dinge festzustellen. Am 16. März gleichzeitig mit der Kunde der Ereignisse in Wien trafen Nachrichten in Berlin ein, die das Kabinet zur Ansicht berechtigten, dafs der Eröffnung des Kongresses nichts mehr im Wege stünde. Alle bedeutenderen Bundesstaaten hatten zugesagt, oder es war wenigstens von ihnen kein Einspruch mehr

---

1) Leider ist nicht angegeben, welches die Provenienz dieser Nachricht ist; es gewährt jedoch den Anschein, als ob sie von unterrichteter Seite stamme.

2) Noch eine weitere Unrichtigkeit bei Bodelschwingh sei hier konstatiert. Er erzählt, da der Fürstenkongrefs unmöglich wurde, sei der Grund der verspäteten Berufung des Vereinigten Landtages gefallen. Der Kausalzusammenhang, wie er hier angegeben wird, ist falsch; überdies war das Kongrefsprojekt damals durchaus nicht aufgegeben worden.

zu erwarten.[1] Nur Baiern hielt sich noch fern, doch scheint es, als ob man selbst Baiern gegenüber nicht aller Hoffnungen ermangelte.[2] An eben diesem Tage erliefs die preufsische Regierung an ihre Gesandten bei den deutschen Höfen ein Zirkular, das ihre Zustimmung zur Errichtung eines Bundesparlaments abermals betonte und erklärte, dafs diese Frage auf dem Fürstenkongresse vornehmlich zur Sprache kommen sollte.[3] Man kann, wie aus dieser Note hervorgeht, in diesem Augenblicke am Zustandekommen des Kongresses in Berlin keinen Zweifel gehegt haben. „Der Runderlafs war bereits vollzogen", so schildert Koser, dessen archivalischen Mitteilungen wir die Kenntnis von den Vorgängen im Schofse der preufsischen Regierung verdanken, den Fortgang der Begebenheiten in Berlin, „als die Nachrichten aus Wien in Berlin eintrafen, welche den ganzen Umfang der dortigen Umwälzung ersehen liefsen: den Sturz

1) Vgl. Koser a. O. 76.

2) Man glaubte, wie es scheint, in Berlin, dafs Baiern nicht selbst mit der Revolution fertig werden und daher Preufsens Hilfe anzurufen genötigt sein würde, wofür man dann Konzessionen in Sachen des Kongresses doch ohne Zweifel verlangt haben würde. Vgl. Varnhagen IV, 295; dort wird (offenbar auf Grund mündlicher Mitteilungen des Generals von Pfuel, der mit Varnhagen in Beziehungen stand) erzählt: am 14. oder 15. März habe der König bei Gelegenheit einer Beratung mit einigen Ministern gesagt, er warte nur noch auf nähere Nachrichten aus Baiern, um auch dorthin sogleich Hilfe zu bringen, und den Generalen Rohr und Pfuel befohlen, einen Operationsplan für die nach Baiern bestimmten Truppen zu entwerfen. Vgl. auch die Mitteilungen Gagerns im Schlufskapitel.

3) Angeführt bei Koser a. O. 72, vollständig gedruckt bei Roth und Merck, Quellensammlung zum deutschen öffentlichen Recht I, 142 ff. Es heifst darin, dafs alle Fragen, die die Nation erregten, auf dem Kongresse erörtert werden sollten, „namentlich die wichtige wegen Vertretung der deutschen Nation am Bundestage durch ein sog. deutsches Parlament". In dieser Note wird ganz richtig angedeutet, dafs eine „Nationalvertretung beim Bunde" und ein „nationales Parlament" keineswegs Gegensätze in dem Sinne seien, wie Dönhoff in seinem Berichte vom 13. März (vgl. Koser a. O. S. 61 f.) ausführte. Auch eine „National-Vertretung am Bunde" (man stellte sich darunter einen Delegirten-Ausschufs der Einzellandtage vor) war selbstverständlich, wenn ihre Zusammensetzung auch nicht auf direkte Volkswahlen zurückging, immer ein „deutsches Parlament".

Metternichs, die Bildung eines neuen konstitutionellen Ministeriums.“ Welchen Beschlufs fafste man jetzt in Berlin? Nicht nur, dafs man, im Gegensatze zur Versicherung Bodelschwinghs das Zustandekommen des Kongresses keineswegs als „problematisch“ erachtend, die erwähnte Zirkularnote abschickte, die auf den Zusammentritt des Kongresses mit Bestimmtheit baute, — es wurde ihr sogar noch, und zwar am 16. März selbst, eine Nachschrift zugefügt, in der gesagt ward, es liege in den Wiener Begebenheiten ein neuer Sporn für den König, „sich des gemeinsamen Wohles Deutschlands mit allen materiellen und moralischen Kräften anzunehmen“, und die den Vorschlag enthielt, den Fürstenkongrefs nicht in Dresden, sondern in Berlin oder Potsdam abzuhalten. Der König, so wurde zur Begründung dieses Antrages auseinandergesetzt, wolle die Versammlung persönlich leiten, könne aber mit Rücksicht auf die inneren Angelegenheiten sein Land nicht verlassen. Die Bedeutung des Vorschlags ist leicht zu durchschauen. Wir erinnern uns, dafs Radowitz gegen den Gedanken, den Kongrefs in Wien abzuhalten, Protest einlegte; nun betrieb Preufsen seinerseits die Verlegung des Kongresses nach Potsdam, damit der König ihm selbst präsidieren könne. Das hiefs soviel, wie den Kongrefs in den preufsischen Machtbereich rücken, dadurch Österreich die Teilnahme an ihm unmöglich zu machen, an das Werk der deutschen Einigung unter Ausschlufs Österreichs zu gehen. Man wollte den deutschen Gesamtstaat begründen, wie er dem preufsischen Interesse entsprach, Preufsen dauernd den ersten Platz in Deutschland sichern.

Durch seine Verlegung nach Potsdam erhielt der geplante Fürstenkongrefs ein durchaus verändertes Aussehen. Er verlor den Charakter einer gemeinsamen österreichisch-preufsischen Aktion und erhielt dafür den einer antiösterreichischen Mafsregel Preufsens. Erwägt man nun, dafs sich die mittel- und süddeutschen Machthaber doch nur halben Herzens der preufsischen Führung unterordneten, dafs sich Baiern sogar noch widerstrebend zurückhielt, so wird man es begreiflich finden, dafs man in Preufsen auch jetzt noch des Bündnisses mit der populären Bewegung keineswegs entraten zu können, vielmehr

gerade in dem Augenblicke, da man zum entscheidenden Schlage gegen Österreich ausholte, seiner erst recht zu bedürfen glaubte. Von jeher, schon in der Radowitzschen Denkschrift, war als das vornehmste Mittel zur Erweckung der allgemeinen Sympathieen für die deutschen Pläne Preufsens die Einberufung des Vereinigten Landtages vorhergesehen worden. Am 14. März, als es um die Aussichten und die Zweckmäfsigkeit des Fürstenkongresses noch schlecht bestellt erschien, hatte Bodelschwingh Vincke gegenüber bereits erklärt, der Gang der Ereignisse könne dahin führen, dafs die Stände zu einem näheren Termine versammelt würden, um mit ihrer Hilfe die öffentliche Meinung in Deutschland für Preufsen zu gewinnen. Indem nun dem Kongresse eine ausgesprochen antiösterreichische Tendenz beigelegt werden sollte, wollte man nichts versäumen, um sich der Popularität in Deutschland gegenüber Österreich zu versichern, zumal da ja davon angesichts der Wendung Österreichs zum Konstitutionalismus so viel abzuhängen schien. Wie mächtig mufste es die Nation in allen ihren Tiefen erregen, welche Begeisterung mufste sie durchdringen, wenn sie nunmehr die Verheifsung vernahm, der mächtigste rein deutsche Staat, Preufsen, stelle sich an die Spitze der Bestrebungen, den Gegenstand jahrzehntelanger Sehnsucht und inbrünstigen Flehens aus dem Reiche der Träume in das der Wirklichkeit zu versetzen! Und wie mufste das Vertrauen, die stolze Zuversicht auf Preufsen schwellen, wenn man in Deutschland sah, wie der König, vor seinen Landtag hintretend, seinen Eifer und seine Hingebung für die Freiheit und Einheit der deutschen Nation bekräftigend, seine Stände und sein Volk zur Mitarbeit an diesem erhabenen Werke aufforderte und heranzog: das war ein unantastbares Unterpfand für die Echtheit und Lauterkeit seiner Gesinnung und seiner Absichten. Konnten sich die Fürsten, wenn sich die Nation dann einstimmig und begeistert für Preufsen erklärte, seinem Rufe nach Potsdam entziehen? War dann der Widerspruch und Widerstand Österreichs noch zu fürchten?

Der Minister von Bodelschwingh war es, auf dessen Rat beschlossen wurde, sofort den Vereinigten Landtag zu ver-

sammeln und „das Einberufungspatent zugleich zur Veröffentlichung der Pläne Preufsens für seine und Deutschlands Neugestaltung zu benutzen.“ Die höchste Eile schien, wie wir bereits betonten, schon deshalb nötig, um nicht Österreich Zeit zu lassen, Preufsen in der Erwerbung der Volksgunst zuvorzukommen, und weil es überhaupt galt, den Moment zu erfassen. Wir wissen, dafs sich am 16. März der König entschlossen hatte, in die Demission Bodelschwinghs zu willigen, und dafs die darauf stattfindenden Bemühungen, den Grafen Alvensleben zu seinem Nachfolger zu gewinnen, gescheitert waren. Bodelschwingh erachtete nunmehr den Grafen Arnim — Boitzenburg als die einzige Persönlichkeit, die geeignet sei, ihn zu ersetzen. Am Abende des 17. März begab er sich zu Arnim und fand diesen geneigt, an seine Stelle zu treten. Sofort erstattete er dem Könige davon schriftliche Meldung, indem er zugleich dringend Arnims Ernennung empfahl. Der Ausgang dieser Verhandlungen war freilich noch unsicher, und Bodelschwingh meinte, nicht so lange, bis die Ministerkrisis beendigt sei, mit der Ausschreibung des Landtages und dem Appell an die Nation warten zu dürfen.[1] Nach-

1) Gerlach I, 131 bemerkt: „Wenn die alten Minister nur die Unterzeichnung der Edikte den neuen überlassen hätten, würden diese schon ein besseres Spiel gehabt und wahrscheinlich weniger Konzessionen gemacht haben.“ Eben weil alles, wie wir oben ausführten, zur Eile mahnte, glaubte Bodelschwingh mit der Verkündigung der Entschliefsungen der Regierung nicht länger warten zu dürfen; auch bewogen ihn dazu die Alarmgerüchte des Polizeipräsidenten von Minutoli, auf die wir noch zu sprechen kommen werden. Selbst da war es freilich hinwiederum die Rücksicht auf die deutsche Frage, die für ihn das bestimmende Motiv war: Er fürchtete nämlich, dafs eine revolutionäre Demonstration den König veranlassen könnte, offenbar um den Schein erzwungener Nachgiebigkeit zu vermeiden, die beabsichtigte Proklamation seiner deutschen Pläne zu unterlassen, d. h. dafs eine Volkserhebung in Berlin den König aus den Geleisen seiner deutschen Politik hinausschleudern werde. Nicht Besorgnis vor der Revolution also war es, die Bodelschwingh zur Eile antrieb, sondern Besorgnis davor, dafs die Revolution die deutsche Politik Preufsens kreuzen und vereiteln könne. Viel zu einseitig überhaupt betrachtet Gerlach die Edikte unter dem Gesichtspunkte der innerpreufsischen Verhältnisse als „Konzessionen“.

dem bereits am 17. März der Ministerrat die Aufhebung der Zensur und ein neues Prefsgesetz auf freisinniger Grundlage beschlossen hatte, arbeitete Bodelschwingh in der Nacht vom 17. zum 18. März ein Patent aus, durch das der Landtag auf den 2. April einberufen und die Absicht des Königs verkündigt wurde, sich mit dem Landtage über eine neue Verfassung für Preufsen, sowie für Deutschland zu beraten. Am folgenden Morgen versicherte sich Bodelschwingh der Zustimmung des Ministers des Auswärtigen, des Freiherrn v. Canitz, und seines voraussichtlichen Nachfolgers, des Grafen Arnim, zu seinem Entwurfe. Alsdann legte er das Patent dem Könige vor. Dieser genehmigte es nach einigem Widerstreben wegen des darin enthaltenen Wortes „konstitutionell“ und vollzog mit dem Prinzen von Preufsen das Konzept. Darauf wurde es sogleich in die Druckerei befördert, um unverzüglich öffentlich bekannt gemacht zu werden.[1]

In Leos Signatura (vgl. über deren Abhängigkeit von Gerlach Oncken a. O. S. 127) wird das Urteil Gerlachs noch verschärft: Die alten Minister hatten, so setzt Leo auseinander, ihren Nachfolgern durch den Erlafs dieser „Konzessionen nicht nur das wichtigste und einzigste Mittel geraubt, in wahrhaft parteigewinnender Weise ihr Amt anzutreten“, sondern sie auch genötigt, auf neue und weitere Konzessionen bedacht zu sein: die alten Minister hätten auch weiterhin das bisherige System vertreten müssen, oder, wenn das nicht mehr möglich gewesen wäre, zurücktreten „und ihre Nachfolger die Erbschaft der Geschäfte ohne diese laesio enormis vorweg genommener Konzessionen antreten lassen müssen.“ Dagegen richtet sich mit treffenden Gründen die Ende Dezember 1848 geschriebene „Contrasignatur“ von Canitz, der insbesondere mit Recht dagegen Verwahrung einlegt, dafs man das Patent vom 18. März „schlechthin als eine abgedrungene Konzession“ ansehe, indem er es vielmehr als ein Glied der deutschen Politik Preufsens betrachtet wissen will.

1) Die obige Darstellung nach dem Briefe Bodelschwinghs vom 30. März 1848 bei Diest S. 20. In den Gerlach'schen Aufzeichnungen (I, 133) wird die Beschlufsfassung über das Patent irrtümlich auf den 17. März verlegt. Gerlach erzählt bei dieser Gelegenheit (und zwar, wie er angiebt, auf Grund einer Mitteilung von Canitz), Thiele habe dabei entschieden gegen den Konstitutionalismus, Canitz gegen den Bundesstaat gesprochen, doch habe sich Bodelschwingh keine Veränderung gefallen lassen. In Leos Signatura ist sowohl das irrige Datum, als auch die Nachricht vom

Wir müssen bei dem Patente vom 18. März einen Augenblick verweilen. Wer immer es liest, wird keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, dafs es in den Zusammenhang der deutschen Politik Friedrich Wilhelms IV. einzureihen ist. Es ging aus von der Bezugnahme auf das Edikt vom 14. März, durch das die Stände auf den 27. April berufen worden waren, und ausdrücklich war als das einzige Motiv für den Zusammentritt der Stände angegeben: „um vereint mit ihnen diejenigen Mafsregeln zu beschliefsen, welche die Unsern deutschen Bundesgenossen vorzuschlagende Regeneration Deutschlands auch für Preufsen notwendig bedingt". Es ist der Grundgedanke der preufsischen Politik in jenen Tagen, der hier wieder, wie schon so oft, zum Ausdruck gelangte: seiner deutschen Aufgabe halber mufs Preufsen in die Reihe der konstitutionellen Staaten eintreten. In ihrem Fortgange deutete die Proklamation kurz an, dafs sich zu derselben Zeit, da die erste Ausschreibung des Landtages erfolgt sei, in Wien „grofse Ereignisse" vollzogen hätten, „welche die Ausführung Unserer

Widerspruche Thieles und des Freiherrn v. Canitz übergegangen. Bodelschwingh (in dem Artikel vom Ende des Jahres 1848 bei Diest S. 30) stellt den Irrtum Leos hinsichtlich des Datums fest und bemerkt, von einem Widerspruche Thieles sei nichts bekannt geworden. Ganz unhaltbar ist die Angabe Gerlachs (ebd. 134), der König habe, „durch Radowitz beeinflufst, unterzeichnet", — schon deshalb, da sich ja Radowitz gar nicht in Berlin befand. Richtig ist allerdings, dafs der König zunächst bei seinem Eingehen auf die deutsche Frage unter dem Einflusse von Radowitz stand; möglich wäre es weiterhin, dafs in jenen Tagen Canitz vor dem Ausdrucke Bundesstaat, Thiele vor dem Konstitutionalismus gewarnt haben: Gerlach mag dann, als er später im Laufe des Jahres 1848 seine Aufzeichnungen, ehe er sie an Leo gab, einer Redaktion unterwarf, den Widerspruch von Canitz und Thiele, sowie die Beeinflussung des Königs durch Radowitz fälschlich in der Erinnerung auf die Beratung über das Patent vom 18. März bezogen haben, da diese der Hauptakt der deutschen Politik des Königs in den Märztagen war. Was den Widerspruch des Monarchen gegen das Wort „konstitutionell" betrifft, so berichtet auch Varnhagen (IV, 298) offenbar aus guter Quelle, der König sei beim Vorlesen der Proklamation am Morgen des 18. durch Bodelschwingh durch das Wort „Konstitution" verletzt worden und habe gerufen: „Verfassung, Verfassung!"

Vorschläge [nämlich in Ansehung der Bundesreform] wesentlich erleichtern, andererseits aber auch die Beschleunigung ihrer Ausführung unerläfslich machen". Es wird in diesen Worten unumwunden zugestanden, dafs das Patent und die dadurch der Öffentlichkeit verkündigte neue Wendung der deutschen Politik Preufsens das Ergebnis der Nachrichten aus Wien seien; inwiefern durch die Wiener Revolution die Aufgabe Preufsens einerseits wesentlich erleichtert, andererseits die preufsische Regierung zu gröfserer Eile angespornt worden sei, wird aus leicht begreiflichen Gründen in dem Manifeste nicht näher erörtert. Durch die Vorgänge in Wien, so fährt der König fort, finde er sich bewogen, mit seinen Plänen zur Neugestaltung Deutschlands, „nicht allein vor Preufsens, sondern vor Deutschlands — so es Gottes Wille ist — bald innigst vereintem Volke" offen hervorzutreten. Seine Vorschläge im einzelnen auseinandersetzend, verlangte der König die Erhebung Deutschlands zu einem einheitlich geschlossenen Zoll- und Wirtschaftsgebiete mit gleichem Mafse, Gewichte und Münzfufse, sowie mit einem gemeinsamen Handelsrechte, fernerhin allgemeines deutsches Heimatsrecht und volle Freizügigkeit „im gesamten, deutschen Vaterlande", ein deutsches Prefsgesetz mit Gewährung von Prefsfreiheit, die Einsetzung eines Bundesgerichtes, das mit den in der Radowitzschen Denkschrift empfohlenen Kompetenzen auszustatten sei, eine allgemeine deutsche Wehrverfassung nach dem Muster der preufsischen, eine deutsche Bundesflagge und die Gründung einer deutschen Flotte, die stark genug sei, „um in nicht zu langer Frist dem deutschen Namen auf nahen und fernen Meeren Achtung zu verschaffen". Die Summe aller dieser Forderungen war zusammengefafst in dem Schlagworte der Verwandlung Deutschlands „aus einem Staatenbunde in einen Bundesstaat", und es ward dabei hinzugefügt: „Wir erkennen an, dafs dies eine Reorganisation der Bundesverfassung voraussetzt, welche nur im Verein der Fürsten mit dem Volke ausgeführt werden kann, dafs demnach eine vorläufige Bundesrepräsentation aus den Ständen aller deutscher Länder gebildet und unverzüglich berufen werden mufs." Ge-

mäfs den Vorschlägen Dönhoffs wurde also die Errichtung eines Bundesparlaments als notwendig erklärt, das aus den Delegationen der Landtage der Einzelstaaten zu bilden sei. Wenn es nun weiterhin hiefs: „Wir erkennen an, dafs eine solche Bundesrepräsentatiou eine konstitutionelle Verfassung aller deutscher Länder notwendig erheische, damit die Mitglieder jener Repräsentation ebenbürtig neben einander sitzen", so ward darin der Entschlufs ausgesprochen, aus den deutschen Plänen Preufsens die Konsequenzen für die innere Neugestaltung des eigenen Staatswesens zu ziehen. Welche Rolle sich aber Friedrich Wilhelm IV. selbst in dem künftigen Bundesstaate, zugleich als ein Mindestmafs der preufsischen Hegemonie-Ansprüche, zugedacht hatte, das konnte niemandem verborgen bleiben; denn unmittelbar hinter der Forderung einer allgemeinen deutschen Wehrverfassung nach dem Vorbilde „derjenigen, unter welcher Preufsens Heere in den Freiheitskriegen nnverwelkliche Lorbeeren sich errangen", standen die Worte: „Wir verlangen, dafs das deutsche Bundesheer unter einem Bundesbanner vereinigt werde, und hoffen, einen Bundesfeldherrn an seiner Spitze zu sehen." Wir werden auf den Wunsch des Königs, die Würde eines deutschen Bundesfeldherrn zu erlangen, noch zurückkommen; er war die Formel, in die Preufsen seine Aspirationen auf die militärisch-politische Hegemonie in Deutschland kleidete: „Das sind unsere Vorschläge, unsere Wünsche, deren Verwirklichung wir mit allen unsern Kräften zu erstreben suchen werden. Mit stolzestem Vertrauen rechnen Wir dabei auf die bereiteste Mitwirkung Unserer deutschen Bundesgenossen und des gesamten deutschen Volkes ... Wir geben der freudigen Hoffnung Raum, dafs jene Mafsregeln Deutschland in sich stark, nach aufsen geachtet machen werden, damit in seinen vereinigten Kräften Europa die sicherste Gewähr eines dauernden, gesegneten Friedens finden möge". In einem kurzen Schlufssatze wurde der Zusammentritt der Stände auf den 2. April festgesetzt, und zwar „damit die Erfüllung Unserer Absichten am wenigsten in Unseren Staaten Zögerung und Hindernis finden könne, damit Wir desto eher

diejenigen Vorschläge zu entwickeln im stande sind, welche Wir für die Verfassung Unserer Staaten nötig erachten".[1]

Lediglich vom Standpunkte der inneren Verhältnisse Preufsens konnte das Patent vom 18. März als eine Konzession, und auch da nur in beschränktem Sinne, verstanden werden. Man ist natürlich der Meinung gewesen, dafs die Proklamation, weil sie die Gewährung lange gehegter populärer Wünsche enthielt, das Volk davon zurückhalten werde, den revolutionären Elementen Gefolgschaft zu leisten; wenn es aber nur darauf angekommen wäre, diese letzteren unschädlich zu machen, so wären Kartätschen wirksamer gewesen, als Konzessionen. Die Entstehungsgeschichte des Patentes vom 18. März, seine Fassung und sein ganzer Inhalt legen unanfechtbares Zeugnis dafür ab, dafs es in der Hauptsache als ein Programm König Friedrich Wilhelms IV. für seine deutsche Politik beabsichtigt, und dafs es in Anbetracht der Umstände, unter denen es erlassen war, als eine Art von Kriegserklärung gegen Österreich wirken mufste. Es ist im wesentlichen nicht ein Akt der Nachgiebigkeit nach Innen, sondern der Aggressive gegen Österreich, um dieses aus der Vormachtstellung in Deutschland zu verdrängen. Am Abende des 17. März war eine Deputation aus Köln a. Rh. eingetroffen. Im Hinblicke auf die Stimmung in der Rheinprovinz verlangte sie, „das alte Lied vom Abfalle des Rheins singend", schleunige Eröffnung des Vereinigten Landtages, Gewährung von Reformen, sowie dafs sich der König an die Spitze Deutschlands stelle. Was sie forderte, das war schon beschlossen, — und zwar eben deshalb, weil die Machtverhältnisse jetzt den Bund mit der populären Bewegung zur Einigung Deutschlands unter Ausschlufs Österreichs zu gestatten schienen. Am Morgen des

1) Gedruckt ist das Edikt u. a. bei Wolff 68 f., Diest 51 ff., Radowitz III, 273 ff. Nähere Aufschlüsse über die Rolle, die dem Vereinigten Landtage nach seiner Einberufung in der deutschen Frage zugedacht war, enthält eine Denkschrift Heinrichs von Arnim vom 17. März, die am 20. März gedruckt wurde, als Arnim Minister geworden war; vgl. darüber die betreffenden Ausführungen im Schlufskapitel dieser Schrift.

18. März, um 10 Uhr, wurden die Delegierten vom Könige empfangen. Der Herrscher beschied sie, wie es der Wahrheit entsprach: es freue ihn, dafs die ihm vorgetragenen Wünsche mit seinem eigenen Vorhaben übereinstimmten, er werde sich an die Spitze der Bewegung Deutschlands stellen und im Innern die notwendigen Freiheiten gewähren; er wies zugleich auf den nach Potsdam berufenen Fürstenkongrefs hin. Nachdem sich die Rheinische Abordnung entfernt hatte, erschien eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten von Berlin mit dem Oberbürgermeister Krausnik; ihr wurde dieselbe Antwort zu teil.[1] Um die Mittagszeit war das Patent gedruckt; es konnte jetzt zum Anschlage an den Mauern und zur Ausgabe in die Öffentlichkeit gelangen. „Preufsen hat seine Revolution schon gemacht", sagte Bodelschwingh stolz[2], — da eben brach die Revolution in Berlin erst aus.

1) Gerlach I, 173f., Wolff 72ff. Einen längeren, ziemlich tendenziös gefärbten Bericht über die Audienz der Kölner giebt Raveaux in Kolatscheks Deutscher Monatsschrift I. 1850.

2) Gerlach I, 144. Über die (durch Gerlach vermittelte) Nachricht in Leos Signatura, Bodelschwingh habe am 17. März dem russischen Gesandten gesagt, „er könne getrost nach Petersburg schreiben, in Berlin sei die Sache abgemacht", vgl. Koser a. O. S. 76 Anm. 4. Ob nun Bodelschwingh diese Worte gesprochen haben mag oder nicht, ihr Sinn würde jedenfalls mit der oben zitierten Äufserung Bodelschwinghs gegenüber Minutoli übereinstimmen, die noch den Zusatz enthielt: „wenn das nicht hilft, mufs man sie mit Kartätschen bedienen."

ZWEITER HAUPTTEIL.

FRIEDRICH WILHELM IV.

UND DIE

BERLINER MÄRZREVOLUTION.

Erstes Kapitel.

Berlin unter dem Eindrucke der Pariser Februarrevolution.

Es ist hier weder unsere Aufgabe, die Strafsentumulte, die den Ereignissen des 18. und 19. März voraufgingen, eingehend zu erzählen, noch auch den Kampf des 18. und 19. März ausführlich zu schildern.[1] Wir beschränken uns im wesentlichen darauf, dasjenige Moment festzustellen, das den Ausbruch des Aufruhrs in der Hauptsache veranlafst hat, und geben zu diesem Zwecke eine kurze Skizze der Vorgänge, die sich auf den Strafsen Berlins vom 6. bis zum 18. März abgespielt haben. Wir richten unser Augenmerk fernerhin darauf, durch kritische Prüfung des Quellenbestandes die Haltung des Königs am Nachmittage des 18., sowie am Vormittage des 19. genau zu ermitteln, und wollen untersuchen, ob und inwiefern des

1) Über den Kampf am 18. und 19. März, sowie über die vorhergehenden Strafsentumulte handeln insbesondere (v. Schulz) Die Berliner Märztage. Vom militärischen Standpunkte aus geschildert. Berlin 1850. v. Meyerinck, Die Thätigkeit der Truppen während der Berliner Märztage des Jahres 1848. Beiheft zum Militärischen Wochenblatte 1891. A. Wolff, Berliner Revolutionschronik, Bd. I. Berlin 1851, sowie Busch a. O. S. 6ff. Vergleiche ferner im einzelnen Julius von Hartmann, Lebenserinnerungen Bd. II. Berlin 1882. S. 14ff., v. Roon, Denkwürdigkeiten I⁴, S. 128ff., Prinz Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen, Aus meinem Leben I, S. 123ff., Heinrich Abeken, Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit. Berlin 1898. S. 141ff. Varnhagen Tagebücher IV. S. 288ff., Fontane, Der 18. März, in der „Kosmopolis“ IV, 252ff. Frenzel, „Die Berliner Märztage“, Deutsche Rundschau 94, S. 355ff., W. Menzel, Denkwürdigkeiten S. 401ff. u. a. m.

Königs Entschliefsungen durch politische Erwägungen, die des Zusammenhanges mit den Vorgängen in Berlin entbehren, oder durch die Eindrücke der Berliner Strafsenkämpfe beeinflufst worden sind.

Es dauerte geraume Zeit, ehe die Berliner Bevölkerung in ihren breiten Schichten durch die Kunde vom Sturze des Julikönigtums in Frankreich in Erregung geriet. Erst nach dem 6. März kam die Bewegung einigermafsen in Flufs. An diesem Tage fand die erste, noch sehr mäfsig besuchte Volksversammlung statt. Es kann, wie man daraus sieht, nicht davon die Rede sein, dafs die am 6. März verkündigte Periodizität des Vereinigten Landtages, oder selbst die am 8. März beschlossene Wendung zum Konstitutionalismus dem Könige durch die Haltung seiner Hauptstadt und durch den Volkswillen „abgenötigt“ worden sind. Einen lebhafteren Charakter und gröfsere Dimensionen nahm die Agitation seit dem 9. März an. Es ist eine Streitfrage, ob und inwieweit es den Verhetzungen und Aufreizungen fremder Emissäre gelungen ist, die Berliner Bevölkerung mit sich fortzureifsen.[1] Schon in seiner eigenhändigen Proklamation vom Morgen des 19. März spricht der König von einer „Rotte von Bösewichtern, meist aus Fremden bestehend, die sich seit einer Woche, obgleich aufgesucht, doch zu verbergen gewufst hätten“. Es ist begreiflich, dafs es dem Könige ein Herzenstrost war, die Rädelsführer nicht unter seinen Unterthanen suchen zu müssen und seine Bürger als Verführte ansehen zu dürfen. Die uns überkommenen Quellen scheiden sich auch in dieser Hinsicht in zwei Gruppen, nämlich je nachdem sie militärischer oder bürgerlich-liberaler Provenienz sind. Die der ersteren Gattung gehen darauf aus, die Berliner Märzrevolution im wesentlichen als das Werk der Verführungskünste gewerbsmäfsiger internationaler Verschwörer hinzustellen. Durch ihre Schilderungen, sowie

---

1) Zuletzt zwischen Busch (S. 8 u. S. 57) und Oncken (S. 142). Ich stimme Oncken darin bei, dafs Busch die Bedeutung des fremden Elements überschätzt.

durch die des Königs selbst schimmert die Vorstellung durch, als sei Paris gleichsam der Herd der gesamten Bewegung in Europa, als sei hier das Zentrum gewesen, wo alle geheimen Fäden zusammenliefen, und von wo aus die revolutionäre Partei in ganz Europa ihre Direktiven empfing. Ohne Zweifel sind diese Ansichten übertrieben; insbesondere wird in ihnen das ausländische Element unter den Tumultuanten und Barrikadenkämpfern der Berliner Märztage bei weitem übertrieben.[1] Auf der anderen Seite wird ganz entschieden bestritten, daſs sich Ausländer unter den Aufständischen befunden hätten[2],

1) Zwar versichert Natzmer: „Überall wimmelt die Stadt schon seit mehreren Tagen von verdächtigen Fremden;“ solch allgemeine Eindrücke sind jedoch in einer Stadt von 400000 Einwohnern von problematischer Beweiskraft. Die „Tausende von Emissären“, von denen Hartmann (I, 41) spricht, sind eine offenbare Übertreibung. Dasselbe ist der Fall hinsichtlich der Mitteilungen des Königs in dem Briefe vom 13. Mai 1848 an Bunsen (Ranke S. W. 49/50 S. 462), es seien „nachgewiesen über 10000 Mann und nicht nachgewiesen wohl das Doppelte des allergräſslichsten Gesindels“ in der Stadt verborgen gewesen, „darunter der Abschaum von Franzosen (galériens), Polen und Süddeutschen, namentlich Mannheimern, aber auch sehr truppierte Leute, angeblich Milaneser Grafen, Kaufherren u. s. w.“ Dio Zahl der sicher nachweisbaren Mannheimer schrumpft auf einen einzigen zusammen; wenigstens vermag der König nur einen einzigen namhaft zu machen, indem er erzählt: in der Königstraſse habe ein reicher Mannheimer Kaufherr seinen Tod gefunden; nachdem ihm zuerst von den Soldaten das Leben geschenkt worden sei, habo er sie rücklings mit einer Axt angefallen und sei darauf niedergemacht worden. Die Erzählung des Königs ist nicht gonau. Offenbar handelt es sich hior um die bei Meyerinck S. 119 wiedergegebene Episode aus den Kämpfen auf der Königstraſse bei dem Absuchen des Bodens eines Hauses. Dabei sei, so wird berichtet, ein anständig gekleideter Herr hervorgesprungen mit der Bitte um Schonung, indem er bemerkte, er sei Kaufmann aus Baden; zu gleicher Zeit aber habe er mit dem Säbel um sich gehauen, worauf er erschossen wurde. Selbst der Polizeipräsident v. Minutoli muſste eingestehen, daſs er keine vollgültigen Beweise besitze, um „fremde Emissäre“ als Anstifter der Revolution zu bezeichnen, und daſs nur die „Vermutung“ dafür spreche.

2) So schon bei Varnhagen IV, 352: „Unsinniger Traum wegen Sendlingen, die alles angezettelt haben! Franzosen mit vollen Geldsäcken! Recht gescheite Leute tragen sich mit derlei gleichen Albernheiten. Sie

und auch das geht gewifslich zu weit. Es fehlte sicherlich in der Stadt nicht an Fremden, die auch an den folgenden Kämpfen teilnahmen; nur kann deren Zahl und Einflufs schwerlich so grofs gewesen sein, dafs sie als die Anstifter und Rädelsführer ausschliefslich zu bezeichnen wären. Angeblich hörte man in jenen Tagen auf den Strafsen viel polnisch und französisch reden; wir müssen es dahingestellt sein lassen, welches Gewicht diesem Umstande beizumessen ist. Unter den Gefangenen, die am 18. März in der Breiten Strafse gemacht wurden gab es „viele Juden, einige Ausländer und einen Franzosen",[1] unter den Gefangenen in der Königstrafse gleichfalls Polen und Franzosen.[2] Überhaupt sollen an den Kämpfen in der Königstrafse und in der Breiten Strafse, wo es am heftigsten herging, gerade die ausländischen Elemente, Süddeutsche, Polen und Franzosen, beteiligt gewesen sein.[3] Wenn gesagt wird,[4] dafs es unter den Leichen der Barrikadenkämpfer „keine

---

wollen alles lieber aus den tollsten Dingen erklären, als aus der wahren Ursache!" Neuerdings sehr entschieden Frenzel a. O. S. 364: „Nicht Bummler oder Bassermannsche Gestalten führten das Wort, sondern kleine Ladenbesitzer, Handwerker und Budiker." S. 366: „Keine verdächtigen Polen und Franzosen, die Fünffrankenstücke an die Arbeiter verteilten." S. 373: „Die Fremden, die zur Revolution geschürt haben sollen, sind mir in den acht Tagen nicht begegnet, ebensowenig die Verschwörer, die einen Plan zum Aufstande in der Tasche hatten." Allerdings verfügten weder Varnhagen, noch auch der Primaner Frenzel über Beziehungen, vermittelst deren sie sich über die Vorgänge im Lager der Revolutionspartei genau zu orientieren im stande waren.

1) Schulz a. O. S. 76 und Meyerinck S. 130.

2) Ebd. S. 119.

3) Ebd. S. 121f. Ein, wie es scheint, sicherer Fall eines fremden Revolutionärs, ebd. S. 118f. Bei einer am 17. stattfindenden öffentlichen Versammlung, auf der beschlossen wurde, am 21. März loszuschlagen, sollen auch polnische und französische Emissäre zugegen gewesen sein; s. ebd. 109. Vgl. auch Busch S. 57.

4) Frenzel a. O. 372. Die Liste der Gefallenen ist gedruckt bei Wolff I, S. 327f. Eine offenbare Übertreibung ist es, wenn Hohenlohe (I, 34) erzählt: „Von Berliner Bürgern befand sich kein Mensch

Fremden, Polen oder Franzosen gab", so ist doch zu erwägen, dafs 33 Leichen nicht rekognosziert wurden, und dafs es naturgemäfs vornehmlich diejenigen waren, die, von auswärts herbeigeeilt, in Berlin keine Angehörigen hatten, denen das Schicksal zuteil werden mufste, unerkannt beerdigt zu werden. Unter ihnen können sich also immerhin Fremde befunden haben. In keinem Falle aber können, wie aus den mitgeteilten Angaben hervorgeht, die Ausländer zu den Streitern der Märztage ein allzu beträchtliches Kontingent gestellt haben. Es waren in Berlin genug radikal-demokratisch und kommunistisch gesinnte Elemente unter einheimischer Führung vorhanden, die zum Losschlagen bereit waren. Sie rekrutierten sich zumeist aus einem Teile der Studentenschaft und aus der Arbeiterschaft. Die kommunistischen Tendenzen regten sich sogleich im Anfange der Unruhen. In den Tagen vom 10. bis zum 13. März ward in den Kreisen der Arbeiter eine Adresse in Umlauf gesetzt, die den König um die Errichtung eines Arbeiterministeriums ersuchte. Noch fielen die Ziele der proletarischen und der demokratisch-republikanischen Partei zusammen, so dafs ein gemeinsames Vorgehen für sie eine Strecke lang möglich war. Dafs das nach Gleichberechtigung strebende Judentum sowohl

unter den Kämpfenden", nicht minder, wenn er an einer anderen Stelle (S. 32) berichtet, im grofsen Rathaussaale hätten die Soldaten 47 Rebellen angetroffen, die um Gnade flehten mit den Worten: „Pitié! Vous êtes donc pire que les Russes!" und dann fortfährt: „Kein einziger dieser »Berliner Helden« konnte deutsch sprechen." Sämtliche 47 Ausländer seien, so erzählt Hohenlohe, sofort niedergemacht worden, und im ganzen habe man 97 Leichen aus dem Cöllnischen Rathause hervorgezogen. Diese Mitteilung verträgt sich nicht mit den auf den militärischen Akten beruhenden Darstellungen von Schulz (S. 74f.) und Meyerinck (S. 128f.), die beide ausdrücklich bemerken, der eindringende Leutnant v. Kleist habe die Treppen und Säle des Rathauses zwar hell erleuchtet, aber sämtlich leer gefunden, da sich die Aufrührer nach oben geflüchtet hätten. Auch der bei Fontane (S. 260ff.) eingefügte Bericht eines der Mitkämpfer im cöllnischen Rathause schliefst die Richtigkeit der Angaben von Hohenlohe aus. Im ganzen wurden in der Breiten Strafse nur etwa 20 Rebellen getötet und 50 gefangen; also kann es nicht im Rathause allein 97 Leichen gegeben haben.

an der Agitation wie auch am Kampfe einen grofsen Anteil hatte,[1] kann nicht wunder nehmen.

Mochten auch die ersten Exzesse und Tumulte von den Anhängern der extremen Parteien ausgehen oder wenigstens geschürt werden, so ist es doch ganz sicher, dafs die Erhebung des 18. März nicht ausschliefslich ihr Werk ist, sondern dafs das Berliner Bürgertum an jenem Tage in grofsem Umfange, und zwar ganz spontan, den eigenen Antrieben folgend, zu den Waffen gegriffen und mit seinen Sympathieen auf der Seite der Barrikadenkämpfer gestanden hat. Die Berliner Schützengilde, zu der die wohlhabenderen Schichten des mittleren Bürgertums gehörten, stellte die Besatzung sowohl zur grofsen Barrikade auf dem Alexanderplatze, als auch beim cöllnischen Rathause[2]. Man vergesse auch nicht, dafs sowohl die Berliner Stadtbehörden als auch die gesamte Berliner Bürgerschaft die auf den Barrikaden Gefallenen als „ihre Toten“ betrachteten und das zu wiederholten Malen öffentlich und feierlich erklärt haben[3]. Das nun eben ist die Frage: Wie geschah es, dafs die Radikalen schliefslich auch die Gemäfsigten mit sich fortzureifsen und durch sie Verstärkung zu gewinnen vermochten? Was war es, was den sonst zu Ruhe und Frieden geneigten Bürger auf die Barrikaden

1) Über die Beteiligung des jüdischen Elementes vgl. Meyerinck 120, 129 und 136, W. Menzel S. 403, Abeken S. 142 u. a. m.

2) Vgl. Hartmann II, 37 und Frenzel a. O. 370f.

3) Vgl. die am 20. März erlassenen Bekanntmachungen des Magistrats und der Stadtverordneten, sowie des Komitees für die Bestattung „unserer Toten“, zu dem die angesehensten Beamten und Männer der Stadt gehörten (Wolff I, 267ff.). Am 21. März votierte die Stadtverordnetenversammlung den Barriadenkämpfern ihren „wärmsten und tiefempfundenen Dank“; sie betonte, dafs „Einwohner aus den verschiedensten Klassen und in grofser Masse mit der preiswürdigsten Hingebung und Ausdauer in der Stadt gestritten, ohne das eigene Leben zu scheuen;“ sie schlofs mit einem wahren Panegyrikus auf die Barrikadenstreiter: „Ihr Mut, ihr edler Sinn werden fortleben in unserm Andenken, wie in der Erinnerung der kommenden Geschlechter unserer Stadt und des gemeinsamen Vaterlandes.“ Man sieht, dafs der Barrikadenkampf bei der grofsen Masse der Bürgerschaft durchaus populär war.

trieb? Nichts anderes, als der im Verlauf der Märztumulte sich beständig steigernde Hafs und Ingrimm gegen das Militär.[1]

Auf das Gerücht hin, dafs Unruhen drohten, wurden am 9. März zuerst einige militärische Mafsregeln getroffen; erst am 13. März jedoch dachte man ernstlich daran, die Truppen einschreiten zu lassen. Am Abende dieses Tages „vollzog sich die Wandlung aus dem Frieden in den Krieg". Die von einer Massenversammlung im Tiergarten nach der Stadt zurückströmende und auf dem Pariser Platze, sowie Unter den Linden sich stauende Menge wurde vom Militär hart mitgenommen.

---

1) Oncken (a. O. S. 142ff.) legt sich dieselbe Frage vor und beantwortet sie, indem er auf den inneren Gegensatz hinweist, der zwischen dem Heere, insbesondere dem Offizierkorps, und dem Bürgertume herrschte: „Es war ein richtiger Instinkt", so führt er aus, „der nicht allein die revoltelüsternen Strafsenhelden, sondern auch dieses politisch halb mündige Bürgertum den eigentlichen Gegner der neuen Ordnung in der Armee, insbesondere im Offizierkorps, erblicken liefs. Die Armee war das stärkste Element der bisherigen Staatsordnung, ihr unwandelbares Fundament, während Königtum und Beamtentum sich zu wandeln begannen, in ihrer Gesamtheit von dem Geiste der neuen Zeit nicht berührt. Es konnte nicht anders sein, als dafs sie innerlichst der von oben entfesselten Umwälzung widerstrebte." Es liegt mir ferne, diesem Urteile zu widersprechen; allerdings geht Oncken wohl zu weit, wenn er das Offizierkorps den neuen Tendenzen, zumal dem deutschen Gedanken, durchaus unzugänglich erklärt; für die Garde freilich trifft sein Urteil wohl zu. Aber kann wohl dieser innere Gegensatz zwischen Militär und Bürgerschaft, der im grofsen und ganzen unleugbar existierte, das entscheidende Moment gewesen sein, durch das sich die Bürger auf die Barrikaden gedrängt sahen? Mochte auch die Armee innerlich der neuen Ordnung widerstreben, sie konnte schliefslich doch nicht das Einlenken des Königtums in die Bahnen der populären Bewegung verhindern, und das Bürgertum konnte nunmehr, der Gunst der Krone sich erfreuend, des passiven Widerstandes des Heeres spotten. Die aktuelle Erbitterung gegen das Verhalten des Militärs war es, die auch die nichtradikalen Schichten der Bevölkerung zum Kampfe und zur Sympathie mit den Kämpfern aufreizte; ihr wurde allerdings durch den latenten politischen Gegensatz und die traditionelle Abneigung des Bürgertums gegen das Heer Vorschub geleistet. Die Verstimmung gegen das Verfahren der Truppen in den Tagen vor dem 18. März war es vornehmlich, die den Ausbruch des Aufstandes veranlafste; was Oncken anführt, ist nur ein Moment neben anderen, und zwar nicht das entscheidende.

Die Soldaten, durch Scheltworte und Schimpfreden aus dem Haufen gereizt, verfuhren nicht besonders sänftiglich. Es war ohne Zweifel ein Fehler, die Massen aus dem Freien in die Stadt zu treiben; auch das Einhauen des Militärs war verfrüht[1]. Am folgenden Tage begann man es bereits mit dem Bau von Barrikaden zu versuchen; nach Einbruch der Dunkelheit fanden auf dem Schloſsplatze und in der benachbarten Breiten- und Brüderstrasse Tumulte statt; eine Abteilung Kavallerie ging mit übertriebener Schneidigkeit und Rücksichtslosigkeit vor[2]. Wie es bei solchen Anlässen kaum anders möglich ist, unter dem Einschreiten der Soldaten hatten harmlos Neugierige und zufällig von ihren Geschäften auf die Straſse geführte Passanten mehr zu leiden, als die Schuldigen. Gerade daraus erwuchs eine arge Verbitterung auch bei den besseren Elementen in der Bürgerschaft gegen das Militär. „Die Soldaten müssen fort“, war das Losungswort, das jetzt überall zu hören war. Die Forderung ward laut, daſs die Aufrechterhaltung der Ruhe in der Stadt den Bürgern selbst überlassen werde. Es wurden in den folgenden Tagen zwar nach den einzelnen Bezirken der Stadt sogenannte „Schutzkommissionen“ gebildet, bestehend aus unbewaffneten Bürgern, die mit Binden und Stäben als Abzeichen ausgestattet waren; in einer Konferenz beim Minister des Innern wurde am Morgen des 16. März angeordnet, daſs diese „Schutzleute“ bei Aufläufen zuerst einschreiten sollten, um Ruhe und Ordnung zu stiften; erst dann, wenn sie erklärten,

1) Eine sehr lebendige Darstellung des von ihm selbst mitgemachten Zuges von dem Tiergarten nach den Linden giebt Frenzel a. O. S. 363 f., ebenso Abekon a. O. S. 143. Sowohl Frenzel wie auch Abeken sind der Ansicht, daſs alles ganz ruhig geblieben wäre, wenn man der Versammlung im Tiergarten ihren Lauf gelassen hätte, und daſs das überschneidige und verfrühte Einhauen des Militärs die Bürgerschaft erbitterte.

2) Vergleiche das vom Notar Bergling aufgenommene Protokoll „Über die von den Gardekürassieren in der Brüderstraſse Dienstag den 14. an Personen und Sachen verübten Gewaltthätigkeiten“ vom Morgen des 15. März bei Wolff I, 74 f. Auch Pfuel, der damalige Gouverneur Berlins, bekundet am 15. März vor Varnhagen, „daſs gestern abend auch viele Unschuldige zusammengehauen worden seien“.

nichts ausrichten zu können, sollte das Militär in Aktion treten. Die Einrichtung erwies sich jedoch als wirkungslos. Bei der Bürgerschaft, insbesondere bei den zum Aufruhr geneigten Elementen, entbehrten die Schutzkommissionen der Autorität. Die Soldaten waren ihnen gegenüber von Mifstrauen erfüllt. Sie meinten, die Radikalen hätten sich in die Kommissionen eingeschlichen, und deren Thätigkeit laufe darauf hinaus, den Tumultuanten Vorschub zu leisten.

Alle Mafsregeln der Behörden, wie aufrichtiger und wohlwollender Gesinnung sie auch immer entsprangen, vermochten doch nicht die herrschende Spannung zu beseitigen. Ein gemeinsamer Erlafs des Berliner Gouverneurs v. Pfuel und des Polizeipräsidenten v. Minutoli erkannte am Nachmittage des 15. März an, dafs in der That bei dem Vorgehen des Militärs am letzten Abende „friedliche, an jenen Orten zufällig anwesende Bürger" verletzt worden seien, und versprach strengste Untersuchung. Auch der Minister v. Bodelschwingh und der Berliner Stadtkommandant, General v. Ditfurth, erklärten ihre Mifsbilligung betreffend das Verfahren der Gardekürassiere und stellten gleichfalls gebührende „Bestrafung" der schuldigen Soldaten in Aussicht. Auf der einen Seite machten diese Beschwichtigungsversuche keinen Eindruck auf das Publikum; auf der anderen Seite erregte eine derartige öffentliche Desavouirung bei dem Militär heftige Entrüstung. „Berlin hatte sich in zwei feindliche Lager geteilt, von Stunde zu Stunde rückte der Zusammenstofs näher, nicht durch äufsere Antriebe, sondern von innen heraus". Die auf bewaffnete Erhebung hinwirkende Partei hatte nunmehr ein leichtes Spiel. Wenn sie die Truppen reizte, und wenn es dann zum blutigen Zusammenstofse zwischen diesen und dem Publikum kam, so stand die Mehrheit der Bevölkerung mit ihren Sympathieen immer wieder bei den Gegnern des Militärs. Die Exzesse wurden häufiger; immer wieder wurden dabei Unschuldige verwundet; dadurch wurde das Bürgertum in steter Spannung gehalten und sein Hafs gegen die Soldaten stets von neuem geschürt. „Fort mit dem Militär!" wurde überall gerufen; noch war man freilich weit entfernt vom Ge-

danken eines regelrechten Kampfes mit dem Militär. Am Nachmittage und am Abende des 15. März fanden vor dem Schlosse Aufläufe und Tumulte statt. Damals wurde, da es galt, einige Barrikaden in den Strafsen der Umgebung zu räumen, zuerst von der Schiefswaffe Gebrauch gemacht.[1] Trotzdem erschien an diesem und den folgenden Tagen die Sache noch durchaus belanglos, keineswegs ernstlich und bedrohlich. „Das ganze Gefecht“, so erzählt Gerlach, „hatte einen frischen Charakter, alles klappte gut . . . ich sah noch nichts weniger als schwarz.“ Er fügt hinzu, einen so wenig gefährlichen Eindruck hätten ihm diese Aufstände gemacht, dafs er an jenem Tage dem Könige noch nicht geraten haben würde, Berlin zu verlassen. In der That haben die Strafsentumulte der Tage vor dem 18. März auf die Entschliefsungen des Königs, wie wir schon mehrmals betonten, keineswegs bestimmend eingewirkt.[2]

---

1) Eine ausführliche Schilderung der Kämpfe des 15. März giebt Gerlach I, 131 f. Am Nachmittage desselben Tages ereignete sich eine heftige Szene zwischen dem Prinzen von Preufsen und dem General v. Pfuel. Die Nachrichten, die Gerlach I, 131 und Varnhagen IV, 283 und 297 (offenbar nach eigener Erzählung Pfuels) geben, stimmen bis auf einige Unterschiede in der Färbung mit einander überein. Pfuel zog die vor dem Schlofsportale stehenden Truppen vor den Steinwürfen des Pöbels „etwas in das Schlofsportal zurück“. Der Prinz von Preufsen befahl nun eigenmächtig, das Gewehr anzuschlagen. Pfuel jedoch gab Gegenbefehl und beschränkte sich darauf, Kavallerie vorrücken zu lassen, die zusammen mit der Infanterie die Säuberung des Platzes bewirken sollte. Das Schiefsverbot Pfuels [nicht „die Verhinderung jeder Erwiderung“, wie Gerlach I, 131 und ihm folgend Busch S. 9 bemerken] erregte den Prinzen von Preufsen derart, dafs er Pfuel die heftigsten Vorwürfe machte: Pfuel demoralisiere die Truppen, nachdem er selbst mit vieler Mühe ihnen gute Stimmung zum Angriff eingeflöfst habe; das sei „indigne“. Pfuel beschworte sich beim Könige, worauf der Prinz ihm Abbitte leisten mufste. Der Prinz von Preufsen war auch in hohem Grade entrüstet über die öffentliche Mifsbilligung des Vorgehens der Gardekürassiere. Wenn auch in den Varnhagenschen Tagebüchern sehr viel Klatsch, sowie boshaftes Raisonnement enthalten ist, so hatte er doch einige gute Gewährsmänner, von denen er manches hörte, so unter anderem Pfuel und Canitz.

2) Gerlach I, 133. Auch eine Stimme aus dem gegnerischen Lager liefs sich am 14. März in demselben Sinne aus, nämlich Varnhagen (IV, 281):

Am 15. und im Laufe des 16. März gelangten allmählich die Nachrichten vom Ausbruche der Wiener Revolution in Berlin zur allgemeinen Kenntnis. Die aus dem bürgerlich-liberalen Lager stammenden Zeugnisse bekunden einstimmig, dafs dadurch die Berliner Bevölkerung in eine mächtige und nachhaltige Erregung versetzt wurde.[1] „Nach und nach wird die Bewegung", so bemerkte jetzt Varnhagen in seinem Tagebuche, „politisch bedeutender; der Eindruck der Nachrichten von aufsen wirkt auch mächtig ein, jetzt der Sieg des Volkes in Wien . . . Wien macht einen furchtbaren Eindruck. Der Hof jammert, das Volk jubelt. Nun Wien sich nicht gehalten hat, stehe ich auch für Rufsland nicht." Man hatte das dumpfe Gefühl, nun müsse auch in Berlin etwas geschehen, man dürfe sich doch nicht rückständig hinter der Schwesterstadt an der Donau zeigen. Die ganze politische Unreife des Berliner Bürgertums trat zu Tage. „Ich brauche nicht zu sagen", so schildert Frenzel treffend den damaligen Zustand, „dafs alles Schwärmerei und Phantastik war, ohne jede positive Kenntnis und Erfahrung der wirklichen Zustände, ja ohne Ahnung des politisch Möglichen und Erreichbaren . . . Wir sind alle wie Nachtwandler, von einer dunklen Macht vorwärts getrieben in die Märzwoche getaumelt." Etwas mufste geschehen, das war das allgemeine Verlangen; aber was? Hätte man ein unpopuläres Ministerium gehabt, so hätte man dessen Sturz fordern können; aber schon Varnhagen notierte am 16. März in seinem Tagebuche: „Merkwürdig ist es, dafs das Volk wenig erklärte Abneigungen kund giebt, kaum Eichhorn und Thiele werden genannt, es geht der Hafs eigentlich höher hinauf!" Die Menge kannte kaum die Namen der Minister; gegen sie ward auch der populäre Sturm nicht gerichtet. Nur einen Gegenstand des allgemeinen Hasses gab es in Berlin, und das war das Militär. Hatte man in Wien „fort mit Metternich!" gerufen, so galt in Berlin die

„Unsere Bewegungen sind bis jetzt nur Polizeiunfug und Pöbelunwille ... Bis jetzt wird auch das Militär mit dem Unfuge gut fertig."

1) Vgl. Varnhagen IV, 286 f., Frenzel a. O. 365, Fontane a. O. 252 f.

Losung: „fort mit den Soldaten!“ Die politische Unreife des Berliner Bürgertums und ein daraus entspringendes unberechtigtes Mifstrauen gegen die Intentionen des Königs, sowie der unbestimmte Drang nach irgend welchen Neuerungen, sie trafen zusammen mit einem durch die letzten Vorfälle aufs äufserste gesteigerten Abscheu vor dem Militär: daraus ist denn der 18. März für Berlin entstanden.

Die Vorbedingungen für eine populäre Erhebung in gröfserem Umfange, bei der die radikale Partei auch das eigentliche Bürgertum mit sich fortzureifsen leichtes Spiel haben konnte, waren also nunmehr gegeben. Es fehlte nur noch eine passende Gelegenheit zum Ausbruche. Sie stellte sich erst am 18. März ein, und zwar in einem Zusammenhange, der dem revolutionären Unternehmen erst recht den Charakter einer grotesken Farce verlieh, da in ihm in Wahrheit für alle nicht radikal gesinnten Elemente jeglicher Grund zur Teilnahme in Wegfall kam, nämlich im Zusammenhange mit der öffentlichen Bekanntmachung der neuen Wendung der preufsischen Politik in der Einheits- und in der Verfassungsfrage. Am Nachmittage des 16. fanden einige Exzesse statt; sie trugen jedoch einen lokal beschränkten Charakter. Es kam zu Aufläufen unter den Linden, bei denen sich der Ingrimm gegen das Militär stürmisch äufserte. Die Hauptwache wurde bedroht, ein Zug Infanterie, der vom Schlosse des Prinzen von Preufsen nach der Wache marschierte, wurde umringt und insultiert. Als die Menge trotz mehrfacher Aufforderung nach der einen Seite hin nicht weichen wollte, wurde gefeuert. Mehrere Schüsse trafen; unter den heftigsten Verwünschungen stoben die Massen aus einander. Die Entrüstung war um so gröfser, als wiederum unschuldige Passanten die Opfer waren.[1] Trotzdem verlief der Rest des Abends friedlich; „es war alles um das Schlofs ruhig“. Am folgenden Tage blieb die Ordnung ungestört. Der Prinz von Preufsen

1) Vgl. Schulz S. 23, Meyerinck 107, Wolff I, 89, Gerlach I, 132 f. (danach Leo S. 20). Eine anschauliche Schilderung bei Frenzel 365 f. Nach Abeken S. 144 fielen „drei wieder ganz Unschuldige“; nach anderen Quellen fielen nur zwei Personen.

meinte, „das Schiefsen in einer frequenten Gegend hätte imponiert“; in Wirklichkeit hatte es die höchste Erregung hervorgerufen. An verschiedenen Orten wurden an diesem Tage in der Stadt Volksversammlungen abgehalten, in denen man dem lebhaftesten Unwillen über „die Militärexzesse“ lauten Ausdruck gab. Mit steigendem Eifer und Nachdrucke wurde die Forderung der Zurückziehung des Militärs und der Aufrechterhaltung der Ruhe durch das Mittel einer Bürgerbewaffnung erhoben. In einer dieser Versammlungen wurde unter der Leitung eines gewissen Dr. Wöniger der Beschlufs gefafst, am nächsten Mittage dem Könige eine Massenpetition zu überreichen, durch die neben Organisation einer bewaffneten Bürgergarde unter anderem Prefsfreiheit und Einberufung des Vereinigten Landtages verlangt werden sollte; die gesamten Mitglieder der Schutzkommissionen sollten sich auf dem Schlofsplatze versammeln und dann eine Deputation aus ihrer Mitte abordnen, um dem Könige eine Adresse zu überreichen, die diese Wünsche zum Ausdruck brächte.

Durch den Polizeipräsidenten v. Minutoli wurde dem Ministerium und dem Hofe das Projekt dieser Demonstration, das schon an und für sich alarmierend genug war, in einer noch bei weitem übertriebenen Form gemeldet, als solle nämlich bei dieser Gelegenheit der Versuch gemacht werden, in das Schlofs einzudringen und sich der Person des Königs zu bemächtigen.[1] Bodelschwingh fürchtete, dafs eine Demonstration solcher Art den König vom Einlenken in die Bahnen der populären Bewegung abhalten könnte, indem dieser den Verdacht zu vermeiden trachten würde, als seien ihm die freiwillig beschlossenen Reformen abgetrotzt worden. Während der Minister sogleich in der Nacht vom 17. zum 18. März das Patent wegen beschleunigter Einberufung des Landtages ausarbeitete, sandte er an den Polizeipräsidenten und die Stadtbehörden eine Botschaft mit dem Ersuchen, alles aufzubieten, um am nächsten Tage die Ruhe aufrecht zu erhalten: „Es sei der Tag erschienen“, so liefs

1) Vgl. darüber den ersten Exkurs im Anhange.

er mitteilen, „wo durch grofsartigen Entschlufs des Königs Deutschland und Preufsen in eine neue Phase treten werde; jede bedeutende Demonstration könne diesen Schritt unmöglich machen oder den Zweck vereiteln“.[1] In der That gelang es den Bemühungen des Polizeipräsidenten und der Stadtbehörden, dafs die Bürger von ihrem Unternehmen Abstand nahmen. Am Morgen des 18. März fanden neue Volksversammlungen statt. Die wichtigste, in der über die Demonstration beraten wurde, tagte in dem Betsaale der lutherischen Gemeinde in der neuen Friedrichstrasse. In ihr stellten sich Mitglieder der Stadtbehörden ein, und sie bewogen die Versammelten, anstatt vor das Schlofs zu ziehen, sich in den Stadtverordnetensaal zu begeben, um hier den Bericht der inzwischen beim Könige weilenden Deputation der städtischen Körperschaften entgegen zu nehmen. Um die Mittagszeit hatte diese mittlerweile Audienz erhalten und war vom Könige aufs günstigste beschieden worden. Bodelschwingh hatte ihr sein Patent verlesen, „und alle — selbst die radikal-exaltiertesten — erklärten sich aufrichtig für befriedigt, dankten unter Thränen und versprachen die Stadt völlig zu beruhigen“.[2] Gegen 1 Uhr kehrten die Deputierten in den Sitzungssaal der Stadtverordneten zurück, und ihre Mitteilungen über die vom Könige gewährten Reformen entfesselten unter den anwesenden Bürgern einen „wirklichen lange anhaltenden Beifallssturm.“ Bürger und Stadtverordnete umarmten sich gegenseitig vor Freuden; man beschlofs sogleich, am Abende die Stadt festlich zu erleuchten. Der Magistrat liefs ein grofses Plakat drucken, das die Bürgerschaft vorläufig, so lange die Bodelschwinghsche Proklamation noch nicht erschienen war, von den Entschliefsungen des Königs benachrichtigen sollte. Es lautete: „Der Magistrat ist amtlich davon unterrichtet, dafs ein auf die freisinnigen Grundlagen sich stützendes Prefsfreiheitsgesetz bereits unwiderruflich vollzogen ist, und bürgt der Magistrat mit seiner ganzen Wirksamkeit für die Bewahrheitung

1) S. Diest 19f.; vgl. o. S. 112 Anm. 1.
2) Ebd. S. 20; vgl. Wolff S. 118ff.

dieser Regierungsmafsregel. Gleichzeitig ist Seine Majestät der König gegenwärtig mit der Vollziehung von Entschliefsungen beschäftigt, welche das Wohl des Vaterlandes auf dauernde Weise sichern werden. Der Landtag wird zum 2. April berufen."

Das ist das Hauptproblem, das uns die Geschichte der Berliner Märzrevolution bietet: was trieb das Berliner Bürgertum in dem Augenblicke, da der König Reformen von der gröfsten Tragweite auf dem Gebiete der deutschen und der innerpreufsischen Politik beschlossen und öffentlich angekündigt hatte, auf die Barrikaden? Wodurch geschah es, dafs sich der aufrichtige Jubel und die hell aufflammende Begeisterung, die durch die königlichen Verheifsungen erweckt wurden, plötzlich in Rachgier und Blutdurst verwandelten? Durch die Annahme der Aufhetzung der Bürgerschaft seitens fremder Emissäre und durch die Hypothese der Existenz eines festen Planes zur Erhebung gerade an diesem Zeitpunkte gelangt man nicht zu einer befriedigenden Lösung des Problems. Selbst wenn man den Agitationen der fremden und der einheimischen Radikalen eine noch so grofse Wirkung auf das Gros der Berliner Bürgerschaft beimifst, so bleibt doch die Thatsache bestehen, dafs dieses einen Augenblick beruhigt und sogar begeistert war, und dafs der Wiederausbruch des Ingrimms so plötzlich, allgemein und mächtig erfolgte, dafs man ihn nicht als eine Folge neuer Aufhetzungen ansehen kann, wie der König und die mafsgebenden Männer im Militär und in der Regierung thun zu dürfen glaubten. Ebensowenig lag der Erhebung in der Art und Weise, wie sie sich schliefslich vollzog, ein bestimmter Plan zu Grunde. Die Anknüpfung an das Demonstrationsprojekt der Schutzkommissionen ist, wie wir gezeigt haben, verfehlt.[1] Soviel ist

1) Wenn Abeken S. 150 am 28. März 1848 schreibt: „Es stellt sich immer mehr heraus, wie der Aufstand vorbereitet gewesen, wie Tag und Stunde bestimmt worden (18., 2—3 Uhr nachmittags)", so liegt auch dieser Angabe offenbar, wenn überhaupt etwas Positives, so die falsche Auffassung des Demonstrationsprojektes zu Grunde. Die eben angeführte Angabe Abekens steht übrigens im Widerspruche mit einer anderen Notiz, die sich

allerdings richtig, dafs das Gerücht von der geplanten Demonstration am Morgen des 18. viele Neugierige auf den Schlofsplatz gelockt hat, und dafs durch die also herbeigeführte Menschenansammlung die Katastrophe vorbereitet wurde, die sich nunmehr ereignen sollte; der Ausbruch der Revolution steht jedoch trotzdem in keinem beabsichtigten Zusammenhange mit der von Wöniger betriebenen Massenpetition, schon deshalb, weil deren Anstifter inzwischen darauf Verzicht geleistet hatten. Es soll nicht geleugnet werden, dafs die radikal gesinnte Partei vielleicht Beschlüsse hinsichtlich einer bewaffneten Erhebung gefafst hat; aber der Barrikadenkampf vom Nachmittage des 18. März war nicht einfach die Ausführung eines solchen Beschlusses.[1] Wenn man darauf hinweist[2], dafs am 18. März in München, Mailand, Venedig und Stockholm republikanische Schilderhebungen erfolgt seien, und daraus den Schlufs ableiten will, dafs von der angeblichen internationalen Verschwörerzentrale in Paris oder sonst irgendwo für diesen Tag die Parole zu einem allgemeinen Aufstande in ganz Europa ausgegeben worden sei, so ist das eine vage Hypothese, die aller Wahrscheinlichkeit entbehrt. Es mag der Fall sein, dafs man in den leitenden Kreisen der Revolutionäre mit der Möglichkeit eines bevorstehenden Aufruhrs gerechnet und daher hie und da schon geeignete Vorkehrungen getroffen hat, dafs Häuser planmäfsig zur Verteidigung eingerichtet waren, indem man auf den Böden Steine geschichtet, Verbindungen von Haus zu Haus in den Dachräumen behufs ungehinderter Kommunikation der Kämpfer hergestellt hatte u. s. w. Solche Anstalten können

bei ihm findet. Er erzählt nämlich (ebd.), der belgische Gesandte von Nothomb habe offiziell angezeigt, es sei ihm von Belgien aus unter der Hand mitgeteilt worden, er möge seine Familie für den **19.** in Sicherheit bringen.

1) Nach Schulz (S. 27) hatte die revolutionäre Partei den 24. März ins Auge gefafst, nach der in der vorigen Anmerkung erwähnten Mitteilung v. Nothombs den 19. März.

2) So unter anderen Abeken (S. 151). Canitz versicherte am 29. März 1848 Varnhagen dasselbe (Varnhagen IV, 356), ohne jedoch bei ihm Glauben zu finden.

aber recht gut auch erst im letzten Momente erfolgt und brauchen durchaus nicht immer von langer Hand gesehehen zu sein.[1] Wenn für die Planmäfsigkeit des Aufstandes geltend gemacht wird, die Anlage der Barrikaden sei derart gewesen, dafs das königliche Schlofs „offensichtlich das Endziel der Bewegung war", so mufs man dieser Behauptung die Frage entgegenstellen, wie denn die Barrikaden in den dem Schlosse benachbarten Stadtteilen anders angelegt werden konnten, da doch die Strafsen hier eben in der Richtung auf das Schlofs mündeten. Wenn auch Vorbereitungen getroffen waren, so spricht doch nichts dafür, dafs man sie gerade auf eine für den Nachmittag des 18. März beabsichtigte Erhebung beziehen mufs. Die Entstehung des Strafsenkampfes, der eben damals in Berlin losbrach, läfst sich durchaus erklären, ohne dafs man der Annahme bedarf, er sei das Ergebnis eines besonderen Planes; die näheren Umstände, unter denen er entbranute, schliefsen sogar diese Möglichkeit vollkommen aus.[2]

Bereits der erste Darsteller der Märzrevolution, der jene Tage mit durchlebte, legt sich die Frage vor, wie der Barrikadenkampf in Berlin eigentlich möglich wurde. Die Antwort, die er darauf giebt, wird von der Forschung im wesentlichen als zutreffend anerkannt werden müssen. Indem er darauf hinweist, dafs das Proletariat und einige Schichten der Arbeiter

1) Vgl. z. B. Fontane (S. 258), der mit Recht darüber spottet, dafs „man den Kampf gegen die Garden mit Dachziegeln aufnehmen wollte". Hätte man wirklich von langer Hand her Vorbereitungen getroffen, so hätte man sich mit wirksameren Waffen versehen, als mit Dachziegeln, die man im letzten Momente abdeckte. Auch Meyerinck erzählt (S. 114), dafs das Strafsenpflaster erst unmittelbar vor dem Kampfe aufgerissen und die Steine nach den oberen Stockwerken getragen wurden.

2) Auf einige Momente in dieser Hinsicht macht Frenzel (S. 368 ff.) aufmerksam, so z. B. dafs man nicht einmal daran gedacht hatte, die engste Passage der Friedrichstrafse (bei der Behrenstrasse) durch eine Barrikade zu sperren, dafs man weder für sichere Rückzugslinien, noch auch für eine Verbindung zwischen den drei Hauptschauplätzen des Gefechtes sorgte, obwohl die Wege völlig frei waren, dafs man sich sogar nicht „während des Freitags (17.) schon im guten oder schlimmen mit Waffen versah".

allerdings aufgehetzt waren und das vermeintliche Schaukelsystem der Regierung grofse Unruhe erregt habe, erklärt er gleichwohl: „Man würde sich sehr täuschen, wollte man ausschliefslich, oder auch nur vorzugsweise, politische, von den radikalen Luftströmungen der Gegenwart herrührende Motive in Anschlag bringen. Der Berliner »Bürger« war durch das gewaltsam einschreitende Militär beinahe eine ganze Woche hindurch in seinem Hausrecht tief gekränkt worden, und ohne den von Tag zu Tag sich häufenden Zündstoff von Hafs, Galle und Erbitterung wäre es den Emissären, die thatsächlich gegenwärtig waren, weder durch Aufwiegelungen noch durch Geldspenden irgendwie gelungen, die Katastrophe, zu der sie den glimmenden Brand unablässig schürten, zum Ausbruch zu bringen. ... »Unbewaffnete Bürger sind verwundet oder getötet!«: Diese Kunde regte das alte Selbstgefühl der Berliner Gemeinde auf.“[1]

Unsere Darstellung der Entstehung des Berliner Barrikadenkampfes vom 18. März wird diese Auffassung bestätigen.

1) Adolph Helfferich, Deutsche Briefe aus Paris Nr. 1 (geschrieben Paris Ende März 1848): Die Berliner Barrikaden. Pforzheim 1848. Ganz übereinstimmend damit urteilt Raveaux, „Rückblicke und Erlebnisse II: Die rheinische Deputation in den Tagen vom 17., 18. und 19. März 1848 in Berlin“ in der „Deutschen Monatsschrift“, herausg. von A. Kolatschek, Band I, Stuttgart 1850, S. 404 und 409ff.

Zweites Kapitel.

Der Ausbruch des Barrikadenkampfes und die Vorgänge im Schlosse am Nachmittage des 18. März.

Die Nachricht von der geplanten Demonstration der Schutzkommissionen hatte, wie wir schon erwähnten, am Vormittage des 18. März ein zahlreiches Publikum auf den Schlofsplatz gelockt.[1] Militär war auf dem Platze selbst nicht sichtbar. Der Gouverneur v. Pfuel hatte jedoch das Schlofs stark besetzen lassen; sowohl in den Schlofshöfen wie auch an den Portalen standen beträchtliche Truppenmassen. In der Mittagsstunde wurde die Bekanntmachung des Magistrats in vielen Exemplaren verbreitet. Die günstige Kunde erzeugte zuerst Jubel und Begeisterung; sie steigerten sich noch, als sich der Monarch auf dem Balkon des Schlosses zeigte. Brausende Ovationen wurden ihm dargebracht. Die lärmenden Szenen lockten noch mehr Leute herbei. Eine vielköpfige Menge füllte den Schlofsplatz, in der „harmlose und nichtharmlose Elemente ziemlich gleichmäfsig vertreten waren". Inzwischen war auch das Patent des Königs selbst erschienen und wurde in der Menge verlesen. Es wurde, wie sich denken läfst, eifrig kommentiert; neben Ausdrücken der Befriedigung wurden solche des Zweifels laut. Je stärker die Masse anschwoll, um so mehr drängte sie sich an die Ausgänge des Schlosses heran, und man wurde so des

1) Für die Ereignisse vor dem Schlosse am Mittage des 18. März verweise ich, was die Kritik der gegen die Sybelsche Darstellung vorgebrachten Einwendungen betrifft, auf Busch S. 52 ff., dessen Ausführungen ich mich (bis zu dem Passus auf S. 57) anschliefse.

hier aufgestellten Militärs ansichtig. Der Anblick der verhafsten Soldaten genügte, um einen Umschlag der Stimmung zu bewirken. Mit elementarer Gewalt erscholl der Ruf: „Militär zurück!“ Ein wüstes Geschrei und Getöse erhob sich. Stärker, als die Genugthuung über die erlangten politischen „Zugeständnisse“, war die Wut gegen das Militär, und jene galten nichts, so lange sich dieses noch zeigte. Gebieterisch forderte man den Abmarsch der Soldaten aus dem Schlosse. Umsonst suchten wohlmeinende Männer die Menge durch den Hinweis auf die vom Könige gegebenen Verheissungen zu beruhigen; so lange nicht der Befehl zum Abzuge des Militärs gegeben ward, glaubte man den Versprechungen des Herrschers nicht vertrauen zu dürfen. Es wird erzählt, dafs, als der Minister v. Savigny unter dem Schlofsportale einem Manne aus dem Volke auseinandersetzte, der König habe mehr bewilligt, als verlangt worden sei, der Angeredete erwiderte: „Alter, das verstehst du nicht, man hat nichts bewilligt!“ So lange man eben noch Soldaten gewahrte, hielt man alle Zugeständnisse des Königs für ungenügend und für unaufrichtig. Das seit Tagen ausgegebene Losungswort „Fort mit dem Militär!“ raubte der Menge alle Besinnung.[1]

Der Lärm und das Gewühl vor dem Schlosse wurden so arg, dafs es ratsam erschien, dagegen einzuschreiten. Der Gouverneur von Berlin, der General v. Pfuel, hatte, als noch der Freudentaumel währte, das Schlofs unter dem tausend-

1) Darüber, dafs in der That die Abneigung gegen das Militär die Hauptursache des Tumultes war, der sich jetzt vor dem Schlosse erhob, vergleiche Wolff I, 125f., Meyerinck S. 111, Schulz S. 32 („Vielerlei Stimmen wurden laut, zumeist der Ruf: »Militär fort!«“), Abeken S. 146 (Augenzeuge), Gerlach I, 134. Ebenso Bodelschwingh bei Diest S. 20: „Nach einiger Zeit mischte sich in das Vivat der Ruf: »Das Militär weg!«“ Die Darstellung der Vorgänge vor dem Schlosse, die Bodelschwingh in dem Briefe an Fallenstein giebt, ist nicht ganz genau. So läfst er z. B. erst nach dem Eingreifen der Dragoner und der Infanterie vom Kaiser Franz-Regimente den General von Prittwitz den Oberbefehl übernehmen und giebt der Abwesenheit Pfuels die Schuld, dafs der Aufstand nicht schon im Keime ohne grofses Blutvergiefsen erstickt wurde.

stimmigen Hochrufe des Volkes verlassen. Er wollte sich nach der Bank begeben, wo er wohnte, um sich umzuziehen und einen eiligen Brief an seine Frau zu schreiben. Mittlerweile hatte sich die Szene auf dem Schloſsplatze verändert, und diejenige Partei am Hofe und unter den hohen Offizieren, die für rücksichtsloses Vorgehen war, benutzte die Abwesenheit Pfuels, um ihm das Kommando zu entziehen. Die Militärpartei (wie wir sie kurz nennen wollen, da die hohen Offiziere den Kern ihrer Anhänger bildeten, und da an ihrer Spitze der vornehmste Träger der altpreuſsischen militärischen Tradition, der Prinz von Preuſsen, stand) hielt den General v. Pfuel für zu schwach und wollte eine energische Persönlichkeit mit der Leitung der Unterdrückung der Unruhen betraut wissen. Jetzt ward ihr auf die Beseitigung Pfuels gerichtetes Streben vom Erfolge gekrönt. Der frühere Minister Graf Alvensleben stellte dem Könige vor, der Pöbel beabsichtige, in das Schloſs einzudringen, Pfuel sei nicht zu finden, und setzte durch, daſs der König den Oberbefehl Pfuel abnahm und dem kommandierenden Generale des Gardecorps, dem Generalleutnant v. Prittwitz, übertrug. Pfuel, der in seiner Wohnung inzwischen den Ausbruch des Tumultes erfahren hatte, eilte sofort unter Gefahr seines Lebens in das Schloſs zurück; kaum eine Stunde war er entfernt geblieben. Bei seinem Wiedereintreffen davon benachrichtigt, daſs er des Kommandos enthoben sei, gab er sofort seine Entlassung.[1]

1) Die obige Darstellung nach Varnhagen IV, 302ff. und 329f. Varnhagens Gewährsmann ist Pfuel selbst. Die auf S. 303f. enthaltenen Zeitangaben, die Varnhagen im Gespräche mit Pfuel und anderen festgestellt haben will, sind ungenau; sie setzen die Ereignisse um etwa eine Stunde zu spät an. Varnhagen berichtet, Alvensleben habe selbst erzählt, daſs er dem Könige den Befehl zur Ernennung von Prittwitz abgedrungen habe; das wird bestätigt durch die Nachricht bei Gerlach I, 134 („auf Alvenslebens Vorschlag“ u. s. w.). Nach Varnhagen hat Alvensleben fernerhin geäuſsert: „Wenn auch Pfuel dagewesen wäre, würde ihm doch die Befehlführung abgenommen worden sein, es wäre alles ebenso gekommen.“ Die Absetzung Pfuels ist jedenfalls das Werk der Militärpartei und von Pfuel selbst als eine bittere Kränkung empfunden worden. Seine Demission wurde alsbald angenommen, indem er zugleich zum Inspekteur zweier

Prittwitz war alsbald nach seiner Ernennung vor den König beschieden worden, und hatte von ihm den Befehl erhalten, den Schlofsplatz zu säubern. Eine Schwadron Dragoner bekam den Auftrag, diese Aufgabe auszuführen. Sie wurde mit dem Geschrei: „Militär zurück!", empfangen und von der Masse umringt. Es entstand ein wüster Skandal, so dafs kein Kommandoruf vernehmbar war und die Pferde scheuten. Es blieb an einigen Stellen nichts anderes übrig, als den Säbel zu ziehen; dabei fielen einige Hiebe, ohne Schaden zu thun. Zur Unterstützung der Dragoner marschierte Infanterie aus dem Schlosse hervor; durch ihre vereinten Bemühungen wurde der Schlofsplatz bis auf die äufserste Ecke zwischen der Breitenstrafse und der Langen Brücke gereinigt. Um auch die hier noch stehenden schimpfenden und drohenden Gruppen zu zerstreuen, ging der Schützenzug der ersten Kompagnie des Kaiser Franz-Regiments von der Ecke der Breiten Strafse gegen die Kurfürstenbrücke vor. Dabei fielen zwei Schüsse, durch die jedoch niemand verletzt wurde. Das Gewehr eines Grenadiers hatte sich von selbst durch einen unglücklichen Zufall entladen; das eines Unteroffiziers war dadurch zur Entladung gebracht worden, dafs ein Mann aus dem Volke mit einem Stocke darauf geschlagen hatte.

Es war einer jener unvermeidlichen Zufälle, wie sie sich immer wieder ereignen, und die von verhängnisvoller Bedeutung dann werden, wenn genug des Zündstoffes angehäuft ist, so-

---

Armeekorps ernannt wurde. Man darf nicht, wie Busch a. O. S. 17, über die Ernennung von Prittwitz mit den Worten hinweggleiten: „Der ganze Vorgang ist als Intrigue der Reaktionspartei gegen . . . . . . Pfuel gedeutet worden." Wenn es sich nicht um die gänzliche Beseitigung Pfuels gehandelt hätte, so hätte es ja genügt, in seiner Abwesenheit das Kommando interimistisch einem anderen zu übertragen. Auch kann ich mich aus Gründen, die ich später entwickeln werde, dem bei diesem Anlasse über die Ernennung von Prittwitz gefällten Urteile Buschs nicht anschliefsen: „Das aber war ein Glück! . . Denn jetzt kam das Kommando an den Mann, der . . . sich auf dem verantwortungsvollen Posten bewähren sollte, wie kein anderer." Das gerade Gegenteil ist richtig, wie wir sehen werden.

dafs es nur noch eines Funkens bedarf, um die Explosion herbeizuführen. Bei der politischen Unreife der Berliner Bürgerschaft, bei ihrem blinden Hasse gegen das Militär gaben die beiden Schüsse das Signal zum plötzlichen Ausbruche eines allgemeinen Aufstandes. Mit dem Rufe: „Verrat! Verrat! Der König läfst auf uns schiefsen!“ stob die Menge entsetzt auseinander, das Gerücht von der unerhörten Greuelthat mit Blitzeseile in die entferntesten Stadtteile tragend. Man zweifelte keinen Augenblick daran, dafs es sich um eine planmäfsige Bosheit des Königs handele. Man glaubte steif und fest, das Volk sei durch die zum Scheine erteilten Konzessionen auf den Befehl des Königs absichtlich auf den Schlofsplatz gelockt worden, um hier dem Wüten der rohen Soldateska preisgegeben zu werden.[1] Selbstverständlich benutzten die Radikalen sofort die Schreckensnachricht, um die Massen in Erregung zu setzen; doch bedurfte es dazu von dieser Seite nicht einmal besonderer Bemühungen. Die Stimmung in der Bürgerschaft war ohnehin bereits gereizt genug; so grofs war der Abscheu vor dem Militär, dafs man ihm das Unsinnigste zutraute. Wie selbst der bessere Berliner die Dinge ansah, davon legt eine Anekdote Zeugnis ab, deren Kenntnis wir Fontane verdanken. Sein damaliger Prinzipal, ein ehrsamer Bürger und Apothekenbesitzer, bei dem sich Fontane in Stellung befand, war bei der Szene auf dem Schlofsplatze zugegen gewesen; nun kam er atemlos nach Hause gestürzt und resolvierte sich nach der Erzählung des Hergangs dahin: „Ja, meine Herren, so was ist noch nicht dagewesen;

1) Vgl. Hohenlohe S. 25., Fontane S. 254, Frenzel S. 367. Auch Werner v. Siemens, damals noch Offizier, bezeugt in seinen Lebenserinnerungen (Berlin 1892, S. 47), dafs das Bürgertum bei dem Aufstande hervorragend beteiligt war: „Die Nachrichten von Wien und Dresden, sowie das Mifsverständnis auf dem Schlofsplatze trieb auch die ruhigen Bürger, die sich zu einer vermittelnden Bürgerwehr zusammengeschaart hatten, auf die revolutionäre Seite. Ich sah von meinem Fenster aus, wie eine Abteilung dieser Bürgerwache in grofser Erregung vom Schlosse herkam und auf dem Platze vor dem Anhaltschen Thore Schärpen und Stäbe zusammenwarf mit dem Rufe: »Verrat! Das Militär hat auf uns geschossen.« In wenigen Stunden bedeckten sich die Strafsen mit Barrikaden“.

das ist die reine Verhöhnung, alles versprechen und dann schiefsen lassen, auf wen? auf uns, auf ganz reputierliche Leute, die Front machen und grüfsen, wenn eine Prinzessin vorbeifährt, und die prompt ihre Steuern bezahlen." Die ungeheuerlichsten Übertreibungen gingen von Munde zu Munde und wurden geglaubt: während die friedlichen Bürger dem Könige ein Lebehoch zuriefen, sei von der Infanterie auf sie geschossen, von der Kavallerie auf sie eingehauen worden; Tote und Verwundete seien massenhaft auf dem Platze geblieben. Ein wahrer Revolutionstaumel ergriff die Bürgerschaft. Wenn das Militär durchaus den Kampf haben wollte, gut, dann wollte man nicht feige zurückstehen. Man versah sich mit Waffen, so gut es anging. Das Pflaster wurde aufgerissen, die vorüberfahrenden Wagen wurden angehalten und umgestürzt; wie mit einem Zauberschlage bedeckten sich die Strafsen mit Barrikaden. Die Truppen wurden aus den Kasernen geholt und in der Schlofsgegend zusammengezogen. Der General von Prittwitz setzte es sich zum Ziele, bis zum Abende die innere Stadt ungefähr innerhalb einer Linie von der Leipziger Strafse zum Brandenburger Thore, nach der Karlstrafse und nach dem Alexanderplatze zu nehmen. Nach drei Uhr brach der Barrikadenkampf los, zuerst in der Königstadt, dann in der Gegend des Gensdarmenmarktes, Hausvogteiplatzes und auf der Friedrichstrafse südlich von den Linden. An einem der Hauptpunkte des Aufruhrs, in der Breiten Strafse, entbrannte der Kampf erst um neun Uhr Abends, und zwar deshalb, weil hier erst noch Vermittlungsversuche angestellt wurden. Um Mitternacht befand sich Prittwitz im Besitze aller der Stadtteile, deren Bezwingung er sich vorgenommen hatte. Schlecht bewaffnet und schlecht diszipliniert, vermochten die Insurgenten den Truppen keinen genügenden Widerstand entgegenzusetzen.

Nicht eine ausführliche Schilderung des Strafsenkampfes wollen und können wir hier geben. Unsere Aufgabe besteht vielmehr darin, die Wechselwirkungen zwischen diesen Ereignissen und den Entschliefsungen des Königs kritisch zu untersuchen und festzustellen. Es ist zu diesem Zwecke erforderlich, einmal die überlieferten Nachrichten über des Königs

persönliches Verhalten zu prüfen, sodann zu ermitteln, ob und inwiefern die Rücksicht auf die politische Lage, wie sie durch die neue Wendung der preufsischen Politik und ihre am Morgen desselben Tages erfolgte Bekanntgebung geschaffen worden war, die Entschliefsungen des Königs gegenüber den Aufständischen beeinflufst hat.

Die bisherigen Darstellungen der Berliner Märzrevolution stimmen überein in einer unbedingten Verurteilung der persönlichen und politischen Haltung des Königs. Man liest, durch die übergrofse Schwäche des Herrschers, durch seine Rat- und Entschlufslosigkeit sei ein energischer Kampf gegen die Insurgenten verhindert worden, sodafs diese schliefslich zum Siege zu gelangen vermochten.[1] Auf eine Reihe ganz bestimmter Quellenzeugnisse, die sich sämtlich in den Perthesschen Aufzeichnungen finden, stützt sich diese Auffassung. Es handelt

1) Vgl. Sybel, Vorträge u. s. w. S. 243 und Busch S. 20: „Die Truppen waren zuerst auch dadurch im Vorgehen aufgehalten worden, dafs dem Könige nur mühsam die Erlaubnis zu den Angriffen auf die Barrikaden mit rücksichtslosem Waffengebrauch entrissen werden konnte. . . . Niemand war fürchterlicher durch den beginnenden Bürgerkampf erschüttert als der König.“ Sehr schematisch führt Busch darauf aus, wie der König, der „auch den Dingen des staatlichen Lebens mit der Auffassung eines Künstlers gegenüberstand, nie den Gegensatz der wirklichen Welt zu der Welt seiner Phantasie erkennen konnte“. „Da trat ihm aber“, so fährt er fort, „am 18. März und in der darauf folgenden Nacht der Gegensatz der beiden Welten, in denen er lebte, so schrecklich wie noch nie entgegen. Als die Schüsse von der Strafse, das Stürmen der Glocken, der ganze wilde Kampfeslärm zu ihm herauftönte, da mufste ihm sein, als ob alles um ihn herum zusammenbräche; man sah ihn, das Gesicht in die Hände gegraben, bei den einzelnen Schüssen auffahrend: »Nein es kann nicht sein, mein Volk liebt mich!« In der Verzweiflung, die ihn ergriffen, die ihn schliefslich nicht nur jeder Fähigkeit eines Entschlusses, sondern auch jeder ruhigen Überlegung überhaupt beraubte, beherrschte ihn nur ein Gedanke, ein Gefühl, diesem ihm unmöglichen Verhältnis ein Ende zu machen, die Welt da draufsen mit der in seinem Innern wieder in harmonischen Einklang zu bringen: Friede daher um jeden Preis!“ Leider zeichnet sich diese Schilderung mehr durch dramatische Belebtheit, als durch Gründlichkeit der Quellenforschung aus!!

sich dabei zunächst um eine Mitteilung Roons[1] an Perthes von folgendem Wortlaute: „Ein regelmäfsiger Plan irgend welcher Art zur Bezwingung der Stadt konnte am 18. nicht entworfen werden, weil der König auf nichts einging. Nur mit Mühe liefs er sich bewegen, die Erlaubnis zur Wegnahme eines notwendigen Punktes zu erteilen, und bei jedem mufste diese Erlaubnis von neuem eingeholt werden. Dabei rief er jedesmal: ‚Nun ja! nur nicht schiefsen!‘ und wich nur auf die Erklärung, dafs, ohne zu schiefsen, die Truppen nichts ausrichten könnten.“ Es ist leicht zu erweisen, dafs diese Schilderung nichts weiter als eine geradezu ungeheuerliche Übertreibung ist. Einmal ist Roon keineswegs am 18. und 19. in Berlin oder gar im Schlosse gewesen; er befand sich vielmehr in Potsdam. Nun behauptet zwar Sybel, Roon habe diese Nachricht „gleich nachher von Augenzeugen“ erfahren. Das ist aber eine blofse Vermutung, die durch keinen positiven Beleg unterstützt wird, — es sei denn, dafs man sich durch die kategorische Bestimmtheit imponieren lassen will, mit der Sybel sie ausspricht. Es lassen sich vielmehr gegen ihre Zuverlässigkeit die ernstlichsten Gründe anführen. Allerdings wurde ein „regelmäfsiger Plan zur Bezwingung der Stadt“ bereits am 18. entworfen; wir haben ja den Plan des Generals von Prittwitz, bis zum Abende dieses Tages einen gewissen Bezirk der Stadt zu nehmen, schon erwähnt und bemerkt, dafs er auch in der That zur Ausführung gelangte.[2] Es ist also schlechterdings unmöglich, dafs die Ausarbeitung eines Planes daran scheiterte, dafs der König „auf nichts einging“. Soweit wir aus den von militärischer Seite herrührenden Darstellungen ersehen können, leitete der kommandierende General von Prittwitz die militärischen Operationen ganz selbständig, ohne dafs sich der König (abgesehen von einem alsbald zu erwähnenden Falle) darum überhaupt be-

1) Preufsische Jahrbücher a. O. S. 533f. Verwertet bei Sybel und Busch.

2) Der Plan des Generals von Prittwitz für den 18. ist genau in der von ihm selbst inspirierten Schrift des Obersten v. Schulz (S. 36ff.) entwickelt. Vgl. auch Hohenlohe I, 33.

kümmerte,[1] und es ist von der Schufswaffe überall Gebrauch gemacht worden, wo es notwendig erschien, ohne dafs erst die Genehmigung des Königs eingeholt wurde. Es ist uns nichts davon bekannt, dafs sich Prittwitz vom Könige immer erst die Erlaubnis zur Wegnahme der einzelnen Punkte erteilen lassen mufste; aus sachlichen Gründen ist das sogar ausgeschlossen. Nur an einem einzigen Punkte mufste der Angriff verschoben werden, und zwar auf speziellen Befehl des Königs, nämlich vor der Barrikade beim Cöllnischen Rathause. Am Nachmittage hatten sich nämlich mehrere Deputationen, deren eine unter der Führung des Bischofs Neander stand, beim Könige eingefunden. Der König wurde auf das dringendste gebeten, den Angriff noch auszusetzen; denn man hoffe, das Volk durch gütliches Zureden zur Niederlegung dieser Barrikade zu bewegen. Es wurde sogar versichert, man arbeite schon an der Zerstörung der Barrikade; der Bischof Neander beteuerte, seine Söhne wären selbst dabei thätig. Der König gab diesem Ersuchen nach; indem er auf diesem Teile des Schauplatzes gleichsam einen Waffenstillstand bewilligte, ordnete er an, dafs der Angriff vorderhand sistiert würde. Erst als die Unterwerfung nicht erfolgte, die Barrikade vielmehr zusehends wuchs und befestigt wurde, wurde (um ca. 9 Uhr) mit Erlaubnis des Königs der Kampf auch in der Breiten Strafse eröffnet.[2]

1) Nachdem bei Schulz (a. O.) der Prittwitzsche Plan mitgeteilt worden ist, heifst es: „In diesem Sinne ergingen Befehle [natürlich von Prittwitz] an die Garnison und die aufserhalb kantonnierenden Truppen;“ daran schliefst sich ein langer Abschnitt (S. 37 ff.), der darüber handelt, wie sich nunmehr „infolge jener Befehle“ der Aufmarsch der Truppen vollzog. Man lese ferner zum Beweise dafür, wie selbständig seine Stellung war, den Bericht (S. 46 ff.) über seine weiteren Dispositionen. Vgl. auch S. 48: „Im übrigen traf der Oberbefehlshaber folgende Anordnungen“ u. s. w.

2) Vgl. Wolff I, 193 ff., v. Schulz S. 48 und 71 ff., v. Meyerinck S. 127 f. Hohenlohe, der sich bei der am Kampfe in der Breiten Strafse beteiligten Artillerie-Abteilung befand, erzählt auch von den Vorgängen daselbst, doch nicht ganz korrekt. Mit Unrecht setzt er den Angriff des Majors von Falkenstein vor den Sistierungsbefehl; durch diesen Angriff wurde vielmehr erst der Kampf am Abend eröffnet. Er mifst ferner ungerechtfertigterweise die Schuld an der Verzögerung des An-

Die Erzählung Roons stellt sich also dar als eine grobe Verallgemeinerung der Vorgänge, die zur Verschiebung des Angriffes auf die Barrikade in der Breiten Strafse führten; sie kennzeichnet sich ferner als eine grobe tendenziöse Entstellung des persönlichen Verhaltens des Königs. Was wir darüber von zuverlässiger Seite vernehmen, widerlegt durchaus die Schilderung Roons. Es ging im Schlosse am Nachmittage des 18. März sehr lebhaft und unruhig zu. Deputationen drängten sich; der Polizeipräsident, Rektor und Senat der Universität, eine zweimalige Deputation der städtischen Behörden, Abgeordnete der Bürgerschützen, eine vom Bischofe Neander in vollem Amtsornate geführte Bürgerdeputation: alle drängten in den König, die Truppen zurückzuziehen, da dies das einzige Mittel zur Beruhigung der Bürgerschaft sei. Friedrich Wilhelm jedoch blieb fest; er erklärte, er werde das Militär erst dann zurücknehmen, wenn die Barrikaden niedergelegt wären; nur hinsichtlich der Barrikade vor dem Cöllnischen Rathause gewährte er, wie wir bereits erzählten, eine Bedenkfrist. Ausdrücklich wird uns bezeugt, dafs der König „ungeachtet der grofsen Anstrengungen der vorhergehenden Tage, ungeachtet der so unerwartet ausbrechenden Leidenschaft der Gegner der Regierung keinen Augenblick seine ruhige, königliche Haltung verlor“ und den Deputationen „immer fest und würdig antwortete.“ [1] Der General von Gerlach, auf den diese Mitteilungen zurückgehen, war in jenen Stunden selbst im Schlosse

---

griffsbefehles den Einflüssen des Fürsten Felix von Lichnowski und des Oberstleutnants von Vincke bei. Eine sehr ausführliche Erzählung der Vorgänge auf der Breiten Strafse findet sich bei Gerlach I, 137, der die entscheidende Meldung überbrachte, auf Grund deren der König ungefähr um 9 Uhr den Befehl zum Angriff gab. Die dem Bischofe Neander für seine Vermittlungsbemühungen gewährte Frist erstreckte sich bis 8¾ Uhr; das geht hervor aus einer Angabe Gerlachs, der Prinz von Preufsen habe den Soldaten, die vor der Breiten Strafse standen, eingeschärft, vor 8¾ Uhr keinen Schufs zu thun.

1) Leo, Signatura 31. Seine Quelle ist auch hier Gerlach, wie aus Petersdorff S. 78f. hervorgeht.

anwesend,[1] also als „Augenzeuge" ein authentischer Gewährsmann; in seinen Aufzeichnungen berichtet er, der König habe der Deputation der Stadtverordneten „trefflich und mit Würde" erwidert, die Prinzen, die mit hineinreden wollten, mit den Worten zurückweisend: „wenn ich spreche, hat niemand weiter zu reden". Alle Zumutungen der Deputationen lehnte er beharrlich ab, indem er sich gegen das Ansinnen der Entwaffnung mit Entschiedenheit wehrte. Den Stadtverordneten Schaufs, der auf ihn in diesem Sinne einzuwirken versuchte, wies er so energisch zurecht, dafs dieser in Ohnmacht fiel. Von ängstlicher Besorgnis, von zaghaftem Kleinmute, Ratlosigkeit oder gar „Verzweiflung" ist ein derartiges Auftreten, wie man sieht, weit entfernt.

Noch würdeloser, als am Nachmittage des 18., soll die Haltung des Königs in der Nacht vom 18. zum 19. März gewesen sein. Auch darüber finden sich in den Perthesschen Aufzeichnungen Angaben. Wiederum ist es Roon, von dem die Erzählung stammt, Bodelschwingh habe geäufsert, „am Abende des 18. und am Morgen des 19. März sei der König auf dem Punkte gewesen, den Verstand zu verlieren". Eine andere Nachricht bei Perthes lautet: „In der Nacht vom 18. zum 19. war der König nicht dazu zu bringen, einen Befehl zu geben; er lag mit dem Gesicht in den Händen, fuhr bei jedem Schufs auf: ‚Nein, es kann nicht sein, mein Volk liebt mich!' Die Königin flehte ihn fufsfällig an, dem Kampfe ein Ende zu machen."

Wir beginnen mit der Kritik der letzteren von diesen beiden Aufzeichnungen.[2] Sie ist ohne die Angabe eines Gewährsmannes überliefert, und schon dieser Umstand sollte davor

1) Gerlach I, 135. Gerlach ist wirklich „Augenzeuge;" denn er bemerkt auf S. 134, die fortgesetzten Nachrichten von den Unruhen in der Stadt hätten ihn wieder nach dem Schlosse getrieben; er sei hier nach der Szene auf dem Schlofsplatze (also wohl um 3 Uhr nachmittags) angelangt.

2) Sowohl bei Sybel wie auch bei Busch bildet diese Notiz einen „clou" der Darstellung. Vgl. o. S. 145 Anm. 1.

warnen, sie unbedenklich zu verwerten.[1] Sie stimmt auch keineswegs mit dem überein, was wir auf Grund sicherer Quellenzeugnisse über das Benehmen des Königs in jener Nacht wissen, und was wir später im Zusammenhange erzählen werden. Noch mehr: die Unglaubwürdigkeit der Nachricht läfst sich unwiderleglich darthun. Um Mitternacht war der Kampf in der Hauptsache beendigt; nur hie und da fanden noch kleinere Scharmützel statt,[2] und nur das Viertel vom Hausvogteiplatze zum Dönhoffsplatze wurde noch in der Nacht nach 3 Uhr genommen. Aber um diese Zeit hat niemand den König gesehen, und schon vor Mitternacht hörte man im Schlosse überhaupt kein Schiefsen mehr, sodafs die vom Anonymus erzählte Szene geradezu unmöglich ist. In seinen Erinnerungen berichtet Diest, gegen Mitternacht sei sein Onkel Bodelschwingh vom Schlosse nach Hause gekommen und habe ihn „ganz erstaunt“ gefragt, als sie, am Fenster stehend, dem furchtbaren Schiefsen zuhörten: „Wie lange dauert das Schiefsen schon? Auf dem Schlofs konnten wir nichts hören!“ Als Diest darauf an seinen Oheim die Frage richtete: „Sage mir, ist der König auch fest?“, da packte Bodelschwingh seinen Neffen mit beiden Händen oben

1) Allerdings behauptet Sybel (S. 243), der Gewährsmann dafür sei „der im Schlosse anwesende Graf Goltz“. Nun giebt Perthes den Grafen Goltz aber gar nicht als Gewährsmann für diese Aufzeichnung an, sondern für den folgenden Abschnitt, der über den General Prittwitz handelt und erzählt, Goltz sei in der Nacht auf dem Gensdarmenplatze von mehreren Regimentskommandeuren gefragt worden, wie es im Schlosse stehe; darauf habe er, Goltz, geantwortet: „Gut! Prittwitz hat die Sache in der Hand und ist der Alte!“ Für diesen Passus wird Goltz selbst als Quelle angeführt; der vorhergehende Abschnitt aber ist davon durch einen Absatz und durch einen Gedankenstrich getrennt, der im Zusammenhange der Perthesschen Aufzeichnungen stets bedeutet, dafs eine neue, von der vorigen zu unterscheidende Notiz folgt. Der Herausgeber sagt auch ausdrücklich: „Fast neben jeder einzelnen Notiz findet sich der Namen des Gewährsmannes aufgezeichnet“, also nicht bei allen, und zu denen, die der Angabe der Quelle entbehren, gehört offenbar die Aufzeichnung, mit der wir es hier zu thun haben. Derselbe Klatsch in etwas abweichender Fassung findet sich auch bei Varnhagen IV, 313.

2) Vgl. Abeken S. 146. Aus den militärischen Darstellungen geht dasselbe hervor.

am Rock, schüttelte ihn mit seiner ganzen Kraft und rief ihm leidenschaftlich entgegen: „Wie kannst du nur so etwas fragen; wir haben A gesagt, wir werden auch B sagen!" Also der gelindeste Zweifel an der Festigkeit des Königs empörte Bodelschwingh am Abende des 18. März aufs tiefste und versetzte ihn in die leidenschaftlichste Aufwallung. Konnte er seinem Neffen eine solche Antwort erteilen, wenn er, bisher auf dem Schlosse befindlich, Zeuge einer so jämmerlichen Haltung des Königs gewesen wäre, wie der anonyme Hintermann von Perthes berichtet? Eben dieser sagt weiterhin, die Königin habe ihren Gemahl „fufsfällig angefleht, dem Kampfe ein Ende zu machen." [1] Ein weiterer Augenzeuge, Gerlach, der gleichfalls bis Mitternacht im Schlosse weilte [2], rühmt dem gegenüber an der Königin, dafs sie „ganz fest" und von jedem Wunsche nach Nachgiebigkeit weit entfernt gewesen sei. Wir dürfen also unbedenklich auch diese Mitteilung in das Reich der Fabel verweisen, und wenn, wie eben erwähnt wurde, Bodelschwingh selbst am Abende des 18. März jede Frage nach der Festigkeit des Königs als eine Beleidigung empfand, so werden wir wissen, was wir von seiner angeblichen Äuſserung zu halten haben, der König sei am Abende des 18. März und am Morgen des 19. nahe daran gewesen, den Verstand zu verlieren. Für den Abend des 18. März kann davon nach Bodelschwinghs gleichzeitigem Zeugnisse nicht die Rede sein, und was den Morgen des nächsten Tages betrifft, so hat sich allerdings, wie es scheint, ein Vorfall ereignet, bei dem Bodelschwingh selbst beteiligt war, und der ihn später veranlafst haben könnte, über des Königs Umsicht

1) Derselbe Klatsch findet sich in etwas anderer Fassung auch in den Varnhagenschen Tagebüchern.

2) Gerlach I, 139: „Dem Könige war furchtbar zugesetzt worden durch Deputationen und schlechte Ratschläge. Die Königin war ganz fest und sagte: »Wenn nur der König nicht nachgiebt«." Man mufs erwägen, dafs Gerlach hier von seinem Standpunkte aus die Entstehung der Proklamation des Königs „An meine lieben Berliner" zu erklären und begreiflich zu machen sucht. Wenn dem Könige auch „furchtbar zugesetzt" war, so ist damit doch noch keineswegs gesagt, dafs er seine Haltung so vollständig verloren hatte, wie in den Perthesschen Aufzeichnungen behauptet wird.

und Geistesgegenwart ein hartes Urteil zu fällen.[1] In der Form aber, wie sich dieses Urteil bei Perthes findet, wäre es immerhin eine grobe Verallgemeinerung eines ganz bestimmten Einzelfalles, von der wir allerdings nicht mehr festzustellen vermögen, ob sie auf Rechnung Bodelschwinghs selbst oder Roons oder irgend eines anderen Zwischenträgers zu setzen ist. Wenn man die Perthesschen Aufzeichnungen auf ihre Stichhaltigkeit prüft, so wird es offenbar, dafs sie zum weitaus gröfsten Teile, um es mit einem Worte zu sagen, in die Sphäre des Offiziersklatsches gehören. Dieser hat, wie sich nachweisen läfst, mit allem Eifer daran gearbeitet, den Hergang der Dinge am 18. und am 19. März zu entstellen und dem Könige die Hauptschuld an dem unglücklichen Verlaufe der Begebenheiten zuzuschreiben. Ihren Abschlufs fand die in den hohen Offizierskreisen systematisch betriebene Legendenbildung über das Verhalten des Königs in dem nach dem Ausbruche seiner Krankheit ausgebildeten Märchen, schon in der Nacht vom 18. zum 19. März 1848 sei der Monarch „von einem ähnlichen Zustande befallen worden". Von der bei Perthes mitgeteilten Anekdote bis zu dem eben erwähnten, „in hohen militärischen Kreisen" verbreiteten Gerüchte[2] ist der Schritt nicht so grofs.

Dafs die den landläufigen Darstellungen zu Grunde liegenden Quellenberichte über des Königs erbärmliche und charakterlose Haltung am Nachmittage und am Abende des 18. März absolut wertlos sind, haben wir somit gezeigt. Wir wissen, dafs der Herrscher, wenngleich erschüttert und durch die widrigen Ereignisse hart mitgenommen, seine würdige, königliche Haltung keinen Augenblick verlor. Nicht von persönlicher Schwäche des Herrschers darf man sprechen; es handelt sich vielmehr um eine Schwäche seiner politischen Position.[3]

Seinen Widerwillen gegen den Konstitutionalismus bezwingend, hatte sich König Friedrich Wilhelm IV. mit der

1) Vgl. u. S. 216, Anm. 1.

2) Es wird erwähnt bei Bismarck Gedanken und Erinnerungen I, S. 196f.

3) Bereits Oncken a. O. S. 144f. hat gegen die Sybel-Buschsche Auffassung protestiert, die alle Akte des Königs am 18. und 19. März aus

populären Bewegung verbündet. Er wollte den revolutionären Schrecken und die Schwächung, die der habsburgische Kaiserstaat durch den Wiener Aufstand erlitten hatte, benutzen, um seine deutsche Politik gegen Österreich durchzuführen und die Vorherrschaft Preufsens in Deutschland zu begründen. Da wandte sich die Bewegung plötzlich wider ihn selbst. Das ist das tragische Moment in der deutschen Politik Friedrich Wilhelms IV.,[1] zu der er sich gerade damals entschlossen hatte.

seiner persönlichen Schwäche erklären will. Ich schliefse mich diesem Proteste an, finde indes, dafs Oncken einerseits nicht weit genug geht, und dafs er auf der anderen Seite das Problem, um das es sich hier handelt, nicht ganz zutreffend formuliert. Oncken sagt: „Nicht allein aus unmännlicher und sentimentaler Weichheit, wie man immer will, sind sie [sc. „Die Halbheit, das Schwanken, die Schwäche in seinen einzelnen Handlungen"] zu erklären: Der preufsische König, der in den Abendstunden sich verzweifelnden Thränenausbrüchen hingiebt, empfindet am schmerzlichsten doch, dafs der kühne Flug seiner deutschen Politik in den ersten Anfängen scheitert und nun ihn selber, Königtum und Staat, in die allgemeine Katastrophe hinabzieht." Es wird am besten sein, die „unmännliche und sentimentale Weichheit", nicht minder „die verzweifelnden Thränenausbrüche" ganz zu streichen. Man gewinnt aus dem Studium der Quellen auch keineswegs den Eindruck, dafs der König am Abende des 18. und am Morgen des 19. das Gefühl hatte, als ob er vor einer „Katastrophe" stünde. Er meinte im Gegenteile, wie wir sehen werden, es könne alles wieder gut werden, wenn man es vermeide, den Konflikt im Innern bis auf die Spitze zu treiben. Wenn man seine Politik unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, findet man die gegen sie erhobenen Vorwürfe des Schwankens und der Halbheit unberechtigt. Über die Onckensche Formulierung des Problems der politischen Lage des Königs s. oben im Texte, sowie die nächste Anmerkung.

1) Oncken (a. O.) führt aus, der „tragische Konflikt im Leben des Königs" sei zu suchen in seiner „Doppelstellung", der zufolge es nun seine Aufgabe wurde, „mit den Machtmitteln des alten, von ihm aufgegebenen Staates, von dem er sich innerlich gar nicht losgelöst hatte, die vorgeschrittensten derjenigen Elemente niederzuwerfen, an deren Seite ihn die Konsequenzen seiner deutschen Politik geführt hatten. Darin liegt der Widerspruch und in seinem Gefolge alle Halbheit, alles Schwanken, alle Schwäche in seinen einzelnen Handlungen." So geistvoll auch diese Formulierung des Problems ist, so kann ich sie doch nicht acceptieren. Das eigentliche tragische Moment in der deutschen Politik des Königs liegt

Frohe Zustimmung und jubelnde Begeisterung hoffte er durch das offene Hervortreten mit seinen deutschen Plänen zu erwerben; von der Flutwelle brausender Popularität getragen, hoffte er das in lokender Nähe bereits winkende Eiland des geeinten Deutschlands unter Preufsens Führung zu erreichen. Das Volk jedoch stiefs die Hand, die ihm der König bot, trotzig und mifsgünstig zurück. Es lehnte sich gegen ihn auf in dem Augenblicke, da er bei ihm um Bundesgenossenschaft warb. Der Monarch und die leitenden Staatsmänner seiner Umgebung hatten geglaubt, wenn sich Preufsen nur an die Spitze der Bewegung stellen wolle, so werde es diese auch sicher und unfehlbar an sich ziehen und an ihr einen ergebenen und unverlierbaren Verbündeten finden. Statt dessen sah sich der König jetzt plötzlich einer Revolution seines eigenen Volkes gegenüber. Dadurch wurde zwar seine Stellung in Preufsen an sich nicht gefährdet, aber im Kampfe mit seinen Bürgern konnte er die populären Sympathieen einbüfsen, deren er für seine deutschen Bestrebungen nicht entraten zu können glaubte. Durfte er die Auseinandersetzung mit Österreich und mit den innerlich widerstrebenden Bundesfürsten wagen, wenn seine Autorität innerhalb seines eigenen Staates nicht genug gefestigt war, wenn er gegen sein eigenes Volk kämpfen mufste, wenn sich eben deshalb die Volksstimmung in Deutschland von ihm abwandte? Wenn er durch die Fenster des Schlosses nach der Breiten Strafse blickte, sah er auf der Barrikade vor dem cöll-

nicht darin, dafs er sich mit Hilfe des Militärs gegen die populäre Bewegung wehren mufste, sondern wie wir oben ausführen, darin, dafs die populäre Bewegung, die er zur Unterstützung seiner deutschen Politik aufrief, sich gegen ihn wandte, und zwar teils infolge des gegen ihn selbst bestehenden Mifstrauens, teils infolge der zwischen Militär und Volk aus aktuellen Gründen entstandenen Verstimmung. In diesem Sinne ist die Onckensche Fassung des Problemes zu korrigieren: dafs er überhaupt gegen sein Volk kämpfen mufste, und zwar in diesem Augenblicke, das war es, was den König schmerzlich bewegte. Dafs er sich dabei in der angedeuteten „Doppelstellung“ befand, und dafs er sich vom alten Staate „innerlich gar nicht losgelöst hatte“, wenn man so sagen will, war in diesem Momente durchaus irrelevant.

nischen Rathause die deutsche Trikolore flattern; sie stand er soeben im Begriffe anzuerkennen; sie sollte das Bundesbanner des neuen Deutschlands werden, und nun sollte er gegen Männer fechten lassen, die — ob mit Recht oder mit Unrecht — eben dieselben Farben zu ihrem Zeichen gegen ihn gewählt hatten? Was sein Herz damals bewegte, das sprach er der Deputation der Berliner Universität, an deren Spitze Johannes Müller stand, offen und unumwunden aus: „An diesem Morgen“, so sagte er, „habe er den schönsten Hoffnungen gelebt; er sei fest entschlossen gewesen, die deutsche Bewegung zu seiner Sache zu machen, sich an ihre Spitze zu stellen; das sei nun alles vereitelt!“[1]

Aber war es denn wirklich zu spät? Konnte das Geschehene nicht doch noch rückgängig gemacht werden? War es denn so ganz unmöglich, das Blutvergiefsen zu vermeiden, die Eintracht zwischen Krone und Volk wieder herzustellen? Schliefslich war es ja doch eine unbegreifliche Verirrung und Verblendung, die das Volk zu den Waffen getrieben hatte, und die sich der König in seiner gütigen Gesinnung nicht anders als durch die Annahme erklären konnte, dafs seine getreuen Bürger durch planmäfsige Verhetzung seitens fremder Emissäre verführt und aller vernünftigen Überlegung beraubt worden seien. Die Besinnung mufste ja doch den Rasenden zurückkehren, wenn sie erkannten, dafs das landesväterliche Herz des Herrschers von den reinsten und lautersten Absichten für das Wohl des Volkes und des gesamten Vaterlandes erfüllt war. In diesem Sinne hat Friedrich Wilhelm den zahlreichen Deputationen Gehör gegeben, die ihn schon am Nachmittage des 18. bestürmten, er möge das Militär zurückziehen. Er erklärte sich dazu unter der Bedingung bereit, dafs die Barrikaden verschwänden. In der That war ja das Militär nur dazu aufgeboten worden, um deren Räumung zu erzwingen; wenn sie jetzt niedergelegt wurden, so waren die Truppen

1) (Aegidi) „Gegen die Signatura temporis. Von einem freimütigen Widersacher der Revolution“, Berlin 1849, S. 128.

überflüssig. Fest und beharrlich aber wies der König alle weitergehenden Zumutungen zurück. Denn es war ja vorauszusehen, dafs die Entfernung des Militärs allerdings die Mifsstimmung in den Kreisen des eigentlichen Bürgertums beseitigen würde, dafs aber dadurch vielleicht die Radikalen und der Pöbel freie Hand zur Ausübung eines terroristischen Regiments erhalten könnten. Nun wurde zwar in den Volksversammlungen und durch die Deputierten dem Könige das Ansinnen vorgetragen, die Errichtung einer bewaffneten Bürgerwehr zu gestatten; aber — ganz abgesehen von allen andern Gründen, die gegen eine solche Konzession sprachen — war es zweckmäfsig, den Bürgern in dem Momente Waffen in die Hand zu drücken, da sie entweder selbst auf den Barrikaden oder doch wenigstens mit ihren Sympathieen auf der Seite der Barrikadenkämpfer standen? Solchen Erwägungen folgend, lehnte der König das Begehren der Deputationen nach Abzug des Militärs ab; als sie ihn aber versicherten, sie würden für die freiwillige Räumung der Barrikaden seitens der Insurgenten sorgen, gewährte er ihnen die nötige Frist, um Versuche in dieser Richtung zu machen. Wir wissen, dafs diese Bemühungen schliefslich alle ohne Ergebnis blieben; denn die Aufständischen beharrten beim Verlangen, dafs zuerst die Truppen sich entfernten. Durch diese Vermittlungsbestrebungen und die also herbeigeführte Verzögerung der militärischen Operationen — wenigstens an der einen Stelle — fühlte sich der kommandierende General v. Prittwitz in der Bekämpfung des Aufstandes behindert. Die eigentlichen Motive des Königs, die doch politischer Art waren, nicht würdigend, machte er des Königs persönliche Schwäche für seine Neigung zur Milde und Nachgiebigkeit verantwortlich. In die Kreise der ihm unterstellten Offiziere drang diese Auffassung durch. Man raunte sich in der Sphäre der höheren Militärs, bei denen der König überhaupt wenig beliebt war, Gerücht auf Gerücht zu, und je weiter diese Gerüchte drangen, um so mehr gewannen sie an imponierender Sicherheit und Bestimmtheit. Als der Niederschlag dieser Legendenbildung erscheinen uns die Aufzeichnungen

von Perthes, die gleichsam das Sammelbecken für all diesen Klatsch waren.[1]

Wenn es noch eines Beweises bedürfte, wie sehr sich der deutsche Ehrgeiz des Königs bemächtigt hatte, so würde, ihn zu liefern, sein Verhalten gegenüber den aufrührerischen Bürgern seiner Hauptstadt hinreichen. Ungern hatte Friedrich Wilhelm den Konstitutionalismus acceptiert; doch tröstete er sich mit der Hoffnung, ihn so zu gestalten, dafs er dabei bestehen könne. Wären nicht seine deutschen Aspirationen stark genug gewesen, nicht nur seiner Abneigung gegen den Konstitutionalismus, sondern auch all den Bedenken, die der Ausbruch des Aufstandes in ihm erregte, das Gleichgewicht zu halten, nimmermehr hätten die Dinge den Verlauf nehmen können, den sie thatsächlich genommen haben. Kurz vor dem Angriffe auf die Breite Strafse und die Barrikade vor dem Cöllnischen Rathause standen der Prinz von Preufsen und der General v. Gerlach auf dem Schlofsplatz unter einem Kandelaber zusammen. Beide, Hauptrepräsentanten des Widerstandes gegen die Einführung des konstitutionellen Systems in Preufsen, konnten ihre innerste Befriedigung über die Thorheit der Berliner nicht verbergen. Gespannt warteten sie, ob die Rebellen in der Breiten Strafse den vom Bischof Neander erwirkten Waffenstillstand benutzen würden. Der Prinz schärfte den Soldaten ein, so lange diese Frist dauere, nämlich bis 8³/₄ Uhr, keinen Schufs zu thun. Sie hielten ein kurzes Zwiegespräch, das Gerlach in seinen Aufzeichnungen mit den Worten wiedergiebt: „Ich sagte ihm, dafs ich mich freute, dafs es wieder zum Kampfe gekommen wäre, die Feinde hätten wir wieder

1) Bis zu welchen Räubergeschichten sich der Klatsch verstieg, dafür giebt einen Beleg folgendes von Pourtalès an Perthes mitgeteilte Histörchen: „Minutoli trug dem Könige fortwährend schreckliche Geschichten zu und setzte ihn dadurch in einen fieberhaften Zustand. Zwölf Männer, erzählte er ihm, seien im Wirtshause versammelt und hätten sich das Wort gegeben, den König zu ermorden.“ Man wundert sich darüber, dafs verständige Männer solche Geschichtchen à la Rinaldo Rinaldini kolportieren und — glauben konnten.

gegenüber und nicht, wie heut vormittag, unter uns. Er meinte, der König hätte das Recht, jetzt alle seine Konzessionen zurückzunehmen.“ Der Sinn dieser Wechselrede ist klar: wenn jetzt der letzte Vermittlungsversuch scheitert, wenn der Kampf auf der ganzen Linie unvermeidlich wird, so hat das Volk seinen Anspruch darauf verwirkt, daſs der König die im Bodelschwinghschen Patente gemachten Verheiſsungen erfüllt. Der Prinz und Gerlach gingen dabei von der falschen Voraussetzung aus, als ob dem Könige etwas daran läge, seine Versprechungen zurückzunehmen. Dem war keineswegs so. Mochte auch das Patent vom Standpunkte des Prinzen und Gerlachs als eine Konzession erscheinen, für den König bedeutete es, wie wir wissen, das Programm seiner deutschen Politik. Und eben daher lag ihm daran, Frieden mit seinen Bürgern zu schlieſsen, damit nicht der Bürgerkrieg in der Hauptstadt die Bahnen der deutschen Politik Preuſsens hemmend und feindlich kreuze. Daher entschloſs er sich, seinerseits seinen Unterthanen den Frieden anzubieten, und das geschah durch die berühmte Proklamation „An meine lieben Berliner“, deren Entstehungsgeschichte uns jetzt beschäftigen wird. Im Zusammenhange damit müssen wir die Vorgänge schildern, die sich im Schlosse und in der Umgebung des Königs um Mitternacht abspielten.

Die Säuberung der Breiten Straſse und die Einnahme des Cöllnischen Rathauses waren bereits beendigt.[1] Bodelschwingh, der leitende Minister, hatte bereits das Schloſs verlassen.[2] Im

1) Nachdem Gerlach den Kampf in der Breiten Straſse geschildert hat, fährt er (I, 138) fort: „Des Abends, als alles vorbei war, ging ich nach der Halle, wo ich ... Vincke ... fand.“ Ebenso Schulz (S. 87 f.); für den hier befindlichen Bericht ist, wie Schulz schreibt, „ein Augen- und Ohrenzeuge“ der Gewährsmann. Vgl. u. S. 160 Anm. 1. Der Kampf in der Breiten Straſse hatte um 11 Uhr aufgehört; vgl. Schulz S. 75.

2) Nach Diest S. 8 kam Bodelschwingh „gegen Mitternacht“ nach Hause; nach dieser Zeitangabe, die allerdings einen weiten Spielraum gewährt, hätte somit Bodelschwingh wohl noch Zeuge der Szene zwischen dem Könige und Vincke sein können. In seinem Briefe an Fallenstein vom 30. März 1848 giebt Bodelschwingh (bei Diest S. 24) thatsächlich eine Erzählung dieses Auftrittes, sodaſs man sich um so mehr zur

Vorzimmer des Königs, in der Halle, war noch eine großse Anzahl von Offizieren und Herren vom Hofe versammelt. Unter den Wartenden befand sich der Führer der Opposition vom Vereinigten Landtage, der Landrat Georg v. Vincke. Auf Bodelschwinghs Ersuchen war Vincke nach Berlin gekommen und war erst nach Ausbruch des Aufstandes eingetroffen; noch befand er sich in Reisekleidern. Auf Ersuchen der rheinischen Deputation hatte er sich auf das Schlofs begeben, um den König zu bewegen, „dem unnützen Blutvergiefsen Einhalt zu thun“ und daher um die Zurückziehung des Militärs zu bitten. Der General v. Thiele hatte ihn eingeführt und sofort beim Könige gemeldet; dieser gewährte ihm sogleich Gehör. Als der König in die Halle trat und auf Vincke zuging, hielt ihm dieser eine „wohlgesetzte“ Rede „in parlamentarischer Form.“ Er führte aus, wie gefährlich es in der Stadt aussehe, die Truppen seien bereits erschöpft und müde; wenn das

---

Annahme versucht fühlen könnte, Bodelschwingh sei in der That zugegen gewesen. Es läfst sich indes nachweisen, dafs das nicht der Fall war; denn in seinem Berichte sind Momente enthalten, die es als ausgeschlossen erscheinen lassen, dafs er damals noch im Schlosse verweilte. Er bemerkt, dafs bei der Audienz Vinckes (er nennt diesen nicht bei Namen, deutet ihn aber unverkennbar an) „beinahe niemand mehr im Schlosse war;“ nach Schulz S. 78 war jedoch die Halle „voll von Menschen, Herren vom Hofe, aber auch noch andere Personen“. Bodelschwingh erzählt weiterhin, der König sei damals durch das Schiefsen „im höchsten Grade erschüttert“ und dann durch die Reden Vinckes „eingeschüchtert werden“. Bodelschwingh kann hier nicht aus eigener Erfahrung berichten; denn wir wissen, dafs er, als er nach Hause kam (s. o. S. 150), seine Verwunderung darüber äufserte, dafs man hier noch Schiefsen höre, da im Schlosse nichts zu hören sei, dafs er ferner damals jeden Zweifel an der Festigkeit des Königs mit Entrüstung zurückwies. Friedrich Wilhelm IV. hat auch nicht „unmittelbar“ nach der Szene mit Vincke, was Bodelschwingh als „anscheinend“ bezeichnet, die Proklamation niedergeschrieben. Offenbar ist der Bericht Bodelschwinghs über die Audienz Vinckes von der Tendenz getragen, Vincke als denjenigen hinzustellen, unter dessen Einflusse die Proklamation des Königs entstanden ist. Sein Bericht über den Auftritt in der Halle giebt nicht Selbsterlebtes wieder, sondern stützt sich nur auf Hörensagen. Daher die Übertreibung sowohl des Eindruckes, als auch des Einflusses, den Vinckes Reden auf den König ausgeübt haben sollen.

Gefecht am Morgen wieder beginne, so werde es kein gutes Ende nehmen; er bemerkte, er habe gesehen, wie Soldaten planlos ihr Gewehr gegen die Fenster eines Hauses abgefeuert hätten, und das habe auf ihn einen höchst fatalen Eindruck gemacht. Mehrere der anwesenden Offiziere, darunter der General v. Gerlach, lachten über diese Bemerkung. In grofser Erregung wandte sich Vincke gegen sie und rief mit Emphase: „Heute, meine Herren, lachen sie; morgen vielleicht werden sie nicht lachen!“ Dem Könige war der Auftritt in Gegenwart so vieler Zeugen unangenehm. Er nahm Vincke zur Seite und setzte das Gespräch mit ihm noch einige Minuten fort. Als er ihn frug, was dann werden solle, wenn die Truppen zurückgezogen würden, antwortete Vincke „mit seiner elenden Klopffechterdialektik, vom Vereinigten Landtage her bekannt“: „Was soll dann aber werden, wenn das Volk siegt?“[1]

1) Die Hauptquellen für die nächtliche Audienz Vinckes sind: Raveaux bei Kolatschek I, 413f., Gerlach I, 138 und Schulz 78f. Die beiden letzten Berichte stimmen so genau, fast wörtlich mit einander überein, dafs man versucht ist, Gerlach für den „Augen- und Ohrenzeugen“ (s. o. S. 158. Anm. 1) zu halten, den Schulz als seinen Gewährsmann nennt. Daneben kommen in Betracht Diest S. 24 (vgl. die vorige Anm.), sowie eine Aufzeichnung bei Perthes, bei der der General von Griesheim als Berichterstatter genannt wird. Zur Behauptung Gerlachs und Griesheims, dafs Vincke der letzte war, der mit dem Könige in dieser Nacht sprach, vgl. die übernächste Anmerkung. Eine Aufzeichnung bei Varnhagen IV, 310f. bringt, wiewohl sie sich als „sehr zuverlässige Mitteilung vom Hofe her“ ausgiebt, einen höchst entstellten Bericht über die Vinckesche Audienz. Eine höchst ergötzliche Erzählung über dieselbe findet sich bei Wolff I, 198f. Der Held ist hier nicht der Deputierte, sondern sein Vetter, der Major a. D. von Vincke, der auf die Kunde von der Wiener Revolution von seinem schlesischen Landgute nach Berlin goeilt und noch mit dem Reisestaube bedeckt am Abende des 17. März unangemeldet in das Zimmer des Königs getreten sei, um diesem à la Marquis Posa zuzurufen: „Majestät, ich sehe die Krone auf ihrem Haupte wanken . . . Von Ihnen, meine Herren“, fuhr er fort, auf die darüber entsetzten und ihm ins Wort fallenden Generaladjutanten weisend, „hat dem Könige keiner die Wahrheit zu sagen den Mut gehabt. Es ist an der Zeit, an der höchsten Zeit, nichts länger zu bemänteln und zu vertuschen; wir müssen sprechen, wir müssen handeln.“

Man begegnet in mehreren Quellen der Behauptung, dafs die Proklamation des Königs an die Berliner im wesentlichen als eine Wirkung der Mahnungen Vinckes zur Nachgiebigkeit anzusehen sei[1], zumal da, wie sie andeuten, der König nach der Unterredung mit Vincke mit niemandem mehr gesprochen habe.[2] Das ist offenbar zuviel gesagt; auch war Vincke keineswegs der letzte, mit dem sich der König beriet. Übrigens hat Friedrich Wilhelm IV. später ausdrücklich in Abrede gestellt, dafs seine Proklamation unter dem Einflusse eines anderen entstanden sei, und betont, sie sei aus seiner eigenen Entschliefsung entsprungen.[3] Wenngleich man keinen Grund

1) Bodelschwingh (im Briefe an Fallenstein) ist der erste, der das durchblicken läfst, ebenso Gerlach, Schulz und Griesheim.

2) Vgl. Bodelschwingh a. O.: „Es war beinahe niemand mehr im Schlofs." Schulz a. O.: „Der König soll sich später mit niemand mehr unterhalten haben." Griesheim a. O.: „Der letzte, welchen der König in der Nacht sah, war Georg von Vincke." Gerlach a. O.: „Nach Vincke hat, wie Rauch sagt, der König niemand mehr gesprochen, Prittwitz wohl unmittelbar vor seinem [sc. des Königs] Herauskommen [nämlich aus seinem Arbeitszimmer in die Halle], um Vinckes Rede anzuhören." So bestimmt diese Versicherungen auftreten, so sind sie doch falsch, insbesondere die Angabe Rauch-Gerlachs, die auch dadurch übrigens bemerkenswert ist, dafs sie die Audienz des Generals v. Prittwitz vor die Vinckes setzt. Die Vinckesche Audienz mufs vielmehr der Prittwitzschen vorangegangen sein. Das beweist der von Prittwitz selbst (vgl. u. S. 163, Anm. 2) berichtete Umstand, dafs, als sich Prittwitz entfernte, der König nicht wieder in die Halle hinaustrat, sondern die Füfse entkleidete und sich an den Schreibtisch setzte, um die Proklamation niederzuschreiben; dann hat ihn in dieser Nacht nur noch Radziwill gesehen. Nach Sybel a. O. 244, der sich dafür zu Unrecht auf eine Angabe von Ravoaux (in Kolatscheks deutscher Monatsschrift I, 412 ff.) beruft, soll die Audienz Vinckes „gegen 9 Uhr abends" stattgefunden haben. Das ist unzweifelhaft unrichtig; sie hat vielmehr um 11 Uhr abends stattgefunden (vgl. o. S. 158 Anm. 1.) Die Audienz des Generals v. Prittwitz erfolgte „kurz vor Mitternacht" (Schulz S. 79); also auch daraus erhellt entgegen den Angaben Gerlachs die Priorität der Unterredung des Königs mit Vincke vor der mit Prittwitz.

3) Ende November 1848 verlas Leo seine Signatura temporis in Gegenwart des Königs. Gerlach (I, 245) erzählt darüber: „die Lesung von Leos Schrift begann, ohne dafs der König viel hineinredete. Nur bei

hat, an dieser Aussage des Königs zu zweifeln, so wäre es doch immerhin möglich, daſs die Schilderung Vinckes von dem unsicheren Stande der Aussichten für die Fortsetzung des Kampfes eines der Momente war, die den König bestimmten, den Erlaſs seiner Proklamation in Erwägung zu ziehen, oder daſs er dadurch in diesem Beschlusse, wenn er ihn schon gefaſst hatte, noch bestärkt wurde. Alle Nachrichten stimmen jedenfalls darin überein, daſs Vinckes Worte auf den König „sichtbaren Eindruck“ machten, und da, wie wir sehen werden, der amtliche Bericht, den der kommandierende General v. Prittwitz gleich nachher erstattete, durchaus geeignet war, die Wahrnehmungen Vinckes zu bestätigen, so können wir seinen Mahnungen immerhin einigen — wenngleich keineswegs ausschlaggebenden — Einfluſs auf die Proklamation beimessen, die der König nunmehr entwarf.[1]

dem Entschluſs zur Proklamation „An meine lieben Berliner“, sagte er, sie sei allein von ihm ausgegangen, niemand habe sie ihm geraten.“ Vgl. hiezu Oncken (a. O. S. 127), der mit Recht bemerkt, daſs dieser Einspruch des Königs sich gegen die ursprüngliche Annahme Leos richtete, daſs Vincke ihn zum Erlasse der Proklamation bestimmt habe. Oncken weist zugleich darauf hin, daſs diese ursprüngliche Annahme Leos sich augenscheinlich auf einen Satz in den Aufzeichnungen Gerlachs stützte, der nunmehr Bd. I, S. 138 abgedruckt ist: „Vincke behielt leider [mit seiner Prophezeiung, daſs man am nächsten Tage nicht mehr lachen werde] recht, weil man [nämlich der König] sich nach seinen schlechten Ratschlägen richtete.“

1) Vincke muſs selbst den Eindruck seiner Worte auf den König überschätzt haben; vgl. Schulz (S. 19): „Gewiſs ist, daſs Herr v. Vincke, als man in der gröſsten Not, während des nächsten Sommers daran dachte, ihm ein Ministerium anzubieten, daran erinnert wurde, wie mit durch seine Schuld die Truppen zurückgezogen worden seyen. Ebenso gewiſs hat er sich diese Erinnerung gefallen lassen.“ Er hat auch (vgl. Gerlach I, 138 Anm.) zuerst „gegen Bedelschwingh Reue über seine Rede geäuſsert.“ Später freilich hat er, und ohne Zweifel fälschlich, behauptet, er „habe den König zur Standhaftigkeit ermahnt“, und in demselben Sinne hat sich nach seinem Tode seine Witwe geäuſsert (Diest S. 11f.) In der preuſsischen Kammer hat er übrigens selbst einmal zugegeben, er habe dem Könige geraten, die Truppen nach dem Schloſsplatze zurückzuziehen; vgl. Petersdorff S. 80.

Kurz vor Mitternacht, nachdem der Herrscher Vincke entlassen hatte, beschied er den General v. Prittwitz zur Berichterstattung über den Stand der Dinge in sein Kabinet.[1] Die Unterredung zwischen beiden fand unter vier Augen statt. Der General gab ein ausführliches Gutachten über die augenblickliche Lage und über die Aussichten für die Fortsetzung des Kampfes ab.[2] Er führte aus: Der Plan, einen bestimmten Rayon der inneren Stadt zu nehmen, sei durchgeführt. Man müsse nunmehr den Eindruck abwarten, den die bisherigen Erfolge bei der Bevölkerung hervorbringen würden. Sollte dieser Eindruck nicht nachhaltig genug sein, um die Bürger zur Unterwerfung zu zwingen, so lasse sich die Stellung, die man eingenommen habe, wohl noch einige Tage lang behaupten; allerdings sei er zu schwach, dann noch weitere Fortschritte zu machen. Denn es müsse dann Strafse für Strafse erobert, die schon unterworfenen Stadtteile aber müfsten durch soutiens als Reserven gesichert werden, damit nicht im Rücken der vordringenden Truppen neue Feindseligkeiten ausbrächen; für derart komplizierte Operationen genügten aber die ihm zur Verfügung stehenden Truppen keinesfalls. Durch tagelange Kämpfe könne es geschehen, dafs sich die Rebellen an das Feuer der Truppen gewöhnten, und die Chancen für einen glücklichen Ausgang des Strafsenkampfes würden sich dann sehr verringern. Wenn der Aufruhr nicht schon in den näch-

1) Bei dem Auftritte in der Halle scheint Prittwitz nicht zugegen gewesen zu sein. Seine Anwesenheit daselbst wird nicht erwähnt; bei der Art, wie Gerlach über seine Unterredung mit dem Könige berichtet, erscheint sie sogar direkt ausgeschlossen; denn sonst wäre Gerlach schwerlich in den Irrtum verfallen, dafs die Audienz von Prittwitz schon vorüber war. Eben daher kann er wohl auch nicht der Gewährsmann von Schulz für die Szene in der Halle gewesen sein.

2) Das folgende nach den Nobilingschen Exzerpten aus dem 1854 gedruckten, vor der Ausgabe jedoch vernichteten Buche von Prittwitz über den Kampf während der Märztage (bei Sybel a. O. S. 245). Die Nobilingschen Nachrichten werden im wesentlichen durch Gerlach (I, 138f.) bestätigt, der auch durch Prittwitz informiert war („Auf diese Rede, die mir Prittwitz selbst erzählt").

sten Tagen erstickt werden könne, sei es daher ratsam, die Garnison herauszuziehen und zu einer strengen Blokade der Stadt zu verwenden. Mit der Garnison müfsten zugleich der König, die königliche Familie und der Hof Berlin verlassen; auch müfsten die in Berlin vorhandenen Staatsgelder und Vorräte, insoweit es möglich sei, entfernt werden. Prittwitz erklärte die nächste Nacht (vom 19. bis 20. März) für den frühesten Zeitpunkt zur Ausführung des Ausmarsches aus Berlin.

So das Gutachten von Prittwitz. Zwei Fragen treten uns dabei entgegen: Entsprach es dem thatsächlichen Stande der Dinge? Wie wirkte es auf den König?

Ohne Zweifel stellte das Gutachten die Aussichten der Regierung für die Fortsetzung des Barrikadenkampfes nicht gerade in einem günstigen Lichte dar. Es rechnete mit der Möglichkeit, dafs es den Truppen unmöglich sein würde, die Revolution durch Vorgehen innerhalb der Stadt niederzuwerfen, und darin berührte es sich mit den Schilderungen, die Vincke soeben von den Zuständen in der Stadt dem Könige entworfen hatte. Nun war es ja kein Wunder, dafs ein Zivilist, der soeben erst des Abends von auswärts angelangt war, die Gefahr in seiner von Angst erhitzten Phantasie überschätzte; bei dem kommandierenden Generale sollte man sich doch aber dessen nicht versehen. Oder sollte Prittwitz mit seiner pessimistischen Beurteilung der Lage doch recht gehabt haben? Es wird darauf ankommen, uns auf Grund unverdächtiger Zeugnisse ein richtiges und einwandfreies Urteil über den Kampf und die Aussichten des Barrikadenkampfes am Abende des 18. März zu bilden.

Alle militärischen und auch ein Teil der bürgerlichen Berichterstatter stimmen darin überein, dafs die Chancen der Insurgenten für eine Fortsetzung der Feindseligkeiten sehr schlecht standen. Nirgends, so erfahren wir von Gerlach, hielten sie stand; sobald gefeuert wurde, lief alles fort; eine eigentliche Verteidigung fand nicht statt, mit Leichtigkeit nahmen die Truppen die Barrikaden. Nur bei der Eröffnung des Angriffes auf die Barrikaden der Breiten Strafse erhielten die Truppen solches Feuer, dafs sie zweimal umkehren mufsten.

Im allgemeinen schossen die Aufrührer aus Feigheit so schlecht, dafs sie z. B. in der Königstrafse das Feuer einstellten, sowie einer verwundet war, und dafs die Häuser nur beim Eingang und bisweilen aus Verzweiflung auf dem obersten Boden verteidigt wurden.[1] Das von Prittwitz inspirierte Buch des Obersten v. Schulz bemerkt, dafs der anfängliche Mifserfolg auf der Breiten Strafse im Angesichte des Schlosses Prittwitz um so unangenehmer war, „als man bisher nirgends auf wirklich hartnäckigen Widerstand gestofsen war und die Tapferkeit der Gegner nicht eben hoch anschlug".[2] Hohenlohe, der selbst als junger Offizier am Kampf teilnahm, fällt das Urteil: „Der Widerstand der Aufständischen war nicht im Geringsten heldenhaft. Sie schossen, wie gesagt, meuchlings, dann aber im Kampfe, Mann gegen Mann waren sie meist feige". Er erzählt auch, dafs einer der Führer des Aufstandes nach Mitternacht vom Kampfe nach Hause gekommen sei und Vorbereitungen zur Flucht getroffen habe, da die Leute überall den Truppen unterlegen seien und sich weigerten, weiter zu kämpfen.[3] Die Insurgenten hatten Mangel an Munition uud Waffen. Als der Aufstand ausbrach, waren die Mitglieder der Schützengilde die einzigen, die in dieser Hinsicht gut ausgerüstet waren. Was sonst an Gewehren und Munitiou vorhanden war, genügte den Ansprüchen eines ernstlichen Kampfes kaum, und noch weniger die aufgeschichteten Steine. Auch Gerlach bemerkt, dafs Steine, nur wenn sie besonders geschickt geworfen würden, eine gefährliche Waffe seien, und dafs Dachsteine fast nie verletzten. Auf der grofsen Barrikade auf dem Alexanderplatze war am Morgen des 19. März die Munition so gut wie erschöpft. Sehr anschaulich schildert Fontane, wie primitiv die Bewaffnung war. Man stürmte etwa das Königstädter Theater und versah sich aus dessen Requisitenkammer mit

1) Gerlach I, 136ff.

2) v. Schulz a. O. S. 73.

3) Hohenlohe I, 34ff. Die Quelle Hohenlohes über die Vorbereitungen des oben erwähnten Agitators zur Flucht sind offenbar die Mitteilungen zweier Offiziere, die jener vor der Volkswut gerettet und nach seinem Hause gebracht hatte; vgl. ebd. S. 35.

Degen, Speeren, Partisanen und einigen Dutzend kleiner Theaterkarabiner, die weniger Gewehre als Spielzeuge waren. Fontane erzählt, wie er vom Oranienburger Thore in der Nacht zum Alexanderplatze ging: „Die wohl fast eine halbe Meile lange Wegstrecke war mit Barrikaden übersäet, aber zugleich still und menschenleer. Das Ganze glich einer ausgegrabenen Stadt, in der das Mondlicht spazieren ging. Wenn wirklich Verteidiger dagewesen waren, so hatten sie sich etwas früh zur Ruhe begeben. Mein Elendsgefühl über das, was eine Revolution sein wollte, war in einem beständigen Wachsen“.[1] Wolfgang Menzel, der als Bevollmächtigter des Königs von Württemberg in diesen Tagen in Berlin weilte, giebt den Eindruck, den er von den revolutionären Vorgängen empfing, mit den Worten wieder: „Es war überhaupt keine rechte Revolution. Es kam zu gar keinem offenen Kampfe Mann gegen Mann. Die Tumultuanten schossen nur aus den Häusern und haben nicht einmal die Barrikaden mit den Waffen in der Hand verteidigt, sondern nur dahinter versteckt geschossen, um davon zu laufen, wenn die Soldaten einen Bayonettangriff machten . . . Man sagte damals, ein pommersches Regiment habe sich erboten, alleine mit dem ganzen Berliner Pöbel fertig zu werden, und dieses Regiment würde es auch geleistet haben. Der Aufstand war am Sonntagmorgen schon besiegt, auf einen kleinen Raum der Stadt beschränkt, und es hätte keiner Stunde mehr bedurft, um ihn völlig niederzuschlagen. Dann wäre der König Herr und Meister geblieben“.[2] Und zu ganz demselben Ergebnisse gelangt der jüngste Geschichtsschreiber der Berliner Märztage von militärischer Seite: „Vom militärischen Standpunkte aus betrachtet, stand mithin die Gefechtslage so günstig wie nur denkbar. Am 19. März bedurfte es nur des einen Wortes „Vorwärts“, und beim ersten Anlaufe wären die wenigen Häuser und Barrikaden genommen worden, welche sich noch in den Händen der Aufständischen befanden. Etwa nach Ver-

1) Fontane S. 267 f.

2) W. Menzels Denkwürdigkeiten S. 402.

lauf von ein bis zwei Stunden würde General v. Prittwitz haben melden können:

„Ganz Berlin liegt Ew. Majestät zu Füßsen“.[1]

Bei so vielen unanfechtbaren Zeugnissen aus den verschiedenen Lagern über den günstigen Stand des Barrikadenkampfes für das Militär mufs uns die pessimistische Färbung des Gutachtens, das Prittwitz in der Nacht vom 18. zum 19. März dem König erstattete, als ein Rätsel erscheinen, für dessen Lösung es nur zwei Möglichkeiten giebt: Entweder Prittwitz war seiner Aufgabe insofern nicht gewachsen, als er, sei es aus Unfähigkeit, sei es aus grober Fahrlässigkeit, die Sachlage falsch beurteilte; oder er hat bewufst und absichtlich dem Könige die Dinge in einem falschen Lichte gezeigt. Nicht nur damals hat Prittwitz übrigens eben diese Auffassung von dem Stande des Gefechtes geäufsert, sondern ganz ebenso am nächsten Morgen gegenüber dem Polizeipräsidenten v. Minutoli und abermals vor dem Könige selbst. Bodelschwingh hat somit durchaus recht, wenn er behauptete, „Prittwitz habe ja auch erklärt, die Sache nicht länger halten zu können“. Nun ist es kaum glaublich, dafs Prittwitz im Ernste dieser Ansicht war; sagt doch der von ihm inspirierte Oberst von Schulz ausdrücklich, „man“ [d. h. Prittwitz] sei nirgends auf wirklich hartnäckigen Widerstand gestofsen und habe die Tapferkeit der Gegner nicht eben hoch angeschlagen. So bleibt denn nur noch die zweite Möglichkeit übrig, dafs Prittwitz aus bestimmten Gründen die Sachlage entstellt hat, und dafs dem so ist, läfst sich durch ein positives Quellenzeugnis erhärten, das uns zugleich einen Hinblick auf die Motive giebt, von denen sich Prittwitz leiten liefs. Im Jahre 1852 schrieb Gerlach, als es sich um kirchenpolitische Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Könige handelte, in sein Tagebuch: „Wenn ich auch sehr betrübt bin über die Stimmung des Königs, so befestigt mich in meiner Unterwerfung doch die klare Anschauung, dafs Prittwitz und Brandenburg durch ihre innere und daher auch äufsere

1) v. Meyerinck a. O. S. 161. Vergl. auch die Erklärungen Alvenslebens (u. S. 173) und der Naunynschen Deputation (u. S. 203).

Opposition gegen die Person des Königs nicht allein innerlich in Sünde, sondern auch äufserlich in grobe Fehler gefallen sind. Prittwitz hätte den Skandal des 19. März, den er jetzt stark mitverschuldet hat, ohne diese Opposition von uns abgewandt; er hatte hinreichende Eigenschaften dazu: Aus dieser Opposition sprach er von Mangel der Truppen, von der Möglichkeit, die Stadt verlassen zu müssen; aus derselben Opposition gehorchte er Bodelschwingh, liefs die Truppen sich unter der Hand verkrümeln, schickte die auswärtigen Truppen nach ihren Kantonnements und gab den andern die Erlaubnis, nach den Umständen ebenfalls fortzugehen."[1]

Hier interessiert uns zunächst — auf die übrigen Äufserungen der oppositionellen Haltung des Generals werden wir später noch zu sprechen kommen — das Bekenntnis Gerlachs, dafs Prittwitz, wiewohl es ihm nicht an „hinreichenden Eigenschaften" fehlte, d. h. nicht aus militärischer Unfähigkeit oder Fahrlässigkeit, sondern aus „Opposition" in seinem Gutachten dem Könige gegenüber vom Mangel an Truppen und von der Möglichkeit sprach, die Stadt nicht halten zu können. Leider giebt Gerlach nicht an, worin die Opposition von Prittwitz gipfelte; es gilt also, in diesem Punkte durch sachliche Erwägungen Klarheit zu schaffen. Oncken, der das Verdienst hat, zuerst auf diese merkwürdige Stelle bei Gerlach hingewiesen zu haben, hat den Versuch gemacht, sie zu erklären, indem er ausführt: „Über das, was Gerlach unverkennbar andeutet, kann kein Zweifel sein. Er glaubt, dem Gutachten Prittwitzens eine Tendenz vorwerfen zu dürfen, dem Könige die Lage bedenklicher oder doch wenigstens ungewisser, als sie wirklich war, zu schildern; das konnte natürlich nur in der Absicht geschehen, die Dinge länger und fester in den Händen der militärischen Gewalt zu belassen, und höchst wahrscheinlich weiterhin in der Hoffnung, den König von weiteren Konzessionen zurückzuhalten oder gar zur Ausnützung des Sieges im reaktionären Sinne hinzuführen". Und weiterhin schildert Oncken

1) Gerlach I, 729f.

die Folgen eines nach den Intentionen von Prittwitz „siegreich" durchgeführten Vernichtungskampfes gegen die Revolution für die deutsche Politik des Königs mit den Worten: „Der Sieg der Armee bedeutete zum mindesten Verzicht auf die deutsche Idee. Der König hätte nach dem Siege sich der Macht in die Arme werfen müssen, die ihn halb wider seinen Willen gerettet hatte ... Es erscheint doch fraglich, ob nach einem völlig durchgeführten Siege der Armee noch die Politik des Patents vom 18. März, was die Gestaltung der innerpreufsischen Verhältnisse angeht, sich hätte halten lassen. In dem Blut eines mehrtägigen Kampfes wäre auch die deutsche Politik Friedrich Wilhelms und Radowitzens erstickt worden".[1]

Es ist mir nicht möglich, mich mit diesen Auseinandersetzungen Onckens einverstanden zu erklären. Sie stehen im Zusammenhange mit der allzu allgemein gehaltenen, die aktuellen Verhältnisse aufser Acht lassenden Auffassung Onckens von dem zwischen Militär und Volk obwaltenden Gegensatze. Wir wissen, dafs Prittwitz aus „derselben Opposition", aus der er von der Möglichkeit eines Abzuges aus der Stadt redete,

1) Oncken ist geneigt, das Gutachten von Prittwitz im wesentlichen für richtig gelten zu lassen und die Ausführungen Meyerincks über den Stand des Gefechtes am Morgen des 19. für allzu optimistisch gefärbt anzusehen. Er meint, wenn v. Meyerinck recht hätte, so wäre das Gutachten des Generals „nur aus einer völligen Verkennung des gewonnenen Sieges zu erklären", und fügt hinzu: „Man hat kein Recht, sie dem vortrefflichen Soldaten Schuld zu geben: In seinen Grundlinien mufs der Bericht durchaus dem thatsächlichen Stande der Dinge entsprechen." Wir haben oben im Texte gezeigt, dafs die besten gleichzeitigen Quellen durchaus die Auffassung Meyerincks bestätigen. Nicht um eine Verkennung der Sachlage handelt es sich bei Prittwitz, sondern um eine bewufste und tendenziöse Entstellung. Eine allzu milde Erklärung des Prittwitzschen Verfahrens erscheint es mir daher, wenn Oncken, nachdem er die Richtigkeit des Gutachtens betont hat, fortfährt: „Und doch will ich danoben es nicht für ausgeschlossen halten, dafs in die Färbung des Gutachtens, zumal in die ausmalende Erörterung der äufsersten Möglichkeiten, etwas wie vielleicht unbewufste Berechnung hineingespielt hat." Wir werden zeigen, dafs Prittwitz mit seiner pessimistischen Färbung einen ganz bestimmten Zweck, und zwar bewufst, verfolgte.

auch Bodelschwingh gehorchte, die Truppen sich verkrümeln liefs und aus der Stadt schickte. Wenn nun eine Art militärischer Diktatur das Ziel war, das Prittwitz in seiner Opposition gegen den König erstrebte, was hatte es dann für einen Sinn, die Truppen sich verkrümeln zu lassen und aus der Stadt hinauszuschicken? Man geht doch nicht an die Begründung einer militärischen Gewaltherrschaft, indem man sich zunächst der Truppen entblöfst. Ich kann mich auch nicht davon überzeugen, dafs ein „siegreich durchgeführter Vernichtungskampf“ (wenn man diesen Ausdruck gebrauchen will) oder wenigstens ein „Sieg der Armee“ für den König einen Verzicht auf die deutsche Politik bedeutete, da sich Friedrich Wilhelm IV. dann „der Macht in die Arme werfen mufste, die ihn gerettet hatte“. So standen die Dinge überhaupt nicht, dafs es sich damals schon darum handelte, den König „zu retten.“ Mochten fernerhin auch immer in der Armee Gesinnungen obwalten, die von den politischen Intentionen des Königs abwichen, so weit ging der politische Eifer in der Armee keineswegs, dem Könige eine Änderung seiner Politik diktieren zu wollen. Es ist sehr bezeichnend, dafs selbst in der Vorrede zu der von Prittwitz inspirierten Schrift des Obersten v. Schulz über die Berliner Märztage bemerkt wird: „Siegte die Regierung, so handelte es sich keineswegs um blofse Bändigung einer Revolte, sondern die Einheit Deutschlands war auf naturgemäfsem Wege und mit Notwendigkeit die Folge davon“, und es wird in ihr beklagt, dafs dieses Ergebnis infolge des Verlaufes, den die Revolution nahm, nicht zu stande kam. Dafs der Geist eines starren Altpreufsentums von vornherein allgemein und unbedingt das Kennzeichen des preufsischen Offizierkorps gewesen sei, ist eine Behauptung, die in dieser scharfen Formulierung Anlafs zu manchen Bedenken geben könnte.[1] Die prononzierte

1) Selbst Roon schreibt am 22. März 1848 (Denkwürdigkeiten I[4], S. 146): „Was sonst unter andern Umständen vielleicht mit Jubel begrüfst worden wäre, die drei Farben, die Deutschlands Einheit bedeuten und Preufsens Gröfse bezeichnen konnten, diese rufen Schamröte auf die Wangen und Thränen in die Augen bärtiger Männer,

Betonung des altpreufsischen Standpunktes in der preufsischen Armee nach den Ereignissen des 18. und 19. März entbehrt nicht des Zusammenhanges mit der in jenen Tagen herrschenden Verstimmung gegen den König, über deren Ursache wir noch sprechen werden. Wenn auch der Prinz von Preufsen und Gerlach sich am Abende des 18. März freuten, dafs es zum Kampfe kam, weil nun der König berechtigt sei, seine „Konzessionen“ zurückzunehmen, so hätten sie es doch, falls der König nicht von selber daran dachte, nach dem Siege schwerlich gewagt, einen Zwang nach dieser Richtung auf ihn auszuüben. Einer solchen Prätorianerrolle aktiven Widerstandes gegen den obersten Kriegsherrn war das preufsische Offizierkorps und Heer nicht fähig. Der Rückzug von den Barrikaden, der noch viel schimpflichere Abmarsch aus Berlin, die ihr nach errungenem Siege anbefohlen wurden, und deren Schuld man dem Könige beimafs, stellten den Gehorsam der Armee auf eine weit ernstere Probe, als die neue Wendung in der Politik des Königs, und wenn auch der Groll und Trotz nur mühsam verhalten wurden, so hat die Disziplin doch schliefslich die Oberhand behalten. Und wenn Friedrich Wilhelm IV. zauderte, Berlin durch rücksichtslose Anwendung von Gewalt niederzuwerfen, so ganz sicherlich nicht deshalb, weil er fürchtete, dadurch in Abhängigkeit von seinem Heere zu geraten.

Nicht um die Tendenz zur Errichtung einer Art von Militärdiktatur, deren Spitze sich auch gegen den König kehren sollte, handelte es sich bei der „Opposition“ des Generals von Prittwitz. Diese letztere entsprang vielmehr einem Bestreben, das auf ein viel näher liegendes praktisch-militärisches Ziel gerichtet war. Wir haben bereits erwähnt, dafs des Königs Geneigtheit, Vermittlungsversuchen Gehör zu geben, von der Militärpartei gemifsbilligt und auf die Rechnung persönlicher Schwäche gesetzt wurde. Am liebsten wäre es ihr gewesen, wenn sich der König gar nicht in der Stadt befunden hätte,

---

weil sie die Ohnmacht des Königs, den Untergang Preufsens am deutlichsten bekunden.“

da infolge seiner Anwesenheit andere als rein militärische Rücksichten für das Verfahren gegen die Aufständischen zur Geltung gelangten. In dem Buche des Obersten von Schulz finden wir bei der Darstellung der Ereignisse des 16. März die ersichtlich auf Prittwitz selbst zurückgehende Notiz: „Wir haben einigen Grund, die Angabe: S. M. der König sey am Morgen [sc. des 16.] entschlossen gewesen, Berlin zu verlassen, jedoch wegen widerstrebender Ansichten in seiner allernächsten Umgebung davon zurückgekommen, für richtig zu halten. Jedenfalls war der Entschlufs den Umständen durchaus angemessen und das Aufgeben desselben ein grofses Unglück".[1] Die letzten Worte beweisen, dafs die Entfernung des Königs aus Berlin thatsächlich der Wunsch der Militärpartei war. Der König hat in Übereinstimmung mit dieser Nachricht des Obersten von Schulz später selbst Gerlach erzählt, er habe am 16. oder auch schon am 15. die Absicht gehabt, Berlin zu verlassen, um, wie er sich ausdrückte, „dem Aufstande sein Objekt zu nehmen"; man habe aber in ihn gedrungen, dieses nicht zu thun, um den Schein der Furcht zu vermeiden, und er sei zwar nicht aus diesem Grunde, wohl aber wegen der Krankheit seiner Gemahlin, die das Fahren nicht vertragen konnte, schliefslich in Berlin geblieben. Gerlach fügt hinzu, die Tumulte hätten auch bis dahin ein so ungefährliches Aussehen gehabt, dafs die Abreise des Königs durchaus nicht nötig erschien.[2]

Als am Mittage des 18. März die Revolte wirklich ausbrach, als Prittwitz zwar den Oberbefehl erhielt, sich aber in

---

1) Schulz a. O. S. 20 f. In der Darstellung v. Meyerincks klingt noch dieselbe Empfindung durch, wenn es auf S. 158 heifst: „Durch die Anwesenheit S. M. des Königs im Schlosse hatte der Kommandierende Rücksichten zu nehmen, und wurden ihm hierdurch in der freien Aktion vielfach die Hände gebunden".

2) Gerlach I, 133. G. berichtet hier auch die folgende Äufserung Wellingtons über Prittwitz: „mais pourquoi ce brave général, dont vous me dites tant de bien, n'a pas commencé ses opérations par éloigner le roi?

seinen Operationen durch die Weisungen des Herrschers gehemmt sah, da wurde er sicherlich von lebhaftem Bedauern erfüllt, dafs der König seine ursprüngliche Absicht, Berlin zu verlassen, nicht verwirklicht hatte. Ohne Zweifel wurde das Projekt der Entfernung des Königs aus Berlin am Hofe und in den leitenden Kreisen der Militärpartei jetzt lebhaft erörtert; doch müssen wohl zunächst noch die Ansichten auseinander gegangen sein. Am Abende des 18. erhielt der König einen Brief von Radowitz aus Wien. Es war darin der Rat enthalten, bei einem Aufstande sofort die Stadt zu verlassen. Alvensleben wandte dagegen ein, für die aktuelle Lage passe dieser Vorschlag nicht, da ja die Truppen vollständig gesiegt hätten. Auch der General von Thiele war dieser Ansicht.[1] Einstimmigkeit kann jedoch schwerlich geherrscht haben; wenigstens wird uns berichtet, dafs ein General, dessen Namen wir leider nicht kennen, beim Anbruche der Nacht alles zur Fahrt des Königs und der Königin nach Potsdam hergerichtet habe, — freilich kaum auf Befehl des Herrschers, sondern eigenmächtig oder im Einverständnisse mit derjenigen Partei, die die Entfernung des Königs aus Berlin wünschte.[2] Wahrscheinlich hoffte man, den Monarchen schliefslich doch noch im Laufe der Nacht zur Abreise bewegen zu können; doch täuschte man sich in dieser Erwartung. Da nun der König blieb, so war immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen, dafs schon wegen seiner Neigung zu Verhandlungen die Niederwerfung der Rebellen am folgenden Tage noch nicht vollendet werden möchte. Dann verschlechterten sich allerdings die Aussichten der Truppen für einen glücklichen Erfolg im Strafsenkampfe; indem sie fortwährend auf den Strafsen kampierten

---

1) Nach einer Erzählung Alvenslebens an Gerlach bei Petersdorff S. 80. Zu beachten ist die auch hier ausgesprochene Gewifsheit des Sieges der Truppen über die Rebellen, die wohl alle Zweifel über den Stand des Kampfes ausschliefst.

2) Vgl. die Tagebuchnotizen eines ungenannten höheren Offiziers in der Kreuzzeitung vom 16. März 1889, wiederholt bei Sybel a. O. S. 251 und Anm. 4 ebend. Siehe auch Wolff I, S. 200 f.

und sich in einem Stadium befanden, in dem der Kampf schwieg, ohne dafs sie sich doch Ruhe gönnen durften, wurden sie der Ermattung und Abspannung preisgegeben; ihre Schlagfertigkeit und Brauchbarkeit erlitten starke Einbufse. War es in Berücksichtigung dieser Eventualität nicht besser, überhaupt die Stadt zu räumen und den Schauplatz des Angriffes nach aufsen zu verlegen? Der König begab sich dann nach Potsdam; Prittwitz aber hatte nun freie Hand: indem er die Stadt zernierte und nötigenfalls beschofs, war es ein Leichtes, sie zur Ergebung zu zwingen. Den König aus Berlin zu entfernen, wenn sich der Kampf, sei es an sich, sei es infolge fruchtloser Verhandlungen mit den Aufständischen, noch länger als einen Tag hinzöge: das war der leitende Gesichtspunkt, der dem Gutachten von Prittwitz offenbar zu Grunde lag. Eben darum sprach er davon, dafs die Anzahl seiner Truppen nicht genüge, und von der Möglichkeit, die Stadt verlassen zu müssen. Der von ihm vorgeschützte Truppenmangel ist übrigens als ein zwingender Grund zum Auszuge aus Berlin nicht anzuerkennen. Es standen so viel Truppen in nicht allzu entfernten Garnisonen, die, falls sich die Feindseligkeiten noch mehrere Tage hinzogen, mit der Eisenbahn in kürzester Frist nach Berlin befördert werden konnten, um die Operationen im Innern durch den Versuch des Eindringens von aussen zu unterstützen. Aber es war eben die Hauptsache, den König aus der Mitte seiner Bürger zu entfernen, damit die fruchtlosen und der Militärpartei entwürdigend scheinenden Vermittlungsverhandlungen ihr Ende fanden. Es ist auch möglich, — wir verirren uns dabei vielleicht freilich allzusehr auf das Gebiet der Vermutung — dafs der Militärpartei die Vorstellung vorschwebte, da ja in ihren Kreisen die neue Wendung der preufsischen Politik unter dem Gesichtswinkel von blofsen Konzessionen erschien, dafs dem Könige, wenn die Ruhe nicht gleichsam durch einen Friedensschlufs zwischen der Krone und den Bürgern, sondern durch Kapitulation der rebellischen Hauptstadt hergestellt würde, die unbedingte und einfache Rückkehr zum alten Systeme ermöglicht werden würde. Die Sache war nur die, dafs der König eine

derartige Umkehr im Augenblicke durchaus nicht wollte, und jedenfalls ist diesem Motive nicht die entscheidende Bedeutung beizumessen.

Den König zur Abreise aus Berlin zu bestimmen, darin gipfelte die Tendenz der pessimistischen Färbung, die Prittwitz seinem Gutachten gab. Auf den Herrscher aber übten die Ausführungen des Generals eine Wirkung aus, die der durchaus entgegengesetzt war, die sich Prittwitz davon versprochen hatte. Gegen den Prittwitzschen Vorschlag sprachen gerade vom Standpunkte der deutschen Politik des Königs gewichtige Gründe. Mufste nicht zunächst der Abzug des Heeres mit dem Könige Berlin der Kanaille und einer wüsten Pöbelherrschaft ausliefern? Konnte dieser Schritt nicht der extrem radikalen Partei den Anlafs zur Proklamierung der Republik liefern? Würden nicht, wenn es dann zum Äufsersten, nämlich zu einem Bombardement der preufsischen Hauptstadt, kam, die populären und nationalen Sympathieen zerstört werden, die der König nun einmal für seine deutsche Politik nötig zu haben meinte? War es nicht überhaupt im Interesse der deutschen Politik Preufsens geboten, den innerpreufsischen Konflikt in einer möglichst glimpflichen Weise beizulegen, so dafs er nicht auf die Spitze getrieben ward? Hätte Prittwitz dem Könige den Stand der Dinge so geschildert, als ob es nur noch eines letzten entscheidenden Sturmes bedürfe, um die Barrikaden zu erobern, so hätte der König schwerlich, wenn sich die Bürger nicht sofort zu freiwilliger Unterwerfung herbeiliefsen, seine Zustimmung zu einer derartigen Offensive versagt. Sowohl die Schilderungen Vinckes, wie auch das Prittwitzsche Gutachten[1] waren jedoch geeignet, beim Könige

1) An die Mitteilung, dafs Prittwitz um Mitternacht zum Könige beschieden worden sei, knüpft der Oberst v. Schulz (a. O. S. 79) die Andeutung: „Wahrscheinlich um über die Lage der Dinge zu berichten; denn da kein Dritter zugegen war, ist der Inhalt dieser Verhandlung ein Geheimnis geblieben.“ Darauf fährt er fort: „Wer aber die Gesinnungen des General-Lieutenant v. Prittwitz nur etwas kennt und seinem Verfahren an jenem Tage mit Aufmerksamkeit gefolgt ist, wird es für unmöglich erklären, dafs er irgendwie zu den Mafsregeln des folgenden Morgens bei-

übertriebene Vorstellungen von der Widerstandskraft der Aufständischen zu erwecken und ihm die Aussicht auf eine noch unüberschbare Dauer des Kampfes gegen die Revolution vor Augen zu stellen. Man konnte von persönlicher Schwäche und Zaghaftigkeit weit entfernt sein und dennoch schon in Rücksicht darauf, dafs die deutschen Angelegenheiten zur Eile mahnten, eine Fortsetzung der inneren Zwistigkeiten, die ja doch eines realen Objektes schliefslich entbehrten, zu verhindern wünschen. Vergab der König da wirklich der Würde seiner Stellung, wenn er seinen Bürgern den Frieden ans Herz legte, wenn er sie ermahnte, zu Besinnung und Ruhe zurückzukehren?

Nachdem Prittwitz seinen Vortrag beendigt hatte, erteilte Friedrich Wilhelm IV. den Befehl, dafs nur der schon mehrfach bezeichnete Rayon der inneren Stadt gehalten und verteidigt, Eroberungen darüber hinaus jedoch nicht versucht werden sollten. Auf eine Diskussion des Vorschlages betreffend den Abmarsch aus der Stadt liefs er sich nicht ein. Er gab vielmehr den Wunsch zu erkennen, dafs weitere Gefechte und weiteres Blutvergiefsen verhindert würden. In überaus gnädiger und freundlicher Weise entliefs er den General; dann setzte er sich an den Schreibtisch und begann zu schreiben. Während er bei der Arbeit war, trat der Fürst Wilhelm Radziwill ein und richtete an ihn die Frage: „Werden aber Ew. Majestät auch nicht nachgeben?“ Er erhielt die Antwort: „Wie kannst du von mir so etwas denken?“, worauf der Fürst den König umarmte.[1] Prittwitz versammelte, nachdem er den König ver-

getragen. Und doch mufs die verhängnisvolle Proklamation fast unmittelbar nachher entworfen seyn.“ Es ist selbstverständlich, dafs Prittwitz insofern an der Entstehung der Proklamation keinen Anteil hat, als er niemals dem Könige zum Wege der Milde geraten hat. Dadurch ist indes keineswegs ausgeschlossen, dafs sein Bericht bei der Färbung, die er ihm gab, wohl geeignet war, dem Könige den Erlafs der Proklamation als eine zweckmäfsige Mafsregel erscheinen zu lassen. Insofern hat Prittwitz also doch, wenngleich wider seinen Willen, „zu den Mafsregeln des folgenden Morgens beigetragen“.

1) Nobiling bei Sybel (a. O. S. 246f.). Ein Akt der Nachgiebigkeit war die Proklamation ganz gewifs, insofern als der König darin seinen

lassen hatte, die an den verschiedenen Punkten kommandierenden Generäle im Schlosse. Ungefähr um 2 Uhr nachts eröffnete er ihnen hier die Willensmeinung des Herrschers, dafs von weiteren Eroberungen abzusehen und lediglich die Stellung in der inneren Stadt vollständig einzunehmen und zu behaupten sei. Zugleich gab er die Disposition für den 19. März aus:[1] Die Infanterie und Artillerie, verstärkt durch das zweite Gardeulanenregiment und eine Schwadron Gardes du Corps, halten streng denfensiv den Raum in der inneren Stadt; das Garde-Kürassier- und Dragonerregiment verlassen noch vor Tagesanbruch durch das Brandenburger Thor die Stadt und postieren sich auf dem linken Spreeufer, während das Gardehusaren- und das erste Gardeulanenregiment, die von Potsdam herbeigerufen waren, mit derselben Aufgabe auf dem rechten Spreeufer betraut wurden. Offenbar rechnete Prittwitz darauf, dafs die von ihm vorgeschlagene Entfernung des Königs und des Militärs aus Berlin, sowie die Einnahme der Stadt von aufsen her schliefslich doch noch die Billigung des Königs finden und zur Ausführung gelangen würden. Die von ihm getroffenen Dispositionen für die Kavallerie wenigstens hatten, wie Gerlach bezeugt, den Zweck, „eine eventuelle Zernierung möglich zu machen."

Das Schriftstück, an dem der König nach dem Weggange des Generals v. Prittwitz arbeitete, und bei dem ihn der Fürst Radziwill antraf, war der Aufruf „An meine lieben

Unterthanen die Hand zur Versöhnung bot, das Geschehene vergeben und vergessen, sowie auf eine Bestrafung des Aufruhrs verzichten zu wollen erklärte. Wenn der König Radziwill gegenüber in dem Momente, als er die Proklamation niederschrieb, in Abrede stellte, sich mit der Absicht zur Nachgiebigkeit zu tragen, so ist das insofern zu verstehen, als ja die Niederlegung der Waffen seitens der Insurgenten die Voraussetzung für den angekündigten Gnadenerlafs bilden sollte. Der Begriff der Nachgiebigkeit ist eben, wie man sieht, mehrfacher Deutung fähig. Friedrich Wilhelm IV. war bei seiner Proklamation davon überzeugt, nicht sowohl einen Akt der Nachgiebigkeit, als vielmehr einen Akt der Gnade und der Milde zu begehen.

1) Vgl. Schulz a. O. S. 81, Hartman a. O. S. 38 und Gerlach I, 139.

Berliner.“ Ganz selbständig hatte sich der König, den Gesichtspunkten seiner deutschen Politik folgend, zum Erlasse dieser Proklamation entschlossen. Sie ist der Ausdruck eines treuen Herzens und landesväterlicher Fürsorge; sie ist in Ton und Inhalt gleichsam der Scheidegrufs, den das patriarchalische Königtum seinem Volke zurief, ehe es der konstitutionellen Monarchie Platz machte. Direkt an seine „lieben Berliner“ wendet sich der König. Er geht von der allerdings nicht zutreffenden Voraussetzung aus, dafs durch „eine Rotte von Bösewichtern, meist aus Fremden bestehend“, die Gemüter der Bürger erhitzt und mit Rachegedanken für das „vermeintlich vergossene Blut“ auf dem Schlofsplatze erfüllt worden seien. Seine Truppen hätten, so fügt er hinzu, erst dann von der Waffe Gebrauch gemacht, als sie durch die Schüsse von den Barrikaden gezwungen wurden: „Das siegreiche Vordringen der Truppen war die notwendige Folge davon“. Wiewohl nun der Sieg, wie er betont, in seinen Händen sei, widerstrebe ihm doch ferneres Blutvergiefsen. Mit eindringlichen und rührenden Worten beschwört er daher die Bürger als „ihr König und treuester Freund“, um gröfserem Unheile vorzubeugen, bei allem, was ihnen heilig sei, zum Frieden zurückzukehren, die Barrikaden zu räumen und Männer an ihn zu entsenden „voll des echten, alten Berliner Geistes“. Er verpfändet sein königliches Wort dafür, dafs er dann seine Truppen „von allen Strafsen und Plätzen“ zurückziehen wolle, und dafs die militärische Besetzung dann auf das Schlofs, das Zeughaus und die benachbarten öffentlichen Gebäude und Schlösser für eine kurze Zeit beschränkt werden solle. Welches die Motive waren, die den König zu dieser Bezeugung seiner friedlichen Absichten bestimmten, steht in der Proklamation selbst deutlich zu lesen: die Rücksicht auf seine deutschen Pläne. Sie beginnt mit den Worten: „Durch mein Einberufungspatent vom heutigen Tage habt Ihr das Pfand der treuen Gesinnung Eures Königs zu Euch und zum gesamten teutschen Vaterlande empfangen“; sie schliefst: „Hört die väterliche Stimme Eures Königs, Bewohner meines treuen und schönen Berlins, und vergesset das

Geschehene, wie Ich es vergessen will und werde in Meinem Herzen um der grofsen Zukunft willen, die unter dem Friedenssegen Gottes für Preufsen und durch Preufsen für Deutschland anbrechen wird."[1]

Man mag die politische Zweckmäfsigkeit des Aufrufes leugnen; niemand wird jedoch darin einen Beweis persönlicher Schwäche und durchaus unmotivierter Nachgiebigkeit erblicken dürfen. Wolfgang Menzel deutet den eigentlichen Beweggrund des Königs für sein Verhalten gegenüber der Revolution ganz richtig an, indem er das Urteil fällt:[2] „Es ist kein Zweifel, dafs er dazu von einigen Männern verleitet worden ist, die er zu seinen Ministern machte, und dafs diese in ihrer Thorheit voraussetzten, der König werde sich populärer machen, wenn er dem Volke nachgebe, als wenn er auf das Volk schiefsen lasse." Was Menzel hier den Ministern unterschiebt, das war in Wahrheit des Königs eigene Ansicht von der Sache; auch wäre es richtiger, wenn man den Gedanken, um den es sich handelt, etwas anders formulierte, nämlich mit den Worten: der König fürchtete, seine Popularität auf das Spiel zu setzen, wenn die Feindseligkeiten noch lange anhielten und nicht in Güte beigelegt werden könnten. Menzel erklärt in der ihm eigentümlichen krassen Ausdrucksweise, der König hätte erst den offenen Aufruhr des von elenden Juden gehetzten Stadtpöbels dämpfen müssen, um dann grofsherzig zu thun, was dem preufsischen und deutschen Volke frommte, und eben diese Ansicht beherrscht noch heute das historische Urteil über die Berliner Märzrevolution. Selbst Oncken spricht von der „ungeheuren Selbsttäuschung des Königs über die praktischen Folgen seines Entschlusses" und „von den verhängnisvollen Wirkungen dieses Schrittes".[3] Dem gegenüber glaube ich doch behaupten zu dürfen, dafs die Proklamation, durchaus politischen Erwägungen und zugleich den edelsten Regungen des Herzens

1) Gedruckt bei Wolff I, 201f.
2) W. Menzel, Denkwürdigkeiten S. 402.
3) Oncken a. O. S. 150.

entsprungen, an sich keine schlimmen Wirkungen gezeitigt hat, daſs sie an sich durchaus unschädlich war. Sie enthielt übrigens nichts anderes, als das, was der König schon im Laufe des Nachmittags den Deputationen verheiſsen hatte. Sie hielt fest an der Bedingung der Niederlegung der Barrikaden: erst dann und nur dann wollte der König seine Truppen zurückziehen. Das einzige Zugeständnis, das sie enthielt, bestand im Versprechen einer allgemeinen Amnestie; dadurch hoffte der König den Frieden wiederherstellen zu können. Vor allem dadurch, daſs durch sie der kommandierende General in seiner „inneren und daher äuſseren Opposition gegen die Person des Königs“ weitergetrieben wurde, hat die Proklamation einen ungünstigen Einfluſs auf die Entwicklung der Dinge ausgeübt und die Katastrophe vorbereiten helfen. Diese letztere selbst ist aber in der Hauptsache dadurch entstanden, daſs sich der oberste Befehlshaber nicht unbedingt und nicht mit der erforderlichen Selbstbescheidung der Willensmeinung und der Direktive seines Herrn und Königs unterwarf, sondern, trotzig sich dagegen aufbäumend, schlieſslich die Herrschaft über sich selbst verlor und Fehler auf Fehler häufte; sie ist also das Werk von Friktionen zwischen der höchsten Stelle im Staate und der militärischen Oberleitung. Gewiſs ist es die Aufgabe des Historikers, „weder Ankläger noch Verteidiger zu sein;“ er darf aber auch darauf hinweisen, auf wen (da doch darüber kein Zweifel herrschen kann, welche von beiden Instanzen sich der anderen unterzuordnen hatte) im Rahmen der damals bestehenden Verhältnisse die Verantwortung für die durch diese Friktionen herbeigeführte Katastrophe gänzlich und allein fällt.

Noch in der Nacht vom 18. zum 19. März alsbald nach ihrer Fertigstellung sandte der König die eigenhändige Niederschrift der Proklamation an Bodelschwingh mit einem Handschreiben folgenden Wortlautes: „Teuerster Bodelschwingh, finden Sie nachstehende Anrede an die Berliner gut und erwarten Sie keinen Nachteil von derselben, so lassen Sie sie sogleich drucken und in vielen Tausend Exemplaren verteilen, Gott mit Ihnen und mit uns allen! Jede Korrektur meines

Machwerkes nehmen Sie nach Gutdünken vor."[1] Was sollte Bodelschwingh thun? Es ward ihm zwar anheimgestellt, die Veröffentlichung zu unterlassen oder Veränderungen anzubringen. Wesentliche Korrekturen aber waren nach Form und Inhalt des Entwurfes ausgeschlossen Nur darum konnte es sich handeln, ihn so, wie er war, der Öffentlichkeit zu übergeben oder ihn zu unterdrücken. Wer sich in die Lage Bodelschwinghs versetzt, wird das Bedenkliche einer Entscheidung im letzteren Sinne sehr wohl verstehen. Eine mitten in der Nacht eigenhändig vom Könige verfafste, unzweifelhaft seinen innersten Intentionen entsprungene Proklamation, von der der Monarch die beste Frucht erhoffte, noch in derselben Nacht dem leitenden Minister durch Eilboten mit dem Befehle „sofortiger" Drucklegung und Massenverbreitung zugestellt, läfst man nicht so leicht unter den Tisch fallen. Die Erlaubnis, nach Gutdünken über das „Machwerk" zu verfügen, hatte unter diesen Umständen doch keine andere Bedeutung als die einer liebenswürdigen Umschreibung einer in Wahrheit als verpflichtend gehaltenen Willensäufserung des Königs; sie war also in der That kaum etwas anderes als ein in besonders verbindliche und freundliche Form gekleideter Befehl. So wenigstens hat Bodelschwingh die Botschaft des Königs aufgefafst. Als sein Neffe Diest am nächsten Tage die Proklamation als eine verfehlte Mafsregel scharf verurteilte und ihn tadelte, dafs er ihre Drucklegung befördert habe, erwiderte er ihm: „Was willst du thun, wenn dein König dir ausdrückliche Befehle giebt?"[2] Bodelschwingh

1) Nach dem im Bodelschwinghschen Familienarchive befindlichen Originale gedruckt bei Perthes a. O. S. 535. Es ist unbegreiflich, wie Petersdorff S. 82 behaupten kann, es „streife an Unwahrheit", wenn Bodelschwingh im Briefe an Fallenstein erzähle, der König habe „sofortigen" Druck der Proklamation befohlen. Dafs Bismarck später das — zwar pikante aber höchst ungerechte — Wortspiel „Bodelschwingh — Schwindelbod" machte, kann doch nicht als Beweis dafür gelten, dafs Bodelschwingh hier der Unwahrheit zu zeihen wäre. Ohne Zweifel stand Bismarck bei seinem ungünstigen Urteile über Bodelschwingh unter dem Einflusse von Prittwitz.

2) Diest, S. 10. Wer, wie Diest, in der Proklamation eine „unselige Nachgiebigkeit" sah, mufste sie natürlich verwerfen.

kam jedenfalls zur Überzeugung, dafs er den Aufruf weder zurückhalten noch verändern dürfe; mit wem sollte er wohl auch noch zur Nachtzeit, da ihm ja der König gröfste Eile auferlegt hatte, „Rücksprache nehmen?“[1]

Welcher „Nachteil“ stand denn übrigens, wenn man näher zusieht, von der Drucklegung zu „erwarten“? Wenn die Berliner nicht ganz verstockt waren, so mufsten sie durch die herzlichen Worte des Königs gerührt werden, und in seinen Verheifsungen ging der König nicht über das Mafs des Billigen hinaus, nicht über das Mafs dessen, wozu er sich von Anfang an bereit erklärt hatte. Das einzige Bedenken, das der Aufruf erregen konnte, bestand darin, dafs er die extreme Partei innerhalb der Aufständischen vielleicht in ihrem Trotze bestärkte,

1) Diesen Vorwurf erhebt Gerlach I, 146 gegen Bodelschwingh. Er meint wohl damit, Bodelschwingh hätte das Edikt erst Prittwitz zeigen müssen. Das stand jedoch beim Könige und nicht bei Bodelschwingh. Von Gerlach inspiriert, erteilt Leo (Signatura S. 21) Bodelschwingh einen Seitenhieb, indem er mit auffälliger Betonung erzählt, der König habe die Veröffentlichung der Proklamation „dem gewissenhaften Urteile des Herrn v. Bodelschwingh anheimgegeben“. Der Zweck dieser Bemerkung ist natürlich die Entlastung des Königs und die Belastung Bodelschwinghs. (Vgl. Oncken a. O. S. 127.) Auch Lorenz (a. O. S. 127 f.) tadelt an Bodelschwingh, dafs er das „unglückliche Manifest“ trotz der ihm vom Könige gestatteten Prüfung nicht nur drucken liefs, sondern sich auch selbst „um die Verbreitung des nächtlichen Phantasiestückes mit verhängnisvoller Eile bemühte“. Das Urteil von Lorenz sowohl über die Proklamation als auch über das Verhalten Bodelschwinghs in der Angelegenheit ist, wie wir oben zeigen, von ungerechtfertigter Härte. Lorenz fragt an dieser Stelle: „Ja, wie kam es denn, dafs sich Herr v. Bodelschwingh noch nicht aus diesem Anlafs seiner gepriesenen konstitutionellen Doktrin erinnerte? Wäre hier nicht der geeignete Moment gewesen, den König von der Erspriefslichkeit ministerieller Gegenzeichnung zu überzeugen?“ Lorenz vergifst, dafs Bodelschwingh, wenn er auch den König zur Anerkennung des Konstitutionalismus bewog, „doch noch nicht konstitutioneller Minister, sondern nur des Herrschers erster Schreiber“ war. Übrigens hat der König selbst so wenig daran gezweifelt, dafs Bodelschwingh unverzüglich den Aufruf in Druck geben würde, dafs er am nächsten Tage bereits in der frühesten Morgenstunde (c. 6 Uhr) sich danach erkundigte, ob seine Proklamation schon aus der Druckerei gekommen wäre. Vgl. Wolff I, 204.

indem auf dieser Seite des Königs Entgegenkommen als Schwäche ausgelegt wurde. Aber es ward ja doch ausdrücklich betont, dafs erst nach der Niederlegung der Barrikaden die Truppen abziehen würden, und der Zweck des Aufrufs war es ja gerade, die Extremen zu isolieren, indem sie der Mitwirkung der Bürgerschaft beraubt würden, und sie dadurch auf eine unblutige Weise unschädlich zu machen. Das einstimmig verdammende Urteil über die Proklamation hat sich erst später gebildet. Selbst ein Mann von so ausgeprägter altpreufsischer Parteistellung wie Roon schrieb, als er zuerst von ihr Kenntnis nahm: „Welchen Eindruck machten die milden und doch so einschneidenden Worte ... Soeben geht hier die Nachricht ein, dafs die Proklamation wirklich gewirkt hat, Gott gebe nachhaltig.“[1] Jedenfalls sprachen genug Gründe für eine unverzügliche Ausführung des Befehls des Königs, sodafs Bodelschwingh keinen Augenblick schwankte, Gehorsam zu leisten. Er begab sich sogleich nach der Deckerschen Druckerei. Da die Setzer abwesend waren, begannen Decker und sein Schwager, der Hauptmann Schätzler, selbst mit dem Satze, bis das nötige Personal herbeigeschafft war. Nach Hause zurückgekehrt (es war inzwischen 3 Uhr morgens geworden), machte Bodelschwingh dem Oberbürgermeister von Berlin, Krausnick, Mitteilung davon, dafs „eine sehr freundliche, herzliche Ansprache“ des Königs sich soeben im Drucke befinde; er ersuchte ihn, sie in aller Frühe von Decker abholen zu lassen, sich mit dem Stadtverordnetenvorsteher Fournier in einen Wagen zu setzen und sie also selbst zu verteilen. Da der Bote unterwegs vom Militär als verdächtig aufgegriffen wurde, sandte Bodelschwingh zwischen 5 und 6 Uhr nochmals an Krausnick und Fournier die Aufforderung, sich selbst die Verbreitung der Proklamation angelegen sein zu lassen. In der frühen Morgenstunde war der Druck der Proklamation vollendet; indem zugleich für ihre

1) Roon Denkwürdigkeiten I⁴, 139. Er erzählt daselbst über den Eindruck auf das Publikum: „Viele weinten, und ein Bauer erklärte laut: »Wer det liest und heult nicht, det is en Hund!«“

Verbreitung im Publikum Sorge getragen wurde, wurde eine Anzahl von Abzügen sowohl im Schlosse als auch im Ministerium des Innern abgeliefert. Als hier noch vor 8 Uhr der Direktor der Polizeiabteilung im Ministerium, der Geheimrat Mathis, erschien, gab ihm Bodelschwingh ein Exemplar zur Lektüre und richtete an ihn die Frage, ob er sie bedenklich finde; Mathis verneinte.[1]

Der General v. Prittwitz erhielt die Proklamation gleichfalls am frühen Morgen des 19. März; er wurde dadurch vollständig überrascht. Eines solchen Schrittes des Königs hatte er sich wohl nach seinem Gutachten nicht versehen. Der General v. Griesheim erzählt, Prittwitz sei, auffahrend und leidenschaftlich, wie er von Charakteranlage war, beim Anblicke des Aufrufes in die Worte ausgebrochen: „Wenn ich in der Defension nicht offensiv verfahren darf, so mag der König allein die Stadt verteidigen; ich kann es nicht.“[2] Aus einer anderen Quelle, nämlich aus den Aufzeichnungen Gerlachs,[3] erfahren wir die näheren Umstände, unter denen Prittwitz den Aufruf kennen lernte, und diese sind allerdings so beschaffen, dafs seine von Griesheim überlieferte Äufserung durchaus nicht der inneren Glaubwürdigkeit entbehrt. Prittwitz war eben im Begriffe, die Position seiner Truppen zu rekognoszieren. Da sich um eben diese Zeit die Strafsen der inneren Stadt mit zwar unbewaffneten, aber verdächtig aussehenden Menschenmassen füllten, und da der Versuch, einige Strafsen abzusperren, nichts half, wollte er Kavallerie vorrücken oder einige blinde Kanonenschüsse abfeuern lassen. Ehe dies ausgeführt werden konnte, wurde ihm ein Exemplar der Königlichen Proklamation übergeben, von der er bis dahin nicht das mindeste erfahren hatte. Gerlach fügt hinzu: „Jede Mafsregel unterblieb nun.“ Es ist in diesem Zusammenhange sehr wohl möglich, dafs Pritt-

1) Perthes a. O. S. 535, Diest a. O. S. 10, Gerlach I, 140 und Schulz a. O. S. 93f.

2) Perthes a. O. S. 535.

3) Gerlach I, 139f.

witz die von Griesheim erzählte oder eine ähnliche Äufserung gethan hat; jedenfalls handelte er in diesem Sinne. War es ihm aber wirklich durch den Aufruf untersagt, „in der Defension offensiv zu verfahren“, d. h. in der von ihm besetzten Stellung erneute Angriffe abzuweisen und neue Unruhen in diesem Rayon zu ersticken? Wer das Manifest des Königs liest, wird sich davon überzeugen, dafs darin nichts davon enthalten war. Es ward ja darin nichts weiter ausgedrückt, als die Bereitwilligkeit zur Entfernung der Truppen, nachdem die Barrikaden niedergelegt seien, das hiefs mit anderen Worten eine Aufforderung zur Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. War etwa darin gesagt, dafs der General von jetzt an verpflichtet sei, alle Exzesse des Pöbels geduldig hinzunehmen? Wenn auch der König seinen Bürgern die Hand zum Frieden bot, so doch nur unter der Voraussetzung, dafs sie den Frieden wirklich wollten. Wenn der General jetzt die Proklamation des Königs aus Trotz und aus Entrüstung über dessen „Nachgiebigkeit“ so interpretierte, als ob es der Befehl des Königs sei, dafs der Gebrauch der Waffe und selbst jedes energische Auftreten überhaupt aufhören sollten, so war das eine geradezu mafslose Übertreibung und Verzerrung der wahren Intentionen des Königs, zu der er sich durch blinde Wut und leidenschaftliche Erregung über das seinen eigenen Absichten und Ratschlägen entgegengesetzte Verhalten des Königs hinreifsen liefs. Man wird aber nicht behaupten dürfen, dafs Prittwitz es über sich gebracht hat, sich mit der erforderlichen Selbstbescheidung und Ergebenheit der vom Könige erteilten obersten Direktive anzupassen und unterzuordnen, sowie des Herrschers Weisungen in geziemender Hingabe angemessen und verständnisvoll auszuführen, und diesem Mangel an Selbstüberwindung, der in den nächsten Stunden immer schärfer hervortrat, ist die Katastrophe vom 19. März zum guten Teile zuzuschreiben.

Drittes Kapitel.

Der Befehl zum Abmarsche der Truppen von den Barrikaden am Morgen des 19. März.

Etwa um 7 Uhr morgens gelangte der Aufruf „An meine lieben Berliner“ zur Kenntnis des Publikums. Zuerst wurde er vor dem Gebäude der Deckerschen Oberhofbuchdruckerei verteilt, dann auch in anderen Strafsen. Offiziere zu Pferde, Beamte lasen die Proklamation an den Strafsenecken und auf den Plätzen den sich ansammelnden Gruppen vor. Hunderte von Exemplaren wurden unter die Menge geworfen. Die Aufnahme beim Publikum war eine geteilte. Hie und da wurde die Proklamation dankbar begrüfst. Es kam aber auch vor, dafs die Vorlesung des Manifestes von dem Rufe: „Das sind Lügen!“ unterbrochen wurde, dafs man die Plakate in Fetzen rifs und unwillig wegwarf. Das Mifstrauen wollte nicht weichen, so lange noch Truppen zu sehen waren; das Losungswort „Militär fort!“ war allzu tief in die Massen gedrungen. Es ist übrigens auch begreiflich, dafs die Angabe des Aufrufes, die Empörung sei das Werk fremder Agitatoren und eines lange vorbereiteten Planes, auf Widerspruch stiefs.[1]

In dem Manifeste hatte der König die Berliner aufgefordert, Männer an ihn zu entsenden „voll des echten, alten Berliner Geistes, mit Worten, wie sie sich Eurem Könige gegenüber geziemen.“ Dieser Mahnung folgend, die der König am frühen Morgen des 19. im Zwiegespräche mit einem angesehenen

1) Vgl. u. a. Raveaux bei Kolatschek I, 415.

Berliner Bürger wiederholte, fanden sich im Laufe des Vormittags mehrere Berliner, vornehmlich Magistratsbeamte und Stadtverordnete, gruppenweise im Schlosse ein. Wir nennen diese Gruppen in Anlehnung an die übliche Ausdrucksweise und der Kürze halber „Deputationen". Man darf dabei freilich nicht vergessen, dafs sie als solche eigentlich nicht zu betrachten sind, da sie nicht von irgend welcher Körperschaft oder Gesamtheit an den König abgeordnet waren, sondern sich kraft ihrer amtlichen Stellung oder aus eigenem Antriebe entschlossen, dem Rufe des Königs Folge zu leisten. Es wird zunächst unsere Aufgabe sein, die zeitliche Aufeinanderfolge dieser sogenannten „Deputationen" festzustellen, da darüber in der bisherigen Litteratur einige Verwirrung herrscht. Wenn übrigens Natzmer erzählt, an jenem Morgen sei das Vorzimmer des Königs „der Sammelplatz von neugierigen und unberufenen Ratgebern aller Klassen gewesen, denen selbst der König oft unbegreiflicherweise sein Ohr lieh", wenn er berichtet, dafs die „Königliche Halle einer Börsenhalle und zu mehreren Tageszeiten auch einer Restauration glich",[1] so ist zu bemerken, dafs das in den Deputationen vertretene bürgerliche Element an „diesen anarchischen Zuständen im Innern des Schlosses" schwerlich die Schuld trägt. So sehr zahlreich und dauernd war es im Schlosse, wie sich nachweisen läfst, keineswegs anwesend. Auch hatte ja der König selbst seine „getreuen Berliner" zum Erscheinen aufgefordert; wie hätte ihnen da der Zutritt verweigert werden können? Wahrscheinlich waren es vielmehr die „unberufenen Offiziere", die diesen „Zustand in den Zimmern des Königs" herbeigeführt haben, und denen „den Eintritt zu verwehren", allerdings geraten war. Man findet in den bisherigen Darstellungen die Andeutung, als ob der Trubel im Schlosse dazu beigetragen habe, den König in einen solchen Zustand der Verwirrung und Aufregung zu versetzen, dafs er schliefslich die Geistesgegenwart und die Klarheit des Entschlusses verlor. Wenn das der Fall war, so dürfte man die

1) Vgl. auch die Schilderungen Rellstabs bei Wolff I, 104.

Schuld daran keineswegs gerade den Deputationen zuschreiben, und die Versuche, die Schilderungen Natzmers von der im Schlosse herrschenden Anarchie in diesem Sinne zu verwerten, sind abzulehnen.

Der erste Berliner Bürger, der am Morgen des 19. März den König sprach, war der Schriftsteller Rellstab. Er war im Laufe der Nacht auf den Gedanken gekommen, dafs der Erlafs eines Aufrufes an das Volk seitens des Königs das einzige Mittel zur Herstellung des Friedens sei. Er verfafste selbst sogleich einen Entwurf, in dem die Zurückziehung der Truppen in die Kasernen zugesagt wurde; zugleich sollte der König darin sein persönliches Erscheinen auf den Strafsen inmitten der Bürger in Aussicht stellen. Um den König zur Gutheifsung dieses Schriftstückes zu bewegen, begab er sich um 6 Uhr morgens in das Schlofs. Durch Vermittlung des Generaladjutanten v. Neumann erlangte er nach einigem Warten eine Audienz beim Monarchen. Die Unterredung fand unter vier Augen statt. Rellstab fand den König „angegriffen, doch ruhig und gefafst". Er las dem Könige sein Konzept vor und schilderte ihm enthusiastisch den Eindruck, den es unfehlbar auf die Bürger machen würde, wenn sich der König zu Pferde setze und mit einer vor ihm hergetragenen Friedensfahne durch die Stadt reite; er beteuerte, dafs jede Gefahr für die Sicherheit des Königs dabei ausgeschlossen sei.[1] Der König liefs ein Exemplar seiner eigenen Proklamation herbeiholen und gab sie Rellstab zur Kenntnisnahme. Dieser legte Verwahrung gegen die vom Könige in dem Manifeste ausgesprochene Auffassung von der Entstehung der Erhebung ein. Er stellte entschieden in Abrede, dafs sie das Werk eines lange vorbereiteten absichtlichen Verrates sei. „Mit gröfster Klarheit und Ruhe, mit Mäfsigung und ohne Leidenschaftlichkeit" verteidigte der König seine Ansicht. Er lehnte den Vorschlag des Umrittes

1) Der Vorschlag Rellstabs hat eine grofse Ähnlichkeit mit dem am 21. März thatsächlich ausgeführten, berühmten Umritte des Königs in der Stadt.



in der Stadt ab, wie er sagte, nicht aus „Besorgnis um sein Leben“, sondern weil er befürchten müsse, „dafs bei dem vielfachen Verrate, der sich eingemischt habe, seine Freiheit in Gefahr komme“. „Ich würde dann vielleicht“, so fügte er hinzu, „einem Zwange unterworfen, der das von mir fordert, was ich unmöglich gewähren kann. Ich darf weder meine Person noch das Land auf ein so gewagtes Spiel setzen. Zu jeder gütlichen Ausgleichung bin ich bereit. Wenn die Bürger die Barrikaden niederreifsen und verlassen, soll sich das Militär in die Kasernen zurückziehen. Suchen Sie sie dazu zu bewegen. Ich will den Kampf, den ich nicht begonnen habe, auch nicht erneuern.“ Allem Drängen Rellstabs gegenüber, der ihn zu sofortiger Abberufung der Truppen zu bewegen suchte, blieb Friedrich Wilhelm fest. Er betonte ausdrücklich: „Ich weifs, was auf dem Spiele steht. Ich habe mir jeden Ausgang vorgestellt, allein ich bin auf das vollkommenste darauf vorbereitet.“ Rellstab wurde entlassen, indem ihn der König aufforderte, den Berlinern seine wahre Gesinnung kund zu geben. „Auch ich wünsche ja nichts sehnlicher“, damit schlofs er, „als das Ende dieses traurigsten aller Kämpfe. Sie können mit dazu beitragen. Nehmen Sie diese Blätter [nämlich die Proklamation], verbreiten Sie sie unter die guten, ehrenhaften Bürger, die ja die gröfste Mehrzahl in Berlin bilden. Sagen Sie ihnen, wie ich denke, und noch besser, bringen Sie mir sogleich zwanzig, dreifsig, fünfzig Bürger von guter Gesinnung; führen Sie sie hierher, der Weg soll ihnen durchaus offen stehen; ich will selbst mit ihnen reden. Eilen Sie! Wir wollen keine Zeit verloren gehen lassen!“[1]

Mit einer Anzahl gleichgesinnter Bürger kehrte Rellstab zwischen sieben und acht Uhr in das Schlofs zurück. Ohne Schwierigkeiten erhielt diese Gruppe, die wir als die erste „Deputation“ bezeichnen wollen, Zugang zum Könige. Sie

1) Die Quelle für diese Audienz Rellstabs ist dessen Schrift: „Zwei Gespräche mit seiner Majestät dem Könige Friedrich Wilhelm IV.“, im Auszuge wiedergegeben bei Wolff I, 202f.

wurde vom Könige in Gegenwart einer Anzahl hoher Beamter und Offiziere empfangen. Der Monarch versicherte sie seiner friedlichen Gesinnung; er sprach seine Bereitwilligkeit aus, dem Kampfe sofort ein Ende zu machen, falls die Bürger die gleiche Bereitwilligkeit durch Niederreifsung der Barrikaden bekundeten. Indem er auf den Sieg der Truppen und auf die Stärke der Mittel hinwies, die der Regierung noch zu Gebote ständen, erklärte er: „Meine gröfsere Kraft beruht in dem Zutrauen zu Ihnen. Gehen Sie denn überall hin durch die Stadt; verkündigen Sie ihr meine Gesinnungen des Friedens, dafs ich bereitwillig die Hand dazu biete, wo man sie mir nur auch von der anderen Seite entgegenreichen will. Gehen Sie und thun Sie, was in Ihren Kräften ist, dafs nicht ferneres, schwer beklagenswertes Unheil die Stadt und die Bürger treffe.“ [1]

Kaum waren die von Rellstab eingeführten Bürger verabschiedet, da stellte sich, ungefähr um acht Uhr, eine zweite „Deputation“ im Schlosse ein, bestehend aus zwölf bis fünfzehn Personen, darunter der Stadtrat Nobiling; sie schlossen sich dem kurz zuvor angekommenen Oberbürgermeister Krausnick an. Schon in den Vorsälen entstanden heftige Erörterungen zwischen ihnen und den hier gleichfalls anwesenden Offizieren. Als einer der Bürger kurz und bündig das Verlangen aussprach, dafs die Truppen abzögen, wurde er von einem Generale zurechtgewiesen. Unter der Leitung von Krausnick betrat die Deputation den Empfangssaal. Hier waren der König, die Königin und eine Schar von Prinzen und Generälen versammelt. Freundlich begrüfste der Herrscher die neuen Gäste. Krausnick hielt eine längere Ansprache, worauf der König (ganz in Übereinstimmung mit der Proklamation) erwiderte: Falls die Barrikaden eingeebnet würden, wolle er das nicht nur zu seinem, sondern auch der Bürger Schutze bestimmte Militär zurückziehen. Der Stadtrat Nobiling führte dagegen aus, bei der in der Bürgerschaft herrschenden Stimmung sei die Mafsregel, durch das Militär die Ruhe in der Hauptstadt herzustellen,

1) Wolff I, 213 und Gerlach I, 140.

von unheilvoller Wirkung; er empfahl vielmehr die Errichtung einer bewaffneten Bürgerwehr. Diese sollte, so riet er, mit Gewehren aus dem Zeughause versehen werden und diejenigen Punkte in der Stadt besetzen, die das Militär zu verlassen habe, insbesondere die Stellungen vor den Barrikaden; diese letzteren würden alsdann sofort geräumt und beseitigt werden. Aus der Umgebung des Monarchen scholl ihm nach dem Schlusse seiner Rede ein schnelles „Nein!“ entgegen, wie es heifst, aus dem Munde des Prinzen Albrecht. Der Kaufmann Neumann rief nach der Richtung, wo das Wort gefallen war: „Wer wagt es hier, Seiner Majestät dem Könige vorgreifen zu wollen?“ Der König warf einen kurzen mifsbilligenden Blick auf seine Umgebung und erklärte dann, eine Bürgerbewaffnung vertrage sich nicht mit dem Systeme der Regierung; das Militär allein habe die Pflicht, die Ordnung und das Gesetz zu schützen; wenn alle Mahnungen nichts fruchteten, wenn der Anfruhr fortdauere, so würde der Sieg bei ihm und seinen Truppen sein. Eben derselbe Kaufmann Neumann wagte den Einwand, dafs ein solcher Sieg eine Niederlage sein würde. Der König begnügte sich damit, sich nach dem Namen des Vorlauten zu erkundigen; sodann entliefs er die Deputation mit dem Ersuchen, nach Kräften zur Beruhigung der Bevölkerung und zur Niederlegung der Barrikaden beizutragen, damit er in die Lage komme, den Wunsch der Bürger nach Zurückziehung des Militärs zu erfüllen.[1]

1) Wolff I, 111ff., Natzmer III, 194. Die bei Wolff und Natzmer a. O. geschilderten Deputationen müssen identisch sein, d. h. die bei Natzmer a. O. auftretende Deputation mufs die zweite in der Reihenfolge sein. Denn nur bei dieser Audienz wurde über die Errichtung einer Bürgerwehr verhandelt, und zwar in der Weise, dafs sich daran die oben im Texte sogleich zu schildernde Beratung des Königs mit den Generälen Neumann, Natzmer und Krauseneck angeschlossen haben mufs, für deren Stattfinden sonst ein geeigneter Zeitpunkt nicht zu ermitteln wäre. Natzmer erzählt, der „Magistrat“ habe den Wunsch nach Bürgerbewaffnung ausgesprochen. Das ist nun eigentlich nicht richtig; da aber zwei Magistratsmitglieder, der Oberbürgermeister Krausnick und der Stadtrat Nobiling, die Sprecher waren, konnte Natzmer leicht zur Ansicht gelangen, es habe

Zur Beschlufsfassung über das in dieser Audienz gestellte Ansinnen der Errichtung einer Bürgerwehr fand, nachdem sich die Deputation entfernt hatte,[1] eine Konferenz statt, an der aufser dem Könige die Generäle von Neumann, von Natzmer und von Krauseneck teilnahmen. Zuerst sprach der General von Krauseneck seine Ansicht über den Abzug der Truppen und die Errichtung der Bürgerwehr aus; wir wissen allerdings nicht mit Sicherheit, wie sein Votum lautete.[2] Darauf wurde

---

sich damals um eine „Magistratsdeputation“ gehandelt. Natzmer irrt insofern, als er berichtet, vor dieser Deputation (Nr. 2) hätten „schon viele Deputationen das Herz des Königs durch Schilderung über den unglücklichen Zustand der treuen Residenzstadt erschüttert“, und als er die nunmehr erschienene „grofse Deputation des Magistrats“ so lange warten läfst, bis die von Bodelschwingh überbrachte definitive Entscheidung des Königs gefallen war; d. h., er setzt vor die Deputation Nr. 2 statt nur einer fälschlich mehrere Deputationen an und läfst dann die Deputation 3 und 4 mit Deputation 2 zusammenfallen. Der Irrtum Natzmers hat die Darstellungen Sybels und Buschs beeinflufst. Die Schilderung bei Schulz a. O. S. 99f. bezieht sich auf die erste und zweite Deputation. Busch schreibt dem Könige für don frühen Morgen des 19. März eine „vollständig gebrochene Haltung“ zu. Quellenmäfsig läfst sich schwerlich mehr behaupten, als dafs der Herrscher „angegriffen“ erschien.

1) Sybel a. O. S. 250 fafst diese Beratung als eine Wirkung derjenigen Deputation auf, zu der Naunyn, Duncker u. s. w. gehörten, also der vierten Deputation. Das ist unmöglich. Die vierte Deputation erschien erst um 10 Uhr, nachdem der Gottesdienst des Hofpredigers Straufs beendet war. Sybel selbst aber sieht sich, der Relation Natzmers gemäfs, genötigt, zuzugeben, dafs der Straufssche Gottesdienst nach der Konferenz des Königs und der drei Generäle abgehalten worden ist. Die Konferenz mufs vielmehr in die Zeit zwischen der zweiten und dritten Deputation, also zwischen 8½ und 9½ Uhr, gesetzt werden; denn von da ab (vom Straufsschen Gottesdienste an) läfst sich der Zusammenhang und die zeitliche Aufeinanderfolge der Vorgänge so genau und so lückenlos feststellen, dafs von da ab die Beratung keinesfalls mehr in die Entwicklung eingeordnet werden kann. Auch ergiebt sie sich insofern als die unmittelbare Folge der zweiten Deputation, da ihr Gegenstand das hier vorgetragene Ansinnen der Bürgerbewaffnung ist.

2) Petersdorff S. 83 Anm. 3 wirft die Frage auf, ob sich auf das Votum Krausenecks in dieser Konferenz die Notiz im Beihefte zum Militärwochenblatte (Januar, Februar, März 1852: „Der General der Infanterie

Natzmer aufgefordert, seine Meinung zu äufsern. Er erklärte sich prinzipiell gegen die Bürgerbewaffnung, fügte indes hinzu, wenn es dennoch ratsam erscheinen sollte, die Truppen zurückzuziehen und durch bewaffnete Bürger zu ersetzen, so müfste dabei mit der gröfsten Vorsicht und Behutsamkeit verfahren werden: nur wenige, vom Polizeipräsidenten und vom Magistrate empfohlene Bürger dürften ausgewählt werden; solange bis sie bewaffnet und vor den Barrikaden angelangt wären, müfste das Militär in seiner jetzigen Stellung verbleiben, und auch nachher dürfte es nur sehr allmählich und keineswegs gänzlich entfernt werden; die Hauptabschnitte der Stadt und besonders die Brücken über die Spree müfsten bis zur vollständigen Beruhigung und bis zur Wiederherstellung der Ordnung stark besetzt bleiben, das Gros der Truppen in der Nähe des Schlosses und auf anderen geeigneten Plätzen die Reserve bilden. Sowohl der König als auch die beiden anderen Generäle stimmten diesem Gutachten bei; der König schien willens, die nötigen Befehle in diesem Sinne zu erteilen. Da sich die Ereignisse drängten, ist es indes zur Ausführung dieser Mafsregel nicht gekommen.[1]

---

v. Krauseneck, Ein Lebensabrifs" S. 77) bezieht: „In einer am 19. März im Schlosse gehaltenen Beratung soll Krauseneck der Ansicht, die Truppen zurückzuziehen, beigetreten sein. Wenn dem auch also war, so blieb er doch weit davon entfernt, mit der Räumung der Stadt und namentlich des Zeughauses und der Schlofsinsel durch die Truppen einverstanden zu sein, und so oft in späteren Unterredungen mit dem Verfasser [sc. mit dem Verfasser einer 1851 erschienenen, mir nicht zugänglichen Biographie Krausenecks, aus der der Lebensabrifs von 1852 eben jene Notiz entnahm, um die es sich handelt] darauf die Rede kam, tadelte der General diese Mafsregeln entschieden." Es ist möglich, dafs diese Notiz sich auf eine der folgenden Beratungen des Vormittags bezieht. Vgl. unten S. 203 Anm. 2.

1) Natzmer III, 195. Auch in den Perthesschen Aufzeichnungen S. 537 findet sich ein Bericht über diese Konferenz, der angeblich auf Natzmer selbst zurückgeht („Natzmer an General v. Mutius, durch diesen an Perthes"). Es ist lehrreich, diese angeblich auf Natzmer zurückgehende Tradition, bei der doch nur eine Zwischeninstanz, der General von Mutius, vorhanden war, mit Natzmers eigenem Berichte zu vergleichen. Man erkennt dann sofort, in welcher Richtung die Legende arbeitete. Es wird bei Perthes erzählt, Neumann und Krauseneck, zuerst befragt, hätten

Unmittelbar darauf begab sich der Herrscher in die Gemächer seiner Gemahlin. Hier hielt der Hofprediger Straufs einen kurzen Gottesdienst ab, dem die königliche Familie beiwohnte. Als der Geistliche zu Ende war, soll ihn der König beiseite genommen haben; dabei hat Straufs seiner eigenen Erzählung zufolge dem Könige gesagt, er könne nur als Seelsorger sprechen, und weise als solcher den Herrscher darauf hin, dafs Gott denjenigen, der sich vor ihm demütige, erhöhen werde.[1] Straufs hat später den Anschein zu erwecken gesucht,

---

die Antwort dem Könige zurückgeschoben, Natzmer habe sich sodann bestimmt gegen den Rückzug erklärt. Darauf heifst es weiter: „Der König sagte ihm, dafs er, Natzmer, dieses an Bodelschwingh sagen möge. Natzmer antwortete, er werde jeden Befehl mit Freuden überbringen; aber seine eigene Ansicht könne er Bodelschwingh nicht aufdringen.“ Die Perthessche Version ist zunächst insofern ungenau, als sie als Gegenstand der Konferenz nur den Abzug der Truppen, nicht auch (was der springende Punkt war) die Bürgerbewaffnung nennt; weiterhin hat sich Natzmer durchaus nicht so unbedingt, wie man ihr zufolge glauben sollte, gegen den Rückzug ausgesprochen. Ganz unglaubwürdig ist endlich der Zusatz betreffend Bodelschwingh. Denn dieser war in der Frage des Rückzugs der Truppen durchaus nicht ein so schroffer Gegner Natzmers, wie man nach der Perthesschen Mitteilung annehmen sollte. Die Tendenz ist unverkennbar. Bodelschwingh soll als der intellektuelle Urheber der Katastrophe, der König als unschlüssig und ratlos, unter dem beherrschenden Einflusse Bodelschwinghs stehend dargestellt werden.

1) Perthes a. O. 538f., hierselbst als „wichtige Mitteilung“ bezeichnet. Der Gewährsmann ist ein ungenannter Oberstleutnant a. D. Freiherr v. * *, der die Geschichte von Straufs selbst im August 1848 in Ostende erfahren haben will. Diest a. O. S. 11 erzählt die Anekdote in fast wörtlicher Übereinstimmung (wahrscheinlich aus gleicher Quelle), nur dafs er den Gottesdienst, den Straufs abhielt, in die Nacht vom 18. zum 19. legt; offenbar soll diese Zeitangabe die Entstehung der Proklamation „An meine lieben Berliner“ erklären. Diest bemerkt auch, schon in der ersten Woche nach dem 18. März sei in Berlin die Ansicht verbreitet gewesen, dafs Straufs in jener Nacht den König zur Zurückziehung der Truppen bewogen habe. Wenn man sich in der That bereits damals in Berlin solche Dinge erzählt haben sollte, so handelt es sich natürlich nur um ein Gerücht, dessen Unglaubwürdigkeit schon daraus erhellt, dafs die Beeinflussung des Königs durch Straufs in der Nacht vom 18. zum 19. März stattgefunden haben soll. Sybel (a. O. S. 251 Anm. 1) sagt: „Ich habe

als ob dieser Gottesdienst und das daran sich knüpfende Zwiegespräch für den Entschlufs des Königs, die Truppen von den Barrikaden zurückzunehmen, ausschlaggebend gewesen sei. Und ein neuerer Forscher ist der Ansicht, „dafs dieses Gutachten auf den König Eindruck machte, wenn auch nicht unmittelbar die Entscheidung bewirkte“. Selbst wenn sich Straufs in der That in dem von ihm behaupteten Sinne dem Könige gegenüber geäufsert hat, so ist uns doch kein sicherer Anhaltspunkt dafür gegeben, um mit Gewifsheit festzustellen, welchen Eindruck seine Worte auf den König gemacht haben. In dem ganzen Zusammenhange der Entwicklung, wie wir ihn schildern werden, ist es sogar wenig wahrscheinlich, dafs Straufs irgend welchen Einflufs auf den Herrscher ausgeübt hat. Der König ist vielmehr nach dem Gottesdienste bei ganz derselben Entschliefsung stehen geblieben, zu der er schon früher gelangt war: wie sollte er da der Autorität des Predigers einen wesentlichen Anteil an der Entscheidung eingeräumt haben? Noch aus einer anderen Quelle sind uns Erzählungen des Hofpredigers Straufs über die Vorgänge bekannt, die sich am 18. und 19. März im Schlosse abspielten; diese Mitteilungen leisten alles Mögliche an grotesker Übertreibung und lassen Straufs im Lichte eines phantasievollen und wenig zuverlässigen Mannes erscheinen.[1]

---

bestimmte Gründe, die Mitteilung [des ungenannten Oberstleutenants a. D. bei Perthes] für völlig wahr zu halten.“ Es ist unwahrscheinlich, dafs sich diese „bestimmten Gründe“ Sybels über das Niveau des Klatsches erheben. Im besten Falle könnte durch sie nur bewiesen werden, dafs sich Straufs eines solchen Einflusses gerühmt hat. Ob er ihn wirklich gehabt hat, ist eine Frage, die wir auf Grund der in unserer obigen Darstellung dargelegten Erörterungen verneinen zu müssen glauben.

1) Sie sind wiedergegeben bei Varnhagen IV, 313f. Straufs selbst ist der Berichterstatter Varnhagens; die Mitteilung beginnt nämlich mit den Worten: „Der Hofprediger * erzählt“, und weiterhin heifst es, derselbe Hofprediger habe am Morgen des 19. den Gottesdienst beim Könige abgehalten. Was Varnhagen hier als von Straufs erhaltene Nachrichten bringt, ist so tolles Zeug, dafs es sich nicht lohnt, näher darauf einzugehen. Es sind übertreibende Anekdoten von der im Schlosse herrschenden Angst, Verwirrung und Ratlosigkeit. Nur ein Pröbchen: „Zehnmal wollten König

Wenn das von ihm berichtete Zwiegespräch zwischen ihm und dem Könige wirklich stattgefunden hat, so hat die überhitzte Einbildungskraft des Geistlichen die Bedeutung dieser Unterredung und ihren Eindruck auf den König bei weitem überschätzt.

Der Gottesdienst war soeben beendigt, da harrte (es war inzwischen 9½ Uhr geworden) bereits eine neue „Deputation" des Königs, die dritte in der Reihenfolge.[1] Sie bestand gleichfalls aus ungefähr 15 Personen. Als Mitglieder werden der Stadtsyndikus Moewes, der Stadtverordnetenvorsteher Fournier, sowie der Stadtrat Seeger genannt; während der Anwesenheit dieser Deputation fand sich auch der Stadtrat Nobiling von neuem im Schlosse ein.[2] Abermals wurde dem Könige die Bitte um Abberufung des Militärs vorgetragen, und abermals lehnte der König dieses Ansinnen ab, da er sich nicht waffenlos den aufgeregten Massen preisgeben könne. Zwei Herren der Deputation antworteten darauf mit den lebhaftesten Versicherungen, der König könne sich auf die Liebe und Treue seiner Bürger verlassen; mit dem eigenen Leben, so erklärten sie, könnten sie sich dafür verbürgen. Es lief die Nachricht ein, dafs auf dem Alexanderplatze und der Königsbrücke noch Feindseligkeiten stattfänden, und die Deputation sprach den Wunsch aus, dafs der Kampf hier eingestellt würde. Der König zog sich, um sich über diese Bitte mit seiner Umgebung zu beraten, in ein Nebenzimmer zurück, indem er der Deputation seinen Bescheid zu erwarten auferlegte.[3] Die Konferenz

und Königin [in der Nacht vom 18. zum 19.] fliehen, die Wagen standen bereit, der alte Prinz Wilhelm als Kutscher verkleidet, wollte sie fahren, immer kehrten sie wieder um. Verzweiflung, Händeringen, Weinen, Flehen. Viele Kostbarkeiten wurden auf Kähne gebracht, die zum Teil noch in der Nacht abfuhren."

1) Vgl. über sie Schulz a. O. S. 100f.

2) Daraus, dafs Nobiling, der ja bei der zweiten Deputation als Sprecher hervorgetreten war, von neuem erschien, ist wohl der Irrtum Natzmers zu erklären, dafs es sich um eine einzige Deputation handele, die von c. 8 bis c. 10½ Uhr gewartet habe.

3) Die Beratung, die jetzt stattfand, kann nicht identisch mit der gewesen sein, die der König mit Neumann, Natzmer und Krauseneck ab-

dauerte wohl eine Viertelstunde; man blieb „endlich bei dem Entschlusse stehen, dafs die Proklamation des Königs in Ausführung kommen sollte, dafs nämlich da, wo eine Barrikade von den Bürgern eingeebnet würde, man dies als eines Beweis des Friedens betrachten und vis à vis derselben die Truppen zurückziehen werde".[1] Der König kehrte zur Deputation zurück; die Verhandlungen zwischen ihr und dem Herrscher begannen aufs neue. Gemäfs dem soeben gefafsten Beschlusse erklärte der Monarch den Herren Fournier und Moewes, er wolle, falls die Barrikaden am Alexanderplatze eingeebnet würden, dort die Truppen entfernen.[2] Dieselbe Eröffnung machte der

---

hielt. Denn unmittelbar nach dieser letzteren begab sich der König (vgl. Natzmer III, 196) zum Straufsschen Gottesdienste; nach der neuen Konferenz kehrte er (Schulz S. 101) zur Deputation zurück. Wer der nouen Beratung beiwohnte, wird nicht ausdrücklich erwähnt, u. a. wohl der Prinz von Preufsen, da wir seinem Berichte (s. die nächste Anmerkung) die Kenntnis von dem auf ihr gefafsten Beschlusse verdanken, sowie der General v. Neumann, da dieser sogleich vom Beschlusse Kenntnis hatte und davon dem Stadtrat Nobiling Mitteilung machte.

1) So der Gerlachsche Auszug aus dem Briefe des Prinzen von Preufsen (London d. 28. März 1848) an die Kaiserin von Rufsland, gedruckt bei Petersdorff I, 231 ff. Mit dem oben zitierten Satze beginnt der Gerlachsche Auszug aus diesem Briefe. Der „Entschlufs", bei „dem man damals stehen blieb", und von dem hier die Rede ist, kann nichts anderes sein als der Beschlnfs der viertelstündigen Konferenz bei Gelegenheit der dritten Deputation. Denn der Inhalt dieses „Entschlusses" stimmt genau zu den Eröffnungen, die nachher den Mitgliedern dieser Deputation durch den König selbst (und durch den General v. Neumann dem Stadtrate Nobiling) gemacht wurden. Auch der Zusammenhang der Erzählung des Prinzen von Preufsen bestätigt diese Annahme, indem der Prinz gleich nach diesem Passus seines Berichtes die Ankunft Arnims und der vierten Depntation (mit Naunyn) erwähnt. In der ersten Konferenz mit Neumann, Natzmer, Kranseneck kann der vom Prinzen wiedergegebene Beschlufs nicht gefafst worden sein. Denn diese handelte von der Bürgerbewaffnung, — ein Thema, das man jetzt gänzlich fallen liefs.

2) Bei Schulz a. O. S. 101 heifst es zwar nur allgemein: „S. M. habe jenen beiden [Moewes und Fournier] das Zurückziehen der Truppen bewilligt, sofern die Barrikaden an der Neuen Königstrafse niedergelegt würden." Es erhellt aber sowohl aus dem Zusammenhange, wie auch aus dem Charakter des soeben gefafsten Beschlusses, dafs es sich bei der Ver-

General v. Neumann dem Stadtrat Nobiling; er legte ihm zugleich die Frage vor, ob er die Verteidiger der dortigen Barrikaden zur Wiederkehr zu Ruhe und Frieden durch gütliches Zureden bewegen wolle. Nobiling erklärte sich dazu bereit; mit Moewes, Fournier und dem Stadtrate Seeger begab er sich nach dem Alexanderplatze, um hier für den Frieden zu wirken. Ihre Rückkehr und die Erfolge, die sie erzielen würden, sollten selbstverständlich abgewartet werden, ehe die Verheifsung des Königs zur Ausführung gelangte, d. h. ehe die Truppen in der Gegend des Alexanderplatzes den Befehl zum Abmarsch erhielten.[1]

heifsung des Königs nicht um ein allgemeines Zurückziehen überhaupt, sondern nur um eine Entfernung derjenigen Truppen gehandelt haben kann, die vis à vis der Barrikaden auf dem Alexanderplatze standen.

1) Zum Berichte bei Gerlach I 140 über die Deputationen vom Morgen des 19. März ist zu bemerken, dafs Gerlach als Augenzeuge nicht gelten kann, da er erst um c. 11 Uhr auf das Schlofs kam. Richtig ist (abgesehen von der Zeitangabe) der Anfang: „Zuerst war Rellstab schon um 8 Uhr auf dem Schlofs gewesen“; darauf folgt eine kurze, zusammenfassende Notiz: „dann kamen andere Deputationen vom Magistrat, den Stadtverordneten usw. Bei einer dieser Deputationen war auch der Bürgermeister Naunyn“ [nämlich bei der vierten Deputation]. Gerlach erzählt weiter: „Es wurde erst in dem Zimmer der Königin, dann in dem roten Eckzimmer eine Art Kriegsrat gehalten, in dem man, wie der Prinz von Preufsen erzählt, zu dem Beschlufs kam, dafs die Proklamation in der Art ausgeführt werden sollte, dafs da, wo eine Barrikade von den Bürgern eingeebnet werden würde, man ihr gegenüber auch die Truppen zurückziehen würde.“ Wenn man diese Stelle mit der von uns auf S. 197 zitierten Stelle aus dem Briefe des Prinzen von Preufsen vergleicht, erkennt man, dafs diese letztere Gerlach für seine Kenntnis vom Beschlusse des „Kriegsrates“ als Quelle gedient hat. Ob es sich bei den Vorgängen im Zimmer der Königin und dann im roten Eckzimmer um ein und dieselbe Beratung [nämlich um die während der Anwesenheit der dritten Deputation] handelt, deren Schauplatz im Laufe der Viertelstunde, die sie dauerte, somit gewechselt haben würde, oder um zwei verschiedene Konferenzen, ist nicht mehr festzustellen. Ganz konfus ist die Darstellung von Petersdorff (S. 84), die mit dem schönen Satze beginnt: „Mittlerweile fand im Empfangszimmer der Königin, die im roten Speisezimmer fortgesetzt wurde, eine grofse Beratung statt“. Diese aus Gerlach übernommene Angabe kombiniert Petersdorff fälschlich mit der bei Perthes

Durch seine bisherigen Entschliefsungen hatte der König nichts gewährt, was nicht schon durch die Proklamation in Aussicht gestellt war. Der während der Anwesenheit der dritten Deputation gefafste Beschlufs war nichts anderes, als eine Spezialisierung dessen, was in dem Aufrufe enthalten war. Hier ward gesagt, der König würde die Truppen zurückziehen, falls die Barrikaden verschwänden; nunmehr ward näher ausgeführt: wo eine Barrikade niedergelegt würde, da sollten die Truppen vis-à-vis abziehen. Obgleich somit in Wahrheit noch nichts, was dem Ansehen der Krone Abbruch zufügen konnte, bewilligt war, versetzte allein die Thatsache der fortgesetzten Verhandlungen mit den Deputationen die Anhänger der Militärpartei in Spannung und Aufregung. Schon glaubte man wahrzunehmen, dafs der „Widerstand des Königs gegen das immer erneute Andringen schwächer würde". Über die Stimmung, von der jene Kreise am Morgen des 19. März erfüllt wurden, giebt eine Bemerkung in der Schrift des Obersten v. Schulz Aufschlufs: „Die meisten Ratgeber des Königs schienen unter dem Eindrucke der Proklamation zu stehen und im Vertrauen zu der ausdauernden Festigkeit Seiner Majestät zu wanken. An ein bestimmtes energisches Durchführen des Kampfes dachte niemand mehr, wohl aber an den Ausmarsch des Monarchen mit den Truppen und an die Rettung des im Schlosse verwahrten Staatsschatzes." Mit anderen Worten: Prittwitz und seine Freunde waren der Ansicht, eine Fortsetzung des Kampfes innerhalb der Stadt werde bei der durch die Proklamation öffentlich bekundeten und nunmehr immer stärker hervortretenden Neigung des Königs zur Nachgiebigkeit unmöglich; daher sei auf dem einmal eingeschlagenen Wege zu beharren, nämlich auf die Entfernung des Königs und des Militärs aus Berlin hinzuwirken, um dann die Bezwingung der Stadt von aufsen

(S. 537 f.) abgedruckten Erzählung eines anonymen Generals, die uns noch näher beschäftigen wird. Durch die kritiklose Ineinanderarbeitung dieser Berichte ist ein monströses Produkt entstanden; so wird z. B. die Komposition der neuen Ministerliste durch Arnim vor die vierte Deputation gelegt.

zu bewirken. In diesem Sinne sprach sich Prittwitz abermals vor dem Könige aus, als er vor diesen, nachdem die dritte Deputation das Schlofs verlassen hatte, beschieden wurde, um Auskunft über den augenblicklichen Stand der Dinge zu geben.[1] Er beharrte bei dem Gutachten, das er mitternachts abgegeben hatte, und machte auf den inzwischen infolge der seit dem Morgen eingetretenen Unsicherheit [d. h. infolge der Proklamation] in mehreren Strafsen hervortretenden bedenklichen Zustand aufmerksam. Für den Fall, dafs sich die Einwohnerschaft nicht sofort unterwürfe, befürwortete er wiederum die engste Einschliefsung der Stadt, da er nicht stark genug sei, sie durch Vorgehen im Innern von Strafse zu Strafse zu nehmen, und daher den Ausmarsch des Königs mit sämtlichen Truppen. Der König hörte die Vorschläge des Generals abermals an, ohne Widerspruch zu äufsern, aber auch ohne eine bestimmte Antwort zu geben. Ohne Zweifel erschien ihm nach den Erklärungen der Deputationen eine Mafsregel so extremen Charakters, wie Prittwitz sie anriet, vorschnell und zweckwidrig.[2]

Alle die geschilderten Vorgänge, wie sie sich bisher im Schlosse an diesem Morgen abgespielt hatten, waren gleichsam nur das Vorspiel zu der Entscheidung, die jetzt fiel. Im Zusammenhange mit dem Erscheinen der vierten „Deputation“ vollzog sich nun eine neue Wendung der Dinge. Um zehn Uhr[3] stellte sich im Schlosse eine Gruppe von Bürgern ein, ungefähr zwölf an Zahl, unter ihnen der zweite Bürgermeister

---

1) Bei den bisherigen Beratungen im Schlosse war Prittwitz schwerlich zugegen. Einmal wird uns nichts davon berichtet; sodann erzählt Schulz: Moewes, Nobiling, Fournier und Seeger hätten, als sie aus dem Schlosse heraustraten, um sich nach dem Alexanderplatze zu begeben, im Schlofshofe Prittwitz getroffen und von ihm einen Offizier zur Begleitung erbeten und erhalten.

2) Schulz a. O. S. 101 f.

3) Der Zeitpunkt wird so angegeben bei Schulz S. 102. Auch Bodelschwingh bei Diest (S. 31) sagt: „vielleicht gegen 10 Uhr Morgens“. Der Prinz von Preufsen (bei v. Petersdorff S. 231) giebt an: „Es mochte 11 Uhr sein.“ Das ist ganz unmöglich; der Prinz irrt sich ungefähr um eine Stunde.

von Berlin, Naunyn. Die Audienz des Generals v. Prittwitz, die nur sehr kurze Zeit gedauert haben kann, hatte bereits ihr Eude gefunden; Prittwitz befand sich wieder aufserhalb des Schlosses. Da langte Naunyn an; er beschwor den General, bei der grofsen Gefahr für die Stadt, für das Land und den König, mit ihm nach dem Schlosse zu gehen.[1] Prittwitz willfahrte seinem Begehren und begab sich mit ihm nach der Halle; hier hatten sich noch mehrere andere Bürger zusammengefunden, darunter der Stadtrat Dunker, Dr. Stieber, der Bezirksvorsteher Vollmer, sowie ein Oberlehrer Dr. Richter. Naunyn hatte am Morgen bei den an der Ecke der Friedrichstrafse und Zimmerstrafse aufgestellten Insurgenten Vermittlungsversuche gemacht. Er hatte ihnen versprochen, er wolle bewirken, dafs augenblicklich die Truppen bis in die Nähe der Leipziger Strafse zurückgingen und sich ruhig verhielten; darauf wolle er den König um Entfernung des Militärs von allen Strafsen und Plätzen ersuchen. In der That war es ihm geglückt, den Major v. Rauchhaupt zu bestimmen, seine Schützen aus der Nähe der Zimmerstrafse bis zur Krausenstrafse zurückzunehmen, und nun war er nach dem Schlosse geeilt, um den Herrscher zum Abzuge des Militärs überhaupt zu bewegen. Nur zufällig war er dabei mit den anderen in der Halle, mit Dunker, Stieber, Vollmer u. s. w., zusammengetroffen; als eine wirkliche „Deputation“ kann somit auch diese Gruppe, als deren Sprecher nunmehr Naunyn vor dem Monarchen auftrat, nicht bezeichnet werden.[2]

Der König empfing Naunyn und seine Genossen auf Bodelschwinghs Verwendung hin sofort im Sternensaale. Hier waren

1) Gerlach I, 140. Sein Gewährsmann ist hier offenbar Prittwitz selbst. Gerlach setzt diese Szene vor die bei Gelegenheit der dritten Deputation stattgefundenen Beratung. Das entspricht unmöglich der Richtigkeit. Naunyn war nicht bei den ersten drei Deputationen zugegen; auch Prittwitz nicht, wohl aber (vgl. u. a. Natzmer III, 196) während der vierten Deputation. Man mufs in Betracht ziehen, dafs Gerlach erst c. 11 Uhr auf das Schlofs kam; daher ist er über die Zeitfolge der Begebenheiten nicht genau orientiert.

2) Vgl. Schulz a. O. 102f.

die Prinzen und die ganze Umgebung des Herrschers versammelt; auch Bodelschwingh war zugegen; etwas später traf der Graf Arnim ein, der zu dem am vorigen Tage erhaltenen Antrage, die Leitung des Ministeriums zu übernehmen, seine Zustimmung erklären wollte.[1] Die Deputation meldete dem Könige, man habe in der Königstadt schon mit der Wegschaffung der Barrikaden begonnen, und drei davon seien bereits abgetragen. Sie bat den König abermals um Zurückziehung des Militärs, da dann die völlige Räumung der Barrikaden um

---

1) Vgl. Natzmer III, 196. Auf den Hauptfehler des Natzmerschen Berichtes haben wir bereits aufmerksam gemacht, dafs darin nämlich die zweite, dritte und vierte Deputation zu einer einzigen „Grofsen Deputation des Magistrates“ zusammengezogen werden. Wir müssen hier noch auf einige andere Irrtümer Natzmers hinweisen. Er erzählt, während des Straufsschen Gottesdienstes seien Arnim und Bodelschwingh erschienen und hätten mit der in der Halle wartenden Magistratsdeputation „lange“ gesprochen, der König habe darauf, „sobald der Gottesdienst beendigt war, Arnim und Bodelschwingh in sein Zimmer genommen, worauf nach einer Beratung von ungefähr einer Viertelstunde Bodelschwingh die definitive Willensorklärung des Königs, aus dessen Zimmer heraustretend, überbracht habe. Dagegen ist einzuwenden: der Gottesdienst mufs c. $9\frac{1}{2}$ Uhr beendigt gewesen sein; denn um diese Zeit begannen die Verhandlungen mit der dritten Deputation. Arnim kam ohne Zweifel erst gegen 10 Uhr, wahrscheinlich etwas später; denn er erschien, als die vierte Deputation bereits anwesend war. Unmöglich kann endlich der König „sobald“ nach Ende des Gottesdienstes mit Arnim und Bodelschwingh in sein Zimmer eingetreten sein; er hat vielmehr nach dem Gottesdienste erst mit der dritten, darnach mit Prittwitz und der vierten Deputation verhandelt, sowie zwei Beratungen beigewohnt. Da der Gottesdienst c. $9\frac{1}{2}$ Uhr beendigt war, müfste, falls der König dann unmittelbar darauf mit Arnim und Bodelschwingh ungefähr eine Viertelstunde lang verhandelte, die durch Bodelschwingh mitgeteilte Entscheidung des Königs um c. $9\frac{3}{4}$ Uhr gefällt worden sein; in Wirklichkeit fiel sie fast eine Stunde später. Über die Umstände, unter denen sich der König mit Arnim und Bodelschwingh in sein Kabinet zurückzog, sind wir ganz genau unterrichtet; wir wissen auch, dafs sich diese Szene ganz sicherlich erst bei Gelegenheit der vierten Deputation abspielte. Für die Begebenheiten, die sich in der Stunde von c. $9\frac{1}{2}$ bis c. $10\frac{1}{2}$ Uhr zutrugen, ist die Natzmersche Relation somit als Quelle unbrauchbar. Sowohl Sybel als auch Busch (S. 26) haben das übersehen.

so leichter vor sich gehen würde. Denn der Anblick der Truppen, so setzte man dem Könige auseinander, reize die Massen und gebe den Böswilligen einen Vorwand, sie immer wieder von neuem aufzuregen und dadurch den Kampf wieder zum Ausbruche zu bringen. Sobald das Militär entfernt sei, würde der Einfluſs der gutgesinnten Bürger die Oberhand gewinnen, und das irregeleitete Volk würde zu Vernunft und Gehorsam zurückkehreu. Die Deputation gestand ein, daſs sich Berlin vergangen und das Militär vollständig gesiegt habe; sie appellierte jedoch an das landesväterliche Herz des Monarchen und flehte ihn an, fernerem Blutvergieſsen vorzubeugen; sie verpfändete ihr heiligstes Wort, daſs, wenn die Truppen verschwänden, Ruhe und Ordnung sofort zurückkehren und das dankbare Volk die Gnade und das Vertrauen Seiner Majestät rechtfertigen würde.[1]

In der Umgebung des Königs fand das Gesuch eine geteilte Aufnahme. Es wurde eine abermalige Beratung abgehalten, an der mehrere hohe Militärs und Beamte teilnahmen, darunter der Prinz von Preuſsen, der Minister von Bodelschwingh sowie der designierte Ministerpräsident Graf Arnim-Boitzenburg, der, wie es scheint, zum Schlusse hinzukam.[2] Nach der

1) So nach Schulz 103f., der nach einem „vollkommen glaubhaften Augenzeugen“ zu berichten erklärt, höchst wahrscheinlich nämlich nach Prittwitz, der bei dieser Szene anwesend war. Vgl. auch den Bericht des Prinzen von Preuſsen (bei Petersdorff 231) und Bodelschwinghs bei Diest S. 25 und 31. Gerlach I, 140 giebt die Erzählung des Prinzen von Preuſsen wieder.

2) Vgl. Bodelschwingh bei Diest S. 32: „Hierauf beschlossen S. M. infolge einer in Gegenwart mehrerer hoher Militärs und Civilbeamten, auch des Grafen Arnim, gehaltenen Beratung“ u. s. w. Die von Bodelschwingh hier erwähnte Beratung kann nicht mit derjenigen identisch sein, die wir auf S. 197 unserer Darstellung schilderten, und die während der dritten Deputation stattfand. Denn Bodelschwingh sagt ausdrücklich, daſs sich die „in Gegenwart mehrerer hoher Militärs und Civilbeamten“ gehaltene Beratung an die Anträge der um 10 Uhr erschienenen (also der vierten) Deputation anschloſs; sodann war bei der dritten Deputation Arnim noch nicht zugegen, der erst (wie der Prinz von Preuſsen ausdrücklich bemerkt) bei der vierten Deputation im Schlosse anlangte. Sie

Behauptung der Deputation war die Bedingung erfüllt oder doch wenigstens im Begriffe, erfüllt zu werden, unter der der König der dritten Deputation den Abzug der Truppen vom Alexanderplatze verheifsen hatte: sollte dieses Versprechen jetzt erfüllt werden? Der Prinz von Preufsen mahnte zur Vorsicht; er schlug vor, die Richtigkeit der Aussage der Deputierten erst durch Offiziere konstatieren zu lassen. „Es entstand aber", so erzählt der Prinz von Preufsen selbst, „sofort eine Art Siegestaumel, dafs die Befehle des Königs durch die Bürger sofort respektiert würden, so dafs man mich nicht hörte, obgleich ich noch sagte, dafs, wenn das Faktum sich bestätige, natürlich die Truppen auf der Stelle nach dem Wortlaute der Proklamation des Königs zurückgehen müfsten." Trotz dieser und anderer Gegenvorstellungen wurde der Beschlufs gefafst, dafs, im Vertrauen auf die Versicherungen der Deputierten, mit dem Rückzuge der Truppen von den Strafsen und Plätzen der Anfang gemacht und damit in dem Mafse fortgefahren werden

kann auch nicht identisch sein mit der sogleich nachher erfolgten gesonderten Beratung des Königs mit Bodelschwingh und Arnim (wenn diese überhaupt den Namen einer „Beratung" verdienen sollte); denn Bodelschwingh sagt ganz bestimmt: „in Gegenwart mehrerer hoher Militärs und Civilbeamten". Wolff I, 218 stützt sich bei seinen Ausführungen über die Konferenz der „hohen Militär- und Civilbeamten" auf die eben zitierten Auslassungen Bodelschwinghs, die er auch (a. O. S. 220) wörtlich abdruckt. Er verschiebt indes die zeitliche Aufeinanderfolge, indem er die vierte Deputation erst während dieser Beratung eintreten läfst, während doch das Verhältnis thatsächlich ein umgekehrtes war. Der Beschlufs der Konferenz, wie ihn Wolf mitteilt, ist mit einem Zusatze versehen, der bei der Bodelschwinghschen Darstellung fehlt: es solle der Anfang mit dem Rückzuge der Truppen gemacht werden, „auch ohne vorgängige strenge Erfüllung der gestellten königlichen Bedingung". Es ist nicht möglich, dafs der Beschlufs wirklich also lautete. Wolff erzählt weiterhin, dafs auf dieser Beratung Krauseneck (nur auf diesen pafst nämlich die Bemerkung, dafs zu den Opponenten gegen den hier gefafsten Beschlufs auch ein „inzwischen im Jahre 1850 als pensionierter Offizier verstorbener General" gehörte) gegen dio Zurückziehung der Truppen protestiert habe. Es scheint dem Zusammenhange nach allerdings, dafs Krauseneck sein von uns S. 192, Anm. 2 erwähntes Votum bei dieser Konferenz abgab; es war aber nicht ablehnend, sondern zustimmend.

sollte, als das gegebene Wort auch von der andern Seite erfüllt werde, mit der ausdrücklichen Bedingung jedoch, dafs das Schlofs, das Zeughaus und andere öffentliche Gebäude mit starker Hand militärisch besetzt werden sollten.

Nicht leicht durchführbar und übereilt war dieser Beschlufs wohl, an sich indes zunächst noch keineswegs eine die Würde der Krone gefährdende Nachgiebigkeit. Durchaus war er den bisherigen Mafsnahmen angepafst und konnte zugleich als deren notwendige Konsequenz erscheinen. In der Proklamation hatte der König erklärt, er wolle die Truppen abziehen lassen, wenn die Barrikaden verschwänden. Auf das Gesuch der dritten Deputation hin war dieses allgemein gehaltene Versprechen dahin spezialisiert worden, dafs da, wo eine Barrikade geräumt würde, die ihr gegenüberstehenden Truppen zurückweichen würden. Jetzt sollte auf Grund der eingegangenen Meldungen (denen man vermutlich kein Mifstrauen bezeugen wollte, weil man daraus neue Störungen der Eintracht besorgte) mit dem Rückzuge der Truppen begonnen werden, und zwar in der Königstadt, da sich ja hier angeblich die Pazifikation bereits vollzog. Es war vorschnell, lediglich auf Grund der Versicherungen der Deputierten den *Anfang* des Rückzuges zu befehlen; die daraus erwachsende Gefahr konnte aber durch die Ausführung der Klausel ausgeglichen werden, dafs mit der Zurückziehung der Truppen in dem Mafse fortgefahren werden sollte, wie die Bürger mit der Einebnung der Barrikaden fortführen. Dieses Verhältnis genau zu ermitteln und demgemäfs zu handeln, war freilich nicht leicht. Dem Ermessen der Offiziere ward dadurch ein weiter Spielraum gegeben und an ihren Takt ein ungewöhnliches Mafs von Anforderungen gestellt. Immerhin konnte auf diese Weise die Zurückziehung des Militärs so geregelt werden, dafs sie durchaus nicht den Eindruck eines Rückzuges zu erregen brauchte; ja sie brauchte sogar, wenn wirklich noch keine einzige Barrikade niedergelegt war, überhaupt noch nicht zu erfolgen, da doch für jeden einzelnen Punkt der Abmarsch der Truppen an die Räumung der hier befindlichen Barrikaden ausdrücklich geknüpft war. Wer

diejenigen Personen in der Umgebung des Königs waren, die den vom Prinzen von Preufsen geschilderten „Siegestaumel“ an den Tag legten, ist nicht ersichtlich. Die Vermutung spricht dafür, dafs Bodelschwingh mit dem Beschlusse, wie er damals gefafst wurde, einverstanden war,[1] und auch Arnim erklärte seine Zustimmung. Allerdings erst zum Schlusse der Beratung, wie es scheint, anlangend und die Sachlage nicht zur Genüge überschauend, hielt er die Verhandlungen mit der Deputation bereits für erledigt und abgeschlossen, — ein Irrtum, der alsbald eine arge Konfusion hervorrief.[2]

1) Wenn Bodelschwingh sich unter denjenigen befunden hätte, die Vorstellungen gegen den oben mitgeteilten Beschlufs erhoben, so hätte er es schwerlich unterlassen, das in einem seiner beiden Berichte anzumerken. Auch hat er dem Bürgermeister Naunyn vor der Audienz beim Könige sehr entgegenkommende Erklärungen abgegeben (vgl. den Bericht Naunyns bei Wolff I, 219), sodafs nicht anzunehmen ist, dafs er auf der Konferenz auf der Seite des Prinzen von Preufsen stand.

2) In einem als Manuskript gedruckten Schreiben vom 1. Okt. 1848 (inseriert bei v. Schulz a. O. S. 94 ff.) giebt Arnim eine Darstellung seiner Beteiligung an den Verhandlungen bei Gelegenheit der vierten Deputation, die folgenden Inhaltes ist: Als er am Vormittage des 19. nach dem Schlosse kam, habe er eine Deputation vorgefunden, die eben entlassen wurde, und soviel er vernahm, die Verheifsung erhielt: da sich die städtischen Behörden für die Aufrechterhaltung der Ordnung verbürgten, sollten die Truppen die eingenommenen Strafsen und Plätze räumen und nur Schlofs, Zeughaus u. s. w. besetzt halten. Vor seiner Ankunft seien, wie ihm mitgeteilt wurde, „von mehreren Seiten [nämlich u. a. vom Prinzen von Preufsen] Gegenvorstellungen gegen diese Mafsregel erhoben worden.. Von dem Augenblicke an, als ich eintrat, und bis die Deputation sich entfernte und S. M. das Zimmer verlassen hatte, sind dergleichen nicht erfolgt.“ Er selbst, so fügt er hinzu, sei nach seinem Eintritte um „die Äufserung seiner Privatansicht“ [er betont das, da er damals nämlich noch nicht zum Minister ernannt war] befragt worden und habe „nachträglich“ sein Einverständnis mit dieser schon bei seinem Eintreten erteilten Verheifsung an die Deputation erklärt; diese Zustimmung sei also „ohne Einflufs“ auf den der Deputation erteilten „Bescheid“ gewesen. — Wir werden diesen Bericht keineswegs von vornherein als unwahr bezeichnen dürfen. Gegen die Wahrheitsliebe Arnims erhebt selbst der von Prittwitz inspirierte Oberst v. Schulz, indem er seinen Bericht abdruckt, keine Einwendungen. Die scharfe Kritik, die Busch (S. 46 und 61 ff.) an den Aufzeichnungen Arnims übt,

Nachdem der soeben besprochene Beschlufs gefafst war, wandte sich der König wiederum zur Deputation, um sie in diesem Sinne zu bescheiden. Er begann, indem Bodelschwingh zu seiner Rechten, Graf Arnim zu seiner Linken standen, zu den Bürgern zu sprechen[1]; als er im Begriffe stand, weiterzu-

geht entschieden zu weit. Der eben referierte Passus Arnims ist nicht frei von Unrichtigkeiten, deren Entstehung sich aber durch eine einzige Annahme durchaus erklären läfst, nämlich dafs Arnim, zum Schlusse der Beratung erscheinend, die Situation nicht überschaute und daher unrichtig auffafste, da er sich eben über das, was bisher vorgefallen war, nicht genau genug orientierte. Daher sagt er, dafs die Deputation, als er ankam „eben entlassen wurde", dafs sie ihren Bescheid bereits erhalten hatte, während sie in Wahrheit erst entlassen und beschieden werden sollte. Das Benehmen Arnims (dessen Gedanken von der bevorstehenden Kabinetsbildung wahrscheinlich so erfüllt waren, dafs er für nichts anderes Auge und Ohr hatte), nämlich die Art und Weise, wie er bald nachher den König bei seiner Anrede an die Deputation brüsk unterbrach und ihn nebst Bodelschwingh in das Nebenzimmer zu treten veranlafste, bestätigt durchaus die Annahme, dafs Arnim die Verhandlungen mit der Naunynschen Deputation bei seiner Ankunft im Schlosse bereits als abgethan betrachtete. Wenn man die Angaben Arnims der ihnen auf Grund der bezeichneten Fehlerquelle anhaftenden Irrtümer entkleidet, kann man seinen Bericht auf folgenden Thatbestand reduzieren: Arnim kommt zum Schlusse der Beratung an, als die Diskussion bereits beendigt ist. Es wird ihm der eben gefafste Beschlufs mitgeteilt, den er falsch auffafst [bei Arnim ist nämlich die Rede von der Räumung der Strafsen und Plätze schlechthin, während in Wahrheit (vgl. Diest 32) beschlossen war, die Räumung solle nur beginnen und in demselben Mafse fortgesetzt werden, wie die Barrikaden niedergelegt würden], d. h. im Sinne einer unbedingten Räumung der Plätze und Strafsen durch die Truppen. Er erklärt damit „nachträglich" sein Einverständnis; des Glaubens nun, dafs der Beschlufs den Deputierten bereits mitgeteilt sei, und dafs diese im Begriff stünden, sich zu entfernen, verhindert er, wie wir oben erzählen werden, den König an der Fortsetzung der Verhandlungen mit der Deputation und begiebt sich mit ihm und Bodelschwingh in das Nebenzimmer. — Wenn man Arnims Erzählung also von den in ihr enthaltenen Irrtümern säubert, erscheint sie als durchaus glaubhaft und läfst sich ohne weiteres in den Zusammenhang der Begebenheiten einordnen. Eine Tendenz zu bewufster Entstellung und Lüge läfst sich ihr bei unparteiischer Prüfung nicht nachweisen.

1) So nach Sohulz a. O. S. 104. Schulz erwähnt die nach Bodelschwinghs Zeugnis stattgefundene, durch den Bericht des Prinzen von

reden, machte der Graf Arnim — offenbar der Ansicht, die Audienz der Deputierten sei jetzt beendigt — eine Verbeugung gegen Herrn von Bodelschwingh, die diesen veranlafste, an den Grafen die Frage zu richten, ob er Seiner Majestät noch einen Vortrag zu halten wünsche. Arnim bejahte diese Frage durch eine neue Verbeugung; der König bedeutete darauf der Deputation, sie möge einen Augenblick warten, und zog sich mit den beiden Staatsmännern in sein unmittelbar neben dem Sternensaale liegendes Arbeitskabinet zurück. Darüber, was nunmehr zwischen dem Könige, Bodelschwingh und Arnim allein vorgegangen ist, haben wir nur einen einzigen Bericht, und zwar von einem der drei Beteiligten, nämlich vom Grafen Arnim; er lautet: „Während nun die in Funktion begriffenen Behörden mit der Ausführung [sc. des nach Arnims Meinung der Deputation bereits erteilten Bescheides] beschäftigt waren, begab ich mich mit S. M. in Allerhöchstdesselben Kabinet und erklärte: dafs wenn Allerhöchstdero am gestrigen Tage ausgesprochene Absicht:

Preufsen bestätigte, wahrscheinlich sehr formlos vor sich gegangene „Beratung hoher Militärs und Civilbeamten“ gar nicht, sondern fährt nach der Wiedergabe des Gesuches der Deputation fort: „Der König sprach seine Freude darüber aus, dafs man beginne, die Barrikaden wegzuräumen, und fügte hinzu, man möge nur damit fortfahren; sobald sie sämtlich geräumt seyen, werde er das gegebene Versprechen heilig halten und die Truppen zurückziehen. Bei dieser Audienz stand Herr v. Bodelschwingh zur Rechten, Graf Arnim links vom Monarchen; als derselbe weitersprechen wollte, machte der Graf eine Verbeugung gegen Herrn v. Bodelschwingh“ u. s. w. Wir müssen hier die Frage erörtern: hielt der König die Rede (in der er seine Freude aussprach u. s. w.) unmittelbar nach der Anrede Naunyns, also vor der Beratung mit seiner Umgebung, oder vielmehr erst nach dieser Beratung? Nach dem Wortlaute, „als er weiter sprechen wollte“, müfste man das letztere annehmen. In diesem Falle waren die bei Schulz referierten Worte offenbar nur die Einleitung zur Verkündigung des Beschlusses, und der König war im Begriffe, eben diesen jetzt den Bürgern mitzuteilen, als er durch Arnim an der Fortsetzung seiner Rede verhindert wurde. Vermutlich wollte der König etwa folgendermafsen fortfahren: Um seinen Bürgern einen Beweis seiner Friedfertigkeit zu geben, wolle er alsbald anordnen, dafs die Truppen dort entfernt würden, wo die Barrikaden bereits niedergelegt seien, und also zunächst vor den in der Königsstadt eingeebneten Barrikaden.

mir das Ministerium zu übertragen, bei den wesentlich veränderten Umständen noch dieselbe sey, ich es in dem jetzigen Augenblicke der Gefahr für meine Pflicht hielte, mich der Forderung S. M. wenigstens für die Zeit der Not nicht zu entziehen. Als S. M. hierauf diese Aufforderung wiederholt an mich gerichtet hatten, schlug ich S. M. die Männer vor, mit welchen ich vorläufig das Werk zu beginnen wünschen mufste, und motivierte diese Vorschläge. Nachdem S. M. dieselben genehmigt, entwarf ich in Allerhöchstdero Gegenwart die Ordre, worin die am 18. erfolgte Annahme des Entlassungsgesuches des bisherigen Ministerii und die Ernennung des neuen Ministerii ausgesprochen wurde. Nachdem sie von S. M. vollzogen (es mochte gegen 12 Uhr geworden seyn), trat ich aus dem Zimmer S. M."[1]

Wir haben keinen Anlafs, an der Richtigkeit dieser Erzählung zu zweifeln, wohl aber an ihrer Vollständigkeit. Es müssen sich im Zimmer des Königs in der Zeit von dessen, Arnims und Bodelschwinghs Eintritte an bis zur Mittagszeit verschiedene Szenen ereignet haben, die Arnim hier nicht mitteilt. Erst in einem späteren Abschnitte seines Berichtes deutet er an, dafs während seiner Anwesenheit im Kabinette des Königs eine Meinungsverschiedenheit „in den allerhöchsten Umgebungen hervortrat, inwieweit der Rückzug der Truppen buchstäblich, also aller Truppen von den Strafsen und Plätzen" zu nehmen sei;[2] wir kommen auf diese Differenz noch zu sprechen. Nun ist es eine Thatsache, dafs, nachdem sich der König, Arnim und Bodelschwingh eine Weile im Nebenzimmer befunden hatten, Bodelschwingh in höchster Erregung in den Sternensaal hinaustrat und im Auftrage des Königs die unbedingte Gewährung der Bitte der Naunynschen Deputation, also vollständigen Abzug aller Truppen von den Strafsen und Plätzen, verkündigte, während doch in der Beratung kurz zuvor

1) Nach dem Briefe Arnims vom 1. Okt. 1848, gedruckt bei Schulz a. O. S. 97.

2) Ebd. S. 98f.

nur die allmähliche Räumung nach Mafsgabe der Fortschritte hinsichtlich der Einebnung der Barrikaden, also nur bedingte Gewährung, bewilligt worden war.

Was könnte näher liegen, als diese Modifikation des Bescheides an die Deputation als das Ergebnis der Sonderberatung zwischen dem Könige, Arnim und Bodelschwingh im Arbeitszimmer des Monarchen aufzufassen? Da Bodelschwingh weiterhin in grofser Aufregung die neue Entscheidung des Königs überbrachte, könnte man annehmen, dafs er mit ihr nicht einverstanden war und ihr widersprochen hatte, und endlich, dafs Arnim es gewesen ist, der den König zu dieser Sinnesänderung bewog.[1] In der That wird diese Vermutung in neueren Darstellungen als eine einwandsfreie Behauptung vorgetragen[2], und schon Arnim sah sich genötigt, gegen eine solche Deutung seiner Sonderverhandlungen mit dem Könige und mit Bodelschwingh Einspruch zu erheben. In einer Broschüre, die er gegen das von Prittwitz inspirierte Buch des Obersten v. Schulz erscheinen liefs[3], kommt er auf jene Beratungen zurück, indem er auseinandersetzt: „der erste Theil dieser Ausführungen [nämlich auf S. 104f. der Schrift des Obersten v. Schulz] giebt der Vermutung Raum, als wolle der Verfasser zwischen den Zeilen lesen lassen, dafs nach seiner Ansicht bei jenem Vortrage im Arbeits-

1) Eine Stütze würde diese Annahme finden in der Relation eines ungenannten Generals, die bei Perthes a. O. 537 abgedruckt ist; vgl. über sie den zweiten Exkurs.

2) Vgl. Sybel a. O. 253f und Busch a. O. 62f. Sybel erwähnt (S. 252) einen Brief des Herrn v. Diest-Daber vom 20. März [Jahr?], worin dieser erkläre, „dafs seine Entrüstung über den Abzug der Truppen von dem Onkel [Bodelschwingh] geteilt werde“. Leider hat Sybel nichts Näheres über diesen Brief mitgeteilt und auch nicht angegeben, wo er zu finden ist. Übrigens kann dieser Brief nicht als ein Argument dafür gelten, dafs Arnim und Bodelschwingh in dieser Frage verschiedener Ansicht waren. Der Ausdruck, Bodelschwingh sei „über den Abzug der Truppen“ entrüstet gewesen, ist allzu unbestimmt und vieldeutig.

3) Bemerkungen des Grafen Arnim-Boitzenburg zu der Schrift: Die Berliner Märztage vom militärischen Standpunkte aus geschildert. Berlin, Oktober 1850. S. 14.

zimmer S. M. mein Einflufs es gewesen, welcher den erneuten Befehl des Königs erwirkt habe: dafs die Truppen von den Strafsen und Plätzen zurückgezogen würden, ohne zuvor die gänzliche Wegräumung der Barrikaden abzuwarten." Demgegenüber stellt nun Arnim den wahren Hergang der Dinge fest. Er habe es, so giebt er an, für notwendig erachtet, dem Könige Vortrag über die Bildung des Kabinets zu halten, und fährt darauf fort: „Mein Vortrag in jener Unterredung im Kabinette S. M. hatte daher allein diesen Zweck und Gegenstand. Von dem, was noch nicht meines Amtes war, namentlich von den Beratungen über das Detail der militärischen Mafsregeln, worüber sich jeder wohl die eine oder andere persönliche Ansicht gebildet hatte, zu deren amtlicher Erörterung aber nach meiner Auffassung prinzipaliter der kommandierende General und daneben der im Amte befindliche Minister berufen und durch genaue Verfolgung und Kenntnis der seit 24 Stunden vorangegangenen Ereignisse im stande war, hielt ich mich fern. Ich erinnere mich aber auch nicht, dafs in diesem Momente im Kabinet S. M. von der Frage über die Modalitäten des Zurückgehens der Truppen die Rede gewesen ist." Er habe sich vielmehr, so erzählt Arnim, als er mit dem Könige und Bodelschwingh im Arbeitszimmer des Herrschers weilte, bereit erklärt, an die Spitze des neu zu bildenden Ministeriums zu treten, wenn der König bei seinem Entschlusse vom vorhergehenden Tage beharre, und als das der Fall war, dem Könige Vorschläge betreffend die Zusammensetzung des neu zu bildenden Kabinets gemacht. „Nach der ersteren Erklärung"[1], so schildert Arnim nunmehr die Art und Weise, wie Bodelschwingh das Zimmer verliefs, „entfernte sich der Minister von Bodelschwingh."

Arnim versichert hier also nochmals auf das bestimmteste, dafs er sich, als er mit dem Monarchen und Bodelschwingh im königlichen Gemache allein weilte, in keiner Weise an Ver-

1) Nämlich dafs Arnim an die Spitze des neuen Kabinets treten wolle. Nach Bodelschwinghs Entfernung begann dann der Vortrag über den zweiten Gegenstand, über die Zusammensetzung des neuen Ministeriums.

handlungen über den Abzug der Truppen beteiligt habe. Wir werden nicht umhin können, diesen Beteuerungen Glauben zu schenken: wie durfte er sie machen, wenn sie der Wahrheit nicht entsprachen? Mufste er nicht befürchten, sofort, wenn auch nicht vom Könige, so doch von Bodelschwingh zur Rede gestellt zu werden? Die Unverfrorenheit, sich einer solchen Gefahr auszusetzen, wird niemand dem Grafen zutrauen dürfen. Wir machen ferner darauf aufmerksam, dafs sich Arnim höchst vorsichtig und gewunden ausdrückt: er erinnere sich nicht, dafs damals im Zimmer des Königs von den Modalitäten des Zurückgehens der Truppen die Rede gewesen sei; er habe sich in die Erörterung dessen, was noch nicht seines Amtes gewesen sei, also auch der militärischen Mafsregeln, nicht eingemischt und auf den „erneuten[1] Bescheid“ des Königs keinen Einflufs ausgeübt. Man gewinnt den Eindruck, dafs Arnim nicht alles sagt, was er weifs, sondern sich eine gewisse Zurückhaltung auferlegt. Da ihm die Verantwortung für den unbedingten Rückzugsbefehl des Königs zugeschoben wurde, so mufste er dagegen Einspruch erheben; er beschränkt sich indes darauf, zu konstatieren, dafs er darauf keinen Einflufs ausgeübt habe, und vermeidet es, eine Darstellung zu geben, aus der man ersehen könnte, wie der Hergang der Dinge war. Wenn nun Arnim nicht ohne Hehl und Umschweife alles erzählt, was damals im Zimmer des Königs vor sich ging, so ist es die Frage, zu wessen Gunsten dieses Schweigen dienen soll. Dieselbe Ansicht, die wir hier von dem Berichte Arnims über die Szene im Gemache des Königs entwickelten, ist bereits von anderer Seite in Beziehung auf die Bodelschwinghschen Veröffentlichungen geäufsert worden. Busch bemerkt, dafs Bodelschwingh über den Auftritt im Zimmer des Königs „ein auffälliges Schweigen“ beobachte, und das sei nur „unter der Voraussetzung erklärlich, dafs er damit in seiner stets bewährten ritterlichen Gesinnung jemanden schonen wollte, und zwar keinen anderen, als den

1) Arnim spricht von einem „erneuten“ Bescheide des Königs, da er ja der irrigen Meinung war, die Naunynsche Deputation habe schon vor seiner Ankunft im Schlosse Bescheid erhalten.

König selbst.“ Man kann dieser Erwägung nur beipflichten; warum aber zieht Busch nicht aus ihr die doch so nahe liegende Folgerung, dafs der König damals in der That etwas begangen hat, das Bodelschwingh später mit Schonung zu behandeln für gut befand? Statt dessen erhebt Busch gegen Arnim den Vorwurf, dafs dieser, weniger ritterlich, als Bodelschwingh, seinen Anteil an der definitiven Entschliefsung des Königs zu verbergen suche.[1] Nun haben wir gezeigt, dafs Arnim einen derartigen Einflufs ausgeübt zu haben bestreitet, dafs durchaus für uns kein Grund vorliegt, an der Richtigkeit seiner Versicherungen zu zweifeln, und dafs auch seine Darstellung von der Tendenz getragen ist, jemanden zu schonen. Wenn nun Bodelschwingh von der Absicht geleitet ist, den König nicht blofszustellen: warum sollte dasselbe nicht auch bei Arnim der Fall gewesen sein? Gegen Arnim war die Anschuldigung in Umlauf gesetzt worden, er habe beim Könige den verhängnisvollen Befehl erwirkt; dagegen mufste er sich rechtfertigen. Er that dies, indem er seine Beteiligung an den Beratungen über den Rückzug der Truppen in Abrede stellte. Das war ein Dementi, das an Schärfe nichts zu wünschen übrig liefs. Aus Rücksicht auf den König indes war er nicht im stande, es nach der positiven Seite hin zu ergänzen, indem er die Vorgänge, die sich im Kabinette des Königs abgespielt hatten, in voller Ausführlichkeit erzählte.

Soviel wird aus dem bisherigen Gange der Untersuchung klar, dafs sich im Zimmer des Königs in jener bedeutsamen Viertelstunde, da der Monarch mit Arnim und Bodelschwingh hierselbst weilte, ein Vorfall zugetragen haben mufs, der mit dem Befehle zum bedingungslosen Rückzuge der Truppen in Zu-

---

1) Busch a. O. S. 61 ff. Oncken a. O. S. 128, Anm. 1 schliefst sich dem Tadel Buschs gegen Arnim an. Das einzige Quellenzeugnis, das Busch zum Beweise dafür anführt, dafs Arnim in der That den König zur Erteilung des unbedingten Abmarschbefehls bestimmt habe, ist der Bericht eines ungenannten Generals, der sich bei näherer Prüfung (vgl. den zweiten Exkurs) keineswegs als ein „unzweifelhaft zuverlässiger Bericht“ herausstellen wird.

sammenhang steht, und den die beiden Minister in ihren Relationen mit Stillschweigen übergehen, — höchst wahrscheinlich, um den König nicht zu kompromittieren. Es sind uns nun gewisse Anhaltspunkte gegeben, mit deren Hilfe wir zu ermitteln vermögen, was sich damals im Kabinette des Herrschers ereignete. Von durchaus zuverlässiger Seite erfahren wir, daſs Bodelschwingh „mit rotem Kopfe“, in heftigster Aufregung, die sich vor allem im Tone seiner Rede kund gab, aus dem Arbeitszimmer des Monarchen in den Sternensaal hinaustrat.[1] Er überbrachte im Namen des Königs einen Befehl, durch den abweichend von dem soeben gefaſsten Beschlusse der bedingungslose Abmarsch der Truppen aus den Stellungen vor den Barrikaden angeordnet wurde. Unter den anwesenden Militärs erhob sich darüber eine groſse Entrüstung; Bodelschwingh jedoch wies alle Einwendungen zurück, indem er betonte, er wiederhole verbotenus des Königs Worte, er habe diesem die soeben gesprochenen Worte wiederholt, um jeder Miſsdeutung zu begegnen.[2] Aus diesen Andeutungen ist zu entnehmen, daſs es in der That im Kabinette des Königs einen erregten Wortwechsel gegeben hat, aber nicht, wie behauptet worden ist, zwischen Arnim und Bodelschwingh, sondern zwischen diesem und dem Monarchen. Das Benehmen Bodelschwinghs und seine Worte im Sternensaale lassen, wie es scheint, nur eine einzige Erklärung zu: daſs er nämlich vom Herrscher damals einen Befehl erhielt, der ihn stutzig machte und zu Einwürfen veranlaſste, sodaſs er, „um jeder Miſsdeutung zu begegnen, den Befehl in der vom Könige gegebenen Form verbotenus noch

1) Vgl. Schulz a. O. S. 104, ferner die Berichte des Prinzen von Preuſsen und seines Adjutanten, des Grafen von Königsmark, bei Petersdorff a. O. S. 232 ff. Hierher gehört auch die Nachricht des anonymen Generals, daſs Bodelschwingh beim Verlassen des königlichen Zimmers die Thüre so laut hinter sich zugeschlagen habe, daſs sie krachend in das Schloſs fiel; vgl. den zweiten Exkurs.

2) So nach dem Berichte des Grafen v. Königsmark. Königsmark war selbst bei dieser Szene im Sternensaale anwesend, wie aus den Worten seines Berichtes hervorgeht: „Ein Herr der Deputation, den ich leider nicht kannte“.

einmal wiederholte". Und was war es wohl, was ihn stutzig machte, sodafs er, um ganz sicher zu gehen, dem Monarchen seine Worte wiederholte? Wir erinnern uns, dafs der Beschlufs der Beratung „hoher Militärs und Zivilbeamten" betreffend das Gesuch der Naunynschen Deputation dahin lautete, dafs mit dem Rückzuge der Truppen erst der Anfang gemacht werden und damit nur in dem Verhältnisse fortgefahren werden solle, wie auf der Gegenseite die Barrikaden geräumt würden. Der von Bodelschwingh überbrachte Befehl aber verfügte nicht eine an diese Bedingung geknüpfte, sondern die unbedingte Entfernung der Soldaten; daher auch die Entrüstung des Prinzen von Preufsen und der Generäle. Die Vermutung dürfte nun keineswegs unberechtigt sein, dafs der König in momentaner Aufregung oder aus Irrtum, indem seine Gedanken bei einem andern Gegenstande weilten, in seinem definitiven Bescheide für die Deputation die Klausel fallen liefs, von der dem kurz zuvor gefafsten Beschlusse zufolge der Rückzug der Truppen abhängig gemacht worden war. Als der Herrscher später von seinem Bruder über diese Modifikation zur Rede gestellt wurde, entgegnete er verwundert, der Befehl, den er Bodelschwingh erteilt habe, habe nichts anderes enthalten, als das, was er schon in seiner Proklamation seinen Bürgern verheifsen habe. Aber diese Versprechung war in der Proklamation an die Räumung der Barrikaden geknüpft; der Fehler, den der Monarch in jenem Zwiegespräche mit Bodelschwingh beging, bestand also darin, dafs er entgegen dem kurz zuvor gefafsten Beschlusse und ganz unbegründet diese Bedingung entweder als erfüllt voraussetzte oder gar nicht beachtete. Dieser Fehler und die dadurch veranlafste Modifikation des Bescheides für die Deputation waren es augenscheinlich, die Bodelschwingh stutzig machten. Es mufs sich darüber ein wohl kurzer, aber heftiger Wortwechsel zwischen ihm und dem Könige entsponnen haben. In nervöser Gereiztheit mag der König über den von Bodelschwingh erhobenen Einspruch in Erregung geraten sein und seinem Unwillen Ausdruck gegeben haben. Wenn nicht ein Auftritt dieser Art sich ereignet hätte, würde Bodelschwingh

schwerlich dem Könige noch einmal seine Entscheidung dem Wortlaute nach wiederholt, in zorniger Aufwallung das Zimmer des Herrschers verlassen und im Sternensaale so auffällig betont haben, dafs er des Königs Worte verbotenus wiedergegeben habe. Eben durch die Annahme, dafs seine eigenen Einwendungen vom Könige heftig abgewiesen wurden, läfst es sich am einfachsten erklären, dafs er jetzt alle Proteste durch den Hinweis auf den bestimmten und keinen Widerspruch duldenden Wortlaut des königlichen Befehles abschnitt. Was die Rolle anbelangt, die Arnim bei der Szene zwischen seinem Vorgänger und dem Monarchen spielte, so war sie unzweifelhaft die eines stummen Zuschauers. Einmal geht das aus seinen Versicherungen hervor, an denen zu zweifeln wir nicht berechtigt sind; alsdann entsprach ja der Befehl des Königs ganz seinen Ansichten, während er sich amtlich in eine Erörterung dieses Gegenstandes einzutreten nicht berufen fühlte, da es sich dabei um eine in die Zeit vor seinem Amtsantritte zurückreichende, durch die vermeintlich der Deputation erteilte Antwort bereits erledigte Angelegenheit handele, — eine Auffassung der Sache, die an krasser Formalität allerdings nichts zu wünschen übrig läfst.[1] —

Ehe wir in unserer Untersuchung fortfahren, wollen wir unsere Ergebnisse betreffend den Verlauf der vierten Deputation, wie sie sich bisher teils als gesichert, teils mit einem gewissen Grade der Wahrscheinlichkeit herausgestellt haben, in kurzer Übersicht zusammenfassen. Um 10 Uhr morgens erschien im Schlosse eine Gruppe von ungefähr 12 Bürgern, deren Sprecher der Bürgermeister Naunyn war. Sie brachten die Nachricht, dafs in der Königstadt bereits die Barrikaden eingeebnet würden, und baten den König, durch die Zurückziehung der Truppen die Wiederherstellung der Ordnung zu erleichtern. Die anwesenden hohen Militärs und Beamten, darunter der

1) Wenn der oben S. 151 f. erwähnten Mitteilung Roons, Bodelschwingh habe ihm erzählt, der König sei am Abende des 18. und am Morgen des 19. März nahe daran gewesen, „den Verstand zu verlieren“, eine thatsächliche Äufserung Bodelschwinghs zu Grunde liegt, so dürfte sie am besten auf eine derartige Szene im Gemache des Königs zu beziehen sein.

Prinz von Preufsen und Bodelschwingh, traten zu einer Beratung zusammen. Trotz des Widerspruches des Prinzen von Preufsen entschied man sich hier dafür, den Versicherungen der Deputierten Glauben zu schenken. Man beschlofs, dafs mit dem Rückzuge der Truppen in der Königstadt der Anfang gemacht würde, und dafs das Militär allmählich in demselben Mafsstabe, wie die übrigen Barrikaden beseitigt würden, von den Strafsen und Plätzen zu entfernen sei. Der zum Schlusse der Konferenz herbeikommende designierte Ministerpräsident v. Arnim erklärte sich nachträglich mit dem Abmarsche der Truppen aus den Stellungen vor den Barrikaden einverstanden. Der König wollte nunmehr der Deputation den soeben gefafsten Beschlufs eröffnen; er wurde indes daran durch Arnim gehindert, der im irrigen Glauben, die Deputation sei bereits abgefertigt, möglichst bald die Entscheidung über seine Ernennung herbeizuführen wünschte. Arnim veranlafste den König und Bodelschwingh, mit ihm in das Arbeitszimmer des Herrschers zu treten; der Deputation wurde durch den König bedeutet, sie möge eine Weile warten. Im Kabinette des Monarchen angelangt, erklärte Arnim seine Bereitwilligkeit, den ihm am vorhergehenden Tage erteilten Auftrag zur Bildung eines neuen Ministeriums zu übernehmen. Nachdem dieser Gegenstand erledigt war, entspann sich zwischen dem Könige und Bodelschwingh ein Zwiegespräch über den der Deputation zu erteilenden Bescheid. Bodelschwingh, dessen längeres Verweilen nach der Erklärung Arnims überflüssig war, wollte sich entfernen; denn, da er nunmehr aufhörte, Minister zu sein, gingen ihn die weiteren Beratungen zwischen dem Könige und dem neuen Ministerpräsidenten über die Kabinetsbildung nichts mehr an. Im Begriffe, hinauszutreten, mufs er wohl (eine andere Rekonstruktion des Herganges ist schwerlich möglich) den König daran erinnert haben, dafs im Sternensaale noch immer Naunyn und seine Genossen der Antwort auf ihr Gesuch harrten. Der König befahl Bodelschwingh, der Deputation einen Bescheid zu erteilen, der auf eine einfache Erfüllung der Verheifsung hinauslief, die im Aufrufe „An meine lieben Berliner“ verkündigt war. Da-

durch erlitt der Beschlufs der soeben gehaltenen Konferenz eine Modifikation, insofern als der bedingte und allmähliche Rückzug der Truppen aus den Stellungen vor den Barrikaden in einen sofortigen und unbedingten Abmarsch verwandelt wurde. Am angemessensten dürfte es erscheinen, diese unzweifelhaft eben damals erfolgte Modifikation des Bescheides für Naunyn als ein Mifsverständnis zu erklären, das auf einen momentanen Mangel an Ueberlegung seitens des Monarchen zurückzuführen ist. Vielleicht (es kann sich freilich dabei um nichts mehr als eine blofse Vermutung handeln) war seine Aufmerksamkeit derart vom Arnimschen Vortrage in Anspruch genommen, dafs er die Erinnerung an die noch wartende Deputation im Augenblicke als eine unliebsame Störung empfand. Bodelschwingh versuchte augenscheinlich, den Herrscher auf seinen Irrtum aufmerksam zu machen. Er wiederholte ihm buchstäblich die soeben gesprochenen Worte; der König erteilte ihm darauf den Befehl, den Bescheid für die Deputation eben in dieser Fassung zu überbringen. Der Wortwechsel, der sich also zwischen dem Könige und Bodelschwingh entspann, kann einer gewissen Heftigkeit nicht entbehrt haben. Darauf deutet der Umstand, dafs Bodelschwingh nun in höchster Aufregung aus dem Arbeitszimmer des Königs in den Sternensaal hinaustrat, krachend die Thür hinter sich in das Schlofs werfend.

Gewifslich war es eine Übereilung, wenn man beschlofs, mit dem Rückzuge der Truppen zu beginnen, ehe man sich genau darüber orientiert hatte, ob es mit den Nachrichten von der Einebnung der Barrikaden in der Königstadt seine Richtigkeit habe. Noch viel schwerer aber fällt ins Gewicht die Modifikation dieses Beschlusses im Sinne eines sofortigen und unbedingten Abmarschbefehles, und sie ist, soviel wir zu ersehen vermögen, ganz allein das Werk des Monarchen. Man wird die Entrüstung der Militärpartei über diese unerwartete Wendung sehr wohl verstehen; ihre Führer gerieten nun aber ihrerseits aus diesem Anlasse in eine leidenschaftliche Erbitterung, die ihnen nicht minder die Klarheit des Denkens und die Entschlossenheit des Handelns raubte.

Viertes Kapitel.

Der Abzug der Truppen aus den Stellungen vor den Barrikaden.

Nicht minder komplizierter Untersuchungen, wie die Feststellung der Vorgänge, die der Entscheidung des Königs auf das Gesuch der Naunynschen Deputation vorausgingen, bedarf die Klarlegung der Begebenheiten, die sich nunmehr unter dem Eindrucke der Entschliefsung des Monarchen abspielten, vor allem der näheren Umstände, unter denen sich der Abmarsch der Truppen aus den Stellungen vor den Barrikaden vollzog. Schon der Wortlaut des Befehls, den Bodelschwingh aus dem Arbeitszimmer des Königs überbrachte, wird uns in den Quellen durchaus abweichend berichtet, und es gilt nun zunächst, zu ermitteln, welche der überlieferten Fassungen die richtige ist.

Wenn wir bemerken, dafs uns die Rede Bodelschwinghs bei seinem Heraustreten in den Sternensaal in verschiedenen Versionen mitgeteilt wird, so haben wir dabei nicht jene kleinen Abweichungen im Ausdrucke und in der Reihenfolge der Gedanken im Auge, wie sie unvermeidlich sind, da in der Erinnerung schliefslich doch immer nur die Hauptmomente haften bleiben. Wir betonen ferner von vornherein, dafs die Berichte insofern mit einander übereinstimmen, als sie beinahe alle den unbedingten Befehl zum Abzuge der Truppen enthalten.[1] Aber

1) Eine Ausnahme in dieser Hinsicht macht nur der Artikel Bodelschwinghs in der Kreuzzeitung (jetzt bei Diest a. O. S. 32). Bodelschwingh führt hier den Beschlufs der „in Gegenwart mehrerer hoher Militärs und Zivilbeamten, auch des Grafen Arnim, gehaltenen Beratung“ an und fährt

in einem sehr wichtigen Punkte gehen sie auseinander. Die eine Gruppe nämlich, und zu ihr gehört die Mehrzahl der Quellen, teilt nur den einfachen Abmarschbefehl ohne weiteren Zusatz mit, so (wir führen hier nur solche Berichterstatter an, die Zeugen jenes Auftrittes waren und die Worte Bodelschwinghs aus eigener Erinnerung wiedergeben) Prittwitz[1], der Prinz von Preufsen[2] und der Graf Königsmark[3]. Bodelschwingh selbst

dann fort: „Der Staatsminister v. Bodelschwingh war der Überbringer dieses Befehls an die Deputation". Nun haben wir in umständlicher Beweisführung auseinandergesetzt, dafs der Befehl, den Bodelschwingh der Deputation überbrachte, nicht sowohl jener Beschlufs, als vielmehr seine vom Könige bewirkte Modifikation war. Dafs es sich um diese Modifikation in der That bei der Mitteilung handelt, die Bodelschwingh der Deputation machte, geht daraus hervor, dafs der Prinz von Preufsen sofort (vgl. seinen Brief an die Kaiserin von Rufsland bei Petersdorff a. O. S. 232) darauf aufmerksam machte, dafs diese Eröffnung im Widerspruche „mit der Proklamation" (und demgemäfs auch mit den Beschlüssen der Beratungen aus Anlafs der dritten und vierten Deputation) stände, wonach nur da, wo eine Barrikade verschwände, die Truppen zurückgehen sollten. Petersdorff S. 86, Anm. 1 hat diesen Widerspruch bemerkt, aber nicht aufgeklärt. Eine Differenz zwischen dem Beschlusse der letzten Konferenz und dem durch Bodelschwingh überbrachten Befehle mufs schon deshalb bestanden haben, weil sonst die Entrüstung des Prinzen von Preufsen und des Generals v. Prittwitz durchaus unerklärlich wäre. Eben daher wirkte die durch Bodelschwingh schliefslich überbrachte Entscheidung des Königs so konsternierend, weil sie von dem soeben gefafsten Beschlusse abwich. In einem für die Veröffentlichung durch die Presse bestimmten Artikel konnte Bodelschwingh selbstverständlich nicht auf die durch den König bewirkte Modifikation hinweisen; er begnügt sich daher, zu sagen, er habe den in der Beratung gefafsten Beschlufs der Deputation eröffnet.

1) Bei Schulz (dessen Gewährsmann offenbar Prittwitz selber ist): „Da man begonnen habe, die Barrikaden zu räumen, und versprochen, damit fortzufahren und die Ordnung aufrecht zu erhalten, so befehle S. M. der König, dafs die Truppen von den Strafsen und den Plätzen zurückgezogen würden".

2) Bei Petersdorff S. 232: „Da die Barrikaden verschwinden, so befehlen S. M., dafs die Truppen von allen Strafsen und Plätzen zurückgezogen werden.

3) Ebd. S. 234: „M. H. Es ist das letzte Mal, dafs ich in amtlicher Stellung zu Ihnen spreche. Ich wiederhole Ihnen verbotenus des Königs Worte: S. M. hat im Vertrauen zu den Verheifsungen seiner getreuen

dagegen erzählt, der König habe durch ihn die folgende Antwort erteilt: „Vertrauend auf das Wort der angesehensten Gemeindebeamten, daſs mit Aufräumung der Barrikaden der freiwillige Anfang gemacht sei, und daſs gleichzeitig mit Zurückziehung der Truppen jede Widersetzlichkeit aufhören werde, sollten die Truppen von den Straſsen und öffentlichen Plätzen zurückgezogen, jedoch das Schloſs, die Zeughäuser und andere öffentliche Gebäude mit starker Hand besetzt bleiben."[1]

Die Bodelschwinghsche Erklärung zerfällt in zwei Teile. Sie enthält zunächst den Rückzugsbefehl; darauf folgt ein Zusatz, durch den die Besetzung des Schlosses, Zeughauses u. s. w. mit starker Hand angeordnet wird. Nun ist es überaus merkwürdig, daſs dieser Zusatz in den Relationen des kommandierenden Generals, des Prinzen von Preuſsen und seines Adjutanten fehlt; es ist in der That seitens des kommandierenden Generals später für seine Ausführung nicht gesorgt worden. Man könnte daraus den Schluſs ziehen, daſs Bodelschwingh in Wahrheit nur den ersten Teil des Befehles damals verkündigte und in seiner Erregung den Zusatz hinzuzufügen unterlieſs. Diese Möglichkeit ist indes ausgeschlossen. Denn ein unverdächtiger Zeuge, der General v. Natzmer, giebt die Rede Bodelschwinghs mit Einschluſs jenes Zusatzes wieder.[2] Wird durch Natzmers Angabe der Bericht Bodelschwinghs auch durchaus bestätigt, so ist es doch immerhin auffallend, daſs er der einzige Offizier ist, der den zweiten Teil der Bodelschwinghschen Erklärung gehört und

Berliner Bürger befohlen, daſs das Militär sich aus allen Straſsen und von allen Plätzen zurückziehen soll."

1) So im Briefe an Fallenstein vom 30. März 1848 bei Diest a. O. S. 25.

2) Natzmer III, 196: „Aus Rücksicht, daſs das vom Magistrate S. M. gegebene Versprechen, die Barrikaden wegräumen zu lassen, in der Friedrichstadt [recte: Königstadt] und in einigen anderen Stadtteilen bereits in Erfüllung gebracht sei, wolle S. M. der König die Truppen aus den Straſsen und den Plätzen zurückziehen und sollte nur das königliche Schloſs und das Zeughaus besetzt bleiben". Bei dem Auftritte im Sternensaale und den folgenden Begebenheiten ist Natzmer wieder Augenzeuge und seine Erzählung, soweit sie sich kontrollieren läſst, durchaus korrekt.

aufgezeichnet hat, während alle anderen unmittelbaren und mittelbaren Quellen militärischer Provenienz ihn verchweigen.[1]

1) Von anderen Quellen (aufser den bereits genannten Augenzeugen) kommen für die Szene im Sternensaale noch in Betracht zunächst Gerlach I, 141, dessen Erzählung aus denen des Prinzen von Preufsen, Königsmarks und Schulz-Prittwitz' zusammengearbeitet ist, alsdann mehrere Aufzeichnungen bei Perthes, die zum gröfsten Teile in das Gebiet des Offiziersklatsches gehören, und die sämtlich von dem Zusatze der Bodelschwinghschen Erklärung nichts wissen. Am korrektesten ist noch die erste Notiz auf S. 536 (ohne Angabe des Gewährsmannes; vielleicht ein Exzerpt aus Schulz a. O. S. 104). — Darauf folgt eine Erzählung des Grafen Goltz: Bodelschwingh habe, heraustretend, „mit halblauter Stimme den Stabsoffizieren“ den Befehl des Königs mitgeteilt; als diese Herren Bedenken erhoben, habe er sehr laut gerufen: „Es ist des Königs Wort, die Truppen sollen zurück!“ Obgleich Perthes den Grafen Goltz als „Augenzeugen“ anführt, so zeigt doch ein Vergleich mit den Relationen des Prinzen von Preufsen u. s. w., dafs es sich bei seiner Angabe nur um Mitteilungen aus zweiter oder dritter Hand handelt. — Dasselbe gilt von einer Mitteilung des späteren Kaisers Friedrichs III. an Perthes, worin es heifst: Bodelschwingh habe zum Prinzen von Preufsen gesagt, er habe vom Könige den Befehl erhalten, die Truppen zurückzuziehen; darauf habe der Prinz in höchster Bestürzung erwidert: „Zum Nichtvorgehen; aber doch nicht zum Zurückziehen“? Aus des Prinzen von Prenfsen bald nachher verfafster eigener Ausführung wissen wir, dafs sein Zwiegespräch mit Bodelschwingh anders lautete. — Dramatisch bewegt ist der Bericht des Grafen Oriola: „Der Prinz von Preufsen warf seinen Degen auf den Tisch mit den Worten: Er könne ihn nun nicht mehr mit Ehren tragen. Die Gräfin Oriola [wie kommt diese in den Sternensaal?] rief ganz laut: »Ist denn kein Maun unter allen, der den König von diesem Befehl abhalten kann?« Sie forderte ihren Bruder dazu auf, dieser hatte aber bereits den vergeblichen Versuch gemacht.“ Wir wissen ganz genau, wer bald darauf mit dem Könige gesprochen hat; der Graf Oriola aber war nicht darunter. — Die Anekdote, dafs der Prinz von Preufsen den Degen von sich warf, ist vom Klatsche noch weiter ausgesponnen worden. So erzählt der Graf Stillfried (Deutsche Rundschau 62, 417; schon durch ihre unsichere Form charakterisiert sich seine Mitteilung als ein blofses Gerücht): der Prinz habe vor dem Könige selbst den Degen niedergelegt mit der Erklärung, er könne ihm nicht mehr dienen, — nach Varnhagen IV, 325 noch dazu unter Äufserungen von höchst beleidigendem Charakter. Ebd. S. 296 legt Varnhagen dem Prinzen dieselbe Äufserung („auf diese Art kann man nicht mehr mit Ehre dienen“) schon für den 18. März in den Mund. Man sieht: Kaum hat sich der Klatsch eines Ereignisses je so bemächtigt, wie der Berliner Märzrevolution.

Es giebt nur zwei Erklärungen für diese seltsame Thatsache: Entweder überhörten Prittwitz und seine Parteigenossen in ihrer Entrüstung über den vom Könige angeordneten bedingungslosen Abmarsch der Truppen den Zusatz der Bodelschwinghschen Eröffnung, und dann kann es nicht wunder nehmen, wenn sie ihn nicht zur Ausführung gelangen liefsen. Oder sie überhörten ihn zwar nicht, liefsen ihn aber trotzdem in der nun entstehenden Verwirrung unerfüllt und verschwiegen ihn nun absichtlich in ihren Berichten, um also das indirekte Eingeständnis ihres Ungehorsams zu vermeiden. Wie dem nun auch immer sei, es steht fest, dafs der Befehl des Königs durch den kommandierenden General unvollständig ausgeführt worden ist. War die endgültige Entscheidung des Königs eine Übereilung, entsprungen aus einem Mangel an Vorsicht und Überlegung, so ist durch die Nachlässigkeit des Generals v. Prittwitz, indem dieser trotz ausdrücklichen Auftrages das Schlofs und die Person des Königs nicht zur Genüge sicherte, der unselige Ausgang der Berliner Märzrevolution heraufbeschworen worden. Das Versehen des Generals war um so gröfser, als ja schon in dem Aufrufe an die Berliner der Herrscher ganz bestimmt neben dem Zugeständnisse der Entfernung der Truppen im Falle der Einebnung der Barrikaden die militärische Besetzung des Schlosses und der benachbarten öffentlichen Gebäude vorgesehen hatte. Waren nunmehr auch durch seine Entschliefsung die Truppen vorschnell und ohne die erforderlichen Garantieen zurückgezogen worden, so hatte der Oberbefehlshaber erst recht dafür zu sorgen, dafs wenigstens das Schlofs und die Schlofsgegend in einem verteidigungsfähigen Zustande zurückblieben; es hätte dazu nicht einmal eines erneuten ausdrücklichen Befehles bedürfen müssen.

Während die anwesenden Bürger die volle Gewährung ihrer Bitte durch den Monarchen mit ungeheuchelter Freude aufnahmen, ergriff die im Sternensaale versammelten Offiziere bitterer Groll und tiefe Entrüstung über die plötzliche Willensänderung des Königs. Der Prinz von Preufsen und der General v. Prittwitz nahmen das Wort für ihre Kameraden. Der Prinz

machte Bodelschwingh darauf aufmerksam, dafs der Befehl den bisherigen Willenserklärungen des Monarchen widerspreche. Der aufs höchste erregte Minister „donnerte“ dem Prinzen entgegen: „An den Worten des Königs darf nichts geändert noch gedeutet werden!“ Der Prinz, Bodelschwingh am Arme fassend, fiel ihm nochmals in die Rede: „Doch nicht vom Schlofsplatze?“; es fuhr ihm nämlich durch den Sinn, dafs die Schlofsplätze die einzigen Plätze seien, auf denen sich das abziehende Militär aufstellen könnte.[1] Er sowohl, wie auch Prittwitz fügten hinzu, dafs die Truppen, falls sie in ihre Quartiere und Kasernen entlassen werden sollten, nicht schnell genug wieder im Notfalle auf die bedrohten Punkte gebracht werden könnten. Prittwitz führte weiter aus, dafs dann die Verbindung der einzelnen Truppen nicht allein mit einander, sondern auch mit ihm verloren gehen, dafs dann das Schlofs und das Zeughaus nicht mehr unterstützt und die Truppen mit gebundenen Händen dem Gegner preisgegeben würden. Allen diesen Einwendungen hielt der Minister den bestimmten Befehl des Königs entgegen, und zwar in lebhafter, keinen Widerspruch duldender Weise. Er erwiderte, es zieme ihm nicht, die Worte des Königs zu deuten; er habe dem Herrscher die eben gesprochenen Worte wiederholt, um jeder Mifsdeutung vorzubeugen. Nochmals erklärte er, es sei der Wille des Königs: „dafs das Militär sich aus allen Strafsen und von allen öffentlichen Plätzen zurückziehe“. Zu den Bürgern gewandt, fügte er hinzu, es sei seine letzte Amtshandlung; er erwarte, dafs sie das königliche Vertrauen bei dieser seiner letzten Botschaft nicht täuschen würden. Mit Thränen im Auge versprachen sie es ihm. Selbst bei ihnen regten sich

1) Die obige Darstellung nach den Berichten des Prinzen von Preufsen, des Grafen v. Königsmark, Bodelschwinghs, Natzmers und des Obersten v. Schulz. Schulz (a. O. S. 104) erzählt nicht ganz genau, wenn er das Eingreifen des Prinzen in die Diskussion mit den Worten geschehen läfst: „Eine hohe Person [d. h. der Prinz von Preufsen] unterbrach den Minister mit den Worten: Schlofs, Zeughaus, Schlofsplatz, Lustgarten müfsten doch besetzt bleiben?“ Selbstverständlich mufsten das Schlofs und das Zeughaus besetzt bleiben; das ordnete ja der Befehl des Königs ausdrücklich an. Eine Frage nach dieser Richtung hin war also überflüssig.

Bedenken gegen die gänzliche Entfernung der Truppen; einer von ihnen äufserte sogar: „Es versteht sich wohl selbstredend, dafs der Schlofsplatz ausgenommen ist“; der Bürgermeister Naunyn entgegnete darauf schnell: „Alle!“ Freudestrahlend verlangte die Deputation, es möchten ihr einige Stabsoffiziere zur Begleitung und zur Beglaubigung der Verheifsung des Königs beigegeben werden. Bodelschwingh unterstützte dieses Gesuch, indem er an den Flügeladjutanten v. Brauchitsch die Aufforderung richtete, hierzu geeignete Offiziere zu bestimmen. Brauchitsch weigerte sich, und nun übernahm es Prittwitz, den Deputierten die gewünschte militärische Begleitung beizugeben.[1]

1) Ehe sich Prittwitz diesem Geschäfte unterzog, soll er noch an einer Beratung teilgenommen haben, die im Empfangszimmer der Königin stattfand, die jedoch ohne Erfolg blieb. So berichtet Gerlach I, 141 offenbar nach einer Mitteilung von Prittwitz, wie aus seiner Bemerkung hervorgeht: „Der König nahm keinen Teil an dieser Beratung, wie Prittwitz erzählt.“ Petersdorff (a. O. S. 187) weifs über diese Beratung Näheres zu berichten: „Auch Prittwitz, der in der ganzen Zeit die gröfste Besonnenheit bewiesen hat, beschlofs sich zu fügen. Er nahm noch an einer Beratung teil, die im Empfangszimmer der Königin stattfand, bei der aber nichts herauskam. Ihr wohnten noch die Generäle Krauseneck und Pfuel, sowie die Prinzefs von Preufsen bei. Krauseneck war mit dem Rückzug einverstanden. König Friedrich Wilhelm safs, wie Prittwitz erzählte, offenbar völlig ermattet von den Aufregungen und dem Durchwachen der Nacht auf dem grofsen Sopha und nahm gar keinen Anteil mehr an den Beratungen. Nicht unwahrscheinlich ist es, dafs ihn infolge der Erschütterungen dieser Tage einer jener Krankheitsanfälle, die später zu seinem dauernden Siechtum führten, heimgesucht hat [als Quelle dafür zitiert Petersdorff Bismarcks Ged. u. Erg. I, 196 f.; vgl. dazu oben S. 152.] In der Zeit, wo [sic!] diese Beratung gepflogen wurde, überbrachten jene übereifrigen Offiziere ohne Wissen von Prittwitz den Befehl zum bedingungslosen Rückzug.“ Petersdorff beruft sich für die Richtigkeit seiner Darstellung auf die ihm von Gerlachs Tochter zur Verfügung gestellten noch ungedruckten Aufzeichnungen Gerlachs, indem er bemerkt, dafs der Abdruck bei Gerlach I, 141 unvollständig sei, sowie auf Seite 77 des 1852 erschienenen Lebensabrisses des Generals v. Krauseneck. Die zweite Beziehung beweist nicht das geringste dafür, dafs jene Beratung thatsächlich in der Weise, wie Petersdorff sie schildert, stattgefunden hat. Solange nicht die ganze Aufzeichnung Gerlachs publiziert ist, läfst sich über die Darstellung Petersdorffs ein abschliefsendes Urteil nicht gewinnen.

Die Dispositionen für den Abmarsch der Truppen wurden nunmehr eingeleitet. Auch hier bieten sich für die Darstellung infolge der Beschaffenheit des Quellenmaterials erhebliche Schwierigkeiten, sodaſs es wiederum notwendig wird, in das Detail umständlicher kritischer Erörterungen hineinzusteigen.

Während Bodelschwingh in die inneren Gemächer des Schlosses zurücktrat, um sich von dem Herrscherpaare zu verabschieden, begab sich Prittwitz mit der Deputation nach dem kleinen Schloſshofe. Wenn sich der General bereit erklärte, den Befehl des Monarchen den Truppenteilen zu übermitteln, so geschah dies nicht nur deshalb, weil er das als Höchstkommandierender als seine Aufgabe betrachten muſste, sondern auch, weil er sich unzweifelhaft der Hoffnung hingab, durch die Form, in der er den Befehl weitergab, die vom Könige vollzogene Modifikation des Bescheides für die Deputation wieder rückgängig machen zu können. Denn die Ordres, die er jetzt im Schloſshofe erteilte, entsprachen durchaus nicht der durch Bodelschwingh eröffneten Entschlieſsung des Königs, sondern

Nach Petersdorff, der sich dafür auf das Manuskript Gerlachs beruft, war der König zwar zugegen, saſs aber ermattet auf dem Sofa, ohne an der Beratung Anteil zu nehmen; bei Gerlach I, 141 heiſst es: „Der König nahm keinen Teil an der Beratung, wie Prittwitz erzählt.“ Wenn es sich bei diesem Satze um ein Exzerpt aus der Vorlage Petersdorffs handeln sollte, so wäre es mit einer staunenswerten Ungeschicklichkeit abgefaſst. Übrigens ist es nach allem, was wir wissen, ganz unmöglich, daſs der König unmittelbar nach der Verkündigung seines Befehles durch Bodelschwingh einer Beratung im Empfangszimmer der Königin auch nur passiv beiwohnte. Gerlach ist übrigens der Einzige, der uns davon erzählt, daſs Prittwitz, ehe er sich mit den Deputierten aus dem Sternensaale entfernte, noch einer derartigen Beratung im Empfangszimmer der Königin beiwohnte. Der Graf Königsmark, der als Augenzeuge der Szene im Sternensaale beiwohnte, läſst den General unmittelbar, nachdem er sich bereit erklärt hatte, die gewünschten Offiziere zu bestimmen, den Saal verlassen. (Petersdorff 235: „Glt. v. Prittwitz übernahm es, diese zu bestimmen, mit der Deputation den Saal verlassend“). Gerlach war damals noch nicht im Schlosse; er berichtet hier lediglich nach Hörensagen: sollte er nicht die Szene im Empfangszimmer der Königin falsch in den Zusammenhang eingeordnet haben, indem es sich dabei um eine der früheren Beratungen handelt, etwa um die über das Gesuch der Naunynschen Deputation?

dem Beschlusse, der auf der letzten Konferenz gefafst worden war. Im Schlofshofe noch vor 11 Uhr mit den Deputierten anlangend, rief er einige berittene Offiziere herbei, denen er mitteilte: Der König habe nicht allein die Einstellung der Feindseligkeiten, sondern auch den Rückzug angeordnet, jedoch unter der (in Wahrheit von ihm wieder eigenmächtig hinzugefügten) Bedingung, „dafs die Gegner die Barrikaden niederlegten". Mit diesem Befehle wurde der Major Graf Rödern als Begleiter des Bürgermeisters Naunyn nach der Friedrichstrafse abgeschickt; der Bezirksvorsteher Vollmer, Dr. Stieber und Dr. Richter gingen in Begleitung des Obersten Grafen Schlieffen nach dem Dönhoffsplatze; der Leutnant v. l'Estocq wurde zum General v. Möllendorf nach dem Alexanderplatze entsandt, wohin ja bereits die Mitglieder der dritten Deputation Moewes, Fournier, Nobiling und Steeger abgegangen waren, um für den Frieden zu wirken. Nach allen Punkten, wo sich kleinere Detachements befanden, eilten gleichfalls Adjutanten. Wie sicher es nun auch immer feststehen mag, dafs Prittwitz wieder die Bedingung der Einebnung der Barrikaden in den Befehl aufgenommen hat,[1] ebenso sicher ist es auch, dafs diese

1) Vgl. Schulz a. O. S. 105f. Die Richtigkeit dieser augenscheinlich auf Prittwitz zurückgehenden Nachricht wird durch Gerlach bestätigt; vgl. Gerlach I, 142: „Der Major Graf Rödern ... hatte nur den Befehl, den Abzug der Truppen beginnen zu lassen, ihn aber erst fortzusetzen, wenn die gegenüberstehenden Barrikaden geräumt und eingeebnet würden", sowie II, 49: „Vorgestern fing S. M. wieder von den Märztagen an und richteten ihre Anklagen in gewohnter Weise gegen Prittwitz, S. M. bezog sich auf Loëns Zeugnis, der eben Dienst hatte, in betreff der von Prittwitz zum Rückzuge gegebenen Befehle. Als ich Loën vernahm, sagte er: „wie ihn Prittwitz nebst Duncker mit der Hasenscharte [einem der Deputierten] zu den Barrikaden schickte, wie er sich Prittwitz' Befehl genau hätte wiederholen lassen, die Truppen sollten sich erst zurückziehen, nachdem die Barrikaden weggeräumt wurden. So habe er den Befehl gebracht, und so sei er an der Stelle, wo er gewesen, ausgeführt worden. Ich erinnerte den König daran, wieviele Befehle von Militärs angeblich in seinem Namen, namentlich von Wussow, erteilt worden wären, wie Prittwitz behauptet, schriftlich auch von Neumann." Diese letzte Behauptung des

Bedingung zwar an manchen Orten, so bei der Barrikade an der Zimmerstraſse infolge der Bemühungen des Grafen Rödern und des Bürgermeisters Naunyn,[1] aber keineswegs überall erfüllt wurde, vor allem nicht am wichtigsten Punkte, nämlich am Alexanderplatze. Hier war, nachdem durch Fournier und seine Genossen das Aufhören der Feindseligkeiten bewirkt worden war, der General von Möllendorf verräterisch überfallen und gefangen genommen worden, als er im Vertrauen auf die nunmehr im Gange befindliche Pazifikation sich durch die Reihen der Aufständischen hindurch nach der Kaserne des Alexanderregiments begeben wollte, um auch hier die Einstellung des Feuers zu verfügen.[2] Inzwischen gerieten die in

---

Generals v. Prittwitz ist richtig; der Originalbefehl Neumanns ist gedruckt in den Preuſs. Jahrb. 62, 538; er lautet wörtlich:

„Auf Allerhöchsten Befehl sollen die den Barrikaden gegenüberstehenden Truppen sich ruhig von denselben entfernen.

Berlin, den 19. März 1848.

von Neumann
Generalleutenant und Generaladjutant."

Der vorstehende Befehl ist aufbewahrt in dem Tagebuche eines uns dem Namen nach unbekannten Generals (vgl. Exkurs II). Wenn (Perthes S. 537) bemerkt wird, der betreffende General habe selbst die Überbringung eines solchen Befehls übernommen, so geht aus der Fassung dieser Angabe nicht hervor, ob sie eine bloſse Vermutung ist, darauf gegründet, daſs dem Tagebuche des Generals dieser Befehl beiliegt, oder die Wiedergabe einer thatsächlichen Aufzeichnung des Verfassers des Tagebuches. Soviel scheint festzustehen, daſs unter Übergehung des Höchstkommandierenden v. Prittwitz Befehle erteilt worden sind, die vielleicht hie und da auch bis zu den Truppen gelangten. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daſs durch sie der schlieſslich erfolgte vollständige und bedingungslose Abzug der Truppen bewirkt worden ist; dieser war vielmehr, so viel sich ersehen läſst, das Ergebnis einer alsbald zu erörternden Disposition, die Prittwitz selbst im Einverständnisse mit dem Prinzen von Preuſsen traf.

1) Schulz a. O. S. 106; vgl. auch die in der vorigen Anmerkung zitierte Stelle bei Gerlach II, 49.

2) Friedrich Wilhelm IV. hat am 2. Juli 1848 zu Gerlach geäuſsert, Prittwitz hätte die Truppen keinesfalls vor Räumung der gegenüberstehenden Barrikaden zurückziehen und namentlich die Gefangennehmung Möllendorfs sofort durch einen Angriff auf die nächste Barrikade erwidern sollen.

der Königstrafse und in deren Nachbarschaft aufgestellten Truppen in eine höchst unangenehme Lage. Sie wurden von den Massen umdrängt und belästigt, sodafs ein neuer Zusammenstofs kaum noch zu vermeiden war. Daher war für sie der von dem Leutnant v. l'Estocq überbrachte Befehl eine Art von Erlösung, und man trat den Rückzug nach dem Schlosse hin sofort an, indem man die Niederlegung der Barrikade auf dem Alexanderplatze nicht erst abwartete. Sowohl diese, als auch verschiedene andere Barrikaden blieben mit ihrem vollständigen Verteidigungsapparate noch den ganzen Tag über unversehrt stehen.[1]

Falls auch nur an einigen Orten die von Prittwitz übersandte Ordre ausgeführt wurde, so konnte nimmermehr ein

An dieser Versäumnis des Generals von Prittwitz sei Bodelschwingh unschuldig, nicht so an dem Rückzuge und an der Räumung des Schlosses. Der König fügte hinzu: „Ich habe keine rancune gegen Prittwitz, aber so verhält sich die Sache, wie aus der Proklamation hervorgeht.“ Diese Äufserungen beweisen nur, dafs sich der König von den Vorgängen ein falsches Bild machte. Prittwitz hat thatsächlich zunächst nur nach Räumung der Barrikaden die Truppen zurückziehen wollen und dadurch sogar gegen die durch Bodelschwingh überbrachte Willenserklärung des Königs eigenmächtig verstofsen. Ob er übrigens rechtzeitig Kenntnis von der Gefangennehmung Möllendorfs erhielt, um noch darauf durch einen Angriff gegen die nächste Barrikade antworten zu können, ist sehr fraglich; denn Möllendorf wurde ja, als er in die Gefangenschaft geriet, von seinen Truppen abgeschnitten, und selbst diese wufsten vermutlich zunächst noch nichts von dem Schicksale, das ihrem Generale zugestofsen war. Geradezu unerfindlich ist es, inwiefern die Schuld am Rückzuge und an der Räumung des Schlosses Bodelschwingh treffen soll. Was den Rückzug betrifft, so hat Bodelschwingh einfach den Befehl des Königs in der von diesem beliebten Fassung mitgeteilt, und zwar höchst wahrscheinlich, wie wir sahen, nicht ohne dagegen Widerspruch eingelegt zu haben; er hatte ferner in seiner Ansprache im Sternensaale ausdrücklich erwähnt, dafs das Schlofs u. s. w. mit starker Hand besetzt zu halten sei. Wenn dies trotzdem nicht geschah, so lag das an Prittwitz, und in dieser Hinsicht konnte der König gegen ihn gerechtfertigte Vorwürfe erheben. Die Berufung auf die Proklamation endlich kehrte in Wahrheit ihre Spitze gegen den Herrscher selbst; denn er selbst hatte seinem Aufrufe zuwidergehandelt, indem er den Abzug der Truppen vor der Räumung der Barrikaden bewilligt hatte.

1) Wolff I, S. 223.

plötzlicher und allgemeiner Rückzug der Truppen aus den Stellungen vor den Barrikaden eintreten. Selbst wenn fernerhin hie und da ohne Vorwissen des Oberkommandierenden Befehle im Sinne eines unbedingten Abmarsches an die Truppenteile gelangten, so konnte auch dadurch noch nicht eine allgemeine Rückwärtsbewegung der Truppen bewirkt werden. Schliefslich wufsten doch auch die leitenden Offiziere, von wem allein sie Befehle empfangen durften, und wem sie für deren richtige Ausführung verantwortlich waren. Wenn sich nunmehr in der That eine allgemeine Rückwärtsbewegung der Truppen vollzog, so mufs eine andere Ursache dafür mafsgebend gewesen sein. Welcher Art diese war, wird uns von durchaus glaubwürdiger Seite mitgeteilt. Nachdem der General v. Natzmer den Auftritt im Sternensaale geschildert hat, fährt er fort: „die Deputation entfernte sich, um den Königlichen Beschlufs in allen Stadtteilen bekannt zu machen. Der Prinz von Preufsen und der General v. Prittwitz beschlossen, sämtliche Truppen einstweilen zwischen dem Schlofs und dem Zeughause zu versammeln. Es wurden sogleich Offiziere nach allen Richtungen entsendet, um die Truppen in diese Stellung zu bringen. Der Prinz von Preufsen hatte Sr. Majestät dem König diese Anordnung angezeigt, und, wie es schien, genehmigte der König die Konzentrierung der Truppen zwischen dem Schlofs und dem Zeughaus. Sehr bald kamen die Truppen aus der Königstrafse und aus der Breitenstrafse u. s. w. mit klingendem Spiel und in Begleitung des jubelnden Volkes zurück und stellten sich in und um den Schlofshof auf."[1]

Es ist somit von dem durch die Deputierten und ihre militärischen Begleiter übermittelten Befehle des Generals von Prittwitz, durch den der Rückzug noch einmal von der Räumung der Barrikaden abhängig gemacht worden war, ein zweiter Be-

1) Natzmer III, 197. Damit stimmt durchaus überein eine Erklärung des Generals v. Prittwitz selbst, er habe, um den Truppen wenigstens den Schein eines erzwungenen, „unfreiwilligen Rückzuges zu ersparen, diese sämtlich nach den Plätzen am Schlofs und Zeughause beschieden." Vgl. v. Petersdorf a. O. S. 90.

fehl zu unterscheiden, der kurz darauf von Prittwitz als das Ergebnis einer Beratung mit dem Prinzen von Preufsen erlassen wurde, und der diese Bedingung wieder fallen liefs. Denn was bedeutete der neue Konzentrationsbefehl anders, als den unbedingten und allgemeinen Abmarsch aus den Stellungen vor den Barrikaden? Weshalb freilich mag dieser zweite Befehl, durch den die retardierenden Wirkungen des ersten aufgehoben wurden, wohl erlassen worden sein? Ist wohl Prittwitz in letzter Minute vor der Eigenmächtigkeit einer willkürlichen Änderung der ihm in so bestimmter Form durch Bodelschwingh übermittelten Entscheidung des Königs zurückgeschreckt? Er selbst giebt an, er habe diese Konzentration angeordnet, um den Truppen wenigstens den Schein eines erzwungenen, unfreiwilligen Rückzuges zu ersparen. Dazu kam anscheinend noch die Erwägung, dafs „bei dem augenblicklichen Zustand der Strafsen ein allmähliches, schritt- und bedingungsweises Zurückgehen der Truppen“, wie es sich seiner ersten Ordre gemäfs hätte gestalten müssen, unausführbar erschien.[1] Man darf daher sagen: die Truppen verliefsen am 19. März ihre Stellungen vor den Barrikaden auf Grund eines Befehles des kommandierenden Generals v. Prittwitz, der sich dabei seinerseits nach anfänglichem Zögern und nach einem Versuche zu selbständigem Handeln auf die blofse Ausführung der ihm durch Bodelschwingh verkündigten letzten Entschliefsung des Königs beschränkte.

Gerlach hat es später zu den „groben Fehlern“ gerechnet, in die Prittwitz infolge seiner Opposition gegen den König verfallen sei, dafs er „Bodelschwingh gehorchte“. Offenbar will Gerlach damit sagen: Prittwitz mufste wissen, dafs es sich bei dieser Willensäufserung des Königs um ein augenblickliches Mifsverständnis, um eine Übereilung handelte; trotzdem vollstreckte er sie, weil er über des Königs ganzes Verhalten derart ergrimmt war, dafs er sich mit strikter Durchführung der

1) Schon im Sternensaale hatte Prittwitz diese Erklärung vor Bodelschwingh abgegeben. Vgl. Schulz a. O. S. 105.

Weisung des Herrschers begnügte, ohne sich um ihre Zweckmäfsigkeit zu kümmern. Billigerweise wird man aber gerade in diesem Punkte gegen Prittwitz keinen Vorwurf erheben dürfen. Sowohl er als auch Bodelschwingh haben damals nur das gethan, was ihnen der König ausdrücklich und wiederholt aufgetragen hatte. Die Fehler, die Prittwitz thatsächlich begangen hat, haben mit dem Rückzuge der Truppen aus den Stellungen vor den Barrikaden nichts zu thun. Eine Ungerechtigkeit sondergleichen ist es vollends, wenn man Bodelschwingh „die Hauptschuld an dem unglücklichen Verlauf des 19. März“ zuschreibt. „Niemals“, so ist neuerdings gesagt worden,[1] „ist die herrliche Mission eines Ratgebers der Krone, in kritischer Situation für sie in die Bresche zu springen, in gleich unglücklicher Weise verpafst worden, als von dem sonst so trefflichen Ernst v. Bodelschwingh am 19. März 1848;“ es wird dabei zugleich darauf hingewiesen, dafs Friedrich der Grofse seine Minister mit ihrem Kopfe dafür verantwortlich machte, dafs sie, falls er dereinst lebendig gefangen werden sollte, die von ihm in seiner Gefangenschaft erteilten Befehle unberücksichtigt liefsen. Aber Friedrich Wilhelm IV. war damals nicht gefangen, sondern inmitten seiner siegreichen Truppen, und Bodelschwingh hörte eben damals auf, Minister zu sein. Trotzdem hat er es, wie wir annehmen dürfen, nicht unterlassen, den König auf das Verhängnisvolle seines Befehles aufmerksam zu machen, ohne freilich bei ihm Gehör zu finden. Kurze Zeit nach dem Abmarsche der Truppen von den Barrikaden geriet Friedrich Wilhelm IV. allerdings in eine Lage, die der sehr ähnlich sah, von der sein grofser Vorfahre

1) v. Petersdorff a. O. S. 91. Übrigens irrt Petersdorff, wenn er den Abmarsch der Truppen von den Barrikaden als das Werk der ohne Vorwissen von Prittwitz an die Truppen gelangten Befehle ansieht und demgemäfs erklärt (S. 88), als Prittwitz den bedingten [d. h. den ersten] Befehl für die der Deputation beigegebenen Offiziere erteilte, wäre „das Unglück schon geschehen.“ Dagegen erkennt Petersdorff (S. 90f.) ganz richtig, dafs die Nichtbeachtung des Zusatzes der Bodelschwinghschen Mitteilung seitens des Generals v. Prittwitz ein Fehler war. Seinem Urteile, dafs Prittwitz „noch mit ungleich gröfserer Umsicht und Besonnenheit gehandelt als Bodelschwingh“, kann ich nicht beipflichten.

zu seinen Ministern sprach; derjenige aber, durch dessen Schuld Friedrich Wilhelm in diese Lage geriet, war niemand anders als der kommandierende General v. Prittwitz.

Als sich Bodelschwingh seines Auftrages an Naunyn erledigt hatte, kehrte er in das Kabinet des Monarchen zurück, um sich von ihm zu verabschieden; in seiner Gegenwart unterschrieb der Herrscher das auf den Ministerwechsel bezügliche Dekret.[1] Nachdem Bodelschwingh auch von der Königin Abschied genommen hatte, verliefs er gegen 11 Uhr das Schlofs und begab sich nach dem Ministerium des Innern, wo er sich bis zum Anbruche des Abends mit der Sichtung amtlicher Schriftstücke beschäftigte. Nach seinem Weggange trat der Prinz von Preufsen, augenscheinlich von seiner Besprechung mit Prittwitz kommend, in das Gemach des Bruders ein. Dieser hatte das Zimmer kurz vorher verlassen, und so fand denn der Prinz hier nur den neu ernannten Ministerpräsidenten vor, der sich eben mit der Ausarbeitung der Ministerliste beschäftigte. Der Prinz fragte den Grafen: „Wo ist der König? Was machen Sie denn?“ Arnim erwiderte: „Ich formiere das neue Ministerium.“ Der Prinz las die Namen „Auerswald, Schwerin“, und bemerkte bitter: „Das ist ja ganz wie in Paris, wie Guizot und Thiers; warten Sie doch damit noch!“ „Nein“, entgegnete der, wie es scheint, für nichts anderes als für die Kabinetsbildung interessierte Staatsmann, „Es ist die höchste Zeit!“ Der Prinz suchte den König in den anderen Räumen; als er in den Sternensaal[2] zurückkehrte, trat der König gleichfalls daselbst ein. Er sah die allgemeine Konsternation; der Auftritt mit Bodelschwingh wurde ihm erzählt. Er versicherte, keinen Befehl

---

1) Diest a. O. S. 26. Das betreffende Dekret ist gedruckt bei Wolff I, 233.

2) In seinem Berichte (bei Petersdorff a. O. S. 232) sagt der Prinz, er sei mit dem Könige „im Speisezimmer“ zusammengetroffen. Dieses Zimmer mufs mit dem Sternensaale identisch sein, wenigstens verlegt der Prinz schon die Szene zwischen ihm, Bodelschwingh und den Deputierten ins „Speisezimmer“. Gerlach I, 141, der den Bericht des Prinzen benutzt, spricht vom „roten Zimmer“.

gegeben zu haben, der im Widerspruche mit der Proklamation stünde. Allerdings hatte er nicht mehr angeordnet, als in der Proklamation verheifsen worden war; nur hatte er nicht bedacht, dafs die daselbst vorgesehene Bedingung hinsichtlich der Einebnung der Barrikaden noch gar nicht erfüllt war. Gerade aus dieser Versicherung, die er jetzt dem Prinzen von Preufsen abgab, erkennt man, dafs sich der König, als er Bodelschwingh den verhängnisvollen Auftrag erteilte, in einem Zustande der Aufregung und des Mangels an Besinnung befunden haben mufs, so dafs er die ganze Tragweite seines Befehles unmöglich überschaut haben kann.

Darüber, welches das Ergebnis der Unterredung des Prinzen mit dem Könige war, gehen die Quellen auseinander. Ihr weiterer Verlauf mufs sich jedenfalls im Arbeitszimmer des Königs abgespielt haben, wohin sich beide alsbald zurückzogen.[1] Es erfolgte hier nunmehr „eine ganz kurze, aber lebhafte Auseinandersetzung“ zwischen dem Könige und dem Prinzen von Preufsen, an der sich der in demselben Gemache weilende neue Ministerpräsident nicht beteiligte. Nach Arnims Erzählung handelte sie über „die buchstäbliche Auffassung und Deutung des Abmarschbefehles und endigte damit, dafs sich der König dafür entschied, den Befehl „ganz und buchstäblich“ ausführen zu lassen.[2] Der Prinz von Preufsen dagegen giebt an, der König habe auf seine Vorstellungen hin erklärt, der durch Bodelschwingh überbrachte Befehl müsse sofort noch geändert werden. In demselben Momente jedoch, so fährt der Prinz von Preufsen fort,

---

1) In seinem eigenen Berichte (Petersdorff a. O. 232) bemerkt der Prinz zwar nicht ausdrücklich, dafs der Ort der Unterredung gewechselt habe; doch deutet er dies wenigstens an. Er erzählt nämlich, welchen Bescheid der König auf seine Vorstellungen erteilt habe; da aber sei bereits das Militär nach dem Schlofsplatze marschiert und die Spreebrücke unbesetzt geblieben; sofort habe er zu Arnim gesagt: „Nun sind wir verloren“. Also müssen der König und der Prinz inzwischen wieder in das Arbeitszimmer eingetreten sein, wo Arnim safs. Arnim selbst bestätigt dies in seiner Relation.

2) Vgl. den Exkurs III.

seien bereits die Truppen aus der Königstadt über die Kurfürstenbrücke herangezogen, und ihnen sei eine große Menschenmenge nachgestürzt. Der König habe jetzt die Besetzung und Sperrung der Brücke angeordnet; dazu aber sei es schon zu spät gewesen. Als die Brücke unbesetzt blieb, habe er, der Prinz, in Voraussicht dessen, was sich jetzt ereignen mußte, zu Arnim geäußert: „Nun sind wir verloren!“ Natzmer endlich, der im Arbeitszimmer des Königs nicht zugegen war, weiß, wie wir bereits bemerkten, zu berichten, der König habe bei jenem Zwiegespräche den Konzentrationsbefehl des Generals von Prittwitz gebilligt; er giebt diese Nachricht allerdings mit dem vorsichtigen Zusatze wieder: „wie es schien“.

Auf den ersten Anblick scheinen diese Versionen allerdings mit einander unvereinbar. Dennoch möchten wir die Vermutung aussprechen (nur um eine solche kann es sich freilich wiederum handeln), daß sich doch eine Übereinstimmung zwischen ihnen herstellen läßt. Wir haben bereits darauf aufmerksam gemacht, daß in den Berichten militärischer Provenienz der Zusatz der Bodelschwinghschen Anrede auffälligerweise fehlt. Es ist höchst wahrscheinlich, daß die anwesenden Offiziere ihn in ihrer Entrüstung überhörten. Setzen wir nun einmal den Fall, der Prinz von Preußen habe gegen die Bodelschwinghsche Erklärung unter dem Hinweise auf die durch den Abmarsch der Truppen für das Schloß, den König und den Hof entstehenden Gefahren protestiert und dadurch zugleich den von ihm mit Prittwitz beschlossenen Konzentrationsbefehl begründet, so konnte der König in seiner Antwort im Glauben, Bodelschwingh habe die für die Sicherheit des Schlosses notwendigen Weisungen zu geben unterlassen, sehr wohl erklären, „das müßte sofort noch geändert werden“, indem nämlich das Schloß, Zeughaus u. s. w. in verteidigungsfähigem Zustande zu halten seien. Arnim hinwiederum konnte von seinem Standpunkte aus diese Erklärung so auffassen, als ob durch sie die „buchstäbliche Ausführung“ der früheren Entscheidung, nämlich der Rückzug von allen Straßen und Plätzen und die Besetzung von Schloß, Zeughaus u. s. w., ausgesprochen worden sei. Da zu diesem letzteren

Zwecke in der That eine Zusammenziehung der Truppen in der Schloſsgegend erforderlich war, konnte es Natzmer endlich „scheinen“, als habe der Prinz beim Monarchen die Genehmigung des Konzentrationsbefehls des Generals v. Prittwitz erwirkt.[1]

Wie dem nun auch immer sein möge, eine bestimmte Maſsnahme, die auf den Gang der Dinge einen Einfluſs ausüben konnte, wurde durch die Unterredung des Prinzen von Preuſsen mit dem Könige nicht herbeigeführt. Da der Abmarsch der Truppen aus den Stellungen vor den Barrikaden nun einmal bereits erfolgt war, so blieb nichts übrig, als jetzt die in der Proklamation enthaltene und auch durch Bodelschwingh im Sternensaale ausdrücklich betonte Klausel der Besetzung von Schloſs, Zeughaus u. s. w. zur Ausführung zu bringen. Der König und sein neuer Ministerpräsident hegten keinen Zweifel, daſs das geschehen werde, und auch der Prinz von Preuſsen dachte an nichts weniger als daran, daſs etwa die Truppen in diesem Momente vollständig abziehen würden, ohne daſs das Schloſs hinlänglich gesichert würde. Er begab sich aus dem Zimmer des Königs nach dem Schloſsplatze hinab und spendete den Soldaten freundliche Worte der Anerkennung. Darauf kehrte er in das Schloſs zurück und beruhigte die hier Anwesenden durch die Versicherung, daſs alle Truppen noch da und vom besten Geiste beseelt seien. Graf Arnim setzte inzwischen seinen Vortrag beim Könige fort, ohne noch eine weitere Unterbrechung erleiden zu müssen. Die Ordres für die Ernennung der neuen Minister wurden alsbald von ihm ausgefertigt und vom Könige vollzogen.[2]

---

1) Busch a. O. S. 65 faſst das Vorgehen des Prinzen von Preuſsen beim Könige falsch auf, indem er meint, es hätte dadurch für die an Rödern, Schlieffen u. s. w. erteilten bedingten Abmarschbefehle die Sanktion des Königs eingeholt werden sollen. Die richtige Deutung ergiebt sich vielmehr erst aus Natzmer III, 197, woraus hervorgeht, daſs es sich dabei um den Konzentrationsbefehl handelte.

2) Die obenstehende Darstellung des Auftrittes zwischen dem Könige und dem Prinzen von Preuſsen beruht auf den Berichten der Beteiligten. Dramatisch ausgestaltet erscheint er in den Perthesschen Aufzeichnungen:



Da trat die Katastrophe ein, und zwar durch die Schuld des Generals v. Prittwitz.

„Der Prinz ging nun zum Könige, wo eine lebhafte, aber kurze Diskussion stattfand. Der König safs im Sessel, beide Hände vor das Gesicht haltend. Er rief wiederholt laut aus: „„Das habe ich nicht befohlen, das habe ich nicht gesagt!““ Als Gewährsmänner zitiert Perthes den Grafen Oriola und den späteren Kaiser Friedrich III. Beide waren bei der Szene nicht zugegen; dafs ihre Erzählungen mit Vorsicht aufzunehmen sind, haben wir schon oben (S. 222 Anm. 1) bemerkt. Auch hier sind die Farben ohne Zweifel wieder viel zu grell aufgetragen. Es wird hier der Eindruck einer vollständigen Rat- und Hilflosigkeit des Königs erweckt, wie sio nach den Berichten der Augenzeugen nicht der Fall gewesen sein kann. Ein die wichtigsten Regierungsgeschäfte, wie die Bildung eines neuen Ministeriums, in stundenlanger Beratung erledigender Monarch kann, zumal wenn er „angegriffen“ ist, sich wohl einmal von einer momentanen Verstimmung hinreifsen lassen, nicht aber einer gänzlichen Apathie und Depression verfallen sein.

Fünftes Kapitel.

Der Abmarsch der Truppen vom Schloſsplatze und die Katastrophe.

Kurz nach elf Uhr waren die einzelnen Truppenteile sämtlich in den Besitz des Befehles gelangt, von den Barrikaden abzumarschieren, nämlich in den Besitz der von Prittwitz gegebenen Ordre, beim Schlosse Aufstellung zu nehmen. Sie rückten auf das Schloſs zu und konzentrierten sich auf dem Schloſs- und Domplatze. Der Kriegsminister v. Rohr erteilte ihnen den Befehl, rings um das Schloſs herum zu biwakieren;[1] der kommandierende General v. Prittwitz jedoch traf bald eine andere Verfügung. Er hielt die Truppen eine Zeitlang vor dem Schlosse beisammen, indem er, wie das von ihm inspirierte Buch von Schulz bemerkt,[2] dem Ministerium Zeit gewähren wollte, seine Beschlüsse zu ändern. Da es trotz der Weisung des Königs nicht mehr möglich war oder als möglich

1) Nach dem Berichte des Prinzen von Preuſsen bei v. Petersdorff a. O. 233.

2) Nach v. Schulz a. O. 108 waren um 12$^1/_2$ Uhr sämtliche Truppen hinter dem Schlosse und Zeughause vereinigt, und Prittwitz „behielt sie möglichst lange beisammen, sodaſs die zuerst eingetroffenen Abteilungen wohl eine Stunde verweilt haben mögen“. Mit Recht bezeichnet es schon v. Sybel (a. O. 259) „als eine beschönigende Übertreibung, daſs der Abmarsch der Truppen erst um [resp. nach] 12$^1/_2$ Uhr angeordnet worden sei“. Nach Natzmer III, 197 blieben die Truppen „vielleicht“ eine halbe Stunde auf dem Schloſsplatze, also etwa von 11$^1/_4$ bis 11$^3/_4$ Uhr. Damit stimmt die Angabe Arnims überein, daſs, als er um 12 Uhr aus dem Arbeitszimmer des Königs heraustrat, die Truppen bereits fort waren.

erachtet wurde, die Kurfürstenbrücke zu sperren, drängte das dem Militär nachstürzende Volk von allen Seiten heran. Teils suchte der Pöbel mit den Soldaten zu fraternisieren, teils wurden sie durch ihn verhöhnt und beschimpft. Prittwitz erhielt keinen weiteren Befehl aus dem Schlosse; auch schien ihm die Situation nicht dazu angethan, die Truppen noch länger auf ihrem gegenwärtigen Standorte verweilen zu lassen. Er war der Ansicht, dafs nach dem Wortlaute der Proklamation und gemäfs der durch Bodelschwingh eröffneten Willensmeinung des Königs das Militär nicht länger auf dem Schlofsplatze verharren dürfe; dazu glaubte er, dafs bei dem Auftreten des Pöbels gegen die Truppen die Disziplin nicht mehr lange aufrecht zu erhalten sei, da man von der Waffe keinen Gebrauch machen dürfe. War die erstere von diesen beiden Erwägungen durchaus berechtigt, so doch nicht die zweite. Denn die Voraussetzung dafür, dafs sich die Truppen ruhig verhielten, war ja die Rückkehr der Bevölkerung zu Frieden und Ordnung. Wiewohl doch der König die Zurückziehung der Truppen für diesen Fall versprochen hatte, hat er es später heftig getadelt, dafs Prittwitz die verräterische Gefangennahme des Generals v. Möllendorf nicht sofort mit einem Angriffe auf die nächste Barrikade erwiderte. Geht auch dieser Vorwurf viel zu weit,[1] so ersieht man doch daraus, dafs es keineswegs die Absicht des Monarchen war, durch seine Proklamation und durch den Rückzugsbefehl die Truppen „mit gebundenen Händen" den Insulten des Pöbels auszuliefern. Indem Prittwitz die Weisungen des Königs aber in diesem Sinne auslegte und ausführte, zeigte er einen sklavischen Buchstabengehorsam, der weit entfernt von verständnisvoller Hingabe an die Intentionen des Königs war. In seiner Opposition gegen den König outrierte er fortan dessen Befehle durch eine geradezu sinnwidrige Art und Weise der Ausführung.

Immer stärker rückten die Massen gegen das Schlofs heran, und es war vorauszusehen, dafs durch die Entfernung

1) Vgl. o. S. 228 Anm. 2.

des Militärs in diesem Augenblicke das Schlofs und der Monarch darin den schwersten Gefahren preisgegeben würden. Der eben im Schlosse anlangende General v. Gerlach erkannte den Ernst der Situation. Er beschwor Prittwitz, die Truppen gerade jetzt nicht fortzuschicken; zu wiederholten Malen erwiderte ihm jedoch der General v. Prittwitz, es sei nicht anders möglich.[1] Da er von der Waffe keinen Gebrauch machen wollte, und da er überhaupt in einer Art oppositionellen Trotzes jedes energische Auftreten gegen die Massen fortan vermied, wollte er nicht länger mit dem Abzuge warten, da er der Ansicht war, dafs sonst vielleicht die Soldaten, um sich der Quälereien des Pöbels zu erwehren, zur Selbsthilfe greifen würden. Vom Schlofshofe begab er sich hoch zu Rofs nach dem Schlofsplatze. Hier versammelte er auf der Seite des Museums alle höheren Offiziere um sich und befahl den Truppen den Abmarsch mit Rühren des Spieles, den von auswärts herbeigezogenen Truppen nach ihren Kantonnementsquartieren, den in Berlin garnisonierenden Regimentern nach ihren Kasernen.[2] Das abrückende Militär wurde von den Massen aufs schändlichste insultiert, bespieen, beschimpft und mit Kot beworfen, insbesondere das Alexanderregiment, das dadurch der Auflösung nahekam.

Als man im Schlosse die Truppen abziehen sah, wurde man von Bestürzung ergriffen. Man glaubte zunächst, sie sollten die vorher verlassenen Posten wieder einnehmen. Der Prinz von Preufsen befand sich gerade in den Gemächern der Königin und war im Begriffe, den hier Versammelten durch den Hinweis

1) Gerlach I, 142.

2) Vgl. das bei Natzmer III, 198 f. inserierte Schreiben des Majors Grafen Lüttichau (d. Bunzlau, 5. Mai 1849). Lüttichau hatte am Vormittage des 19. März das Füsilierbataillon des Leibregimentes befehligt und zuletzt eine Stellung in der Breitenstrafse eingenommen. Natzmer hatte nun den Grafen angefragt, „von wem und durch wen“ er den Befehl zum Abzuge aus seiner Stellung in der Breitenstrafse und sodann aus der auf dem Schlofsplatze erhalten habe. Lüttichau erwiderte, der erste Befehl sei ihm durch seinen Regimentskommandeur, den Obersten Charnier, persönlich zugegangen, der zweite Befehl sei von Prittwitz selbst in der oben geschilderten Weise erteilt worden.

auf die Anwesenheit des Militärs Mut einzusprechen; da hörte er trommeln. Er stürzte an das Fenster und erblickte den Abmarsch der Soldaten. Er fragte den Kriegsminister v. Rohr, ob er das anbefohlen habe, und erhielt eine verneinende Antwort. Jemand, der soeben eintrat, berichtete fälschlich: Graf Arnim habe es angeordnet; der Minister habe erklärt, halbe Maſsregeln taugten nichts; daher müſsten die Truppen in die Kasernen abrücken. Der Minister v. Rohr nahm seinen Hut, warf ihn auf den Tisch und rief: „Das mag der Graf Arnim verantworten!“ Der Prinz von Preuſsen brach in die Worte aus: „Nun ist alles verloren.“ Nicht minder überrascht war der König. Er lieſs von Prittwitz Auskunft holen; der aber war, vermutlich weil er sich in diesem Momente noch auſserhalb des Schlosses befand, nicht sogleich zu finden.[1] Der Abzug der Truppen war so gut wie vollständig. Es blieben im Schlosse nur die Wache, bestehend aus einer Kompagnie Infanterie und 25 Gardeschützen, sowie sechs weitere Kompagnieen zurück, von denen zwei auf dem kleinen, vier auf dem groſsen Schloſshofe standen. Im Zeughause sollte zunächst noch ein Bataillon vom Kaiser Franz-Regiment verbleiben, — doch nur „einstweilen“; Prittwitz erschien es nämlich „unratsam, die ermüdete und hungernde Truppe noch lange oder gar über Nacht in einem Gebäude zu lassen, wo weder für ihre erträgliche Unterkunft noch Verpflegung etwas geschehen konnte“.[2] Um 2 Uhr nachmittags marschierte daher auch dieses Bataillon ab, ohne daſs für die Besetzung des Zeughauses mit anderen Truppen Fürsorge getroffen ward.[3] Aus demselben Grunde,

---

1) Vgl. Natzmer III, 197 und den Bericht des Prinzen von Preuſsen bei Petersdorff a. O. 233.

2) v. Schulz a. O. S. 109.

3) Gerlach I, 143 sagt: „Durch falsche Bestellung eines Adjutanten.“ Nach der oben angeführten Bemerkung des Obersten v. Schulz ist anzunehmen, daſs auch ohne diesen Irrtum [oder handelt es sich um eine beschönigende Angabe?] das Bataillon vom Zeughause abberufen worden wäre. Von der Auflösung der militärischen Ordnung, die sich von der obersten Spitze bis tief nach unten fortpflanzte, giebt Zeugnis u. a. die Notiz bei Diest

aus dem er die Truppen entfernte, that Prittwitz nicht einmal das Geringste für die Absperrung und Sicherung des Schlosses, nämlich um nicht, was bei energischem Auftreten notwendig werden konnte, in die Verlegenheit zu kommen, von der Waffe Gebrauch machen zu müssen!! Gerlach schildert diese Lage mit den Worten: „Es zeigte sich unmöglich, sich von den Aufrührern abzusondern, da diese bald merkten, dafs niemand den Mut hatte, den Kampf aufs neue so zu beginnen, dafs die Truppen zu ihrer Verteidigung [!] von den Waffen Gebrauch machten. Aus diesem Grunde hielt man [d. h. Prittwitz] auch eine Sperrung des Schlosses für unmöglich; man entschlofs sich, die Truppen lediglich in geschlossener Kolonne auf dem Hofe aufzustellen. Auch fürchtete man die Ausbrüche der verhaltenen Wut der Soldaten. So wurde der Pöbel immer frecher und ging nun geradezu darauf aus, den König und seine Armee verächtlich zu machen.“ Indem Prittwitz für das Publikum die Passage durch das Schlofs freigab, gelang es dem Pöbel, in den Schlofshof einzudringen. Die Exzesse und Tumulte verpflanzten sich nunmehr vom Schlofsplatze in den Schlofshof. Als der Lärm hier ausbrach, hatte Graf Arnim (es war gegen 12 Uhr) seine Verhandlungen mit dem Monarchen über die Kabinetsbildung beendigt. Er trat aus dem Arbeitszimmer des Monarchen heraus und gelangte in den kleinen Schlofshof. Anstatt das Schlofs, wie es angeordnet war, wohl bewahrt und bewacht zu finden, sah er im Schlofshofe mehr Pöbel als Soldaten und diese von der wütenden Menge umringt, die ungehindert durch die unbesetzten Portale zu- und abströmte. Er trat an Prittwitz heran, der im kleinen Schlofshofe zu Pferde hielt und fragte: „Aber sind das alle Truppen, die Ew. Excellenz hier haben?“ Prittwitz bejahte; der kommandierende General war über die Verhältnisse der Besetzung des Schlosses so wenig orientiert, dafs er nicht einmal wufste, dafs im grofsen Schlofshofe noch weitere

---

(a. O. S. 11), dafs die Schildwache am Brandenburger Thore stundenlang nicht abgelöst wurde, weil die dortige Hauptwache schon leer und die Ablösung vergessen worden war.

vier Kompagnieen standen; er fügte hinzu: „Die anderen haben sich verkrümelt!“ Einige Stunden später antwortete er dem Könige auf dieselbe Frage gleichfalls: „Sie sind mir durch die Finger gegangen!“

Der Sieg der Revolution in Berlin, wenn man von einem solchen überhaupt sprechen will, war nunmehr entschieden. Er war herbeigeführt worden nicht dadurch, daſs die Insurgenten die Truppen geschlagen hatten, nicht durch die Proklamation und die Nachgiebigkeit des Königs, nicht durch den Abmarsch der Truppen aus den Stellungen vor den Barrikaden, sondern lediglich dadurch, daſs jetzt das Schloſs nicht mehr zur Genüge verteidigt und dadurch die Person des Königs in die Gewalt der Menge gegeben ward. Es spielten sich jetzt im Schloſshofe jene schimpflichen Szenen ab, die, schon so oft erzählt, keiner neuen Darstellung bedürfen:[1] wie die bekränzten Leichen der Barrikadenkämpfer in den Schloſshof geschleppt wurden, wie die Soldaten vor ihnen die Helme abnahmen, wie sich der König, um Ärgerem vorzubeugen und durch sein plötzliches Erscheinen die aufgeregte Menge zu

1) Aus jenen Auftritten nur noch ein Beitrag zur Kritik des Quellenwertes der Perthesschen Aufzeichnungen. Es ist bekannt, daſs die Königin, weil sie die Ermordung ihres Gemahls fürchtete, und wenn es zum Schlimmsten käme, sein Schicksal mit ihm teilen wollte, ihn bei seinem Hinaustreten auf den Balkon begleitete. Nach Perthes (S. 539), der sich dabei auf den Grafen Pourtalès als Gewährsmann beruft, hat der Fürst Lichnowski, als der Leichenzug horannahte, dio Königin bei der Hand ergriffen, um sie auf den Balkon zu führen, mit den Worten: „Kommen Sie, kommen Sie, hier hilft kein Zögern!“ In Wahrheit hat sich der Vorgang ganz anders abgespielt. Gerlach (I, 143), der am Nachmittage des 19. März im Schlosse weilte, erzählt: „Einmal wollte Lichnowski dio Königin zurückhalten. »Restez, madame«, sagte er; sie antwortete ihm: »taisez-vous, allez-vous en!«“ Also gerade umgekehrt verhielt sich die Sache. Die Nachrichten über das Auftreten Lichnowskis am 18. und 19. März tragen überhaupt den Stempel einer gewissen Animosität, die allerdings keineswegs ganz unverdient war, die aber über das Ziel hinausschoſs. W. v. Siemens z. B. (Lebenserinnerungen S. 27) erzählt auf Grund eigener Wahrnehmungen, daſs der Fürst bei der Beruhigung der Volksmenge am Nachmittage des 19. März gute Dienste leistete.

beschwichtigen, auf den Rat der Grafen Arnim und Stillfried entschlofs, auf die Galerie hinauszutreten und den Toten seine Ehrfurcht zu bezeugen, wie schliefslich die mächtigen Klänge des Chorals „Jesus meine Zuversicht!“ die Spannung lösten, sodafs sich die Wogen des Hasses und Tobens glätteten. Kurz vor diesem Auftritte hatte der König in der Erkenntnis, dafs sich das Schlofs nicht mehr in verteidigungsfähigem Zustande befinde, daran gedacht, in heimlicher Flucht Berlin zu verlassen, um sich und seine Gemahlin in Sicherheit zu bringen; er war aber dadurch gehindert worden, dafs sich gerade in diesem Augenblicke von der Schlofsbrücke her der Leichenzug nahte, sodafs der einzige Weg zur Flucht gesperrt war.[1] Es blieb ihm nichts anderes mehr übrig, als dem Rate des Grafen Arnim zu folgen, von militärischem Schutze entblöfst, „sich den besseren Elementen der Bürgerschaft anzuvertrauen“. Ehe diese aber den König in ihre Hut nahmen, mufste er freilich jene Demütigungen über sich ergehen lassen.

Mit der Zurückziehung der Truppen war der Hauptwunsch der Berliner befriedigt, das Motiv beseitigt, das sie zur Erhebung angetrieben hatte. Zwar gab der Abmarsch des Militärs eine Zeitlang den radikalen Elementen das Heft in die Hände; das eigentliche Bürgertum hingegen, durch die Erfüllung seines Verlangens befriedigt, war jetzt bereit, aus eigenen Kräften für die Wiederherstellung geordneter Zustände zu sorgen. Die unvermeidliche Konsequenz der Entfernung der Truppen und der Scheu, sie wieder in Aktion treten zu lassen, war die Errichtung einer bewaffneten Bürgerwehr. Schon am Vormittage hatten sich die Generäle Neumann, Natzmer, Krauseneck unter Zustimmung des Königs allerdings noch unter gewissen Vorbehalten und Bedingungen dafür ausgesprochen; als dem Könige jetzt dasselbe Ansinnen stürmisch von der Volksmenge vorgetragen wurde, konnte er es nicht mehr zurückweisen. Von der Schlofsterrasse aus sprach

1) So übereinstimmend Graf Arnim in seinen Bemerkungen S. 48 ff. und Graf Stillfried in der Deutschen Rundschau Bd. 62, 415.

er in Person die Gewährung der Volksbewaffnung aus. Der Polizeipräsident von Minutoli wurde an die Spitze der neu zu bildenden Bürgerwehr gestellt; er wurde angewiesen, die Verteilung der Gewehre aus dem Zeughause an geeignete und vertrauenswürdige Bürger zu leiten. Noch im Laufe des Nachmittags wurden an die 6000 Gewehre ausgegeben. So sammelten sich allmählich bewaffnete Bürger im Schloſshofe, von dem hier anwesenden Pöbel mit Hurrah empfangen. Bald aber wandte sich das Blatt. Als an die 200 bewaffnete Bürger beisammen waren, gingen sie gegen die sich im Schloſshofe stauenden zweifelhaften Elemente vor. Der Stadtrat Duncker hielt den Bürgern „eine ganz vortreffliche antirevolutionäre Rede", so antirevolutionär, daſs er einmal abbrach; dann säuberten sie allmählich den Schloſshof und hielten gute Ordnung. Was Prittwitz in seiner stumpfen Resignation mit mehr als sieben Kompagnieen nicht leisten konnte, das brachten jetzt zweihundert Bürger ohne groſse Mühe zu stande. Rühmend erwähnt wird der Eifer der Bürgerschützen für die Wiederherstellung der Sicherheit im Schlosse, und gerade sie waren es doch, die an den Kämpfen am Cöllnischen Rathause und am Alexanderplatze hervorragenden Anteil genommen hatten; man sieht auch hieraus wiederum, daſs die aktuelle Erbitterung gegen das Militär die Bürger aufgereizt hatte, und daſs sich nach dessen Entfernung der Ingrimm schnell wieder legte. Selbst ein Parteimann von so schroff ausgeprägtem Standpunkte, wie der General v. Gerlach, konnte nicht umhin, die Rede Dunckers gut zu finden und das Urteil zu gewinnen, daſs damals die Bürgerwehr wirklich aus rechtlichen Leuten bestand, die es gut mit dem Könige meinten, und daſs sie erst später ausartete.[1]

In Ansehung der Umstände, unter denen sie bewilligt worden war, erscheint die Errichtung der Bürgerwehr allerdings im Lichte einer dem Könige abgenötigten Konzession. Wie sehr sie das auch in der That war, so war sie doch praktisch von geringer Bedeutung. Da das Militär damals infolge der

1) Gerlach I, 143.

Obstruktion seines Oberbefehlshabers versagte, so war sie sogar dem Könige in eben diesem Augenblicke eher nützlich. Denn es wurde dadurch nicht nur für seine persönliche Sicherheit gesorgt, sondern das Bürgertum wurde dadurch auch endgültig von den bisher mit ihm verbündeten radikalen Elementen abgezogen. Und was die Hauptsache war, die Bürgerbewaffnung konnte später, wenn sich die Zustände einigermafsen wieder befestigt hatten, mit Leichtigkeit, falls sie unbequem wurde, wieder abgeschafft werden; so ist es ja auch thatsächlich später geschehen. Nüchterne Beobachter selbst im bürgerlichen Lager haben schon damals diese Ansicht von der Sachlage gehabt. Fontane giebt den Empfindungen, die der „Sieg" der Revolution in ihm am 19. März erweckte, in den Worten Ausdruck: „Alles war in blofsem Radau geblieben, viel Geschrei und wenig Wolle. Wenn die Truppen jetzt zurückgingen, so war das kein von seiten des Volkes errungener und dadurch gefestigter Sieg, sondern ein blofses königliches Gnadengeschenk, das jeden Augenblick zurückgenommen werden konnte, wenn's dem, der das Geschenk machte, so gefiel, und während ich noch dastand und kopfschüttelnd dem Jubel meiner Genossen zusah, sah ich schon im Geiste den in natürlicher Konsequenz sich einstellenden Tag vor mir, wo denn auch wirklich, sieben Monate später, dieselben Gardebataillone wieder einrückten und der Bürgerwehr die zehntausend Flinten abnahmen, mit denen sie den Sommer über weder die Freiheit aufzubauen noch die Ordnung herzustellen vermocht hatte. Mich verliefs das Gefühl nicht, dafs alles, was sich da Sieg nannte, nichts war, als ein mit hoher obrigkeitlicher Bewilligung zu stande gekommenes Etwas, dem man ganz ohne Not diesen volkstriumphlichen Ausgang gegeben, und lebte meinerseits mehr denn je der Überzeugung von der absolutesten Unbesiegbarkeit einer wohl disziplinierten Truppe jedem Volkshaufen, auch dem mutigsten gegenüber. Volkswille war nichts, königliche Macht war alles."[1]

---

1) Das war der Eindruck, den Fontane damals empfing. Er bemerkt (S. 268ff.), vierzig Jahre habe er dieser Überzeugung gelebt; dann

Die scheinbare Vollendung des „Sieges“ der Revolution war es, daſs noch am Abende des 19. März die beiden Grenadierbataillone des Kaiser Alexander-Regimentes und an den folgenden beiden Tagen sämtliche in Berlin garnisonierenden Truppen aus der Stadt hinausgeschickt wurden. Seitens des Kommandos wurde diese Maſsregel damit motiviert, daſs die Truppen in den Kasernen vom Pöbel umlagert und insultiert würden, sodaſs bei der steigenden Erbitterung des Militärs der Ausbruch neuer Kämpfe zu befürchten stände. Die offiziöse Schrift des Obersten von Schulz giebt darüber folgenden Aufschluſs:[1] „Schon zeitig am 20. März hatten sich mehrere höhere Offiziere beim Generalleutnant von Prittwitz eingefuuden, um die nicht allein höchst peinliche, sondern mehr als gefährliche Lage zu schildern, in welcher sich die Truppen [nämlich in den Kasernen] befanden. Der General ging deshalb nach dem Schlosse, wo man aller Gegenvorstellungen ungeachtet bei der Ansicht verharrte, die noch in Berlin anwesenden Truppen müſsten in den Kasernen verbleiben. Derselbe nahm nunmehr [also eigenmächtig] auf sich, einen Befehl des Inhalts zu erlassen: Die Regimenter sollten auch ferner in den Kasernen aushalten; doch könnten die Kommandeure, den Beweis der Notwendigkeit vorbehalten, in zwei Fällen Berlin verlassen, wenn nämlich 1. die Disziplin so erschüttert sei, daſs nur schleuniger Abmarsch der Auflösung der Truppen vorzubeugen vermöge; 2. die Kasernen ohne ernstlichen Gebrauch der Waffen nicht länger gegen das Volk gehalten werden könnten.“ Es geht aus dieser Darstellung unzweifelhaft hervor, daſs nicht der König den Befehl zum Ausmarsche der Truppen aus der Stadt erteilt, sondern ihr

---

aber habe er auf Grund des Berichtes, den Prittwitz in der Nacht vom 18. zum 19. dem Könige erstattete, und den er aus der kurzen Notiz bei Gerlach I, 138 kannte, seine Ansicht von der leichten Besiegbarkeit der Revolutionen geändert. Darauf aber kommt es an, zu prüfen, ob der Prittwitzsche Bericht dem Stande der Dinge in Wahrheit entsprach; wir haben gesehen, daſs er in bewuſster Tendenz pessimistisch übertrieb.

1) v. Schulz S. 114.

Verbleiben in der Stadt ausdrücklich gewünscht hat, und dafs es der Oberstkommandierende v. Prittwitz war, auf dessen eigenmächtige Erlaubnis hin (man könnte, wie die Dinge lagen, wohl auch sagen, dafs es sich bei dieser „Erlaubnis“ um nichts weiter als um eine Spiegelfechterei handelte, die dazu dienen sollte, den Gegenbefehl des Königs in einer möglichst wenig anstöfsigen Weise zu umgehen) und unter dessen Autorität die Soldaten Berlin verliefsen.

Im Laufe des 20. und 21. März machten die Regimentskommandeure, indem sie den Fall der „Notwendigkeit“ nach einer der zwei bezeichneten Richtungen für vorliegend erachteten, von der durch Prittwitz gewährten „Erlaubnis“ zum Ausmarsche aus Berlin Gebrauch. Wir wollen und können hier nicht des näheren untersuchen, ob der Fall der „Notwendigkeit“ thatsächlich vorlag. Dafs man daran aber selbst in hohen Militärkreisen zweifelte, beweist der Umstand, dafs Gerlach unter die „groben Fehler“, in die Prittwitz „durch seine innere und äufsere Opposition gegen die Person des Königs“ verfiel, es nicht nur rechnete, dafs er die auswärtigen Truppen nach ihren Kantonnementsquartieren schickte, sondern auch dafs er „den anderen die Erlaubnis gab, nach den Umständen ebenfalls fortzugehen“. Wenn die Bedrängnis durch das Volk wirklich mit Notwendigkeit die Entfernung des Militärs aus der Stadt erforderte, so kann diese Mafsregel des Kommandierenden keinesfalls als ein „grober Fehler“ erklärt werden: wir stehen hier also wieder, wie bei seinem Gutachten gegenüber dem Könige, vor der Alternative, die militärischen Fähigkeiten von Prittwitz zu bezweifeln, — oder anzunehmen, dafs für Prittwitz, als er den Regimentskommandeuren den Abzug aus der Stadt freistellte (wobei er sicher sein konnte, dafs sie sich dafür entscheiden würden), gar nicht die Rücksicht auf die Bedrohung der Kasernen das entscheidende Motiv war. Und wenn dem also war, was war es dann, was Prittwitz dadurch erreichen wollte, indem er die Stadt vom Militär gänzlich entblöfste? Nichts anderes als das, was Prittwitz schon durch die pessimistische Färbung seines Gut-

achtens zu bewirken gehofft hatte: die Abreise des Königs aus Berlin.

Es ist uns sehr wohl bekannt, dafs noch nach der Katastrophe vom 19. März von seiten der Militärpartei alles daran gesetzt worden ist, um den König zur Abreise aus Berlin zu bewegen. Wenn man dies erreichte, wenn zugleich die Truppen aus Berlin herausgezogen und rings um die Stadt herum disloziert waren, dann war diejenige Situation geschaffen, die Prittwitz und seinen Freunden als die geeignetste zur Lösung der militärischen Aufgabe erschien, vor die sie sich durch den Aufstand gestellt sahen. Dann war die Zernierung der Stadt und ihre Niederwerfung durch Angriff von aufsen vorbereitet. In diesem Sinne hat der damalige Adjutant Edwin von Manteuffel den König an das Beispiel Heinrichs IV. von Frankreich erinnert, der Paris verliefs, um es dann im Sturme wieder einzunehmen.[1] Bodelschwinghs Neffe, Gustav von Diest, erzählt, er sei in den Tagen nach dem 19. März in Potsdam gewesen, und fährt dann fort: „Alles war dort einmütig in der freudigen Erwartung, dafs doch noch der Schlange Revolution der Kopf zertreten, und dafs insbesondere der König zu seinen Truppen herauskommen werde, um dann Berlin wieder einzunehmen.“ Allen war damals, wie Diest bezeugt, der Ausmarsch der Truppen „unerklärlich“: sollte er nun nicht erklärlich werden, wenn wir hören, dafs der Staatsschatz aus Berlin durch den Minister v. Thiele bereits herausgeschafft war, und dafs man auch die Ankunft des Monarchen mit Sicherheit erwartete? Als dieser schliefslich doch nicht kam, da bemächtigte sich der Potsdamer Offiziere eine furchtbare Wut. Der spätere Kriegsminister v. Roon, der sich damals selbst in Potsdam befand und in diesem Punkte als vollgültiger Gewährsmann anzusehen ist, bezeichnete später gegen Perthes die Stimmung, die zu jener Zeit im Potsdamer Offizierkorps herrschte, als geradezu „entsetzlich“. Es habe hier, so versichert er, „der feste Wille bestanden, den König, koste es, was es wolle, aus

1) Diest S. 12, Gerlach I, 145.

Berlin herauszuholen: es waren Pläne entworfen, ihn auch wider seinen Willen zu entführen. Die Leute dazu waren bis auf die Unteroffiziere bestimmt." Am 23. März sagte Roon zu Harry Arnim, dem Neffen des Ministers, „er möge seinem Onkel erklären, der König müsse nach Potsdam kommen, es möge kosten, was es wolle; es stünden Schritte in Aussicht, deren Folgen unberechenbar seien."[1] Wird unter diesen Umständen die Vermutung allzu gewagt sein, dafs bei den Mafsnahmen des Generals v. Prittwitz hinsichtlich des Ausmarsches der Truppen das Motiv im Spiele war, den König, indem die Stadt von den Truppen entblöfst wurde, in die Zwangslage zu versetzen, in Rücksicht auf seine persönliche Sicherheit den Entschlufs zur Flucht aus der Stadt zu fassen?[2]

Zu verschiedenen Malen war Friedrich Wilhelm IV. nahe daran, den dringenden Aufforderungen zur Abreise aus der Stadt Folge zu leisten. Als er am 20. März die Polen hatte freigeben müssen, äufserte er zum Justizminister Uhden: „Man zwingt mich hier zu einer Konzession nach der anderen; ich mufs fort nach Potsdam, soeben habe ich die Polen frei lassen müssen. Kommen Sie auch hin, sagen Sie Bodelschwingh, er solle hinkommen, und alles, was mir noch treu ist, soll sich da versammeln!" Der Graf Arnim beschwor den König, zu bleiben, und wie die Verhältnisse nun einmal lagen, war das wohl auch das Beste. Die Beweggründe, die schon in der Nacht vom 18. zum 19. den Herrscher veranlafsten, die Vorschläge des Generals v. Prittwitz nicht zu befolgen, bestanden auch jetzt noch

1) Perthes a. O. S. 540f.

2) Dafs dieses Motiv im Spiele war, läfst auch Gerlach in seiner Darstellung (I, 144f.) durchblicken. Welchen Zweck konnte es sonst wohl haben, wenn Gerlach am Abende des 20. den Grafen Arnim darauf aufmerksam machte, „dafs am andern Tage keine Truppen mehr in Berlin sein würden", als eben den, dem leitenden Minister die Notwendigkeit der Abreise des Königs aus der Stadt vorzustellen? Der Graf antwortete: „Ich weifs es, ich danke Ihnen." Gerlach schliefst den betreffenden Passus seiner Aufzeichnungen mit den charakteristischen Worten: „So verliefsen die Truppen, aber nicht der König die Stadt."

in voller Kraft. Gerade jetzt wäre eine Einschliefsung der Hauptstadt und ihre Einnahme mit stürmender Hand um so zwecklosер gewesen, als sich ja in der That die Berliner Bürgerschaft nunmehr nicht nur vom Aufstande zurückgezogen, sondern auch selbst die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit, sowie den Schutz der Person des Monarchen übernommen hatte. Ob sie sich diesen Aufgaben auf die Dauer gewachsen zeigen würde, das war ja allerdings die Frage; falls es sich später herausstellte, dafs sie es nicht war, so war ja für den König immer noch Zeit genug, um sich zu entfernen, die Bürgerwehr wieder zu entwaffnen und das Militär mit der Wahrung der Ordnung zu betrauen. Im Anfange war die Bürgerwehr, wie selbst Gerlach anerkannte, vom besten Willen und Geiste beseelt. Roon schrieb am Morgen des 21. März an seine Gattin: König und Königin werden im Schlofs [in Berlin] von Bürgern bewacht (ob auch beschützt — ist leider in Frage), die zu den Wohldenkenden gehören. Personen, sehr zuverlässige, die gestern in Berlin waren, kamen sehr beruhigt, d. h. für den gegenwärtigen Augenblick sehr beruhigt zurück; versichernd, der König sei der Abgott der guten Bürger; sie schwören, den letzten Blutstropfen für ihn lassen zu wollen."[1] Selbst durch die Vorbehalte Roons klingt es hindurch, dafs sich der König in dem Vertrauen, das er Arnims Rat zufolge in den besseren Teil der Bürgerschaft setzte, keineswegs getäuscht sah.

War also auch des Königs persönliche Sicherheit keineswegs mehr gefährdet, so konnte er sich zur Abreise aus der Stadt doch durch die Erwägung veranlafst sehen, dafs er den Schutz, den die Bürgerschaft ihm gewährte, allzu teuer bezahlen mufste. Wir haben gesehen, wie er am 20. März in der That aus diesem Grunde daran dachte, nach Potsdam überzusiedeln. Aber eben an diesem Tage war das Mafs der Zugeständnisse, zu denen er sich verstehen mufste, bereits erschöpft. Im übrigen waren sie sämtlich, wenn sie auch schwere Demütigungen für die Autorität der Krone bedeuteten, von geringer politischer

1) Roon, Denkwürdigkeiten I, 143.

Tragweite. Die wichtigsten von ihnen waren bereits am Nachmittage des 19. März bewilligt worden, also zu einer Zeit, da der Herrscher durch die Schuld von Prittwitz noch ganz wehrlos den aufgeregten Massen gegenüberstand. Über den zweifelhaften Wert der Errichtung der Bürgerwehr haben wir bereits gesprochen. Die Aufhebung des Rauchverbots in den Strafsen Berlins und im Tiergarten, die damals erwirkt wurde, wird man schwerlich eine politische That nennen wollen. Die Freigebung der gefangenen Barrikadenkämpfer und der polnischen Insurgenten waren Konzessionen, denen nur indirekt eine politische Bedeutung beikam. Die wirkliche Reform staatlichen Charakters, das Einlenken des preufsischen Staates in die Bahnen des Konstitutionalismus und der nationalen Bestrebungen, war bereits vor dem Ausbruche des Aufruhrs freiwillig vom Herrscher beschlossen worden. Ein eigentlich politisches Ergebnis hat somit die Berliner Märzrevolution nicht gezeitigt. Sie war entsprungen aus dem Hasse des Bürgertums gegen das Militär, und diesem war durch die Zurückziehung des Militärs derart Genüge gethan, dafs selbst Barrikadenhelden, wie der bekannte Tierarzt Urban, jetzt grofsmütig ihre Hand zur Versöhnung mit der bisher verabscheuten Soldateska boten und den König um deren Rückberufung in die Stadt baten. Mit Recht konnte Gerlach vier Wochen später[1] in seinem Tagebuche in Abrede stellen, dafs die Märzrevolution in Berlin irgend welche politische Bedeutung gehabt habe, indem er ausführte: „Es ist erwiesen, dafs der Aufstand am Sonnabend [am 18. März] nichts anderes erlangt hat, als die schnellere Absetzung der Minister [nicht einmal dies trifft zu] und das Zurückziehen der Truppen, aufserdem aber, was das Wichtigste ist, die Avilierung des Königs und der Armee.“

Die Avilierung des Königtums (denn das ist die Bedeutung der dem Könige am Nachmittage des 19. und am 20. März abgedrungenen Zugeständnisse) sowie der Armee: das ist das, worin der sogenannte „Sieg“ der Insurrektion vom 18. März

1) Am 24. April 1848; Gerlach I, 155.

in Berlin besteht. Aber wodurch ist dieses Resultat herbeigeführt, oder, richtiger gesagt, ermöglicht worden? Die Proklamation des Königs vom Morgen des 19. und der Abmarschbefehl für die Truppen aus den Stellungen vor den Barrikaden sind gewiſs von Einfluſs darauf gewesen. Ohne diese Maſsregeln wären die Truppen nicht in die Lage gekommen, als Sieger den Hohn der Besiegten ertragen zu müssen, der König wäre nicht den Beschimpfungen des Janhagels ausgesetzt und zu Konzessionen genötigt worden, die sich mit der Autorität der Krone und seiner persönlichen Würde nicht vertrugen. Daſs es aber so weit kam, das war keineswegs die notwendige und unmittelbare Wirkung der Befehle des Königs, sondern der Art und Weise, wie sie von Prittwitz ausgeführt wurden; bei korrekter und den Umständen angemessener Vollziehung hätten diese Folgen nimmermehr eintreten können. Damit gelangen wir zu dem Schluſsabschnitte unserer Untersuchungen über die Berliner Märzrevolution, nämlich zu einer umfassenden Erörterung, ob und inwiefern der „Sieg“ der Revolution durch das Verhalten des kommandierenden Generals bewirkt worden ist. —

In aller Kürze berühren wir hier noch einmal zunächst alle diejenigen Momente, die für das oppositionelle Auftreten des Generals v. Prittwitz bezeichnend sind, und auf die wir im Laufe unserer Darstellung bereits aufmerksam machten. Der Kern und Ursprung aller seiner Miſsgriffe liegt, wie wir schon betonten, darin, daſs er, mit der Neigung des Königs zu Versöhnlichkeit und Nachgiebigkeit nicht einverstanden, die Aufgabe der Unterdrückung des Aufstandes nicht durch Straſsenkampf und Vorgehen im Innern der Stadt, sondern durch ihre Einschlieſsung und durch Angriff von auſsen gelöst wissen wollte. Je mehr sich der König zu Milde und Gnade bereit zeigte, um so mehr wuchs des Generals innerer Trotz; um so mehr verlor er den Willen und die Fähigkeit, sich selbstlos den Intentionen des Königs unterzuordnen und sich darauf zu beschränken, diese in entsprechender und sinngerechter Weise zu vollziehen. Schon der Aufruf versetzte ihn in hellen Zorn;

seine Leidenschaft steigerte sich im Laufe des Tages und raubte ihm alle ruhige Überlegung und Besinnung. Der Graf v. Goltz, der um seine Stimmung wohl Bescheid wissen konnte, berichtet ausdrücklich, Prittwitz sei von Anfang an gegen den König „sehr erbost“ gewesen,[1] und dieser Ingrimm war in beständiger Zunahme begriffen. In mechanischer Auffassung des Abmarschbefehles verfügte er, dafs sich die Truppen von nun an durchaus passiv zu verhalten hätten. Dadurch gab er sie den Insulten des Pöbels preis; dadurch und durch ihre Entfernung aus der Stadt trug er, der oberste Befehlshaber selbst, zur „Avilierung der Armee“ bei. Und ganz ebenso hat er „die Avilierung des Königs“ verschuldet, indem er nicht für den nötigen Schutz der Person des Monarchen Sorge trug. Als die Dinge am Mittage des 19. März jene kritische Wendung nahmen, durch die der König schliefslich in die Gewalt der Insurgenten geriet, da hat sich Prittwitz der Situation durchaus nicht gewachsen gezeigt. Den Kopf verlierend, versäumte er es, das Schlofs abzusperren, sodafs die Menge dort eindringen konnte, entfernte er die Truppen aus der Umgebung des Schlosses so vollständig, dafs das Schlofs nicht mehr in verteidigungsfähigem Zustande war. So sehr kam ihm alle Übersicht und Direktive abhanden, dafs er nicht einmal über die Stärke der noch im Schlosse vorhandenen Truppen unterrichtet war. Indem Prittwitz die Truppen von den Barrikaden zurückzog, indem er sie dann weiter nach ihren Kantonnementsquartieren und Kasernen entliefs, hat er nichts anderes gethan, als dafs er einfach die Weisungen seines Herrschers erfüllte. Indem er es aber duldete, dafs die Truppen vom Pöbel beschimpft und geschmäht wurden, indem er nicht für eine genügende Sicherung der Person des Monarchen Vorkehrungen traf, hat er dessen Anordnungen in sinn- und zweckwidriger Weise zur Ausführung gebracht und sogar gegen dessen ausdrücklichen und wiederholten Befehl verstofsen. Eben dadurch hat er die Katastrophe vom Nachmittage des 19. März heraufbeschworen.

1) Perthes a. O. S. 538.

Schon in dem Aufruf an die Berliner hatte sich der König, indem er den Abzug der Truppen von den Strafsen und Plätzen in Aussicht stellte, daneben doch ausdrücklich die Besetzung des Schlosses, des Zeughauses und der umliegenden öffentlichen Gebäude vorbehalten. Dieser Bestimmung gemäfs hatte er durch Bodelschwingh am Morgen des 19. März abermals die Besetzung dieser Punkte „mit starker Hand“ angeordnet. Es mufsten also in diese Gebäude soviel Truppen gelegt werden, dafs das Volk nicht in sie eindringen konnte, dafs ihre Verteidigung gegen jedweden Angriff möglich war. Nun ist es das Merkwürdige, dafs sich in den Berichten über den Auftritt im Sternensaale, die aus dem Kreise der Freunde von Prittwitz stammen, selbst in denjenigen, die sehr bald nach den Ereignissen aufgezeichnet wurden, der Zusatz nicht findet, der in Bodelschwinghs Befehle enthalten war. Wir hatten dies durch die Annahme zu erklären versucht, dafs Prittwitz und die übrigen Militärs, die seine Gesinnung teilten, in ihrer Erregung über die plötzliche Willensänderung des Königs jene Worte Bodelschwinghs überhörten. Es ist charakteristisch, dafs in der von Prittwitz inspirierten Schrift des Obersten v. Schulz gerade dieser Punkt, dafs nämlich hinsichtlich der Besetzung des Schlosses u. s. w. ein ausdrücklicher Befehl des Königs vorlag, mit Stillschweigen übergangen wird, dafs sich aber in ihr mehrfache Erörterungen (teils anknüpfend an die Proklamation des Königs, teils anknüpfend an die vom Grafen Arnim in seinem Schreiben vom 1. Oktober 1848 erhobenen Vorwürfe gegen die militärische Leitung am 19. März) finden, die dazu dienen sollen, die Undurchführbarkeit und selbst Verkehrtheit einer derartigen Anordnung zu beweisen. Die Tendenz dieser Ausführungen ist klar. Es soll beim Leser der Eindruck erweckt werden, als sei an jenem Tage seitens des Inhabers des Oberbefehles nicht nur keine Versäumnis begangen, sondern vielmehr in sorgfältiger Berücksichtigung aller Umstände alles gethan worden, was die Lage der Dinge erforderte. Die Schuld an dem unglücklichen Ausgange fiel dann den Ministern v. Bodelschwingh und v. Arnim und im letzten Grunde (wie man mehr

oder minder verhüllt durchblicken liefs) dem Könige selbst zu. Trotz des Protestes, den die 1850 erschienenen „Bemerkungen“ des Grafen Arnim gegen jene Auffassung erhoben, hat sie sich doch durchzusetzen und die historische Litteratur zu beherrschen vermocht.[1]

Weder zweckmäfsig, noch auch möglich war, so wird in der Schrift von Schulz behauptet, die vom Könige in der Proklamation und durch Bodelschwingh angeordnete starke Besatzung des Schlosses, des Zeughauses und der benachbarten öffentlichen Gebäude.[2] Zunächst war sie, wie wir hören, nicht

1) Die betreffenden Ausführungen stehen in der Schrift von Schulz auf S. 92f. bei der Besprechung des Aufrufes an die Berliner [in eigenartiger Weise wird aber dabei nicht gegen den Monarchen polemisiert, der doch der Autor der Proklamation war, sondern gegen Bodelschwingh, — indem es ihm nämlich zum Vorwurf gemacht wird, dafs er sich nicht die in der Broschüre entwickelten Gründe gegen die Zweckmäfsigkeit des Befehles schon damals vorgestellt und darum den Druck der Proklamation verhindert habe], ebenso in den Anmerkungen zu S. 96f. [wo in ähnlicher Weise die Polemik gegen Arnim gerichtet ist]. Insbesondere in den Auslassungen auf S. 93 gegen Bodelschwingh handelt es sich um nachträgliche Reflexionen. Wenn die vom Könige befohlene Mafsregel militärisch wirklich so unausführbar war, dafs selbst Bodelschwingh nicht darüber im Zweifel sein konnte, warum eilte dann Prittwitz nicht sofort nach Kenntnisnahme des Aufrufes am Morgen des 19. zum Könige, um ihm das vorzuhalten und Einspruch dagegen zu erheben? Warum schwieg er über diesen Punkt, als er um 10 Uhr beim Könige zur Berichterstattung vorgefordert war?

2) Wir haben erzählt, dafs, als Prittwitz das Militär vom Schlofsplatze und Lustgarten abrücken liefs, im Schlosse sieben Kompagnieen und einige zwanzig Schützen, im Zeughause (bis nachmittags 2 Uhr) ein Bataillon zurückblieb. Wir wollen hier die Vorfrage erledigen, ob das eine im Sinne der Proklamation genügend starke Besatzung war, und ob überhaupt daselbst nicht mehr Truppen untergebracht werden konnten. Das erste ist entschieden zu verneinen. Prittwitz hat sich jedenfalls am Nachmittage des 19. März mit den ihm zur Verfügung stehenden Truppen zu schwach gefühlt, um das Schlofs vor dem Eindringen der Menge und den Monarchen vor persönlichen Demütigungen zu bewahren. Wir lassen es dabei dahingestellt, ob nicht ein festeres Auftreten auch mit nur sieben Kompagnieen möglich gewesen wäre, zumal wenn man erwägt, dafs nachher 200 Mann Bürgerwehr zur Säuberung des Schlofshofes genügten; das würde eben von neuem beweisen, dafs der General seiner Aufgabe nicht gewachsen war. Arnim

zweckmäſsig. Denn die Truppen von den Barrikaden zurückzuziehen und sich auf die Besetzung des Schlosses, sowie der Gebäude in dessen Umgebung zu beschränken, um dadurch das Volk zur Einebnung der Barrikaden zu bewegen, das hieſs nach der Ansicht der Militärpartei, „um einer überaus zweifelhaften Wirkung auf das Volk“ erstens die Truppen demütigen, indem man sie nötigte, die eroberten Stellungen im Angesichte der noch stehenden Barrikaden zu räumen, zweitens eventualiter den Kampf aufnehmen und gerade da wieder anfangen, wo man am 18. nachmittags begonnen hatte, nur dieses Mal unter viel ungünstigeren Verhältnissen; auch sei, so wurde bemerkt, „die Wirkung einer imponierenden, aber zum passiven Widerstande gezwungenen Besatzung des Schlosses am 15. und am Vormittage des 18. gründlich geprüft worden.“ In allen seinen Teilen erweckt dieses Raisonnement Bedenken. Die Zurückziehung der Truppen aus den Stellungen vor den Barrikaden war an sich

meint, es hätten, wenn man das Schloſs, das Zeughaus, die benachbarten öffentlichen Gebäude und Palais hinreichend mit Militär belegte, an die 7000 bis 8000 Mann am Nachmittage des 19. in der Umgebung des Schlosses, also zum persönlichen Schutze des Monarchen, plaziert werden können. Ob diese Zahl in Anbetracht der räumlichen Verhältnisse zu hoch gegriffen ist, vermag ich nicht zu beurteilen. Auch mit der Hälfte dieser Zahl wäre es jedenfalls möglich gewesen, sich gegen einen Ansturm der Insurgenten solange zu halten, bis die übrigen Truppen wieder herangezogen waren; oder der König und die königliche Familie konnten wenigstens inmitten einer solchen Truppenmenge ungefährdet Berlin verlassen. In den vorhergehenden Tagen, als Pfuel noch das Kommando führte, war für die Sicherheit des Schlosses in weitaus besserer Weise gesorgt worden: Am 14. März besetzten abends nach 7½ Uhr fünf Bataillone das Schloſs, eins das Zeughaus (Schulz a. O. S. 15); am 15. verfügte das Polizeipräsidium die Besetzung der Schloſshöfe, sowie der unvergitterten Fenster an der Rampe (ebd. S. 17); am 18. wurden in das Schloſs vier Bataillone, vier Eskadrons und acht Geschütze, ins Zeughaus zwei Bataillone gelegt (ebd. S. 32). Man sieht daraus: allein im Schlosse und Zeughause konnten sehr wohl sieben Bataillone mit entsprechender Kavallerie und Artillerie, also an die 3000 Mann, untergebracht werden. Dazu kamen noch die anderen öffentlichen Gebäude und Palais in der Umgebung. Von einer Besetzung „mit starker Hand“ des Schlosses u. s. w. durch Prittwitz kann also nicht die Rede sein.

zunächst noch keine Demütigung für das Militär. Dieses konnte ja unmöglich mit Bestimmtheit wissen, welchem Zwecke die Maſsregel dienen sollte. Auch ein Ausmarsch aus der Stadt, z. B. wie ihn Prittwitz betrieb, muſste ja durch den Rückzug aus den bisherigen Positionen eingeleitet werden. Die Wahrscheinlichkeit eines wirklichen Angriffes gegen das Schloſs war bei genügender Besetzung und bei Entschlossenheit der militärischen Leitung sehr gering, und ob die Bedingungen bei einer Wiederaufnahme des Kampfes um so viel ungünstiger waren, als am Tage vorher, das war doch sehr die Frage. Selbstverständlich waren vierundzwanzig Stunden des Kampfes und ungenügender Ruhe nicht spurlos an den Truppen vorübergegangen; aber auch auf der gegnerischen Seite hatte sich der Stand der Dinge und der Aussichten verschlimmert. Die Munition ging hier zur Neige; ein Teil der verwegensten Aufrührer war gefallen oder gefangen, und ob die Bürgerschaft, wenn sie das Gros der Truppen wirklich von den Straſsen und Plätzen der Stadt entfernt sah, Lust hatte, sich an neuen Tumulten zu beteiligen, stand doch sehr in Zweifel. Daſs nur „passiver Widerstand“ im Falle eines Angriffes auf das Schloſs vom Könige gestattet war, ist eine durchaus unbegründete Interpretation der Willensmeinung des Herrschers durch Prittwitz, und wenn dieser es tadelnd vermerkte, daſs sich die Besatzung des Schlosses am 15. und am Morgen des 18. März auf einen derartigen passiven Widerstand beschränkt habe, so war er am wenigsten zu einem solchen absprechenden Urteil berechtigt. Denn damals war es doch geglückt, was ihm nicht gelungen war, das Eindringen des Pöbels in das Schloſs und damit die „Avilierung des Königs“ zu verhüten.

Die Besetzung des Schlosses, Zeughauses u. s. w. „mit starker Hand“ aber war, wie uns versichert wird, nicht nur unzweckmäſsig, sondern auch unmöglich. Eine gröſsere Truppenmasse, so führt der Oberst v. Schulz aus, habe in diesen Gebäuden nicht untergebracht werden können. „Aber auch angenommen“, so fügt er hinzu, „eine solche Einschachtelung wäre möglich gewesen, so war es allein mit dem Aufstapeln

noch keineswegs abgethan, wenigstens so lange, als Soldaten noch andere körperliche und geistige Bedürfnisse haben, wie die Figuren eines Schachspiels.“ In dem Munde eines hohen preuſsischen Offiziers klingt diese Sprache allerdings seltsam genug. Welche andern „geistigen Bedürfnisse“ darf der Soldat, wenn er zum Kampfe bereit steht, wenn ihm die Aufgabe zu teil wird, seinen obersten Kriegsherrn zu schützen und zu schirmen, wohl empfinden, die sich nicht mit Gehorsam, Treue, Umsicht, Ausdauer und Tapferkeit vereinigen lieſsen? Daſs es an Raum nicht mangelte, um im Schlosse und in den Gebäuden der Umgebung mindestens an die 3000 Mann noch eine Weile zusammenzuhalten, darf als gesichert angesehen werden[1], und eine derartige Truppenzahl hätte genügt, um das Schloſs in verteidigungsfähigen Zustand zu setzen. Es bleibt somit nur noch das Argument übrig, daſs eine solche Maſsregel durch die „körperlichen Bedürfnisse“ der Soldaten undurchführbar gemacht wurde. Man müſste also annehmen, die Truppen seien zu ermattet gewesen, oder ihre Verpflegung habe allzu groſse Schwierigkeiten gemacht, als daſs eine Anzahl von einigen tausend Mann vielleicht noch 24 Stunden lang (man vergesse dabei nicht die Möglichkeit allmählicher Ablösung) in der Schloſsgegend gehalten werden konnte. Sagt doch Schulz, um die Abberufung des im Zeughause liegenden Bataillons (um 2 Uhr nachmittags!) zu motivieren, es sei „unratsam erschienen, die ermüdete und hungernde Truppe noch lange oder gar über Nacht [!!] in einem Gebäude zu lassen, wo weder für ihre erträgliche Unterkunft noch Verpflegung etwas geschehen konnte.“ In ähnlicher Tendenz erzählt der Graf Goltz: die Truppen hätten am 19. seit vierundzwanzig Stunden wenig oder nichts zu essen bekommen, die Aufrührer hätten mit ihnen zu fraternisieren gesucht, der Hofmarschall im Schlosse habe erklärt, nur für eine beschränkte Zahl Soldaten Essen schaffen zu können.[2]

Abermals erstaunt man, aus dem Munde preuſsischer Offiziere eine solche Sprache zu vernehmen. Wenn eine Truppe

1) Vgl. die vorige Anm.

2) Perthes a. O. S. 538.

schon durch Strapazen, wie sie dieser Barrikadenkampf mit sich brachte, ihre Kampfesfähigkeit verliert, so wäre ihr militärischer Wert höchst gering anzuschlagen. In Wahrheit läfst sich jedoch nachweisen, dafs die eben angeführten Schilderungen über den Zustand der Truppen übertreiben. Die Gefahr des Fraternisierens war bei dem Geiste, der die Truppen beherrschte, vollkommen ausgeschlossen. Alle zuverlässigen Berichte, gerade von militärischer Seite, stimmen darin, sowie in der begeisterten Bewunderung der lobenswürdigen Haltung der Soldaten überein. Dafs die Truppen seit vierundzwanzig Stunden so gut wie unverpflegt waren, trifft schwerlich durchgängig zu. Es waren im Verlaufe des Nachmittags des 18. und des folgenden Morgens umfassende Vorkehrungen für die Versorgung der Truppen mit Lebensmitteln getroffen worden.[1] Wenn der König den Befehl erteilte, gewisse Gebäude mit starker Besatzung zu belegen, so mufste er erfüllt werden; die Ausrede, die Verpflegung sei darin „zu schwierig“ oder die Unterkunft „nicht erträglich genug“ gewesen, vermag die Nichtausführung dieser Anordnung

---

1) Vgl. Schulz a. O. S. 48f.: „Etwas vorgreifend bemerken wir hier, dafs an die Verpflegung der Truppen gedacht, und sobald das Vorschreiten der einzelnen Angriffs-Kolonnen es gestattete, Brot aus der Militär-Bäckerei und Branntwein aus der Königstrafse nach dem Schlofs gebracht wurde. Als die Verbindung hergestellt war, etablierte sich ein Intendantur-Rat in der Garnison-Bäckerei und setzte dieselbe ungeachtet des vorgefundenen beträchtlichen Brotvorrates in starken Betrieb... Überdies langte am 19. früh ein Transport von 4000 Broten aus Potsdam an [vgl. dazu Roon, Denkwürdigkeiten I, 137]. In der königlichen Küche wurde fortwährend Suppe und Kaffee in grofsem Mafsstabe gekocht und sofort verteilt; auch in einigen Kasernen waren Anstalten getroffen, die Soldaten mit etwas warmer Speise zu versehen.“ Vgl. auch Schulz S. 80, v. Meyerinck a. O. S. 158 und Hohenlohe I, S. 40ff. (der seinen Tadel S. 42 darauf beschränkt, dafs infolge pedantischer Anwendung des Verpflegungs-Reglements die Lebensmittel nur für die Unteroffiziere und Mannschaften, nicht auch für die Offiziere geliefert wurden). Selbst die Bürgerschaft beteiligte sich an der Verpflegung der Truppen. Die gegenteilige Schilderung bei Frenzel a. O. S. 268 wird einigermafsen korrigiert durch die Mitteilungen Diests (S. 24: „Die auf den Strafsen liegenden Truppen wurden teilweise von den Bürgern sehr gut verpflegt“).

nimmermehr zu entschuldigen. Denn in dem allgemein gehalttenen Befehle war selbstverständlich der spezielle Befehl eingeschlossen, für den Unterhalt des Militärs in angemessener Weise zu sorgen. Wenn man daran denkt, dafs nicht eine wüste Einöde, sondern eine volksreiche europäische Hauptstadt der Schauplatz dieser Kämpfe war, so erscheint es geradezu lächerlich, dafs es nicht möglich gewesen sein sollte, einige tausend Soldaten für eine verhältnismäfsig kurze Zeit zu verpflegen. Mufsten sich nicht übrigens alle die Hindernisse und Schwierigkeiten, die sich angeblich einer ausreichenden Besetzung der Gebäude in der Schlofsgegend entgegen stellten, zumal die behauptete Ermattung der Truppen, in ganz demselben Mafse geltend machen, wenn man das Militär, wie es in der Absicht des Generals v. Prittwitz lag, noch bis zum Abende in den Stellungen vor den Barrikaden beliefs, um es dann in der Nacht den Ausmarsch aus der Stadt antreten zu lassen? Über den Zustand der Truppen am Vormittage des 19. März giebt der neueste Historiker der Märzrevolution von militärischer Seite folgenden Aufschlufs: „Die Verbindung mit Potsdam und Spandau war hergestellt, die Verpflegung gesichert; an Munition fehlte es nicht; die Verluste der Truppen wären unbedeutend und der Geist derselben vortrefflich. Ungefähr 14 Kompagnieen und 22 Geschütze hatten noch keinen Schufs gethan. An eine Erschöpfung der Soldaten, wovon zuweilen in demokratischen Schriften gefabelt wird[1], war nicht zu denken; höchstens waren dieselben etwas ermüdet, wie nach jeder Wache. Da hatten denn doch die Truppen in den drei späteren Feldzügen durch Märsche, Hitze oder Kälte, Regen oder Schnee, Mangel an Verpflegung, nasse Biwaks und Vorpostendienst noch ganz andere Anstrengungen zu ertragen, und trotzdem traten sie überall siegreich auf.“ Und wir können zum Schlusse gegen die Ausführungen des Obersten v. Schulz über den Zustand der Truppen am 19. März, der die Besetzung des Schlosses u. s. w. unmöglich gemacht habe, einen Gewährsmann zitieren, dessen Zeugnis

1) Allerdings nicht nur in „demokratischen Schriften“; vgl. z. B. Schulz a. O. S. 109: „die ermüdete und hungernde Truppe“.

durchschlagend ist, und durch den zugleich die Bemerkungen von Schulz über die um soviel „ungünstigeren Verhältnisse“ für eine etwaige Wiederaufnahme des Kampfes am Mittage des 19. in eine eigentümliche Beleuchtuug gerückt werden, — nämlich den Obersten v. Schulz selbst. Wir lesen in seinem eigenen Buche[1]: „Mancher wird vielleicht, zumal wenn er nicht Augenzeuge gewesen, bedenklich auf die Erschöpfung der Truppen hinweisen. Aber sie war wirklich viel geringer, als man glauben möchte, und besonders ungleich geringer, als beim Feinde, was leicht zu erklären ist. Übrigens erkannte sich dieser für geschlagen, was Entmutigung [und also doch geringe Geneigtheit zu neuem Kampfe, zumal zu einem Angriffe auf das Schloſs, wenn es gut verteidigt war] zur Folge haben muſste.“

Selbst wenn alle Bedenken, die, wie wir sahen, gegen die Zweckmäſsigkeit und Möglichkeit der Besetzung des Schlosses, Zeughauses und der benachbarten öffentlichen Gebäude nnd Schlösser geäuſsert worden sind, und die wir hier soeben eingehend auf ihre Stichhaltigkeit geprüft haben, zuträfen, so würde doch dadurch keineswegs das Verfahren des kommandierenden Generals gerechtfertigt werden, der diese Operation zn vollziehen eigenmächtig unterlieſs. Glaubte er wirklich, sie sei unausführbar, so war es seine Pflicht als oberster Befehlshaber, rechtzeitig dagegen zu remonstrieren, und wenn der König seine Einwendungen zurückwies, seine Entlassung anzubieten. Das aber hat er nicht gethan. Die Vorstellungen, die er und der Prinz von Preuſsen im Sternensaale gegen Bodelschwingh erhoben, bezogen sich nur auf den Befehl, die Stellungen vor den Barrikaden zu räumen, nicht aber auf die zugleich erlassene An-

1) Ebd. S. 92. Schulz will hier darlegen, wie günstig der Stand der Dinge am Morgen des 19. März war, wie unberechtigt daher die Nachgiebigkeit des Königs. Aber diese günstigen Momente gelten doch von dem Zustande der Truppen im allgemeinen; diese waren also auch sehr wohl in der Lage, das Schloſs, Zeughaus u. s. w. zu besetzen. Auch aus den oben zitierten Ausführungen von Schulz wird die pessimistische Färbung der Rapporte ersichtlich, die Prittwitz dem Könige erstattete.

ordnung, das Schlofs und die Gebäude der Umgebung in verteidigungsfähigen Zustand zu setzen. Man wird unter diesen Umständen die Behauptung wagen dürfen, dafs die in der Schulzschen Schrift enthaltenen Auseinandersetzungen über die Unausführbarkeit dieser Mafsnahme nicht etwa Gründe darstellen, die den General damals thatsächlich bestimmten, von der Vollziehung Abstand zu nehmen, sondern dafs ihr Zweck lediglich darin besteht, die Unterlassungssünde des Generals zu bemänteln. Sie tragen eine unverkennbar apologetische Tendenz und zeigen eben dadurch, dafs man auf jener Seite sehr wohl erkannte, worin der Fehler von Prittwitz bestand. Überhaupt läfst sich der Nachweis führen, dafs Prittwitz und seine Partei systematisch daran gearbeitet haben, den Thatbestand zu verdunkeln und zu verwirren. Das eigentliche Verschulden des kommandierenden Generals bestand, wie wir wissen, darin, dafs er alle Truppen vom Schlofsplatze und Lustgarten abziehen liefs, und insofern war allerdings der Befehl, den Prittwitz kurz vor 12 Uhr auf der Museumsseite des Schlofsplatzes den um ihn versammelten höheren Offizieren gab, die Einleitung zu der sich nunmehr abspielenden Katastrophe. Es ist nun bezeichnend, dafs Prittwitz sich schon am Nachmittage des 19. März gescheut hat, einzugestehen, dafs er es war, von dem dieser Befehl ausging, dafs er durch absichtliche Entstellung der Thatsachen und durch bewufste Färbung der Vorgänge seinen Anteil an den traurigen Ereignissen jenes Tages zu verschleiern trachtete. Die aus dem Lager der Militärpartei stammenden Berichte bewegen sich in denselben Geleisen, und wenn sie auch zugeben, dafs Prittwitz den verhängnisvollen Befehl erteilte, so suchen sie doch die Verantwortung dafür auf andere Personen abzuwälzen. Wir führen die hierfür in Betracht kommenden Momente in Kürze auf.

Bereits am Mittage des 19. März antwortete der General v. Prittwitz dem Grafen Arnim auf dessen Frage, wo denn die Truppen hingekommen seien: Sie hätten sich verkrümelt. Ganz ebenso entgegnete er am Nachmittage desselben Tages dem Könige auf die gleiche Frage: „Sie sind mir durch die Finger gegangen". Dafs er es war, auf dessen Befehl sich alle Truppen

(mit Ausnahme der wenigen noch im Schlosse befindlichen Kompagnieen) entfernt hatten, suchte er somit zu verdecken. In den Memoiren des Generals v. Natzmer lesen wir[1]: „Der General v. Prittwitz, den ich später mehrmals gefragt, wer den Befehl zum Abmarsch der Truppen [vom Schlofsplatze und Lustgarten] gegeben, blieb immer dabei, er nicht, und er wisse auch nicht, von wem der Befehl ausgegangen". Natzmer fügt die wohlbegründete Bemerkung hinzu: „Es klingt freilich sonderbar, dafs ein kommandierender General nicht habe ermitteln können, auf welchen Befehl seine Truppen die von ihm angeordnete Aufstellung verlassen haben". Das Befremden, das er mit Recht darüber empfand, veranlafste den General v. Natzmer ungefähr ein Jahr später, bei einem Offizier, der damals mitgefochten hatte, nämlich beim Grafen Lüttichau, Erkundigungen einzuziehen. Er erhielt die Auskunft, Prittwitz habe den Abmarsch befohlen; am 19. März früh hätten „sämtliche Truppenführer auf dem Lustgartenplatz vor dem Schlofs nicht im Zweifel gewesen sein können, wer ihnen den Befehl zum Abzug gab".[2] Diese Vertuschungsversuche hatten auch in der That sehr bald Erfolg. Selbst Bodelschwingh äufserte, wie uns sein Neffe v. Diest mitteilt, in jener Zeit wiederholt, „kein Mensch wisse, wer den verhängnisvollen Befehl gegeben", und Diest bezeugt weiter, dafs „dasselbe noch lange Zeit nachher der General v. Prittwitz und der Prinz von Preufsen erklärt haben".[3]

Soweit wir es verfolgen können, hat Prittwitz, wenn er auf die Begebenheiten des 19. März zu sprechen kam, den Hergang unrichtig geschildert. Dem Herrn v. Bismarck hat er unmittelbar nachher erzählt: Nachdem ihm die Proklamation „An meine lieben Berliner" bekannt geworden war, habe er das Gefecht abgebrochen, aber den Schlofsplatz, das Zeughaus und die einmündenden Strafsen zum Schutze des Schlosses besetzt gehalten. Da sei Bodelschwingh an ihn mit der Forderung herangetreten: „Der Schlofsplatz mufs geräumt werden." „Das ist unmöglich",

1) Natzmer a. O. 397f. 2) S. oben S. 240 Anm. 2. 3) Diest a. O. S. 14.

habe er geantwortet, „damit gebe ich den König preis". Darauf Bodelschwingh: „Der König hat in seiner Proklamation befohlen, dafs alle »öffentlichen Plätze« geräumt werden sollen; ist der Schlofsplatz ein öffentlicher Platz oder nicht? Noch bin ich Minister, und ich habe es wohl auswendig gelernt, was ich als solcher zu thun habe. Ich fordere Sie auf, den Schlofsplatz zu räumen".[1] Leicht erkennt man, dafs es sich bei dieser Erzählung um eine Entstellung des Auftrittes im Sternensaale handelt, und dafs sie die Tendenz trägt, die Verantwortung für dem im Schlosse eingetretenen Zustand der Wehrlosigkeit auf Bodelschwingh abzuwälzen, indem sie durchblicken läfst, dafs dieser Zustand die Folge der von Bodelschwingh verlangten Räumung des Schlofsplatzes gewesen sei. Dem Prinzen v. Hohenlohe hat Prittwitz eine noch weniger mit der Wahrheit übereinstimmende Darstellung des Thatbestandes gegeben[2]: er habe am Morgen des 19. März den übrig gebliebenen Teil von Berlin erobern wollen;[3] da habe er von S. M. den Befehl erhalten, bis zu einer bestimmten Stunde [Hohenlohe meint, bis 11 Uhr] zu warten; denn die Aufständischen hätten versprochen, bis dahin alle vorhandenen Barrikaden wegzuräumen und die Waffen niederzulegen.[4] Um diese Stunde[5] sei er zum Könige gegangen, um ihm Bericht über die Stellungen und seine Absichten betreffs der Fortsetzung des Kampfes zu erstatten. Mit der Genehmigung

1) v. Bismarck Gedanken und Erinnerungen I, 29f. Bismarck bemerkt, diese letzte Unterredung zwischen Prittwitz und Bodelschwingh habe „im Freien stattgefunden". Schon daraus ersieht man, wie unglaubwürdig die ganze Erzählung ist, sowie ihre Tendenz, Bodelschwingh die Verantwortung für den Zustand der Wehrlosigkeit im Schlosse aufzubürden. Denn mit dieser Szene wird dor Abzug der Truppen vom Schlofsplatze unmittelbar in Zusammenhang gebracht.

2) Hohenlohe-Ingelfingen, Aus meinem Leben I, S. 45f.

3) Schon das ist unrichtig. Prittwitz wollte gar nicht den Rest Berlins am Morgen des 19. erobern, sondern nur im Besitze seiner Stellung verharren. Dem Könige stellte er sogar die Schwierigkeiten eines Versuches, Berlin durch weiteres Vorgehen im Innern der Stadt zu unterwerfen, in den lebhaftesten Farben vor.

4) An dieser Erzählung ist kein Wort wahr!

5) In Wirklichkeit c. 10 Uhr.

des Königs[1] habe er dessen Kabinet verlassen und dabei die nach dem Schlosse zurückkehrenden Truppen gesehen. Die betreffenden Offiziere hätten ihm auf seine Vorwürfe geantwortet, sie hätten direkte Befehle vom Könige erhalten, überbracht durch Generalstabsoffiziere in Uniform und Schärpe. Darauf sei er, General v. Prittwitz zum Könige gerufen und mit Vorwürfen überhäuft worden, dafs er die Truppen zurückgezogen habe.[2] Es ist ja immerhin die Möglichkeit zu erwägen, dafs manche der vielfachen und ungeheuerlichen Unrichtigkeiten, die sich in diesem Berichte finden, auf die Rechnung mangelhaften Gedächtnisses beim Prinzen zu setzen sind; in seinen Grundzügen macht der Bericht indes den Eindruck einer einfachen Wiedergabe dessen, was der Prinz von Prittwitz hörte, und unverkennbar ist ihm auch der Stempel apologetischer Tendenz aufgedrückt.[3]

1) Wieder eine direkte Unwahrheit.

2) In der That scheint am Nachmittage des 19. März ein erregter Auftritt zwischen dem Könige und Prittwitz stattgefunden zu haben; die Vorwürfe, die der König bei dieser Gelegenheit dem Generale machte, bezogen sich aber nicht auf die Zurückziehung der Truppen von den Barrikaden, sondern auf ihre vollständige Entfernung vom Schlofsplatze. Im Jahre 1856 erzählte der König dem Prinzen Hohenlohe Näheres über diese Szene (ebd. S. 46): Er habe Prittwitz gefragt: „Herr General, wo sind Ihre Truppen? Ich mache Sie mit Ihrem Kopfe dafür verantwortlich!" Darauf habe Prittwitz „mit zitternder Stimme" geantwortet: „Majestät müssen mir den Kopf vor die Füfse legen lassen, die Truppen haben sich mir unter den Händen verkrümelt." Die näheren Umstände, unter denen sich nach Hohenlohes Darstellung diese Szene zugetragen hat, sind entschieden unrichtig. Die Szene selbst kann sich in dieser oder ähnlicher Form abgespielt haben, indes nicht am Vormittage, wie man nach Hohenlohes Bericht annehmen müfste, sondern am Nachmittage. Auch Arnim berichtet ja von der entsprechenden Frage des Königs und einer ähnlichen Antwort des Generals.

3) In den Memoiren Hohenlohes findet sich aufser den schon ihrem Inhalte nach wiedergegebenen Erzählungen des Königs und des Generals v. Prittwitz eine solche aus dem Munde des Grafen Arnim (ebd. S. 48). Sie ist ziemlich korrekt; der einzige Irrtum, auf den man bei ihr stöfst, besteht in der Angabe, Arnim sei am Mittage des 19. auf das Schlofs gekommen und habe dabei den Abmarsch der Truppen und das Eindringen des Pöbels

Nicht nur Prittwitz selbst hat sich bemüht, seinen Anteil an der Katastrophe des preuſsischen Königtums vom 19. März zu verbergen, sondern auch die gesamte Militärpartei, deren handelndes Organ er in jenen kritischen Tagen war, hat ihm treulichst dabei geholfen. Der Prinz von Preuſsen, der frei-

in den Schloſshof wahrgenommen. In Wirklichkeit kam Arnim schon um 10 Uhr ins Schloſs und machte mittags die erwähnte Wahrnehmung, als er aus dem Zimmer des Königs heraustrat. Wenn Hohenlohe schlieſslich zum Ergebnisse gelangt, „daſs niemand von denen, die berufen und befugt waren, den Befehl zum Zurückziehen der Truppen gegeben hat", so ist schon die Fassung des Problems nicht präzis genug Die allgemeine Frage betreffend den Rückzug der Truppen gliedert sich nämlich in mehrere Unterfragen, die getrennt von einander beantwortet werden müssen: 1. Wer hat den Befehl zum Abzuge von den Barrikaden gegeben? Antwort: der König durch Bodelschwingh, und zwar in unbedingter Form. Prittwitz hat zuerst versucht, dem Befehle eine bedingte Fassung zu geben, hat diese bedingte Fassung jedoch durch den von ihm und dem Prinzen von Preuſsen beschlossenen Konzentrationsbefehl wieder fallen lassen. 2. Wer hat den Befehl zum Abzuge der Truppen von dem Schloſsplatze gegeben? Antwort: Prittwitz, und zwar gleichfalls in Befolgung der ihm durch Bodelschwingh eröffneten Willensmeinung des Monarchen. Er hat diese aber falsch und unvollkommen ausgeführt, indem er alle Truppen fortschickte, ohne genügende Besatzungen für das Schloſs u. s. w. zurückzulassen. — Wenn Hohenlohe (ebd. S. 48f.) den Oberstleutnant v. Vincke und den Fürsten Lichnowski an der Überbringung des Befehls zum Abzuge aus den Stellungen vor den Barrikaden beteiligt sein läſst, so führt er diesen Anteil selbst auf das richtige Maſs zurück, indem er hinzufügt: „Aber ein einziger toll gewordener Generalstabsoffizier auſser Dienst [Vincke] und ein Zivilist ohne militärischen Rang [Lichnowski] können doch eine Maſsregel von solcher militärischen und politischen Tragweite nicht gegen den Willen der Befehlshaber herbeiführen. Der Befehl ist überall angekommen, und gesunde Offiziere der preuſsischen Armee waren unfähig, einen derartigen Verrat an ihrem Könige zu begehen." Durch diese Bemerkungen wird auch der Versuch (s. o. S. 227 Anm. 1) vereitelt, den Abzug der Truppen von den Barrikaden durch Befehle zu erklären, die hinter dem Rücken des Generals v. Prittwitz an die Truppenteile gelangt sein sollen. Eine unbewuſste Selbstironie ist es, wenn Hohenlohe das Schluſsurteil fällt: „Es bleibt nichts anders übrig, als das triviale Wort »Miſsverständnis« zu gebrauchen, — ein Wort, mit dem man über alles hinwegkommt, ein Wort, das, wie der Dichter sagt, sich überall, wo Begriffe fehlen, zur rechten Zeit einstellt".

lich in der Aufregung des Momentes schwerlich daran dachte, den Dingen auf den Grund zu gehen, erklärte, offenbar beeinflufst durch Prittwitz, man wisse nicht, wer den Befehl zum Abmarsche vom Lustgarten gegeben habe.[1] Noch im Frühjahre 1849 vertrat der Prinz diese Auffassung im Kreise der königlichen Familie.[2] Wenn man die Litteratur militärischer Provenienz über die Märztage liest, wird man fast überall nicht nur nicht dem leisesten Tadel gegen den General v. Prittwitz begegnen, sondern nur uneingeschränktem Lobe und höchstens dem Bedauern, dafs er durch den König und durch die Minister in seinem tapferen Draufgehen gehemmt wurde. Nur wenige sehr hochstehende Generäle, die sich in der nächsten Umgebung des Königs befanden und sehr wohl unterrichtet waren, stimmen in den allgemeinen Chor nicht mit ein. Der General v. Gerlach, in den Märztagen Parteigenosse von Prittwitz, hat sich später, wie wir bereits öfters anführten, über ihn sehr herb ausgesprochen: durch seine innere und daher äufsere Opposition gegen den König sei Prittwitz nicht allein innerlich in Sünde, sondern auch äufserlich in grobe Fehler gefallen. Durch die Denkwürdigkeiten des Generals v. Natzmer blickt das Befremden und das Mifstrauen über die falschen Versicherungen von Prittwitz bezüglich des Abmarsches der Truppen vom Schlofsplatze offensichtlich hindurch; hielt er es doch für nötig, von einem der beteiligten höheren Offiziere Erkundigungen einzuziehen, durch die die Aussagen von Prittwitz Lügen gestraft wurden. Der General v. Krauseneck tadelte zum öfteren „die Räumung der Stadt und namentlich des Zeughauses und der Schlofsinsel durch die Truppen“, — ein Tadel, dessen Spitze sich gegen niemanden anders als gegen Prittwitz richten kann. Dafs Prittwitz inkorrekt verfahren ist, deutet auch ein Mitglied der Hofgesellschaft, der Graf Rudolf v. Stillfried-Alcántara an; in einer kurzen Darstellung der Begebenheiten vom

1) S. o. S. 264 Anm. 3.

2) Perthes a. O. S. 542.

19. März,[1] durch die unsere Ergebnisse durchaus bestätigt werden, lesen wir: „Die Deputation, welche nach der Ansprache an »die lieben Berliner« die Räumung der Barrikaden ankündigte und um Rückzug der Truppen bat, erlangte ihren Zweck vollständiger, als beabsichtigt war;[2] denn in Abwesenheit des Kriegsministers v. Rohr ... überbrachte den Befehl Sr. Majestät an den General v. Prittwitz der Minister des Innern v. Bodelschwingh, worüber ersterer äufserst beleidigt war und den Rückzug der Truppen in ausgedehnterer Weise verfügte, als Se. Majestät beabsichtigt haben dürfte".[3]

Diese Stimmen indes sind vereinzelt; sie entbehrten auch durchaus des Einflusses auf die Bildung des historischen Urteils. Im Offizierkorps sah man die Sache in einem für Prittwitz günstigen Lichte an. Die militärische Legende strebte darnach, seine Fehler zu vertuschen, ihn der Verantwortung zu entlasten und sogar zum Helden der Märztage zu stempeln. So suchte der Graf Goltz das Abrücken der Truppen vom Schlofsplatze zu rechtfertigen, indem er auf die Unmöglichkeit ihrer Verpflegung und die Gefahr des Fraternisierens mit dem Pöbel hinwies.[4] Der Major Freiherr v. d. Goltz erzählte 1850 Bethmann-Hollweg, der wieder den Zwischenträger für Perthes bildete, folgendes Histörchen:[5] „Bürgermeister Naunyn, vom Schlosse zurückkommend, trat unterdes auf dem Schlofsplatz an Prittwitz heran und sagte: »Aber Herr General, die Truppen sollten ja in ihre Kasernen marschieren, lassen Sie sie doch gehen!« »Nun ja,« rief Prittwitz aus, »in des Dreiteufels

1) Brief Stillfrieds an Bernhard Kugler vom 12. April 1882, gedruckt in der Deutschen Rundschau 62, S. 415f.

2) Offenbar ist dies eine Anspielung auf den in der Konferenz „hoher Militärs und Zivilbeamten" gefafsten Beschlufs und seine durch den König bewirkte Modifikation.

3) Nämlich indem er alle Truppen fortschickte. Stillfried erzählt, dafs auch die Gardes du Corps-Wache vor den Gemächern des Königs abmarschierte.

4) S. oben S. 259.

5) Perthes a. O. S. 538.

Namen, so sollen sie in die Kasernen!« und gab den Befehl". Naunyn verliefs das Schlofs nicht, als es sich um den Abzug der Truppen vom Schlofshofe, sondern aus den Stellungen vor den Barrikaden handelte. Er traf auch bei dieser Gelegenheit nicht erst Prittwitz auf dem Schlofsplatze, sondern dieser begleitete ihn aus dem Sternensaale nach dem Schlofshofe und gab ihm hier den Grafen Rödern mit, um mit dessen Hilfe die Niederlegung der Barrikaden an der Zimmerstrafse zu bewirken, — eine Aufgabe, durch die Naunyn in der nächsten Zeit in Anspruch genommen war. Aber selbst wenn Naunyn thatsächlich (was doch keineswegs der Fall war) den General zum Erlasse dieser Ordre bestimmt haben sollte, so durfte dieser doch nicht alle Truppen abrücken lassen, sodafs das Schlofs nicht mehr verteidigungsfähig war; insofern ist dieser Entschuldigungsversuch mifsglückt. Ganz romantisch klingt die bei Bismarck wiedergegebene Anekdote:[1] Die letzte Unterredung zwischen Bodelschwingh und Prittwitz, deren Ergebnis auf ausdrückliche Forderung des Ministers die Entfernung der Truppen vom Schlofsplatze durch den General war, habe im Freien stattgefunden; Prittwitz habe sie damit abgebrochen, dafs er blaurot vor Zorn den Degen in die Scheide gestofsen und die Aufforderung gemurmelt habe, die Götz von Berlichingen dem Reichskommissar durch das Fenster zuruft. Dann habe er sein Pferd links gedreht und sei durch die Schlofsfreiheit schweigend und im Schritte abgeritten. Durch einen vom Schlosse gesendeten Offizier nach dem Verbleibe der Truppen gefragt, habe er bissig geantwortet: „Die sind mir durch die Finger gegangen, wo alle mitreden". Die Unwahrheit dieser Erzählung ergiebt sich schon daraus, dafs Prittwitz gar nicht vom Schlosse abgeritten ist; nachdem er den Befehl zum Abmarsche im Lustgarten erteilt hatte, begab er sich vielmehr gerade in den Schlofshof, wo ihn Arnim kurz darauf antraf.[2]

1) Gedanken und Erinnerungen I, S. 30.

2) Den ganzen Klatsch bei Varnhagen IV, S. 322ff. eingehend zu kritisieren, ist unnötig. Mit besonderer Genugthuung verzeichnet Varn-

In seinen Denkwürdigkeiten bemerkt der General v. Natzmer: „Der Abmarsch der Truppen [vom Schloſsplatze] war entscheidend; er sanktionierte oder erleichterte die Revolution, die nun erst wirklich begann. Bis dahin hatte alles noch den Charakter einer bloſsen Straſsen-Emeute". Ähnlich urteilt der Herausgeber von Natzmers Aufzeichnungen: „Die nächste Folge dieses Ereignisses war die Demütigung der Krone". Wir müssen diesen Äuſserungen beipflichten. Der Abmarsch der Truppen vom Schloſsplatze hat die „Demütigung der Krone" zur Folge gehabt, und zwar deshalb, weil Prittwitz alle Truppen entfernte, weil er nicht für eine gehörige Besetzung des Schlosses und der Gebäude in dessen Umgebung Fürsorge traf, weil er nur den ersten, nicht auch den zweiten Teil der in der Proklamation enthaltenen und durch Bodelschwingh übermittelten Willensmeinung des Königs vollzog. Diese Unterlassung hat das bewirkt, was man den „Sieg" der Berliner Märzrevolution zu nennen pflegt. Und Prittwitz hat ohne Zweifel nicht nur diesen seinen Fehler sehr wohl erkannt; er und seine Parteifreunde haben sich sogar bemüht, ihn den Augen der Mit- und Nachwelt zu entziehen, sowie die Verantwortung für die Katastrophe vom 19. März anderen Personen zur Last zu legen. Die ungenügende Besetzung des Schlosses ist nicht einmal der einzige Miſsgriff, den Prittwitz während seines Kommandos beging; sie ist vielmehr nur ein Glied, wenngleich das vornehmste, in einer ganzen Reihe von Verschuldungen, zu denen er sich hinreiſsen lieſs, und deren Ursprung darin zu erblicken ist, daſs er sich von Anfang an nicht bereitwillig und selbst-

hagen alle Anekdoten, in denen dem Könige Mutlosigkeit und unwürdiges Benehmen nachgesagt werden. In dieser Hinsicht berühren sich seine Aufzeichnungen mit dem, was man sich in den Kreisen der Militärpartei erzählte; eben daher stammen sie wohl auch teilweise. Sie gipfeln in dem Satze: „Allgemein glaubt man, daſs der König doch in der Angst so befohlen habe, wie er es bald nachher nicht gethan haben wollte". Wenn Busch S. 67 bemerkt, wir könnten jetzt diesen Schluſssatz Varnhagens als völlig zutreffend bezeichnen, so muſs ich gegen dieses Urteil Einspruch einlegen.

los genug der obersten Direktion unterordnete. So hat er „die Avilierung des Königs und der Armee“ herbeigeführt, und Friedrich Wilhelm IV. hat, allerdings mehr durch ein richtiges Gefühl als durch klare Einsicht in das Wesen der Geschehnisse geleitet, stets in Prittwitz mit Recht den Haupturheber der Katastrophe des 19. März erblickt, wiewohl er es verschmähte, ihn dafür zur Rechenschaft zu ziehen.

Es ist nicht unsere Aufgabe, auf der einen Seite zu richten, auf der andern etwa eine Rettung zu versuchen. Nur den Zusammenhang der Ereignisse hat der Geschichtsforscher aufzudecken. Allerdings ist es seine Pflicht, dagegen Einspruch zu erheben, dafs Licht und Schatten ungleichmäfsig verteilt, dafs die Ansicht der Parteien zum Mafsstabe für die historische Auffassung erhoben wird. Wir sind weit davon entfernt, eine Rechtfertigung Friedrich Wilhelms IV. liefern zu wollen. Wir haben darauf hingewiesen, dafs seine deutsche Politik vor 1848 daran krankte, dafs sie die Unmöglichkeit der Teilnahme an einem deutschen Gesamtstaate für Österreich nicht zur Gebühr würdigte. Seine Besorgnis für die Erhaltung seiner Popularität und daher seine Geneigtheit, mit den aufständischen Bürgern seiner Hauptstadt zu paktieren, sind, wenngleich sehr wohl verständlich, doch keineswegs Zeichen einer Politik im grofsen Stile; allerdings ist zu erwägen, dafs sie nicht an sich verhängnisvoll wirkten, sondern nur infolge der Friktionen, die nunmehr zwischen der Krone und der militärischen Leitung hervortraten. Sie sind aber keineswegs das Erzeugnis persönlicher Schwäche und Mutlosigkeit. Die übereilte und unmotivierte Modifikation des Beschlusses, der auf das Gesuch der Naunynschen Deputation gefafst worden war, fällt augenscheinlich dem Könige allein zur Last. An der eigentlichen Katastrophe indes hat der König keinen Anteil.

Dem Prinzen Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen gegenüber hat Leopold von Gerlach später geäufsert: „Der ganze Fehler lag darin, dafs man mit Aufständischen verhandelte. Die Aufständischen können keine Zusage halten, denn sie haben keine ausgesprochenen Führer. Die einen versprechen etwas, und

wenn sie es halten wollen, werden sie von den anderen beiseite geschoben, welche sagen, die Versprechenden seien zu dem Versprechen nicht ermächtigt gewesen. Es fehlt ja die Vollmacht. Es fehlt der, der eine Vollmacht geben kann. Die Regierung, die aber ihre Zusage hält, mufs, da der Gegner seine Zusage nicht hält, in den Unterhandlungen alles verlieren, was sie im Kampfe gewonnen. Deshalb ist eine Regierung gegen Insurgenten schon verloren, sowie sie sich überhaupt auf Unterhandlungen einläfst."[1] Eine gewisse Wahrheit kann diesen Worten nicht abgesprochen werden; aber die Katastrophe vom 19. März vermögen sie nicht zu erklären. Das Scheitern der Unterhandlungen, die der König aus Motiven für nötig hielt, die seiner deutschen Politik entsprangen, konnte im schlimmsten Falle keine weiteren Folgen haben, als dafs der Kampf nochmals losbrach. Dafs der Kampf aber, als die Insurgenten am Nachmittage des 19. März das Schlofs und den Monarchen bedrohten, unmöglich war oder doch wenigstens besser vermieden wurde, da sein Wiederausbruch in diesem Augenblicke mit persönlicher Gefahr für den König verbunden war, das war das Werk des Generals v. Prittwitz, und damit war die Niederlage und die Herabwürdigung der Monarchie entschieden. Nicht „die Verhandlungen mit den Insurgenten" bewirkten es, dafs die Regierung „verloren" war, sondern die Preisgebung der Person des Königs mit den sich daran knüpfenden Folgen.

1) Hohenlohe I, 47f.

Schlufs.

Die deutsche Politik Preufsens unter dem Einflusse der Berliner Märzrevolution.

Das preufsische Königtum befand sich am Mittage des 18. März 1848 in derselben Lage, wie ein Feldherr, der sich soeben anschickt, die seit langer Zeit mit heifser Sehnsucht erwünschte, nun endlich sich darbietende Gelegenheit zu ergreifen, um gegen den Rivalen und Widersacher den vernichtenden Schlag zu führen; da bricht ein innerer Zwist im eigenen Lager aus und lähmt den zum tödlichen Streiche bereits erhobenen Arm. Die Lage der Machtverhältnisse in Europa, die durch den Abfall der unterworfenen Nationen, durch die Erhebung der Wiener Bevölkerung bewirkte Bedrohung und Erschütterung der Machtstellung der habsburgischen Dynastie wollte Friedrich Wilhelm IV. benutzen, um seine deutschen Pläne ohne und daher gegen Österreich durchzuführen: da sah er sich plötzlich einem Aufstande seiner eigenen Hauptstadt gegenüber. Welchen Einflufs übte dieser Zwischenfall auf die Entwickelung der deutschen Politik Preufsens aus?

Die Historiker der verschiedensten Richtungen sind darin einer und derselben Ansicht, dafs das Scheitern der deutschen Politik Friedrich Wilhelms IV. eine unvermeidliche Wirkung der Katastrophe vom 19. März 1848 gewesen sei. Schon der erste Geschichtsschreiber der Märztage auf der Seite der Militärpartei, der Oberst v. Schulz, sagt: „Siegte die Regierung, so handelte es sich keineswegs um blofse Bändigung einer Revolte,

sondern die Einheit Deutschlands war auf naturgemäfsem Wege und mit Notwendigkeit die Folge davon."[1] Aus der neueren Literatur wollen wir nur zwei Urteile anführen, zunächst das von Lorenz:[2] „Oftmals hat man die Frage aufgeworfen, welches Verhängnis den Truppen einen glorreichen Sieg aus den Händen zu winden vermochte; merkwürdigerweise haben Ranke und Wagener diesen Kardinalpunkt gleichmäfsig unbeachtet gelassen; denn darüber ist doch kein Zweifel, dafs alles anders in Deutschland gegangen wäre, wenn Preufsen stark und der König Herr im Lande geblieben wäre." Im Einklange damit setzt Koser auseinander:[3] „Trotz aller Zögerungen und trotz des Aufruhrs in der preufsischen Hauptstadt wäre nun noch nicht alles unwiederbringlich verloren gewesen. Erst indem der König am 19. seine siegreichen und unter ganz unbedeutenden Verlusten vorgedrungenen Truppen vor den Barrikaden zurückzog und damit [?] aufhörte, in der eigenen Hauptstadt und im eigenen Lande, ja in seinem eigenen Schlosse Herr zu sein, betrog er sich auch um seine Geltung in Deutschland und für geraume Zeit um jeden Einflufs auf die nationale Bewegung . . . Ein starkes Preufsen, vor der Revolution daheim nicht zurückgeprallt, würde in Deutschland offenbar in dem Mafse geringeren Widerstand auf seinem Wege gefunden haben, als es sich den Forderungen des nationalen und konstitutionellen Liberalismus bereits vor dem 18. März angenähert hatte." Der Refrain aller dieser Betrachtungen ist, um mit Koser zu sprechen: „Hätte Friedrich Wilhelm IV. im März 1848 die Zügel in Preufsen in der Hand behalten, so hätte er sie auch für Deutschland in die Hand bekommen."

Nicht einwandsfrei ist diese Auffassung; denn sie ist einseitig und erschöpft nicht das Wesen der Dinge. Man kann nicht sagen, dafs ein Monarch, der vorübergehend in die Gewalt von Aufrührern gerät, eben dadurch die Zügel der Regierung durch eigene Schuld verliert. Viel schlimmer war es,

1) Schulz a. O. S. 3.
2) Lorenz a. O. S. 133.
3) Koser a. O. S. 80ff.

dafs die Freunde desjenigen, denen diese Demütigung des Herrschers zur Last fällt, laut und ungescheut des Königs persönliche Schwäche, Furcht und Feigheit als Ursache der Katastrophe erklärten. Dadurch hat die Autorität der Krone einen heftigeren Stofs erlitten, als durch die kurze Dauer des Zustandes der Wehrlosigkeit, in den der Monarch geriet, und in dem er die Beschimpfungen der Menge über sich ergehen lassen mufste. So wurde der König vor den Augen der Nation verächtlich gemacht, aller Sympathien beraubt und um die Früchte der Popularität betrogen, die er durch mafsvolles Vorgehen gegen seine verblendeten und thörichten Bürger zu erwerben gehofft hatte. Niemals hatte er sich besonderer Beliebtheit erfreut; „in seiner persönlichen Eigenart lag etwas, was die Opposition erweckte“.[1] Die inneren und äufseren Schwierigkeiten, die sich einer schnellen Lösung der deutschen und der damit zusammenhängenden Verfassungsfrage in den Weg stellten, unterschätzend, hatte man den Verzug ausschliefslich auf die Rechnung seines Mangels an Willen und an Entschlufsfähigkeit gesetzt. Als nun der Moment gekommen war, der ihn zum Handeln einlud, fiel ihm das eigene Volk hinterrücks in den Arm. Das jahrelang künstlich genährte Mifstrauen ging so weit, dafs man den bestimmtesten Versicherungen des Herrschers nicht traute und sie teils für Erzeugnisse der Angst und Schwäche, teils für teuflische List hielt, von arger Bosheit ersonnen, um das Volk in tötliches Verderben zu locken und unschuldiges Bürgerblut zu vergiefsen. Mit Recht bemerkt Perthes am Schlusse seiner Aufzeichnungen: „In der ersten Zeit nach den Märztagen war man unwillig über den König gewesen, dem man alle Schuld beimafs ... Das deutsche Volk sucht immer jemanden, damit es der Notwendigkeit überhoben werde, sich als Volk zu schämen.“

So war es in der That, und so erklärt es sich auch, dafs die Unpopularität, die sich dem Könige von jeher an die Fersen heftete, nach den Märztagen trotz allen Entgegenkommens, das

1) Ranke, S. W. 51/52 S. 474.

der König der Volksbewegung bezeugte, nur noch wuchs. Und es gab eine ganze Reihe von Faktoren, die auf dieses Ziel zum Teile mit bewufster Berechnung hinarbeiteten. Da war vor allem die Militärpartei, die darauf ausging, es zu verbergen, dafs zwar nicht das Heer, wohl aber die oberste militärische Leitung versagt hatte, und die daher auf den König alle Schuld schob. In ihren Chor stimmten alle diejenigen ein, in deren Interesse es lag, die deutschen Pläne Preufsens zu Fall zu bringen. Die süddeutschen Demokraten, denen davor bangte, der ganze Gewinn der Bewegung könne Preufsen zufallen, legten eine „erkünstelte Wut“ gegen den feigen Mörder seiner Bürger zu Tage, der sich jetzt mit Hilfe des Volkes zum Haupte von Deutschland emporschwingen wolle. In diesen Kreisen wurde es dem Könige nicht zum Verbrechen angerechnet, dafs er seine Truppen vor den Barrikaden zurückweichen liefs, sondern dafs er seine Truppen überhaupt dagegen hatte vorrücken lassen. In einer Versammlung, die am 21. März im Hôtel de Russie zu Berlin abgehalten wurde, erschien auch der damals in der preufsischen Hauptstadt anwesende Max v. Gagern. Er erklärte, er habe erst am Tage vorher Dresden verlassen, die Stimmung in Sachsen jedoch für Preufsen keineswegs günstig gefunden, „und zwar besonders des vergossenen Bürgerbluts wegen“.[1] Durch die Agitationen der Radikalen wurden die Massen in den Mittel- und Kleinstaaten zu einem blinden Hasse gegen Preufsen entflammt. Da war es denn kein Wunder, dafs, „als am 20. Juni zu Frankfurt in der Paulskirche ein pommerscher Abgeordneter den König von Preufsen als Reichsverweser vorschlug, Hohngelächter von der Bank der Linken erscholl“. Nur meinen wir, dafs dieses Hohngelächter auch ohne die „verderblichen Entschlüsse des Königs“ vom 19. März, d. h. auch wenn der König die Truppen nicht aus den Strafsen Berlins zurückgenommen hätte, ganz ebenso erschollen wäre. Die alten Machthaber waren in diesem Punkte eines Sinnes mit den demokratisch-republikanischen Elementen in ihren

1) Wolff a. O. I, 310ff.

Ländern; sie freuten sich über die zunehmende Unpopularität Preufsens. Um die Mitte des Monats März hatte der König von Württemberg, wie Gagern in der erwähnten Versammlung öffentlich mitteilte, „im Interesse der Förderung der deutschen Sache Äufserungen gemacht, die einer »vollkommenen Resignation« gleichkamen". Als jetzt Wolfgang Menzel von seiner Berliner Mission heimkehrte, erstattete er dem Könige von Württemberg Bericht von allem, was er in Berlin erlebt hatte. Der „grämte sich gerade nicht darüber, dafs der König von Preufsen aus dem 18. März nicht glänzender hervorgegangen war; denn er scheute die Möglichkeit einer preufsischen Hegemonie. Auch war er jetzt schon in Bezug auf Frankreich beruhigter. Nur die deutsche Revolution machte ihm Sorge." Die zuletzt zitierten Sätze aus Wolfgang Menzels Denkwürdigkeiten deuten die Motive an, die in jenen Tagen für das Verhalten der süddeutschen Fürsten mafsgebend waren. Wie dadurch schliefslich der Gang der Ereignisse bestimmt worden ist, müssen wir nunmehr darlegen.

Unzweifelhaft hat die Erhebung der Berliner der deutschen Politik Friedrich Wilhelms IV. Steine in den Weg gelegt. Der Ausgang, den sie durch die Schuld von Prittwitz nahm, hat, in Verbindung mit den über des Königs persönliches Verhalten planmäfsig verbreiteten Gerüchten, sowie den Agitationen der preufsenfeindlichen Elemente, des Herrschers auf die Erwerbung der populären Sympathien in Deutschland gerichtete Politik zunichte gemacht. Aber es waren Hemmnisse, die den Ikarusflug der deutschen Politik Preufsens in jenen Tagen auf seiner Bahn zwar kreuzten, ihre Schwungkraft jedoch höchstens für eine Weile zu lähmen brauchten; ihr Sturz ist nicht durch sie bewirkt worden. Der materiellen Macht Preufsens war durch die Ereignisse des 19. März kein Titelchen geraubt; der König konnte sie zur Befriedigung seines deutschen Ehrgeizes immer noch gebrauchen, wenn er nur ernsthaft wollte. Und zuerst hatte es in der That den Anschein, als ob der König bei der neuen Wendung seiner deutschen Politik beharren wollte, die durch seinen Übertritt in das Lager des Konstitutionalismus

eingeleitet worden war. Wie er es in seiner Proklamation „An meine lieben Berliner“ versprochen hatte, suchte er das Geschehene zu vergessen; er wollte sich durch die Ereignisse des 18. und 19. März nicht von dem einmal eingeschlagenen Pfade abdrängen lassen. Nur wenige Tage jedoch währte diese Aktivität, um dann einer mehr passiven und abwartenden Haltung Platz zu machen. Welches ist die Ursache dieses Umschwunges? Sie ist vornehmlich in der veränderten Stellung der mittel- und süddeutschen Fürsten zu erblicken.

Das von Bodelschwingh entworfene Patent vom Morgen des 18. März sollte zunächst als Programm für Preufsens deutsche Politik auch weiterhin in Geltung bleiben. Ausdrücklich erklärt Radowitz in der vom 13. April 1848 datierten Vorrede zu seiner Schrift „Deutschland und Friedrich Wilhelm IV.“ gegenüber der verleumderischen Behauptung, dafs Preufsen erst durch den Berliner Aufstand zum Entgegenkommen gegen die nationalen Wünsche genötigt worden sei: dafs die Akte des Königs nach dem 19. März zu den in dem Patente vom 18. März für Deutschland verheifsenen Fortschritten weder etwas hinzufügen wollten, noch hinzugefügt haben. Eine Änderung des Kurses sollte nicht stattfinden und fand auch zunächst, wie wir bereits betonten, keineswegs statt. Am 21. März hielt der König den bekannten Umritt in der Stadt, geschmückt mit den schwarz-rot-goldenen Farben, um seinen Bund mit der populären Einheitsbewegung durch eine symbolische Handlung feierlich zu besiegeln. Alles spricht dafür, dafs dieser Akt, der so lebhaften Tadel erfahren hat, weniger ein Werk des eigenen Entschlusses des Herrschers, als vielmehr des Drängens seines neuen Kabinets, zumal des Minister des Auswärtigen, Heinrichs v. Arnim, gewesen ist; in gewissem Sinne stellt er sich ja auch als die einfache Konsequenz des nunmehr eingeschlagenen Systemes dar.[1]

1) Über die Urheberschaft Arnims vgl. Gerlach I, 701 und Varnhagen IV, 337. Es ist interessant, dafs sogar Leo (Signatura S. 37 f.) alle Einwendungen, die man gegen den Umritt bereits damals erhob, anführend und durchsprechend, zu dem Ergebnisse gelangte, dafs dieser Schritt nicht nur berechtigt, sondern selbst geboten gewesen sei, — schon deshalb, weil



Es scheint, dafs Heinrich von Arnim den König zu offenem Hervortreten mit dem Anspruche auf die höchste Würde in Deutschland fortreifsen wollte, und dafs sich der König so weit nicht vorwagen wollte. Ein Plakat offenbar offiziösen Ursprunges „An die deutsche Nation“, durch das den Berlinern der bevorstehende Umzug angekündigt wurde, schlofs mit den Worten: „Heil und Segen dem konstitutionellen Fürsten, dem Führer des gesamten deutschen Volkes, dem neuen Könige der freien, wiedergeborenen deutschen Nation!“[1] Als im Publikum während des Umzuges der Ruf erscholl: „Es lebe der Kaiser von Deutschland“, wehrte der König freilich unwillig ab. In seinen Anreden versicherte er, jeder Gedanke an eine „Usurpation“ läge ihm fern; er wolle keinen Fürsten vom Throne stofsen, keine Krone, keine Herrschaft, sondern nur die Wiederherstellung der deutschen Einheit.

Noch an demselben Tage erliefs der König einen Aufruf an das preufsische Volk und die deutsche Nation zugleich. In der doppelten Gefahr, so heifst es darin, die dem deutschen Vaterlande sowohl im Innern als auch von aufsen drohe, könne Rettung nur „aus der innigsten Vereinigung der deutschen Fürsten und Völker unter einer Leitung“ erwachsen; er übernehme heute diese Leitung für die Tage der Gefahr: Preufsen gehe fortan in Deutschland auf. „Als Mittel und gesetzliches Organ, um im Vereine mit meinem Volke“, so fuhr er fort, „zur Rettung und Beruhigung Deutsehlands voranzugehen, bietet sich der auf den 2. April bereits einberufene Landtag dar. Ich beabsichtige, in einer unverzüglich näher zu erwägenden Form den Fürsten

die Notwendigkeit „gebieterisch forderte, dafs man etwas that, um den übrigen deutschen Regierungen gegenüber den Eindruck der Vorgänge des 18. und 19. März zu reparieren“, d. h. um zu zeigen, dafs das gestörte Einvernehmen zwischen der Krone und der Bürgerschaft der Hauptstadt wieder hergestellt sei. Leo stimmt mit anderen Beurteilern darin überein, dafs durch den Umzug die Erregung in Berlin beschwichtigt wurde, und dafs der König thatsächlich in Berlin an Beliebtheit gewann; vgl. auch die Verteidigungsrede Arnims vom 21. Februar 1852 bei Wolff (Gomperzsche Jubiläumsausgabe S. 375ff.).

1) Wolff a. O. I, 293, W. Menzel a. O. S. 403f.

und Ständen Deutschlands die Gelegenheit zu eröffnen, mit Organen dieses Landtages zu einer gemeinschaftlichen Versammlung zusammenzutreten. Die auf diese Weise sich bildende deutsche Stände-Versammlung wird in gemeinsamer, freier Beratung das Erforderliche in der gemeinsamen inneren und äufseren Gefahr ohne Verzug vorkehren ... Gleichzeitig mit den Mafsregeln zur Abwendung der augenblicklichen Gefahr wird die deutsche Ständeversammlung über die Wiedergeburt und Gründung eines neuen Deutschlands beraten, eines einigen, nicht einförmigen Deutschlands, einer Einheit in der Verschiedenheit, einer Einheit mit Freiheit."[1] Die bei dem Umritte erteilte Versicherung, er wolle nichts „usurpieren", wird durch diese Ausführungen in das rechte Licht gerückt. Wenn der Herrscher erklärte, er wolle nichts usurpieren, so wollte er damit besagen, nicht durch Gewalt wolle er die Fürsten und Völker zur Einigung

1) Wolff I, 298 f. Der Gedanke der Fusion von Deputationen der deutschen Ständekammern mit dem Plenum des Vereinigten Landtages und also der Ausgestaltung des letzteren zu einem deutschen Parlamente stammt von Heinrich v. Arnim Er ist zuerst niedergelegt in seiner „Politischen Denkschrift vom 17. März 1848" (als Manuskript gedruckt und anonym erschienen am 20. März 1848); vgl. besonders daselbst S. 17 ff. Diese Schrift, die den Umständen ihrer Veröffentlichung zufolge gewissermafsen als Arnims Programm angesehen werden darf, gewährt interessante Einblicke in seine Auffassung der Lage. Arnim ist der Ansicht, dafs auf die Wiener Revolution die Loslösung der undeutschen Provinzen Österreichs alsbald folgen werde: Österreich werde somit wieder eine rein deutsche Macht, zugleich aber nur die zweite Macht in Deutschland werden. Dadurch werde Preufsen an die Spitze Deutschlands „ohne sein Zuthun, fast wider seinen Willen" emporgehoben werden. Er fürchtet fernerhin, dafs schon der nächste Tag die Kunde bringen könne, dafs sich „die süddeutschen Staaten als Republiken auch äufserlich konstituiert und unter den Schutz Frankreichs gestellt haben". Diesem unberechenbaren Unheile für Deutschland könne nur dadurch vorgebeugt werden, dafs sich der König mit energischem Entschlusse der Leitung der deutschen Angelegenheiten bemächtige; zu diesem Zwecke solle er sowohl die Fürsten, als auch die Ausschüsse der deutschen Kammern nach Berlin berufen und durch Fusion der letzteren mit dem Vereinigten Landtage ein Nationalparlament schaffen. Zugleich forderte der merkwürdige Realpolitiker die Herstellung des alten Polens unter der Bedingung ewiger Neutralität.

nötigen, sondern durch ihre freie Vereinbarung unter der Leitung Preufsens solle der neue Bundesstaat geschaffen werden. Nach den ihm zugegangenen Erbietungen der Regierungen in Mittel- und Süddeutschland, auf die er sich ausdrücklich berief,[1] durfte er glauben, dafs die Fürsten aus freien Stücken Preufsen die führende Rolle bei der nationalen Einigung anheimzustellen gewillt seien, dafs eben daher die Möglichkeit nunmehr vorliege, im Vereine mit den Fürsten und dem Volke Deutschlands den deutschen Bundesstaat unter Beiseiteschiebung Österreichs zu begründen.

Diese Voraussetzung freilich, auf die alles ankam, traf nicht zu. Binnen wenigen Tagen hatten sich die Verhältnisse geändert, teils unter dem Einflusse der Katastrophe vom 19. März, in der Hauptsache freilich von ihr unabhängig. Eine Wirkung des 18. und 19. März war es (allerdings trug der König nicht daran die Schuld), dafs das deutsche Volk von dem Bündnisse nichts wissen wollte, das ihm Friedrich Wilhelm IV. durch das Patent vom 18. und den Aufruf vom 21. März anbot. Anstatt die dargebotene Hand zu ergreifen, die allein im stande war, den nationalen Wünschen Erfüllung zu bringen, liefs man sich durch die radikalen Agitatoren, deren Ideal die Republik war, zu wildem Hasse gegen den vermeintlichen Tyrannen entzünden. Von noch gröfserer Tragweite jedoch, als die Abwendung des Volkes von Preufsen, war der Gesinnungswechsel, der sich jetzt an den Höfen vollzog. Die äufsere Gefahr war es vor allem gewesen, die die Fürsten angetrieben hatte, Preufsens Hilfe anzurufen und dafür Preufsen freiwillig die

1) In seiner Ansprache beim Umritte an die Studenten. Der Passus lautet (vgl. Aegidi „Gegen die Signatura“ S. 137): „Es wären in der deutschen Geschichte der Beispiele genug, dafs ein Herzog des Reichs zur Rettung des Ganzen das Reichsbanner ergriffen und sein Alles eingesetzt hätte; das wäre jetzt sein Vorhaben; zahlreiche Botschaften der Fürsten bestärkten ihn darin; er als einer der mächtigsten deutschen Fürsten habe den Beruf, sich an die Spitze der Bewegung zum Wiederaufbau des deutschen Reiches zu stellen; wahrlich er habe nur das Vaterland vor Augen und im Herzen.“

Führerschaft anzubieten: nämlich die Besorgnis vor einer französischen Invasion, sowie vor der Unterstützung der republikanischen Partei im Süden und Westen Deutschlands von Frankreich her. Gerade in den Tagen des Berliner Aufstandes nun legte sich die Franzosenfurcht in Süddeutschland, desgleichen der Bauernaufruhr, der sich hier erhoben hatte. Die Fürsten atmeten jetzt wieder freier auf, und je weniger sie nunmehr Preufsen zu brauchen meinten, um so mehr suchten sie die grofse Aktion zu verschleppen und zu vereiteln, durch die unter Preufsens Leitung der deutsche Bundesstaat errichtet werden sollte. Diese Entwicklung spielte sich ab ganz unabhängig von der Berliner Katastrophe vom 19. März. Auch wenn diese nicht stattgehabt hätte, so hätten die mittleren Höfe, von der Furcht vor Frankreich befreit, ohne Zweifel ihre entgegenkommende Haltung Preufsen gegenüber in der deutschen Frage allmählich mehr und mehr aufgegeben, und es wäre dem Könige, auch wenn er die Revolution im eigenen Lande „besiegt“ hätte, schwerlich der Entschlufs erspart geblieben, seine widerspenstigen Mitfürsten zu nötigen, bei den einmal gemachten Erbietungen zu verharren. Und andererseits standen Friedrich Wilhelm IV. die Machtmittel dazu auch nach den Demütigungen, die er am 19. März über sich hatte ergehen lassen müssen, sehr wohl zu Gebote, wenn er sie nur anwenden wollte. Aber er wollte ja eben nicht „usurpieren“; durch freie „Vereinigung der deutschen Fürsten und Völker“ sollte das neue Reich zu stande kommen; die Aussicht darauf, der Ruf, der seitens der Fürsten an ihn ergangen war, hatte ihn bewogen, mit seinen deutschen Plänen hervorzutreten, und war die Grundlage der neuen Wendung seiner deutschen Politik: ist es wahrscheinlich, dafs er über diese Grenze hinausgegangen wäre, auch wenn er am 19. März sein Haupt nicht vor den Leichen der Barrikadenkämpfer hätte entblöfsen müssen?

Noch ein Moment giebt es, das für die Erklärung des Umschwunges in der Haltung der süddeutschen Fürsten in Betracht kommt. Dem Drucke der Revolution und der Franzosenfurcht nachgebend, hatten sich die deutschen Höfe Preufsen

genähert; je mehr dieser Druck nachliefs, um so mehr mufsten auf der andern Seite die traditionellen Beziehungen zur Hofburg, die Einwirkungen des Wiener Kabinets wieder in die Wagschale fallen. So lange sie von Preufsen Rettung in wahrer oder vermeintlicher Existenzgefahr erhofften, machten die deutschen Fürsten Miene, die preufsische Hegemonie dulden und also Österreich aus Deutschland ausschliefsen zu wollen; sowie diese Gefahr schwand, mufsten teils althergebrachte Freundschaft, teils Besorgnis vor der habsburgischen Macht, wenn sie wieder erstarkte, die Fürsten zur Vorsicht und zur Behutsamkeit gegenüber den deutschen Plänen Preufsens mahnen. Und dafs es in diesen einen Akt offener Feindseligkeit erblickte, darüber liefs jetzt Österreich keinen Zweifel mehr bestehen. Ehe noch die Nachrichten vom 18. März, sowohl vom Bodelschwinghschen Patente als auch vom Barrikadenkampfe, in Wien angelangt waren, hatte sich Österreich zu einem Schritte verstanden, der die äufserste Grenze seines momentanen und scheinbaren Entgegenkommens gegen die Bundesreformpläne der preufsischen Krone bezeichnete: es hatte sich zu einer Bundesreform auf konstitutioneller Grundlage bereit erklärt. Eigenmächtig, wie es scheint, noch ununterrichtet von der neuen Wendung der Dinge an seinem Hofe, dafs man hier nämlich den Entschlufs gefafst hatte, in der deutschen Frage ohne Österreich vorzugehen, hatte Radowitz dem österreichischen Ministerium des Auswärtigen am 19. März eine Punktation vorgelegt, derzufolge Österreich und Preufsen übereinkamen, auf eine ausgedehnte Revision der Bundesverfassung gemeinschaftlich anzutragen; diese Revision sollte gipfeln in der Errichtung einer weiteren „Bundesversammlung“ neben dem Bundestage, die aus Delegationen der Kammern der Einzellandtage zu bilden sei. Mit weitgehenden Befugnissen sollte dieses Bundesparlament ausgestattet werden; es gehörten dazu periodische Tagung, Abänderung der Grundgesetze des Bundes, die Bestimmungen über organische Bundeseinrichtungen, sowie über die gemeinnützigen Anordnungen, die Entscheidung über Krieg und Frieden, die Aufnahme neuer Mitglieder in den Bund, die Kon-

trolle aller Bundesausgaben, endlich die Erteilung der Instruktionen für die diplomatischen Agenten des Bundes im Auslande; die Versammlung sollte weiterhin die Bedeutung eines konstituierenden Reichstages für den Bund haben.[1] Noch an demselben Tage, an dem Radowitz diesen Entwurf einreichte, wurde er „bereitwillig" von der Wiener Regierung genehmigt. Man kann sich leicht vorstellen, wie nach solchen Zugeständnissen die Kunde von der plötzlichen Wendung der deutschen Politik Preufsens in Wien wirkte. Die Proklamation des Königs vom 21. März wurde in Wien als ein „Akt des Wahnsinns" und gleichsam als eine Kriegserklärung betrachtet;[2] hätte man sich nicht inmitten der Stürme der Revolution und Anarchie befunden, so hätte man unzweifelhaft die entsprechenden Konsequenzen gezogen; so mufste man sich mit Protesten und Drohungen begnügen. Hatte die offiziöse Presse Preufsens durchblicken lassen, dafs Österreich bisher der Erfüllung der nationalen Wünsche im Wege gestanden habe, so wurde jetzt in Wien darauf prompt mit der Gegenanklage erwidert, erst das Röcheln ermordeter Bürger habe den König an das deutsche Volk erinnert, und bereits am 24. März wurde in einer Zirkularnote an die deutschen Höfe gegen jede einseitige Änderung der

---

1) Vgl. Radowitz III, 311f. Dafs Radowitz keine Vollmacht seitens der Berliner Regierung hatte, an das Wiener Kabinet solche Vorschläge gelangen zu lassen, geht aus seiner Bemerkung hervor, er habe sie dem österreichischen Ministerium „vorbehaltlich der Genehmigung seines Hofes vorgelegt".

2) Vgl. u. a. Vitzthum von Eckstädt, Berlin und Wien 1845—52, Stuttgart 1886, S. 86, sowie die bei Koser a. O. S. 83 zitierten Berichte des preufsischen Gesandten in Wien. Koser sagt (ebd.), der Aufruf Friedrich Wilhelms IV. vom 21. März habe nur die Wirkung gehabt, „dafs der Wiener Hof sich unverzüglich von dem mit Radowitz vereinbarten Abkommen [vom 11. März] lossagte". In Wahrheit hatte sich Preufsen zuerst faktisch von diesem Abkommen losgesagt, — nämlich durch seine Erklärung, allein an die Spitze der Einheitsbewegung treten zu wollen, durch die einseitig verfügte Verlegung des Fürstenkongresses nach Potsdam, kurz durch das ganze System, wie es seit dom Morgen des 18. März durch das Bodelschwinghsche Patent zur öffentlichen Kenntnis gelangt war.

deutschen Bundesverfassung ohne Mitwirkung Österreichs entschiedene Verwahrung eingelegt; es wurde aufs bestimmteste erklärt, dafs Österreich an Verhandlungen über das Werk der Bundesrevision nur in Frankfurt, als dem Sitze der Bundesversammlung, nicht aber in Potsdam teilnehmen, dafs es „von jeder anderen einseitig und ungeregelt geführten Verhandlung sich sofort zurückziehen würde, Seiner Majestät dem Kaiser alles Fernere vorbehaltend“.[1]

Die Erschütterung des Prestiges der preufsischen Krone durch ihre „Avilierung“ am 19. März, die Abnahme der Furcht vor einer französischen Invasion vom Elsafs her, der Einflufs des Wiener Kabinets und die Scheu, bei einem österreichisch-preufsischen Konflikte auf preufsischer Seite zu stehen, bewirkten, dafs sich in dem Kreise der süddeutschen Machthaber die augenblicklicher Not entsprungene Bereitwilligkeit, sich der preufsischen Führung und Hegemonie zu unterstellen, wieder verlor und der Trieb nach Erhaltung der überkommenen Souveränität wieder erwachte. Was Friedrich Wilhelm IV. in die neue Phase seiner deutschen Politik und der Abkehr von Österreich vornehmlich hineingelockt hatte, das waren eben die Erbietungen der süddeutschen Höfe, sich Preufsen unterordnen zu wollen. Die Ausschliefsung Österreichs aus Deutschland schien sich ja auf diese Weise leicht und gleichsam von selbst vollziehen zu können. Denn konnte sich Österreich einer in voller Einmütigkeit der deutschen Völker und Fürsten erwirkten Konstituierung eines deutschen Bundesstaates widersetzen? Wenn ihm die Teilnahme daran unmöglich war, so blieb es eben sich selber überlassen; oder es mufste den Krieg nicht nur gegen Preufsen, sondern auch gegen das ganze übrige Deutschland aufnehmen. Die Voraussetzung für eine solche Entwicklung bestand jedoch darin, dafs die deutschen Fürsten bei ihrem in der ersten Hälfte des März an Preufsen gemachten Angebote beharrten; dadurch nun, dafs sie es fallen liefsen, oder für seine Ausführung nichts mehr thaten, wurde die

1) Roth und Merck, Quellensammlung I, S. 159f.

Situation für Friedrich Wilhelm IV. von Grund aus geändert. Die Basis, auf der die neue Wendung der deutschen Politik Preufsens beruhte, brach nunmehr zusammen: was sollte der König jetzt thun? Man hat sich gewundert, dafs der „Thätigkeitsdrang“, den man in Berlin am 21. März entwickelt hatte, so schnell „sein Ende fand“. Es liegt in diesem Vorgange durchaus nichts Unerklärliches. Indem die deutschen Fürsten plötzlich Schwierigkeiten mit der Erfüllung ihrer Zusagen machten, stand Friedrich Wilhelm IV. vor der Alternative, sie dazu zu zwingen, oder den Dingen inzwischen ruhig ihren Lauf zu lassen und für seine Pläne eine günstigere Konstellation abzuwarten. Er entschied sich für das letztere; die erhoffte bessere Gelegenheit stellte sich freilich nicht ein.

Nur in Kürze können wir hier den Gang der Dinge andeuten; es würde sich wohl lohnen, auf Grund ausgiebigeren Materials tiefer in das Detail dieser Begebenheiten einzudringen. In den Tagen nach der Erhebung der Berliner Bürgerschaft trafen aufserordentliche Kommissäre derjenigen Staaten, die sich auf die Legation Max von Gagerns hin zur Mitwirkung bei der nationalen Einigung unter Preufsens Führung bereit erklärt hatten, in Berlin ein, um über die weiteren Mafsregeln zur Erreichung dieses Ziels zu beraten. Sie hatten am 23. März eine Konferenz mit Arnim, auf der Württemberg, Darmstadt und Nassau bei ihren früheren Zusagen verharrten, während die Bevollmächtigten von Baden und Sachsen bereits auswichen und unter Hinweis auf ihre mangelhaften Vollmachten sich erst von neuem mit ihren Höfen verständigen zu müssen erklärten.[1] Wenn nun auch die Eröffnung des Kongresses zu Potsdam bereits am 25. März wegen der inzwischen vorgefallenen Ereignisse nicht mehr möglich war, so mufste doch Preufsen den anwesenden Vertretern gegenüber auf seinem schleunigen

1) Vgl. Roth und Merck I, S. 171 und Sybel, Begründung I^{4}, S. 144. Für Württemberg erschien der Oberappellationsgerichtsrat v. Sternfels aus Stuttgart, für Darmstadt der Graf von Lehrbach, für Nassau Max von Gagern, für Baden der Herr von Porbeck, für Sachsen der Gesandte in Berlin.

Zusammentritte bestehen und die Bundesregierungen mit Ernst und Nachdruck zur Teilnahme mahnen. Das aber geschah nicht. Zwar schrieb noch Roon am folgenden Tage (24. März) aus Potsdam: „In wenigen Tagen wird hier der deutsche Fürstenkongrefs eröffnet werden;“ skeptisch fügte er allerdings hinzu: „Der Fürstentag wird nicht viel bedeuten“. In Wahrheit geschicht indes von nun an der Idee des Fürstenkongresses unter preufsischer Leitung, dessen Notwendigkeit Canitz noch vor kurzer Zeit mit gutem Grunde so energisch hervorgehoben hatte, keine Erwähnung mehr; wahrscheinlich trug dazu auch der Umstand bei, dafs sie dem neuen Minister des Auswärtigen, Heinrich von Arnim, allzu wenig populär erschien. Nicht die Haltung des Königs dem Aufruhre seiner Bürger gegenüber hat den entscheidenden Einflufs auf die Entwicklung der deutschen Frage im Frühjahre 1848 ausgeübt, sondern der Umstand, dafs Preufsen das Projekt des Potsdamer Fürstenkongresses fallen, ihm ein sang- und klangloses Begräbnis bereiten liefs. Wenn Preufsen bei der durch Bodelschwingh und Canitz in der ersten Hälfte des März inaugurierten Politik verharren wollte, mufste es die deutschen Höfe an die aus freien Stücken gemachten Anträge erinnern und zu deren Durchführung die Entsendung von Vertretern mit genügenden Vollmachten nach Berlin oder Potsdam unter peremptorischen Drohungen fordern. Aber der König wollte ja eben nicht „usurpieren“; was ihm nicht gutwillig entgegengebracht wurde, das wollte er nicht gebieterisch heischen. Da fafste er denn den verhängnisvollen Entschlufs, die angeknüpfte direkte Verbindung mit den Bundesfürsten fallen zu lassen, das hiefs, vor der Hand auf die eigene Initiative zu verzichten und der populären Bewegung freien Spielraum zu lassen, um von ihr zunächst alles Heil zu erwarten.

Indem die Hoffnung des Königs, im Vereine mit den Fürsten der Bewegung Mafs und Ziel zu setzen, scheiterte, indem er das Kongrefsprojekt aufgab, glitt er tiefer und tiefer hinab auf der schiefen Ebene der Nachgiebigkeit gegen die populären Aspirationen. Ich wage nicht die Frage zu entscheiden

ob nicht seine durch Prittwitz verschuldete persönliche Demütigung insofern von Einflufs auf die Entwicklung der deutschen Angelegenheiten geworden ist, als der König, durch sie in seinem bisherigen Stolze und Selbstvertrauen erschüttert und gebrochen, den an ihn sich herandrängenden Einwirkungen und Ansprüchen zunächst noch nicht die erforderliche Widerstandskraft entgegenzusetzen vermochte. Erst allmählich kehrte er wieder zum befreienden Bewufstsein seiner Autorität zurück, das er gerade in jenen Tagen, als die Entscheidung in Deutschland für Preufsen auf dem Spiele stand, doppelt gebraucht hätte. Im Anfange des April fand Bismarck den König in einer „gebrochenen Stimmung“.[1] „Als ich den König im Sommer des Jahres 1848“, erzählt Ranke, „zum erstenmale wiedersah, so machte er mir den Eindruck eines jungen Mannes, voll von Geist und Kenntnissen, der in dem Examen, man erlaube dieses Wort dem Professor, durch irgend eine Zufälligkeit durchgefallen ist. Das Selbstvertrauen, das früher aus ihm redete, war verschwunden. Jetzt aber [es handelt sich dabei um das Frühjahr 1849] war er wieder der Alte geworden.“ In dieser Depression ist es gewesen, dafs er, da sich die Fürsten wieder von ihm abwandten, auf die populäre Bewegung seine Hoffnung setzte, ihre Gunst zu gewinnen trachtete und sich von ihr weiter hinreifsen liefs, als es im Interesse des preufsischen Staatswesens und selbst eines gedeihlichen Fortganges der deutschen Angelegenheiten lag.

Alle Handlungen des Königs in den letzten Tagen des März tragen unverkennbar den Stempel des Werbens um die Volksgunst, sowie des Bestrebens, die der deutschen Sache gefährliche Kluft zwischen Heer und Bürgertum auszufüllen. Dazu gehört bereits der Umritt vom 21., das von ihm an demselben Tage erteilte Versprechen, sein Militär beim Wiedereinzuge in Berlin auf die künftige deutsche Verfassung vereidigen zu lassen,[2] sowie sein Befehl für die Armee,

1) Vgl. Ged. und Erg. I, 42.

2) Siehe die bei Wolff I, 308 gedruckte Proklamation des Magistrats vom 21. März 1848.

neben der preufsischen die deutsche Kokarde anzulegen.[1] Der stärkste Hort des Altpreufsentums war das Offizierkorps der Garde; wir wissen, dafs in diesem sogar Pläne geschmiedet wurden, den König mit Gewalt aus Berlin zu entführen, und dafs gerade hier über des Königs persönliche Schwäche, der man den ungünstigen Verlauf der Dinge zuschrieb, die bitterste und ungerechteste Kritik geübt wurde. Um auch diese zähesten Bekenner der altpreufsischen Tradition mit dem neuen Kurse seiner Politik auszusöhnen, begab er sich am 25. März nach Potsdam und hielt hier an sie jene Anrede, in der er beteuerte, wie sicher er sich in Berlin im Schutze seiner Bürger fühle, und wie unwahr das Gerücht sei, dafs er daselbst „unfrei“ wäre. Er beschwor sie, alle Äufserungen zu unterlassen, die der Zwietracht im Lande Nahrung geben könnten; er betonte, dafs er den Entschlufs, sich an die Spitze von Deutschland zu stellen, schon vor dem Barrikadenkampfe gefafst habe, dafs er sich, was seine Handlungen in den letzten Tagen anbelange, durch keine Macht der Welt dazu hätte zwingen lassen, wenn er sie nicht für das Glück des deutschen Volkes für notwendig erachtet hätte; endlich ersuchte er sie, die Beschimpfungen, die den Truppen durch den Berliner Pöbel zu teil geworden seien, aus Liebe zu ihm, zum Vaterlande und zur deutschen Einheit zu vergessen; diese läge ihm jetzt vor allem am Herzen; die Verwirklichung seiner Absichten in dieser Richtung hänge wesentlich ab von der Mitwirkung seiner tapferen Armee. Bei der erbitterten Stimmung, die im Offizierkorps gegen den Monarchen herrschte, fielen seine Worte auf einen wenig empfänglichen Boden. Bei der Wendung, er sei niemals freier und sicherer gewesen, als unter dem Schutze seiner Bürger, „erhob sich ein Murren und Aufstofsen von Säbelscheiden, wie es ein König von Preufsen inmitten seiner Offiziere nie gehört haben wird und hoffentlich nie wieder hören wird“.[2]

1) Ebd. S. 298.

2) Vgl. Gerlach I, 148f., Hohenlohe I, 68f., Roon I[4], 151, Preufs. Jahrb. (Roon) a. O. 541, Petersdorff a. O. 98ff. und Bismarck, Ged. u. Erg. I, 26.

Eben damals traf der König zwei Anordnungen, die nicht nur eine vollkommene Hingabe an die populären Aspirationen bezeichneten, sondern auch zugleich geeignet waren, Preufsen in unübersehbare internationale Verwicklungen zu stürzen. Er genehmigte (am 24. März) die nationale Reorganisation des Grofsherzogtums Posen im Sinne der polnischen Wünsche; er bekannte sich ferner zu der am stürmischsten und leidenschaftlichsten erhobenen deutsch-nationalen Forderung, indem er das Erbrecht des Augustenburgers in Schleswig-Holstein anerkannte und darauf den Krieg mit Dänemark eröffnete. Indem er also zum Vorkämpfer der nationalen Bewegung nach aufsen wurde und die preufsischen Waffen den populären Ansprüchen zur Verfügung stellte, enthielt er sich jeder sofortigen und direkten Einwirkung auf die Gestaltung der Verhältnisse im Innern des neu zu schaffenden Bundesstaates: eine Uneigennützigkeit und Opferwilligkeit, für die ihm die Nation keinen Dank wufste. Auf Grund des Bundesgesetzes vom 30. März, durch das die Bildung einer konstituierenden Nationalversammlung, sodafs auf je 70000 Seelen ein Abgeordneter falle, angeordnet wurde, wobei die Bestimmung des Wahlmodus den einzelnen Bundesregierungen überlassen bleiben sollte, verfügte der König am 3. April, dafs der soeben zusammengetretene Vereinigte Landtag Abgeordnete für Frankfurt wähle.[2] Als gemäfs den Forderungen des sogenannten Vorparlaments der Bundestag durch Beschlufs vom 7. April die Wahl eines Abgeordneten auf je 50000 Seelen vorschrieb, wurde die inzwischen bereits vollzogene Delegiertenwahl des Vereinigten Landtages kassiert und Urwahlen für Frankfurt ausgeschrieben. Das Schicksal der deutschen Frage lag jetzt, so mochte es

1) Hohenlohe (I, S. 76) erzählt, dafs sein Vater, damals zum Delegierten nach Frankfurt gewählt, diese Wahl nicht annahm, da er „an dem ganzen revolutionären Schwindel keinen Teil haben wollte", und dafs er daher beim Könige in die „ärgste Ungnade" fiel, sodafs ihm nie wieder „verziehen" wurde. Man sieht daraus, dafs es doch mehr als passive Resignation war, wenn der König die betreffenden Bundesbeschlüsse in Preufsen ausführen liefs.

wohl scheinen, in den Händen der konstituierenden deutschen Nationalversammlung, und von deren Beschlüssen, so hatte es weiter das Ansehen, hing die Stellung ab, die Preufsen und sein König in dem künftigen Nationalstaate einnehmen sollten. —

Gerade aus dieser Zeit haben wir genaue Nachrichten, wie sich der König die Lösung der deutschen Frage und die künftige Stellung Preufsens in Deutschland dachte. Die Vorstellungen, die er sich darüber bildete, sind, wie es des Königs ganzes Wesen mit sich brachte, nicht frei von romantischer Färbung; aber hinter dem mittelalterlich anmutenden Beiwerke verbargen sich höchst reale Machtansprüche. Schon am 30. März 1848 erklärte der König gegenüber Gerlach, Österreich müsse die kaiserliche Würde in Deutschland haben, Preufsen Reichsfeldherr werden.[1] An Metternich schrieb er am 18. April: „für Österreich fühl' ich wie Anno 40. Was ich vermag, um seinem Erbkaiser die erbliche, römische Kaiserwürde zu schaffen, werd' ich redlich thun, und der römische Kaiser mufs wieder das Ehrenhaupt deutscher Nation sein. Ein Cäsar dieses Augustus, als besonderes Wahloberhaupt des besonderen [!!] deutschen Reiches, scheint unvermeidlich. Ich will aber nicht diesen Cäsar abgeben. Meine Ambition ist Erzfeldherr des Reiches zu werden — doch ehe diese schönen Träume Wirklichkeit werden könnten, mufs Gott uns über manche Klippe hinweghelfen — at spes non fracta“.[2] In seiner Korrespondenz mit Dahlmann im April und Mai 1848 aus Anlafs des von diesem ausgearbeiteten Verfassungsentwurfes hat Friedrich Wilhelm IV. die im Schreiben an Metternich angedeuteten Gedanken des näheren auseinandergesetzt.[3] Wie sich danach die Verfassung des künftigen Reiches gestalten sollte, wollen wir nunmehr entwickeln; vorgreifend wollen wir hier bereits bemerken, dafs es dem Könige mit seiner Versicherung, er wolle „nicht diesen Cäsar abgeben“, schwerlich ernst gewesen ist.

---

1) Gerlach I, 150.
2) Metternich, Nachgel. Pap. VII, 609.
3) Springer, Dahlmann II, 225ff., Ranke a. O. 474ff.

Die Verfassungspläne Friedrich Wilhelms IV. verlangten zunächst die Schaffung eines Reichstages. Er sollte bestehen aus einem Oberhause; darin sollten Könige, Grofsherzöge, Herzöge, Fürsten und Mediatisierte in besonderen Kollegien sitzen. Daneben sollte ein Unterhaus als die eigentliche Vertretung des deutschen Volkes aus Repräsentanten des Adels, der Städte und der Landgemeinden gebildet werden. Merkwürdig genug berührt es, dafs er hier wieder auf das ständische Vertretungsprinzip zurückkommt, nachdem er doch bereits für das konstituierende Parlament allgemeine Urwahlen zugestanden hatte. Offenbar handelt es sich dabei mehr um die theoretische Betonung eines Prinzips und um die Formulierung gewisser Lieblingswünsche, als um eine Forderung, auf deren praktischer Durchführung er unbedingt bestanden haben würde. Das beweist auch der Umstand, dafs er in dem Briefe vom 3. Mai an Dahlmann sich bereit erklärte, „das Unterhaus der eigenen Konstituierung des jetzigen sogenannten [Frankfurter] Parlaments zu überlassen, zwar mit gutem, solidem Rate von seiten der Souveräne, jedoch ohne alle Entscheidung derselben“. Der Kernpunkt seiner Ausführungen ist die Erörterung über die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Österreich und Preufsen in dem künftigen Bundesstaate; denn in dem Gegensatze dieser beiden Mächte lag auch jetzt wieder „bei weitem die gröfste Schwierigkeit der deutschen Frage“. Es war auch jetzt noch Friedrich Wilhelms sehnlichster Wunsch, die Hegemonie Preufsens über Deutschland herzustellen, jedoch in einer Form, durch die Österreichs wenn auch nur äufserliche Zugehörigkeit zu Deutschland nicht aufgehoben und der Hofburg die Einwilligung in die neue Gestaltung der Verhältnisse in Deutschland, wie er wähnte, erleichtert und ermöglicht würde.

Durch ein einigermafsen kompliziertes Projekt glaubte der König dies erreichen zu können. Die Würde des römisch-deutschen Kaisertums sollte wiederhergestellt werden, und zwar im Erzhause Österreich, das, dadurch befriedigt, von weiteren Einmischungen in die eigentlichen deutschen Angelegenheiten Abstand zu nehmen habe, also faktische Ausschliefsung Öster-

reichs aus Deutschland durch die Erhebung zu einer blofsen Ehrenstellung. „Erkenne man“, so rief er Dahlmann zu, „als Ehrenhaupt teutscher Nation den römischen Kaiser wieder an. Erneuere man die römische Kaiserwürde, und wie sie bis zum Jahre 1806 unauflöslich mit dem Königreiche der Teutschen verbunden war, so verbinde man sie unauflöslich jetzt mit dem Erbkaisertum Österreich — wenn man will pro honoris causa. Man lasse ihm aber auch gewisse bezeichnende Ehren“. Sollte Österreich also durch eine blofse Ehrenstellung, d. h. durch einen leeren Titel, abgefunden werden, so sollte mindestens die militärische Hegemonie in Deutschland an Preufsen kommen, und zwar durch die Würde des „Reichserzfeldherrn“. Das neue Reich, so schlug er vor, sollte in militärischer Hinsicht in Reichsherzogtümer geteilt werden, „deren jedes die Truppen der kleineren Souveräne in die des Reichsherzogs auflösen werde; davon vier für Österreich, oder vielmehr dem Kaiser, selbstredend nur dem Kaiser, keinem andern militärischen Reichsheerhaupte unterworfen, vier für Preufsen, exemt von demselben [sc. dem Reichsheerhaupte]“. Sein Wunsch gipfelte nun in der Errichtung eines erblichen Reichsfeldherrnamtes für Preufsen, das alle zehn Reichsherzogtümer (also mit Ausnahme der vier österreichischen) umfassen sollte: dann war die militärische Hegemonie in ganz Deutschland mit Ausschlufs Österreichs in den Händen Preufsens. Mit Recht bemerkt Ranke zu diesem Plane: „Wohin aber hätte das führen können? Die Erblichkeit des Kaisertums in dem Hause Österreichs würde ein erblicher Erzfeldherr aus dem Hause Brandenburg nicht zu fürchten gehabt haben“.

Was die übrigen Zweige der zentralen Gewalt (nämlich abgesehen vom Kriegswesen) im neuen Reiche (d. h. „im besonderen deutschen Reiche“, also im Gebiete der zehn Wehrherzogtümer) anbelangte, so hatte der König noch kein durchaus festes Programm. Hier wechselten seine Absichten noch. Bald wollte er sie einem „besonderen teutschen Oberhaupte“ übertragen wissen; das sollte auf Lebenszeit gekürt, alsdann „ächtteutsch“ als die von Gott eingesetzte „höchste Reichs-

obrigkeit“ anerkannt werden und den Titel eines „Königs der Teutschen“ führen. Kein Zweifel kann darüber bestehen, dafs es sein geheimer Wunsch war, die Kur zum deutschen Könige möge auf den erblichen Reichsfeldherrn, auf den König von Preufsen, fallen. In Rücksicht darauf, dafs eine solche Kombination ihm als Ideal vorschwebte, wollte er zwar ein verantwortliches Reichsministerium eingesetzt wissen, doch fügte er hinzu: „Ob dem Oberhaupte, zumal wenn es der König der Teutschen ist, nicht etwas mehr freie Hand gelassen werden kann, lasse ich dahingestellt“. Er gedenkt somit gegenüber der Theorie von der Volkssouveränität die selbstständige Stellung des Königtums zu behaupten. In gefährlichen Läuften aber mufs dem wirklichen deutschen Herrscher eine unbeschränkte Gewalt zustehen. „Ich fordere unter gewissen, namentlich kriegerischen und rebellischen Zuständen die Diktatur für den deutschen König.“ Bezeichnend nun ist es für Friedrich Wilhelms geheimste und tiefste Intentionen, dafs er auch den Fall in Erwägung zieht, dafs die Zentralgewalt (natürlich mit Ausnahme der im Erzfeldherrnamt konzentrierten militärischen Gewalt) in die Hände des Kaisers aus dem habsburgischen Geschlecht gelegt würde. Für diesen Fall will er von den für den Bestand eines „besonderen teutschen Oberhauptes“ neben dem „Ehrenhaupte teutscher Nation“ aufgestellten Vorbehalten gegenüber der Volkssouveränität und gegenüber dem Konstitutionalismus nichts wissen; für diesen Fall ist vielmehr sein ausdrückliches Programm „die konstitutionelle Regierung des Kaisers mit einem verantwortlichen Ministerium“: „Ein Mädchen“, so bemerkt er mit ätzender Schärfe, „würde mit ersterem [nämlich mit einem konstitutionellen Ministerium] ganz glorreich regieren können, ja Karl der Grofse so gut, wie Kaiser Ferdinand und ich“. Den Kaiser aus dem Erzhause Österreich also will er, falls ihm wirklich die Regierung im neuen Reiche übertragen werden sollte, Beschränkungen unterwerfen, die ihn zu einer konstitutionellen Scheinpuppe hinabdrücken. Hier hört des Königs Abneigung gegen den Konstitutionalismus plötzlich auf.

Man wird dem Urteile nicht beipflichten dürfen, dafs König Friedrich Wilhelm IV. durch diesen Entwurf „die Interessen des preufsischen Staates uneigennützig oder grofsherzig dem Hause Lothringen opfern wollte“.[1] Dafs Dahlmann und seine kleindeutschen Gesinnungsgenossen es bitter empfanden, dafs der König die ihm von ihnen zugedachte Kaiserkrone nicht annehmen wollte, ist leicht verständlich. Ihnen fiel freilich auch die Verantwortung für die Konsequenzen nicht zu, die sich für Preufsen ergaben, wenn es gegen den Willen Österreichs und der anderen Grofsstaaten Europas auf die Pläne Dahlmanns einging, und Preufsen war dabei nicht einmal sicher, dafs es bei einem solchen Konflikte das übrige Deutschland hinter sich hatte. Eine derartige Freiheit der Selbstbestimmung, wie Dahlmann und seine Partei als selbstverständlich immer voraussetzten, war für Preufsen und Deutschland in Ansehung der internationalen Machtverhältnisse überhaupt gar nicht vorhanden. Das Projekt des Königs dünkte seinen eigenen Ministern unmöglich, weil allzu österreich-freundlich; sie gedachten ihn „zu einer Reichskrone zu treiben“.[2] Und doch war der Entwurf keineswegs so konziliant gegen Österreich, wie es auf den ersten Anblick schien, und wie er allgemein beurteilt worden ist. Die Analyse, die wir von ihm gegeben haben, hat das dargethan, und dasselbe ergiebt sich aus den Erwiderungen des Königs auf Dahlmanns Vorhaltungen über seine allzu grofse Nachgiebigkeit gegen Österreich. In dem Briefe des Königs an Dahlmann vom 4. Mai findet sich folgender Passus: „Erst wenn ich weifs, dafs Metternichs heillose Politik, das Entfernthalten Österreichs von den deutschen Dingen, noch vorherrscht in Österreich und gar keine Hoffnung ist, dasselbe mit der alten Reichskrone zu gewinnen, werde ich annehmen, aber mit gebrochenem Herzen“. Wenn auch nur „mit gebrochenem Herzen“, so erklärt sich der König also doch bereit, die deutsche Krone anzunehmen, falls Österreich

1) Sybel, Begründung I⁴, 165.
2) Gerlach I, 181.

sich fern hält, d. h. in des Königs Sinne gesprochen, falls sich Österreich mit der ihm zugewiesenen Ehrenstellung oder mit dem gekennzeichneten konstitutionellen Scheinregimente nicht begnügen will. Und ganz ebenso heifst es in des Königs letztem Briefe an Dahlmann (vom 15. Mai) zwar zunächst: „Ich will nicht über einen Rumpf herrschen, Teutschland ohne die österreichischen Erbstaaten ist aber ein Rumpf . . . Fühlen Sie denn nicht mit mir, lieber Dahlmann, dafs es nicht eitle Worte sind, wenn ich verlange, dafs man Arndts zum Volksgesange erhobenes treffliches Lied »Was ist des Deutschen Vaterland« (und sein Ende vor allem »Das ganze Deutschland mufs es sein«) vor kaiserlicher Majestät, ohne dieselben erröten zu machen, auch künftig singen kann?“ Gewifs, wie die Machtverhältnisse nun einmal lagen, war ja „das ganze Deutschland“ eine Unmöglickkeit; aber war das Projekt Friedrich Wilhelms IV. nicht wenigstens ein Versuch, um die Klippe herum zu gelangen, die der deutschen Einheit im Wege stand, und an der sie thatsächlich auch gescheitert ist? Schliefslich lief es ja darauf hinaus, zwischen dem Donaustaate und zwischen dem von Preufsen beherrschten übrigen Deutschland immerhin noch ein einigendes Band zu erhalten; es bedeutete wiederum die Konstituierung des Bundesstaates innerhalb des Staatenbundes. Der Herrscher richtet an Dahlmann die bedeutsame Frage: „Haben Sie bedacht, dafs dies Lied notwendig zu einem Rebellionslied werden oder verboten werden müfste, wie die Marseillaise unter der Restauration?“ Mit Recht macht er ihn weiterhin darauf aufmerksam, dafs er „über die allgemeine Begeisterung von ganz Teutschland für die politische Einheit sehr im Irrtum sei“. Aber indem er nochmals betont, dafs er nicht „durch eigene Schuld“ über einen Rumpf[1] herrschen wolle, erklärt er

1) Nicht ohne Interesse ist die Kritik, die Gerlach (I, 155) an dem nationalen Programme der populären Bewegung übte: „Wie heuchlerisch ist überhaupt diese Germanomanie, und was für Wunden hat sio nicht schon Deutschland geschlagen. Preufsen hat deutsche Sitte und deutsches Recht bis an den Niemen und bis an die Netze und Prosna ausgebreitet. Die Revolution giebt sich die gröfste Mühe, die Deutschen

doch zum Schlusse: „Erst dann, wenn Österreich durch feierliche Zurückweisung der teutschen Krone klar bekennt, dafs Metternichs Geist in ihm noch herrscht, erst dann wacht für mich die Pflicht auf, diese Schmerzenskrone anzunehmen, ja, ich möchte fast sagen, nach ihr zu greifen. Dann kann nur Preufsen helfen ... Dann will ich nicht Kaiser, aber »König der Teutschen« sein und mit den alten Königen meines Volkes zählen".

In Österreich selbst war man weit davon entfernt, das Angebot der Kaiserkrone als einen Akt der „Uneigennützigkeit und Grofsherzigkeit" des preufsischen Königs aufzufassen. Man betrachtete hier die von Preufsen angetragene Kaiserkrone als das, was sie war, nämlich als ein Danaërgeschenk. Keineswegs war man gesonnen, seine Machtstellung in Deutschland „für ein Butterbrot aufzugeben". Man betrachtete die Politik des Königs ganz richtig als einen Versuch, das Wesen der Macht um den Preis des Scheins der Macht zu erkaufen, durch eine blofse Ehrenstellung Österreich aus seiner althergebrachten Machtstellung zu verdrängen. Selbst das grofsdeutsche Mäntelchen, in das der König sein Projekt gekleidet hatte, vermochte die Wiener Staatsmänner nicht über den wahren Charakter seiner Anträge hinwegzutäuschen, der unverkennbar die Züge der preufsischen Machtaspirationen auf dem Felde der deutschen

aus allen diesen Eroberungen zu treiben. Böhmen, das ein deutsches Kurfürstentum war, überliefert sie den Slaven, halb Tyrol den Italienern, verjagt die Deuschen aus Italien, wo sie seit 1000 Jahren Herrscherrechte ausübten, ruiniert den blühenden Seehandel, um das halbdeutsche Herzogtum Schleswig zu erobern, und verhindert dadurch, dafs die Deutschen sich ebenso, wie sie sich über Schleswig ausgebreitet haben, über das übrige Skandinavien ausbreiten. Dabei ist gar nicht davon die Rede, den Elsafs, Lothringen, die deutschen Provinzen der Niederlande, die echt deutsche Schweiz wieder mit Deutschland zu verbinden, die deutsche Nationalität in Siebenbürgen zu schützen u. s. w." Man vergleiche damit den Standpunkt des doktrinären Radikalismus, wie er bei Varnhagen (IV, 311) zum Ausdrucke gelangt: „Wer die Freiheit als Ausnahmebesitz der Deutschen, wer sie nicht als Gemeingut aller Völker will, der ist kein echter Freund von ihr. Verbrüderung mit Franzosen, Polen, Italienern, gemeinsamer Krieg gegen alle Unterdrücker; das ist not!"

Politik trug. Der schwache Punkt der Entwürfe Friedrich Wilhelms IV. lag nicht darin, dafs sie, vom Standpunkt des preufsischen Interesses gemessen, allzu österreich-freundlich waren, sondern darin, dafs er sich mit der Hoffnung schmeichelte, Österreich würde um äufseren Schein und Tand freiwillig seine Abdankung von der Vorherrschaft in Deutschland vollziehen. Dafs dem nimmermehr so sein könne, das wollte Friedrich Wilhelm offenbar nicht einsehen. Denn wenn er zu dieser Erkenntnis gelangte, so konnte er sich nicht verhehlen, dafs er vor der Alternative stand, entweder seinen deutschen Ehrgeiz beiseite zu legen oder den Kampf mit Österreich zu wagen: ein deutscher Bruderkrieg aber erschien ihm als das stärkste Gegenstück zu dem Einheitsdrange, von dem er und seine Zeit erfüllt waren. In der furchtbaren Pressung der Gegensätze, die ihn bedrängten, verschlofs er mit Absicht und Willen seine Augen vor der Konsequenz, zu der die antiösterreichische Tendenz seiner deutschen Politik, wenn er bei ihr beharrte, über kurz oder lang unausbleiblich führen mufste, und die in nichts anderem bestehen konnte, als im Konflikte mit Österreich.

Dafs Friedrich Wilhelms deutschen Entwürfen vom April und Mai 1848 eine stark ausgesprochene antiösterreichische Tendenz anhaftete, und dafs man sich dessen in der Hofburg sehr wohl bewufst war, dafs somit unsere soeben entwickelte Auffassung durchaus zutreffend ist, dafür sind in dem neuerdings veröffentlichten Briefwechsel zwischen Ranke und Manteuffel aus den siebziger Jahren[1] vollgültige Beweise enthalten. Ranke, der damals über Friedrich Wilhelm IV. arbeitete, erhielt darin von Manteuffel höchst wertvolle Aufklärungen über die Politik des Königs im Jahre 1848, und der Feldmarschall war dazu um so eher in der Lage, als er gerade um jene Zeit als Flügeladjutant stets in der Nähe des Herrschers weilte. In einem Briefe Manteuffels vom 7. Januar 1873 lesen wir: „Friedrich Wilhelm suchte das Kompromittieren zu vermeiden und war

1) Durch Dove in der Beilage zur Allg. Zeitg., 1896, Nr. 112ff.

nun einmal nicht angelegt, den Knoten zu durchhauen, sondern immer nur bemüht, ihn zu lösen. Sein Zweck, sein Hauptziel in der deutschen Politik war aber Anbahnung der Herrschaft seines Hauses in Deutschland. Hätte er Österreich bei Königingrätz geschlagen, er hätte nie daran gedacht, dem habsburgischen Hause die römisch-deutsche Kaiserkrone zurückzugeben". Aber, so ist zu ergänzen, er hatte Österreich nicht geschlagen und wufste, dafs es von Rufsland protegiert wurde. „Wenn Friedrich Wilhelm IV., so fährt Manteuffel fort, „in seinen Briefen an Beckerath, Dahlmann, Bunsen und wie sie alle heifsen, offen mit seinen Plänen, Hohenzollern an die Stelle Habsburgs zu setzen, hervortrat, so war er Österreich und Rufsland gegenüber kompromittiert, — das that er also nicht. Aber er arbeitete daran, dafs die deutsche Bewegung Fortgang hatte und suchte nur jedenfalls das Wesen für sich und sein Haus festzuhalten: das war das militärische Kommando in Deutschland, wie er es bezeichnete. Wenn er sich dabei in mittelalterlichen Bildern und Benennungen bewegte, so war das seine Individualität. In Wien wufste man ganz genau, was das bedeutete. In dem Blatte, das ich Ihnen schicke,[1] ist auch von den Papieren Dahlmanns die Rede und es wird von „römisch-deutscher Kaiserkrone und Reichsfeldherrnamt" — die erstere für Habsburg, das letztere für Hohenzollern — gesprochen. Nun, als ich 1854 in Wien verhandelte, ist der Hauptgrund, warum Kaiser Franz Joseph nicht auf die Defensiv- und Offensiv — Alliance, die Österreich und Preufsen damals das schiedsrichterliche Amt gegen Rufsland und gegen die Westmächte mit Kaiser Franz Joseph als Wortführer geben sollte, einging, der, dafs Graf Buol dem Kaiser sagte, er erinnere daran, wie vor einigen Jahren Preufsen nach der Herrschaft von Deutschland gestrebt und wie Friedrich Wilhelm IV. Österreich nur mit Redensarten abfinden wollte von römisch-deutscher Krone, während er selbst aber das Schwert von

1) Es handelt sich dabei um einen Bogen von Rankes Publikation „Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen."

Deutschland sein wolle, wie der König hundertmal versicherte, Reichsfeldherr unter dem Kaiser: Das seien alles nur Phrasen von Friedrich Wilhelm IV., um Österreich zutraulich zu machen.“ Und in einem Briefe, der zehn Tage später geschrieben ist, fafst Manteuffel sein Urteil über des verstorbenen Königs deutsche Politik noch einmal dahin zusammen, nur deshalb sei Friedrich Wilhelm IV. für das erbliche Kaisertum Österreichs gewesen, weil er sich nicht getraute, das preufsische Kaisertum durchzusetzen; er habe geschrieben und gesprochen von Österreichs erblichem Kaisertum, um sich Österreich gegenüber rechtfertigen zu können, wenn von seinem Streben nach Herrschaft in Deutschland die Rede war: „Das Wesen der Macht in Deutschland wollte er nie fortgeben an Österreich.“

Im Hauptquartier zu Versailles im Jahre 1870 hat Bismarck in einem Tischgespräche über die Lage der Dinge im Frühjahre 1848 geäufsert[1]: „Damals standen die Sachen eine Zeitlang sehr günstig für eine Einigung Deutschlands unter Preufsen. Die kleineren Herren waren grofsenteils machtlos und ohne Hoffnung. Die Österreicher hatten mit Ungarn und Italien zu thun. Der Kaiser Nikolaus hätte damals noch keinen Einspruch gethan.“ Die historische Forschung kann dieses Urteil nur bestätigen. Die Verhandlungen zwischen Berlin und Petersburg in den Wochen nach dem Sturze des Julikönigstums sind uns nunmehr bekannt[2], und wir wissen, dafs der Zar damals in der That, geängstigt durch das Schreckgespenst eines völligen Umsturzes in Deutschland, dessen Verbreitung er nach dem eigenen Herrschaftsbereiche, insonderheit nach Polen, fürchtete, den deutschen Plänen Friedrich Wilhelms IV. nicht nur seine Zustimmung gegeben hat. Er hat ihn vielmehr geradezu flehentlich gebeten und beschworen, sich ohne alle

1) Busch, Tagebuchblätter I, 450. Ähnliche Ausführungen finden sich in den Ged. und Erg. 1, 40ff., die allerdings, was das Urteil über die Haltung des Königs und die Bedeutung des 19. März betrifft, zu korrigieren sind. Mit Recht weist Bismarck hier darauf hin, dafs in den Märztagen von 1848 selbst „das bairische Selbstbewufstsein erschüttert war“.

2) Durch Koser a. O. S. 52ff. und 78f.

Rücksicht auf Österreich unverzüglich an die Spitze Deutschlands zu stellen; denn nicht Österreich, sondern Preufsen allein erachtete er damals stark genug, um der Revolution in Deutschland Einhalt zu gebieten. Der russische Gesandte in Berlin erklärte offen und unumwunden, „er wünsche für den König die Diktatur in Deutschland, Österreich müfste die andern Fürsten dazu auffordern, diese sie darbieten, der König sollte dann die einflufsreichsten Männer der jetzigen Bewegung um sich versammeln, den Minister v. Gagern, den Fürsten v. Wallerstein.“[1] Auf die Haltung Rufslands kam es vor allem an; wenn das gewonnen war, so war der Widerspruch Österreichs nicht zu fürchten und der Widerstand der Fürsten zu brechen. Aber um das Schwert Deutschlands zu werden, mufste Preufsen das eigene Schwert, wenn auch nicht schwingen, so doch wenigstens zücken. Das war freilich nicht die Art des Königs; er war nun einmal, wie Manteuffel sagt, nicht angelegt, den Knoten zu durchhauen, sondern immer nur bemüht, ihn behutsam zu lösen. Anstatt den Druck auf die Fürsten auszuüben, der sie nötigte, nach Potsdam zu kommen, um ihre soeben erst gemachten Erbietungen zu erfüllen, stellte er seine Sache der populären Bewegung und der konstituierenden Nationalversammlung anheim. Um die Volksgunst werbend, liefs er sich zu Mafsregeln hinreifsen, die vornehmlich dazu beitrugen, die europäische Machtkonstellation zu zerstören, auf der das Gelingen seiner Absichten beruhte. Anstatt die Zügel mit fester Hand zu halten, liefs er sie am Boden schleifen; anstatt die populäre Bewegung zu meistern, liefs er sich von ihr meistern und in ihren Stürmen steuerlos sein Fahrzeug umherschleudern. In diesem Sinne, nämlich des Mangels an Festigkeit gegenüber den an ihn herandrängenden populären Tendenzen, hat er wohl später von den Märztagen geäufsert: „Damals lagen wir alle auf dem Bauche“. Vielleicht wäre es anders gewesen, wenn ihm nicht durch die Schuld des Generals v. Prittwitz am 19. März jene Demütigung zugefügt worden wäre, unter deren Eindrucke er in den fol-

1) Varnhagen IV, 275.

genden Tagen, die von entscheidender Bedeutung waren, unverkennbar stand.

Wie dem auch immer sei, die günstige Gelegenheit ging jedenfalls vorüber. Die europäische Konstellation änderte sich, und damit schwand alle Aussicht auf Erfolg. Erst sehr spät freilich erstarkte Österreich wieder. Eine Übertreibung war es, wenn Gerlach am 5. Mai in seinem Tagebuch verzeichnete[1]: „Die Österreicher haben Friaul erobert und einen tüchtigen Kriegsminister nach alter Art, den Grafen Latour, ernannt, sie haben eine Konstitution gegeben, sich von dem Unsinn in Frankfurt losgesagt und sind auf dem Wege, Venedig zu erobern. Es ist nicht zu verkennen, dafs sie uns bedeutend vor sind; ich gönne es ihnen.“ Die gleichzeitigen Begebenheiten in Wien straften schnell genug diese optimistische Auffassung der Lage des habsburgischen Kaiserstaates Lügen; selbst noch im folgenden Jahre hätte Österreich den Kampf gegen Preufsen nicht aufnehmen können. Entscheidend war vielmehr die veränderte Haltung des Zaren; sie war die Antwort auf Preufsens unsichere und ungeschickte Haltung in der Polenfrage und sodann auf seine schleswig-holsteinische Politik; sie setzte somit, da die darauf bezüglichen Mafsnahmen Preufsens bereits in die nächsten Tage nach der Katastrophe vom 19. März fallen, sehr frühzeitig ein, — eben damals, als der König auf den Potsdamer Kongrefs verzichtete. Schon in den letzten Tagen des März sprach sich der russische Gesandte Meyendorff sehr erbittert über den König und die Polenpolitik Preufsens aus, die zum Kriege mit Rufsland treibe.[2] Wenn auch in der polnischen Angelegenheit noch Umkehr und Besinnung eintrat, so wurde doch jetzt die schleswig-holsteinische Frage zum Prüfsteine der Kraft der nationalen Bewegung und auch Preufsens. Hier fiel die wahre Entscheidung über das Schicksal des deutschen Einheitsstaates.[3] Indem die nationale Bewegung in Deutschland

1) Gerlach I, 157.

2) Varnhagen IV, 355 f.

3) Vgl. die entsprechenden Ausführungen bei Lenz „1848“, Preufs. Jahrb. 91, S. 532ff.

und Friedrich Wilhelm, der für sie das Schwert führte, hier ihren Willen gegen den Widerspruch der grofsen Mächte Europas nicht durchzusetzen vermochten, war die nationale Bewegung als solche gerichtet.

König Friedrich Wilhelm IV. hat sich nach und nach von den Einwirkungen der Märzkatastrophe erholt; er hat der populären Bewegung gegenüber wieder an Selbstständigkeit und Festigkeit des Auftretens gewonnen. Beharrte er auch beim Konstitutionalismus, wie er ihn im Anfange des März acceptiert hatte, schon aus Gründen der deutschen Politik und des Gegensatzes wider Österreich[1], so strebte er doch darnach, ihm den Stachel des parlamentarischen Regimes und der Volkssouveränität zu rauben. Graf Brandenburg erklärte Heinrich v. Gagern und Vincke ohne Umschweife: Er und Manteuffel stünden auf dem Boden, dafs sie sich nicht abhängig von der Majorität glaubten, und dafs, wenn noch so viele Abstimmungen gegen sie ausfielen, sie daraus noch keine Veranlassung nehmen würden, S. M. ihr Abschiedsgesuch einzureichen. Das war eine schroffe Absage an das parlamentarische Prinzip. Mit welchen Augen mufste der König den Verlauf der Dinge in Frankfurt betrachten, wo man die nationale Souveränität, in deren Besitze man sich wähnte, benutzte, um mit „kühnem Griffe“ die Zentralgewalt provisorisch einem Reichverweser zu übertragen, der von Anfang an nichts anderes war, als eine in Frankfurt gegen Preufsen aufgestellte österreichische Schildwache! Konnte er endlich die vom Parlamente angebotene Kaiserkrone annehmen? Nicht nur die Verfassung, deren Schlufsstein sie war, sondern schon die einfache Thatsache ihrer Annahme aus den Händen des Par-

---

1) Vgl. Bismarck, Ged. u. Erg I, 52 ff., sowie den Brief Manteuffels an Ranke vom 23. Januar 1873, demzufolge Friedrich Wilhelm IV. nach der Auflösung des Reichstages von Kremsier und nach dem österreichischen Staatsstreiche äufserte: „Jetzt müssen wir die Verfassung behalten; denn niemals dürfen wir nachmachen, was Österreich gethan.“ Nach dem Scheitern seiner deutschen Pläne machte sich allerdings sein Widerwillen gegen den Konstitutionalismus in erhöhtem Grade geltend, so dafs er schliefslich daran dachte, die Verfassung durch einen „Freibrief“ zu ersetzen.



laments hätte ihn zum Vasallen des Prinzips der nationalen Souveränität des deutschen Volkes hinabgedrückt. Gedeckt durch die Autorität der Fürsten mufste er sie empfangen, wenn die Volkssouveränität nicht der Grund- und Eckstein des Baues des neuen deutschen Einheitsstaates werden sollte, und selbst wenn das möglich gewesen wäre, so erblickte das Parlament hinwiederum darin, dafs der König eine Verständigung mit den Fürsten überhaupt erst für notwendig hielt, eine tötliche Beleidigung des Prinzips der Nationalsouveränität, in dem es den Rechtsgrund des eigenen Daseins fand.[1] Nicht das preufsische Königtum, sondern die Idee der Nationalsouveränität hätte dann das neue Reich ins Leben gerufen und in ihm die höchste Gewalt behauptet, und was im Augenblicke das wichtigste war, Friedrich Wilhelm hätte diese Vasallenkrone erst mit seinem Schwerte gegen Österreich und Rufsland erkämpfen oder wenigstens später verteidigen müssen. Sisyphusarbeit, wie die Beratungen des Frankfurter Parlaments, waren auch die Radowitzschen Unionspläne mit dem Unionsparlamente zu Erfurt. Gegen Österreich hätten sie schliefslich verteidigt werden können, — nicht aber auch zugleich gegen den Zaren Nicolaus, der den jungen Kaiser Franz Joseph liebte, wie seinen eigenen Sohn[2], der Österreich das Verdienst zuschrieb, die Revolution in Deutschland überwunden zu haben[3], der da erklärte, er werde in Preufsen

1) Vgl. den folgenden Passus im Briefe Manteuffels an Ranke vom 7. Januar 1873: „Friedrich Wilhelm IV. ist nicht blofs nach seinen Briefen, sondern auch nach seinen Handlungen aufzufassen, — er hat sich faktisch nie unter Österreich gestellt. Als aber die Krone ihm angeboten wurde, nahm er sie nicht an, weil die Fürsten nicht zugestimmt, und sehnte sich, doch, dafs dies geschehe, konnte es nicht durchsetzen, weil die Führer zu doktrinär. Die blofs demokratische (nicht nationale) Bewegung hat er nicht anerkannt, die von ihr gebrachte Krone verworfen, die Zentralgewalt unter dem österreichischen Erzherzoge aber zertrümmert trotz aller Versicherungen, wie er die historische Stellung Habsburgs anerkenne." Vgl. „Aus den Briefen des Grafen Prokesch von Osten", Wien 1896, S. 24 und 462.

2) Vgl. die im Briefe Manteuffels an Ranke vom 18. Februar 1873 angeführte Äufserung des Zaren aus der Zeit des Krimkrieges.

3) Gerlach I, 273.

einrücken, und zwar in preufsischer Uniform, auf die erste Patrouille losreiten und von jedem preufsischen Soldaten präsentieren lassen: so wolle er an die preufsische Grenze gehen, eine preufsische Standarte aufpflanzen, um sie alle alten und treuen Preufsen sammeln und den preufsischen Staat aufrichten, wie ihn der hochselige König hinterlassen habe[1], d. h. den altpreufsischen Staat, gesäubert von aller Beimischung mit liberalen und nationalen Elementen, an deren Eindringen er dem Könige die Schuld beimafs.

So schlofs die Epoche der nationalen Bestrebungen König Friedrich Wilhelms IV. Nicht an hohem Ehrgeize hat es ihm gefehlt; nicht aus Pietät gegen Österreich, wie sehr er sie auch im Munde führte, hat er es versäumt, die Gelegenheit zu ergreifen, die Vorherrschaft in Deutschland zu erringen. Aber er verstand es eben nicht, den Knoten zu durchhauen, behutsam wollte er ihn lösen; ehe er damit fertig wurde, ging die Gelegenheit vorüber. Es war nicht seine Art, alles auf das Spiel zu setzen, um noch mehr zu erreichen. Schliefslich mufste er doch einsehen, dafs es ohne den Krieg mit Österreich nicht gehen würde. Gegen das Ende seiner Regierung hat er wohl geäufsert: er habe Pflichten als deutscher Fürst, aber auch als König von Preufsen, und die Pflichten als König von Preufsen gingen denen als deutscher Fürst voran: wenn Österreich das nicht anerkenne und nicht die Rücksicht auf die Stellung nehme, die Preufsen in Deutschland gebühre, so werde er Sr. Kaiserl. Kgl. Apostolischen Majestät auf dem weifsen Berge begegnen.[2] Ihm war es nicht mehr beschieden, die bewaffnete

1) Ebd. 493f. Dafs die deutsche Politik des Königs unter den Einwirkungen der Märzkatastrophe gerade im Heere auf Widerstand stiefs, war in Rufsland sehr wohl bekannt, und zu den unglücklichsten Folgen der frondierenden Haltung, die das Offizierkorps nach dem 19. März gegen den König einnahm, gehört die Spekulation der russischen Politik bei einem Konflikte mit Preufsen auf die Passivität der preufsischen Armee. Schon gegen Ende des März 1848 soll Meyendorff geäufsert haben, „das preufsische Heer sei entartet und würde lieber mit den Russen sein“ (vgl. Varnhagen IV, 356).

2) Manteuffel an Ranke d. 27. Juli 1877.

Auseinandersetzung mit Österreich über die Vorherrschaft in Deutschland ins Werk zu setzen. Ranke hat die Bedeutung des Königs für die preufsische Geschichte einmal dahin bezeichnet, dafs es ihm gelungen sei, durch die Stürme der Zeiten hindurch den preufsischen Staat vor dem Eindringen der Doktrin der Volkssouveränität zu behüten. Seine Bedeutung für die deutsche Geschichte dürfte man dahin zusammenfassen, dafs er die Herrschaft Österreichs in Deutschland zwar noch nicht, wie es sein Wunsch und heifses Sehnen war, durch die Preufsens zu ersetzen vermochte, aber doch Preufsen wenigstens aus der freiwilligen Vasallenschaft gegenüber Österreich, in der es unter Friedrich Wilhelm III. gestanden hatte, loslöste und die preufsische Politik in die Bahnen zu jenem Ziele lenkte, das unter seinem Bruder und Nachfolger dann wirklich erreicht wurde. Wenn Friedrich Wilhelm IV. weder die Verfassungs- noch auch die Einheitsfrage gelöst hat, so dürfen wir doch nicht vergessen, dafs unter ihm wenigstens ihre Lösung in einem für Preufsen schädlichen Sinne vermieden wurde; wir dürfen die ungeheuren Schwierigkeiten nicht aufser acht lassen, die sich ihm entgegenstellten, und müssen, was insbesondere die Einheitsfrage anbelangt, uns vor Augen halten, dafs die populäre Bewegung im Frühjahre 1848 noch nicht die Kraft besafs und noch nicht die Wurzeln im deutschen Volke geschlagen hatte, wie etwa zwei Jahrzehnte später, und dafs es endlich nicht nur des Königs Mangel an Thatkraft, sondern auch die politische Unreife des Volkes war, durch die Preufsens deutsche Pläne damals zu Fall gebracht wurden.

Die beiden Aufgaben, die Friedrich Wilhelm IV. also hinterliefs, sie fanden ihre Lösung unter seinem Nachfolger durch die staatsmännische Kunst des Ratgebers, der diesem zur Seite stand. Die Verfassungsfrage im Verfassungskonflikte, dessen Ergebnis die Begründung und Befestigung einer Verfassung war, die einen Konstitutionalismus ohne parlamentarisches System darstellte. Dadurch war auch die Voraussetzung für die Begründung eines Einheitsstaates gegeben, in dem der Schwerpunkt der Verfassung nicht in dem Prinzipe der natio-

nalen Souveränität des deutschen Volkes lag, sondern in der Vereinigung der Bundesgewalten unter Preufsens Leitung. Das Schwert freilich mufste erst die Möglichkeit zu seiner Errichtung gegen Österreich und im europäischen Staatensysteme erzwingen: welchen Einflufs darauf die Haltung der preufsischen Politik im Krimkriege ausgeübt hat, ist bekannt.[1] So kommt der Regierung Friedrich Wilhelms IV. doch in vielen Stücken eine vorbereitende Bedeutung zu; durch sie wurde der Pfad geebnet, auf dem sein Nachfolger zur Höhe gelangen konnte. Was Friedrich Wilhelm IV. als seine Lebensaufgabe betrachtet hatte, Wilhelm I. hat es erreicht.

1) Vgl. u. a. Bismarck, Ged. und Erg. I, 275 und II, 54.



Exkurs I (zu S. 133, Anm. 1).

Über den angeblichen Plan eines Anschlages auf das Berliner Schlofs am 18. März 1848.

Wir haben oben in unserer Darstellung der Märztage erwähnt, dafs in einer Volksversammlung, die in einem Lokal der Köpenicker Strafse am Nachmittage des 17. März unter der Leitung des Dr. Wöniger tagte (vgl. Wolff I, 95 ff.), der Beschlufs gefafst wurde, dem Könige seitens der Schutzkommisionen am Mittage des 18. März eine Massenpetition vornehmlich betreffend die Zurückziehung des Militärs, die Errichtung einer bewaffneten Bürgergarde und die Einberufung des Vereinigten Landtages zu überreichen.

Auf das Projekt dieser Demonstration reduzieren sich die Angaben, die Bodelschwingh in dem Brief an Fallenstein (bei Diest S. 19) von einem für den 18. März geplanten Hauptschlage macht. Indem sich die „Schutzleute“ voranstellten, so behauptet Bodelschwingh, hätten die Insurgenten den Gebrauch der Waffen unmöglich machen wollen, „um so ins Schlofs einzudringen, den König momentan in ihre Gewalt zu bringen und alles von ihm zu erpressen, oder wenigstes den Schein gewinnen, dafs sie die Konstitution, oder was er sonst geben wolle, von ihm ertrotzt. Sollte dennoch das Militär einschreiten, so wollte man die Republik ausrufen, und, sich weislich hinter die Coulissen ziehend, den fremden und heimischen Pöbel, besonders die methodisch aufgewiegelten und zum Teil organisierten Handwerksgesellen, hinter die Barrikaden stellen. — So der Plan!“ Busch (a. O. S. 12) übernimmt diese Mitteilung Bodelschwinghs

und knüpft daran die Bemerkung: „Vielleicht schwebte den Urhebern das Vorbild des 20. Juli 1792 mit der Erstürmung der Tuilerien und der Bedrohung Ludwigs XVI. vor Augen“.

Die Rolle, die den Schutzkommissionen in diesem angeblichen Projekte zugewiesen wird, zeigt deutlich, dafs der erwähnte Wönigersche Antrag betreffend die dem Könige vorzulegende Massenpetition den Ausgangspunkt des Gerüchtes bildet, dafs ein Anschlag auf das Schlofs geplant sei. Es ist jedoch kein Beleg dafür vorhanden, dafs man die Massenpetition nicht ernstlich als solche, sondern nur als Deckmantel für eine revolutionäre Invasion des Schlosses betrieben habe. Bei der Öffentlichkeit, mit der das Projekt überall verhandelt wurde, ist die Existenz solch geheimer Nebenabsichten so gut wie ausgeschlossen. Konnte man im Ernste glauben, die Schutzkommissionen, wenn sich auch in ihre Reihen manche unzuverlässige Elemente eingeschlichen hatten, in ihrer Gesamtheit zu solchen Schritten, wie zur Proklamierung der Repulik u. s. w., mit fortreifsen zu können? Der beste Beweis dafür, dafs das Demonstrationsprojekt mit Zwecken dieser Art nichts zu thun hatte, liegt darin, dafs es nicht zur Ausführung gelangt ist. Hätte es sich wirklich dazu geeignet, einen solch komplizierten revolutionären Plan in sich zu bergen, und wäre dieser selbst mit aller Entschiedenheit gefafst worden, so wäre der Versuch gemacht worden, die Demonstration zu stande zu bringen; statt dessen liefsen sich vielmehr die Leiter „durch gütliches Zureden seitens der Stadtbehörden, die der Polizeipräsident darum ersucht hatte, von dem Vorhaben der Massenpetition abbringen, indem ihnen eröffnet wurde, der König stehe ohnehin im Begriffe, freisinnige Reformen zu gewähren.

Die Nachricht bei Canitz (Contrasignatur S. 12), dafs eine Erhebung für den 18. März um 2 Uhr nachmittags geplant worden sei, reduziert sich ebenfalls auf das Wönigersche Demonstrationsprojekt. Wenn Canitz weiterhin die Erhebung vom Nachmittage des 18. als das Ergebnis dieses Planes bezeichnet, so ist das eine durchaus willkürliche Kombination, da sich ein Zusammenhang zwischen dem Wönigerschen Projekte

und dem Barrikadenkampfe am 18. nicht nur nicht nachweisen läſst, sondern auch direkt ausgeschlossen ist. Nach Gerlach (I, 133, wozu die offenbar gleichfalls von Gerlach herstammende Notiz bei Leo, Signatura S. 23, zur Ergänzung heranzuziehen ist) gehen die Informationen des Ministeriums auf den Polizeipräsidenten v. Minutoli zurück, der Bodelschwingh die Meldung machte: „Nun habe man seither Straſsenemeuten gehabt, aber am folgenden Tage werde die Revolution ihr Haupt erheben. An einer Menge nachweisbarer Punkte der Stadt werde sie unverhohlen gepredigt und verkündigt.“ Minutoli stützte sich bei dieser Meldung offenbar auf die übertreibenden Berichte seiner Beamten über die stattfindenden Versammlungen, in denen allerdings eine sehr heftige Sprache geführt wurde; wurde doch z. B. in einer Versammlung vom Vormittage des 17. März, der auch Wöniger präsidierte, und als deren Fortsetzung sich die vom Nachmittage in der Köpenicker Straſse darstellt, dem überwachenden Polizeikommissarius, als er die Auflösung aussprach, von Wöniger erwidert, die Versammlung glaube sich auf vollständig legalem Boden zu befinden und werde nur der Gewalt weichen. Man wird es verstehen, daſs die in den Versammlungen anwesenden Polizeiagenten unter solchen Umständen in einem Sinne rapportierten, als stehe der Ausbruch der Revolution bevor, und daſs sie auch dem Demonstrationsprojekte eine ähnliche Bedeutung beilegten. Daſs aber davon nicht die Rede sein kann, erhellt daraus, daſs es, wie schon bemerkt wurde, am Morgen des 18. den Bemühungen Minutolis und der von ihm angerufenen Stadtbehörden gelang, die Demonstration [Gerlach I, 144: „Einen Zug von 10000 Bürgern zu dem Könige“; vgl. Bodelschwingh bei Diest S. 19: „Durch eine ungeheure Zahl (ungefähr 10000 Personen)“ und Wolff I, 95: „Mehrere Tausend Bürger“] zu verhindern. Ein Aufstandsplan, dessen Teilnehmer sich durch gütliches Zureden des Polizeipräsidenten und des Magistrats bewegen lassen, von ihrem revolutionären Beginnen Abstand zu nehmen!!

Auch der Oberst v. Schulz (S. 27) knüpft den Ausbruch des Aufstandes vom 18. März an den Beschluſs der Demonstration

der Schutzkommissionen. Er erzählt zugleich von einer Beratung der Häupter der radikalen Partei, die gleichfalls am 17. März unter Teilnahme polnischer und französischer Emissäre tagte, und bemerkte, sie sei „anderer Natur“ gewesen, als die in der Köpenicker Strafse: „Hier galt es keiner Demonstration, sondern der Lösung des Knotens durch Losschlagen“. Indem er angiebt, der gewöhnlichen Annahme zufolge sei der 24. zum Losschlagen bestimmt worden, spricht er sich dafür aus, dafs doch wohl der 18. zum Angriffe ausersehen worden sei. Die Gründe, die er für diese letzte Behauptung beibringt, sind blofse Vermutungen und entbehren der zwingenden Beweiskraft; seine Ansicht ist eben von der Tendenz beherrscht, den Ausbruch des Aufstandes als das Ergebnis zielbewufster Vorbereitungen hinzustellen. Wenn die Nachricht bei Schulz von der besonderen Versammlung der Radikalen richtig ist, so spricht sie vielmehr eben deutlich dafür, dafs das Demonstrationsprojekt von dem eigentlichen Aufstandsplane streng zu unterscheiden ist, und dafs die Erhebung vom 18. März in der That spontan gewesen ist, da die Radikalen erst einige Tage später loszubrechen gedachten. Meyerinck (S. 109) hat die Angaben von Schulz mit einem Irrtume im Datum (21. statt 24. März) übernommen.

Exkurs II (zu S. 210, Anm. 1).

Ein anonymer Bericht über die Entscheidung des Königs betreffend den Abzug der Truppen von den Barrikaden.

Über die näheren Umstände, unter denen die Entscheidung des Königs betreffend den unbedingten Abzug der Truppen von den Barrikaden fiel, ist ein Bericht vorhanden, dessen Autor uns nicht mit Namen bekannt ist. Er ist an zwei Orten publiziert, einmal in der Nummer der Kreuzzeitung vom 16. März 1889 (danach bei Sybel a. O. 251), sodann bei Perthes a. O. S. 537. Beide Versionen weichen insofern von einander ab, als sich in jeder von ihnen einige Stellen finden, die in der andern fehlen. Als den Verfasser vermutet v. Sybel (a. O. 251 Anm. 3) den General von Rauch, von Petersdorff (a. O. S. 84) den General Wussow. Auf Grund des vorliegenden Materials sind wir schwerlich zu einer Entscheidung in dieser Hinsicht befugt. Wir geben zunächst eine kurze Inhaltsangabe des Berichtes.

Der ungenannte General erzählt, er sei in den Vorsaal der Königin in dem Moment eingetreten, als der König mit Bodelschwingh und Arnim in Gegenwart verschiedener Prinzen auch des Prinzen von Preufsen) und des Generals v. Neumann „über die Abfassung einer gedruckten Proklamation beriet, welche den Abzug der Truppen aus ihren gegenwärtigen Stellungen dem Volke verkündigen sollte“. Dabei habe sich, so fügt der General hinzu, eine Meinungsverschiedenheit zwischen Arnim und Bodelschwingh geltend gemacht, indem dieser für den Abzug der Truppen an der Bedingung der Räumung der

Barrikaden festhielt, jener für unbedingten Abzug der Truppen und für die Besetzung von Schlofs, Zeughaus u. s. w. sprach. Der Berichterstatter fährt unmittelbar darauf fort: „Unterdessen war ein heftiger Wortwechsel zwischen den Ministern v. Bodelschwingh und Arnim entstanden, der einen Grad erreichte, dafs ersterer in höchste Aufregung versetzt wurde, in welcher derselbe das königliche Zimmer verliefs und die Thür hinter sich zuwarf, dafs es mir durch Mark und Bein ging. — — S. Majestät gab später seinen Willen kund“ [indem er nämlich befahl, die Truppen von den Barrikaden zurückzuziehen und um Schlofs, Zeughaus u. s. w. zu konzentrieren].

Auf den ersten Anblick erscheint diese Relation wohl geeignet, die oben auf S. 210 erwähnte Annahme, dafs der unbedingte Rückzugsbefehl das Werk Arnims und beim Könige von Arnim gegen Bodelschwinghs Abraten durchgesetzt worden ist, vollauf zu bestätigen. Bei näherer Prüfung tauchen jedoch erhebliche Zweifel über die Zuverlässigkeit des Berichtes auf.

Die Beratung „im Vorsaale der Königin“, von der der Anonymus spricht, kann nur diejenige sein, worin der bei Diest S. 32 mitgeteilte Beschlufs gefafst wurde, und gegen deren Ende auch Arnim im Schlosse eintraf. Der Berichterstatter kann an dieser Beratung nicht teilgenommen haben; denn sonst könnte er nicht behaupten, es sei damals „über die Abfassung einer gedruckten Bekanntmachung“ verhandelt worden. Augenscheinlich wirft er, nicht genügend orientiert und aus unklarer Erinnerung schreibend, den Aufruf „An meine lieben Berliner“ mit jener Konferenz zusammen, indem er meint, dafs darin über jene Proklamation beraten wurde. Dafs sich nun bei eben dieser Konferenz die von dem „Augenzeugen“ geschilderte Szene zwischen Arnim und Bodelschwingh abgespielt hat, ist nicht recht glaublich. Arnim (bei Schulz a. O. S. 95) sagt ausdrücklich, dafs von dem Augenblicke an, da er zur Beratung hinzukam, eine weitere Diskussion nicht mehr stattfand, der Beschlufs vielmehr bereits gefafst und sogar (wie er fälschlich glaubt) den Deputierten schon der entsprechende Bescheid erteilt worden sei. Wie könnte Arnim so

etwas behaupten, wenn zwischen ihm und Bodelschwingh vielmehr eben damals eine „ernste verschiedenartige Ansicht stattfand?“ Es gab ja bei der Beratung so viele Teilnehmer, dafs Arnim mit einer derartigen Erklärung sofort Lügen gestraft zu werden besorgen mufste. Es wäre höchst seltsam, wenn weder Prittwitz (durch Schulz) noch auch Bodelschwingh (im Artikel in der Kreuzzeitung vom Januar 1849) eine solch arge Verdrehung der Thatsachen blofsgestellt hätten. Bodelschwingh legt vielmehr in dem Artikel in der Kreuzzeitung anscheinend Wert darauf (indem er betont, dafs der damals statuierte Beschlufs „in Gegenwart des Grafen Arnim“ gefafst worden sei), die Zustimmung Arnims zu jenem Beschlusse hervorzuheben; schon dieser Umstand spricht dagegen, dafs zwischen Arnim und Bodelschwingh damals eine derartige Meinungsdifferenz sich erhoben hat, und noch dazu in so ernster Form.

Im Verlaufe seines Berichtes erzählt der ungenannte General plötzlich, der Wortwechsel zwischen Arnim und Bodelschwingh sei so heftig geworden, dafs dieser letztere, indem er das Zimmer des Königs verliefs, die Thüre krachend hinter sich in das Schlofs warf. Es mufs also „unterdessen“ ein Wechsel der Örtlichkeit erfolgt sein, indem die angebliche Diskussion zwischen Arnim und Bodelschwingh aus dem „Vorsaale der Königin“ in das „königliche Zimmer“ verlegt worden war; denn sonst könnte doch jetzt Bodelschwingh nicht plötzlich aus dem Zimmer des Königs heraustreten. Nun ist soviel richtig, dafs später im Zimmer des Königs eine heftige Auseinandersetzung erfolgte, infolge deren Bodelschwingh dieses Gemach in heftiger Erregung verliefs, sodafs er die Thüre mit ostentativem Geräusche hinter sich in das Schlofs geworfen haben mag, und dieses äufsere Moment mufs dem Berichterstatter im Gedächtnisse haften geblieben sein. Aus diesem äufseren Momente seiner Erinnerung erklären sich nun wohl seine Irrtümer. Wenn Bodelschwingh in höchster Erregung das Zimmer verliefs, wo er aufser dem Könige nur mit Arnim verweilt hatte, so konnte in dem Berichterstatter wohl die Annahme entstehen, dafs Bodelschwingh einen Streit mit Arnim

gehabt hatte. Es war freilich noch eine andere Möglichkeit vorhanden; da aber der Berichterstatter nicht mit im Kabinet des Königs anwesend war, wie sollte er da wissen, was dort in Wahrheit vorgefallen war? Und in der unklaren Erinnerung verschob sich schliefslich dem Gewährsmann der angebliche Streit zwischen Arnim und Bodelschwingh so, dafs er ihn bereits in der Gegenwart der ganzen Umgebung des Königs, bei Gelegenheit der Beratung, ausbrechen liefs. Wie unsicher das Gedächtnis des ungenannten Generals ist, erhellt daraus, dafs er, nachdem er das Heraustreten Bodelschwinghs aus dem Gemache des Königs erzählt hat, fortfährt, „später“ habe der König seinen Willen kundgethan. In Wirklichkeit war Bodelschwingh in eben demselben Momente, als er aus dem königlichen Zimmer heraustrat, der Überbringer der endgültigen Entscheidung des Monarchen.

Der Bericht des Anonymus dürfte sich somit reduzieren auf die beiden Thatsachen, dafs der Berichterstatter zufällig zu der Berathung über das Gesuch der Naunynschen Deputation hinzukam (und zwar ganz zu deren Ende, da der gleichfalls zu spät erschienene Graf Arnim bereits zugegen war), und dafs er Zeuge von dem auffälligen Heraustreten Bodelschwinghs aus dem Zimmer des Königs war. Alles andere, was er erzählt, ist Beiwerk, das teils auf unklare Erinnerung, teils auf willkürliche Kombination zur Erklärung des Zusammenhanges der Vorgänge zurückgeht; es entbehrt daher des Quellenwertes.

Exkurs III (zu S. 234, Anm. 2).

Der Bericht des Grafen Arnim über die Unterredung des Königs und des Prinzen von Preufsen im Zimmer des Königs am Morgen des 19. März.

In seinem Schreiben vom 1. Oktober 1848 (bei Schulz a. O. S. 98f.) erzählt Arnim:

„Im Streben nach voller Gerechtigkeit dieser Darstellung halte ich es für Pflicht anzuführen, dafs, wie ich während jener Unterredung im Kabinette Sr. Majestät vor[1] meiner Übernahme des Ministeriums vernahm, — bei der Ausführung des obgedachten Allerhöchsten Befehles [nämlich des Bescheides für die Naunynsche Deputation] eine Verschiedenheit der Ansichten in den Allerhöchsten Umgebungen[2] hervortrat, inwieweit dieselbe buchstäblich zu nehmen und ein Zurückziehen aller Truppen von den Strafsen und Plätzen gemeint sey; man entschied sich (wie ich bei der gegebenen Königlichen Verheifsung glaube, mit Recht) dafür, denselben ganz und buchstäblich auszuführen."

Sybel (a. O. S. 253f.) setzt dieses „Hervortreten der Verschiedenheit der Ansichten in den Allerhöchsten Umgebungen" im Arbeitszimmer des Königs vor die Entfernung Bodelschwinghs; er meint, diejenigen Personen, zwischen denen diese

1) In Wirklichkeit hatte Arnim in diesem Augenblicke bereits sein Einverständnis mit der Übernahme des Ministeriums erklärt, und Bodelschwingh hatte sich bereits verabschiedet.

2) Man bemerkt, mit welcher Vorsicht sich Arnim ausdrückt. Eigentlich müfste es heifsen: Zwischen dem Könige und dem Prinzen von Preufsen.

Verschiedenheit der Ansichten hervortrat, seien Arnim und Bodelschwingh gewesen, und Arnim habe bei dieser Gelegenheit den bedingungslosen Rückzug beim Könige gegen Bodelschwingh durchgesetzt. Dafs diese Interpretation des angeführten Passus im Arnimschen Schreiben vom 1. Oktober 1848 unmöglich ist, beweist eine Stelle, die sich in Arnims „Bemerkungen“ vom Jahre 1850 findet. Arnim erzählt hierselbst: er sei mit dem Könige in dessen Arbeitszimmer getreten, um ihm Vortrag über die Bildung des neuen Ministeriums zu halten. Zuerst habe er nun erklärt, er sei bereit, [a] an die Spitze des neuen Ministeriums zu treten; sodann habe er [b] dem Könige Vorschläge über die Besetzung der Ministerien im einzelnen gemacht. Er fährt darauf fort: „Nach der ersteren Erklärung [a] entfernte sich der Minister v. Bodelschwingh, trat aber während des Vortrages über den letzteren Gegenstand [b] nach einiger Zeit in Begleitung einer hohen Person, wahrscheinlich [!] derselben, welcher an dieser Stelle der Broschüre [nämlich der Schrift des Obersten v. Schulz S. 104, wo unter der „hohen Person“ der Prinz von Preufsen zu verstehen ist] Erwähnung geschieht, wieder in das Kabinet; es erfolgte hier eine ganz kurze, aber lebhafte Erörterung der Meinungsverschiedenheit dieser Allerhöchsten Umgebungen über die buchstäbliche Auffassung und Deutung jenes Allerhöchsten Befehles, deren ich schon in dem vom Verfasser der Broschüre S. 99 zitierten Passus meiner Erklärung vom 1. Oktober 1848 erwähnt habe, in welche ich mich aus obigem Grunde nicht mischte, und nach deren Beendigung ich, als jene Personen das Kabinet wieder verlassen hatten, in meinem Vortrage über die Neubildung des Ministeriums fortfuhr“.

Die Relation Arnims ist nicht frei von Irrtümern; diese lassen sich indes unschwer aus ungenauer Erinnerung oder aus Mangel an Aufmerksamkeit des mit seiner Ministerliste beschäftigten Grafen für die Vorgänge in seiner Umgebung erklären. So erzählt er, der Prinz von Preufsen und Bodelschwingh seien zugleich in das Zimmer des Königs eingetreten.



Das ist entschieden falsch. Der Prinz von Preufsen sagt im Briefe an die Kaiserin von Rufsland ausdrücklich, er habe nach dem Auftritte im Sternensaale, den „M. v. B.“ nicht wieder gesehen. Der Prinz trat erst nach Bodelschwingh ein, und zwar zu zweien Malen, einmal allein, um den König zu suchen, das andere Mal mit dem Monarchen, nachdem er ihn im Sternenzimmer getroffen hatte. Das aber ist eine geringfügige Verwechslung, die den Wert und die Glaubwürdigkeit des Berichtes nicht herabzusetzen vermag. Das Wichtige ist, dafs hier Arnim unter ausdrücklicher Berufung auf S. 99 der Schulzschen Schrift bezeugt, dafs die in seinem Briefe vom 1. Oktober 1848 erwähnte „Verschiedenheit der Ansichten in den Allerhöchsten Umgebungen“ nicht auf das Verweilen des Königs, Arnims und Bodelschwinghs im Zimmer des Herrschers, bevor Bodelschwingh heraustrat, um der Naunynschen Deputation den Bescheid des Königs zu eröffnen, sondern auf die um c. 11 Uhr sich abspielende Szene zwischen dem Könige und dem Prinzen von Preufsen zu beziehen ist. Die Sybelsche Darstellung ist also sowohl in diesem Punkte, als auch in all den Folgerungen, die Sybel daran für die Entstehung des durch Bodelschwingh verkündigten Befehles knüpft, unhaltbar. Auch Busch ist es in seiner Darstellung (S. 62ff.) nicht gelungen, den im Arnimschen Berichte niedergelegten Thatbestand klar und widerspruchslos in den Zusammenhang der Begebenheiten einzuordnen.

Buchdruckerei des Waisenhauses in Halle a. S.





